



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 25. Sitzung - endgültige Fassung\* -

### 3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 25. Februar 2021, 10.30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

## Tagesordnung - Beweisaufnahme

<b>Einzigster Punkt der Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
<b>Rainer Wexeler</b> (Beweisbeschluss Z-71)	<b>9</b>
<b>Mario Vinke</b> (Beweisbeschluss Z-72)	<b>75</b>
<b>Franziska Folter</b> (Beweisbeschluss Z-106)	<b>110</b>
<b>Joachim du Buisson</b> (Beweisbeschluss Z-105)	<b>148</b>
<b>Dr. Andreas Guericke</b> (Beweisbeschluss Z-73)	<b>189</b>

\* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses\*

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	Müller, Sepp
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Fraktionsmitarbeiter\*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Brandt, Wolfgang Günther, Kevin Genske, Marlene
SPD	Hawxwell, Anne Schneider, Yannik Weber, Saskia Sondhauf, Nora Sacharow, Alexander Schauhoff, Lenard
AfD	Dabelstein, Lorenz Buchholtz, Immanuel
FDP	Reuss, David Raabe, Lars
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian

\* anwesend laut Unterschriftenliste



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung\*

BMF	RD Fritz RDn Barczyk ARn Koch RR Matros
BMWi	MR Dr. Schiemann
BMJV	ORR Scholz Zorn
BMI	ORRn Allabaei
BK	RD Mai

### Teilnehmer Bundesrat\*

#### Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RDn Simon

\* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung





## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.33 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich eröffne die 25. Sitzung des 3. Untersuchungsausschusses, die zugleich die 13. Beweisaufnahmesitzung ist. Möge die Dreizehn uns heute wie immer Glück bringen.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem, wie immer, heiße ich recht herzlich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung sowie des Bundesrates willkommen. Ebenso begrüße ich die Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal E 200, in den unsere Sitzung gestreamt wird. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### Öffentliche Zeugenvernehmung

**Rainer Wexeler**  
(Beweisbeschluss Z-71)

**Mario Vinke**  
(Beweisbeschluss Z-72)

**Franziska Folter**  
(Beweisbeschluss Z-106)

**Joachim du Buisson**  
(Beweisbeschluss Z-105)

**Dr. Andreas Guericke**  
(Beweisbeschluss Z-73)

### **Vernehmung des Zeugen Rainer Wexeler**

Und ich sehe auch schon - wunderbar -, dass der Herr Wexeler nebst Rechtsbeistand in den Saal gekommen ist. Ich stelle fest: Alle haben so weit Platz genommen. Ja, unseren ersten Zeugen,

Herrn Rainer Wexeler - wunderbar; ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Anreise -, heiße ich herzlich willkommen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Moritz Reger Platz genommen. Auch Sie heiße ich recht herzlich willkommen.

Herr Reger, auch an Sie zunächst wie an alle Rechtsanwälte und Rechtsbeistände kurz der Hinweis: Sie wissen, dass Sie den Zeugen beraten dürfen; Ihnen selbst steht jedoch kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie aber oder Ihr Mandant natürlich eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit ihm beantragen. Gibt es dazu Fragen Ihrerseits?

(RA Moritz Reger schüttelt den Kopf)

- Okay.

Herr Wexeler, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt.

Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit dem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung einverstanden erklärt. An dieser Stelle: Dafür danke schön, weil das spart uns in der Summe vieler Zeugen auch ganz viel Zeit.

Damit kann ich mich insoweit auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Keine.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Dann bitte ich Sie - das ist ganz wichtig - das Mikrofon einzuschalten, wenn Sie sprechen, da wir auch Tonbandaufnahmen entsprechend anfertigen. Das geht ganz einfach, indem Sie den Knopf mit dem Zeigefinger bedienen, und sofern dann zwei rote Lichter, nämlich hier und dort, auf dem Button erscheinen, sind Sie on, und Sie können dann auch entsprechend auf Tonband verewigt werden.

Herr Wexeler, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen. Bitte schön.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Mein Name ist Rainer Wexeler. Ich bin 64 Jahre alt, gelernter Bankkaufmann/Bankfachwirt und wohne in [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Herr Wexeler, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Beweisbeschluss des Untersuchungsausschusses liegt mir vor. Ich habe gesehen, dass es sehr umfassend und komplex ist. Und ich bin heute nach Berlin gekommen, um hier meine Kooperationsbereitschaft darzulegen und all Ihre Fragen zu beantworten. Ob ich das alles kann, das weiß ich nicht, weil ich war ja Angestellter der Wirecard Bank AG und nicht der Wirecard AG.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist alles, was Sie anmerken erst mal?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann würde ich in geübter Übung - das kennen wir jetzt mittlerweile - erst mal ein paar allgemeine Fragen schon mal stellen und schaffe den Kollegen bei ihrem knappen Zeitkontingent vielleicht etwas Raum. Also: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Welche Unterlagen - - Mit welchen Kolleginnen und Kollegen oder Ex-Arbeitskollegen haben Sie Gespräche geführt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Unterlagen habe ich so gut wie keine verfügbar. Ich bin gut vorbereitet, weil ich glaube, mich noch an viele Dinge gut erinnern zu können. Und Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern über den Untersuchungsausschuss oder so hat es nicht gegeben, außer dass ich gesagt habe: Ich bin eingeladen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - In welchem genauen Zeitraum waren Sie Vorstandsmitglied der Wirecard Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Vom 01.01.2006 bis zum 31.12.2019.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Könnten Sie mir erläutern, welche Aufgaben Ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied beinhaltete im Untersuchungszeitraum, also Untersuchungszeitraum 01.01.2014 bis entsprechend 8. Oktober 2020?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja. - In meinem Vorstandsressort war ich verantwortlich für die Gesamtbanksteuerung; darunter verstehe ich also die Planung von Eigenkapital und das Risikomanagement. Darüber hinaus hatte ich Verantwortung für die Buchhaltung, für das Meldewesen, für die Zusammenarbeit mit den Kreditkartenorganisationen Visa, Mastercard und andere, und insbesondere war ich für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsprüfern und der Aufsicht zuständig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** In einer E-Mail vom 10. August 2020 an Wirecard-AG-Finanzvorstand Alexander von Knoop findet sich ein Ausgliederungsvertrag, unterzeichnet im Februar 2019. Ich suche das auch gleich raus und nenne das dann fürs Protokoll, die MAT. Demzufolge hat die Wirecard Bank das Risikomanagement -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben es eben angesprochen -, die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie interne Revision für den gesamten Wirecard-Konzern erledigt. Insoweit würde ich wissen wollen: A) Welche Aufgaben haben Sie neben dieser Tätigkeit, wie Sie beschrieben haben, im Zusammenhang mit dieser Mail und dem Wirecard-Konzern - wohlgemerkt - ausgeübt? Und b) der Ausgliederungsvertrag ist im Februar 2019 unterschrieben worden. Hat die Wirecard Bank auch davor die genannten Dienstleistungen für den Konzern erbracht, also Entsprechung: Risikomanagement, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie interne Revision für den gesamten Wirecard-Konzern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, das ist richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auch davor schon?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Davor - - Ja. Die Interne Revision war immer auch für den Konzern mit- - also hat den Konzern mitgeprüft. Vielleicht ist das jetzt, sage ich jetzt mal, würde - - also vertraglich dann fixiert worden; aber es war da auch schon vor Februar 2019 so, das Risikomanagement genauso. Und die Geldwäscheprävention ist aber dann erst in 19 tatsächlich umgesetzt worden, für den Konzern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, sprich: Da hat sich dann im Konzern auch eine gewisse, nennen wir es, Sensibilität für dieses Thema erschlossen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau. - Der Geldwäschebeauftragte der Wirecard Bank ist dann auch zum Geldwäschebeauftragten des Konzerns ernannt worden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hatten Sie nach Ihrer Kenntnis - - Oder hatten nach Ihrer Kenntnis BaFin und Bundesbank Kenntnis von diesem Ausgliederungsvertrag? Weil die BaFin hat ja zumindest gesagt, die Wirecard Bank hat sie entsprechend immer kontrolliert, und in diesem Zusammenhang - - ist natürlich interessant, von diesem wesentlichen Detail zu wissen. Und hatten diese

beiden wichtigen Partner sozusagen Kenntnis davon?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, von der Ausgliederung oder bez- - Also von der Geldwäscheprävention für den Konzern hat die BaFin Bescheid gewusst, weil im Sommer 2019 gab es eine Sonderprüfung Geldwäsche bei uns in der Bank. Und da, sage ich jetzt mal, ist mit Sicherheit auch angedeutet worden, dass der Geldwäschebeauftragte auch für den Konzern tätig ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wissen Sie noch - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Beim Risikomanagement und bei der internen Revision, glaube ich eher nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. - Wissen Sie noch aus dem Gedächtnis, wer der Ansprechpartner innerhalb der BaFin bzw. derjenige gewesen sein muss - aus Ihrer Kenntnis heraus; mehr kann ich auch nicht fragen oder - - Sie wissen - - Wer müsste, aus Ihrer Kenntnis heraus, sozusagen bei der BaFin die Person gewesen sein, die Kenntnis von diesem Ausgliederungsvertrag und der Ausübung der Wirecard Bank für die Wirecard AG hatte?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also Februar 2019 war noch der Herr Damberg für uns verantwortlich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch mal: Wer?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Herr Damberg.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer?

**Zeuge Rainer Wexeler:** D - A - M - B - E - R - G.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Und eine Dame; da kann ich mich an den Namen jetzt nicht dran erinnern; die hat gewechselt. Vorher war der du Buisson verantwortlich, und da hat jetzt eine Dame übernommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ist das mal - - Wenn man diese Aufgabe übernimmt -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und das sind ja zum Teil auch Dinge, die, wenn man einen Prüfungsausschuss in der Wirecard AG gehabt hätte, dort wiederum auch in so einem Scoop hätten landen können, nicht müssen, aber können -, ist das dann mal, weil Sie ja den Ausgliederungsvertrag hatten und damit diese Tätigkeiten ausgeübt haben, auch in einem längeren Gespräch - Sie haben die Prüfung der BaFin eben angesprochen - thematisiert worden? Und können Sie sich vielleicht noch erinnern, wie die BaFin dann dadrauf reagierte oder der Mitarbeiter oder ob es dazu noch mal einen Schriftwechsel oder Nachfragen seitens der BaFin gab? Weil das ist ja - ich frage deshalb - für die BaFin insofern immer relevant, ob wir hier entsprechend ein ganz einfaches sozusagen Finanzunternehmen haben, eine Finanzholding, und wir dann eben zur Einschätzung ja - - und abklären wollen, wie man zu der Einschätzung kam, sich eben für den Weg zu entscheiden, dass die Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu überwachen, bei der Bezirksregierung Niederbayern zunächst mal, nennen wir es, zum Liegen kam. Ist Ihnen da was bekannt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nicht. Okay. - Dann würde ich jetzt erst mal - ich glaube, jetzt habe ich das Feld eröffnet - an den Kollegen Hauer für die CDU/CSU-Fraktion geben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Herr Wexeler, vielleicht - - Erst mal vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen hier zur Befragung und unsere Fragen beantworten. Mich würde zunächst interessieren, wie es zu Ihrem Ausscheiden aus der Wirecard Bank kam.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, meine Position war immer mit befristeten Arbeitsverträgen versehen. Als ich angefangen habe, gab es nur Zweijahresverträge, und später hat sich das geändert in Dreijahresverträge. Und mein letzter Vertrag war vom 01.01.17 bis zum 31.12.19. Also, ich bin plangerecht ausgeschieden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das hatte also Gründe Ihrer persönlichen Situation? Oder hatte das auch mit dem Konzern oder der Bank zu tun?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, gar nix.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Weil das war ja eine sehr spannende Zeit für den Konzern. Insofern, finde ich, drängt sich ja die Frage auf, wieso Sie da nicht an Bord bleiben über 2019 hinaus.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das hat was mit meiner persönlichen Lebensplanung zu tun. Ich selbst habe mir gesagt: Also, ich möchte jetzt nicht noch mal einen Dreijahresvertrag unterschreiben, weil ich jetzt einfach gesagt habe: Jetzt momentan ist man noch gesund, und jetzt kann man noch was unternehmen. Und deswegen wäre ich auch nur bereit gewesen, für ein Jahr noch zu verlängern oder so; aber das stand überhaupt nicht zur Debatte.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Als Nächstes komme ich mal zu der strategischen Kreditvergabe der Wirecard Bank. Und da interessiert uns, denke ich, alle sehr, inwieweit das Vorstandsmitglied der Holding, Herr Marsalek, auf die Vergabe der strategischen Kredite Einfluss genommen hat. Und deshalb zunächst einmal die Frage, was Sie uns allgemein zu diesen strategischen Krediten sagen können.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das strategische Kreditgeschäft hat angefangen Ende 2016. Der Herr Burkhard Ley ist auf mich zugekommen und hat mir geschildert, dass jetzt im asiatischen und indischen Raum, bedingt durch die Zukäufe, Geschäft zu akquirieren wäre, und da gäbe es jetzt verschiedene Unternehmen, mit denen man jetzt Zahlungsdienste abwickeln könnte, und das wäre jetzt wichtig für den Konzern, da Fuß zu fassen. Und es gibt von dem Herrn Marsalek vier verschiedene Darlehensanträge, die dann der Herr Marsalek mir übergeben hat. Und ich sollte sie mir anschauen, inwieweit wir dies machen könnten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie zu diesen Vieren noch was sagen, konkreter?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ja. Das war - - Einmal war das Bijli; einmal war das Goomo, einmal war das RFT; und einmal war das ... (akustisch unverständlich). Das war so ein Volumen von rund



## Nur zur dienstlichen Verwendung

40 Millionen und - - einmal aufgeteilt für den indischen Raum und einmal für den asiatischen Raum mit Hauptsitz in Singapur.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war jetzt 2016, die Situation, die Sie geschil-

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das war zwei-tausendund-

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dann hat sich das ja rasant aufwärts entwickelt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielleicht können Sie über den Verlauf noch was sagen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja. Wir haben das geprüft. Und bei den Start-ups ist es natürlich schwierig, weil man natürlich nicht auf vergangenheitsbezogene Unterlagen Bezug nehmen kann. Die vorgelegten Unterlagen erschienen uns schlüssig, die Businesspläne auch. Blanko hätten wir das auf gar keinen Fall gegeben; da wäre mir das Risiko zu hoch gewesen. Der Konzern hat die Bürgschaft angeboten, sodass ich abgewägt habe die Chancen und die Risiken und auch unsere Aufgabe als Bank, den Konzern natürlich bei seinen Dienstleistungen zu unterstützen. Das haben meine Vorstandskollegen ebenso gesehen. Und der Aufsichtsrat hat dann auch diesen Sachen zugestimmt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also ist das immer alles einheitlich, -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist einheitlich - - Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - im Einvernehmen, einstimmig verlaufen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Alle - - Das ist ein einheitlicher Vorstandsbeschluss gewesen und einheitlicher Aufsichtsratsbeschluss. Dann hat sich im Jahre 2017 bis zum Ende nichts getan. Dann kam im Dezember 17 noch mal ein Darlehensantrag von Ocap über 15 Millionen blanko, und die-

sen Darlehensantrag habe ich nach intensiver Recherche zusammen mit meinen Mitarbeitern abgelehnt. Es gab jede Menge Irritationen im Konzern, habe aber meine Entscheidung nicht revidiert. Dann war es so, dass in 18 sich Zahlungsschwierigkeiten ergeben haben bei den herausgegebenen Darlehen, bei den Vieren, wovon ich gesprochen habe. Und das hat bei mir dazu geführt, dass mir da unwohl wurde. Und Darlehensanträge, die 18/19 vorgelegt worden sind, sind alle abgelehnt worden, insbesondere im März 2018 ein Kreditantrag über Al Alam. Im Jahre 19, Anfang 19, habe ich die Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, mit mir ein Konzept zu erarbeiten, wie wir die Bürgschaften vom Konzern, die ja nicht nur für die Kredite gegeben worden sind - - zu hinterlegen, mit einer Barhinterlegung. Das habe ich angestoßen; habe ein Konzept erarbeitet, und dann bin ich ausgeschieden. Was aus dem Konzept geworden ist, weiß ich nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Wie hat denn der Konzern darauf reagiert, dass Sie in 2017 dieses Ocap-Engagement abgelehnt haben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na ja, das ging ja bis zum höchsten - - also bis zum CEO, bis Dr. Braun, der überhaupt nicht darüber „amused“ war.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das habe ich mir schon gedacht; deshalb würde mich interessieren, wie da so die Korrespondenz verlaufen ist oder - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da gab es keine Korrespondenz; sondern da musste ich in seinem Büro - in Führungszeichen - „antanzeln“, und er hat sich dann vor mir aufgebaut; hat sein Sakko angezogen und hat gesagt: Ich bin Eigentümer, und nur ein Eigentümer kann ablehnen. - Offensichtlich hat er die Antwort an meinen Augen erkannt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber dann ist erstaunlich, dass Sie noch recht lange dann im Konzern blieben, ne? Obwohl Sie sich ja da dann widersetzt haben. Hat er das dann so einfach hingenommen, oder wie ist das dann weiter verlaufen?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, also, wenn er mich von meinen Vorstandspflichten entbinden wollte, hätte er ja machen können. Dann wäre ich eben ausgeschieden und hätte dann eben keine Vorstandstätigkeiten mehr ausgeübt. Aber ich denke mal, dass aufgrund meiner Ressortzuständigkeit, die ich hatte, und meiner Fachkompetenz es nicht so ohne Weiteres möglich war, mich von diesem Posten zu entbinden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber der Herr Dr. Braun hatte ja wahrscheinlich noch weitere Argumente genutzt, also neben der Eigentümerstellung der Holding.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber er hat ja wahrscheinlich auch versucht, Sie irgendwie innerlich davon abzubringen, oder?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Natürlich. Er hat ja natürlich gesagt, ich würde hier Geschäft verhindern, und der Konzern würde wachsen, und ich würde doch auch davon abhängig sein, und mein Gehalt würde davon bezahlt usw.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Und was hat er da als strategischen Aspekt genannt, weswegen Ocap jetzt so wichtig ist für die Holding?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, es ging ja da um die Vorfinanzierung von Händlertransaktionen, und das wäre das zukünftige Geschäftsfeld. Da wären große Margen zu erzielen, und ich könnte mich da ja nicht gegen verwehren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Mit Herrn Marsalek haben Sie auch über dieses Ocap-Engagement gesprochen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wie ist da das verlaufen, das Gespräch?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Herr Marsalek war immer freundlich und hatte Stil - das kann ich an dieser Stelle nur sagen - und hatte natürlich auch

für meine Argumente Verständnis. Auf der anderen Seite hat er natürlich auch seine Argumente vorgebracht. Und zum Schluss war es aber immer so, dass immer die letzte Stufe der Herr Dr. Braun war. Also, die Gespräche mit Herrn Marsalek waren immer vorher.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** In Bezug auf das Unternehmen Ocap ist ja auch auffällig, dass der CEO und Managing Director, Herr Häuser, vorher auch Managing Director der Wirecard Technologies war, und dessen Frau, Frau Häuser-Axtner, die war Geschäftsführerin der Wirecard Global Sales GmbH und Wirecard Sales International Holding GmbH. Da waren also auch, ich sage mal, einige Verbindungen zum Konzern. Welche Rolle hat das gespielt bei den Überlegungen, da Kreditvergabe zu tätigen oder nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Keine. - Rein allein das Risiko, diese Transaktionen zu finanzieren; rein alleine das Risiko der Dritt-Acquirer, die wir nicht einschätzen konnten - - Wir wussten auch nicht die Namen der Dritt-Acquirer; das wurde uns auch nicht genannt. Dann wurden uns auch nicht die Händler genannt, mit denen das Geschäft betrieben werden soll. Da gibt es eine ganz umfassende Kreditvorlage, die ich mit meinen Mitarbeitern erstellt habe; da steht alles drin. Und das hat dazu geführt, dass wir das mit 15 Millionen blanko nicht gemacht haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was wussten Sie denn über die wirtschaftlich Berechtigten, die hinter Ocap stehen oder standen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das kann ich auswendig jetzt nicht mehr sagen, weil die wirtschaftlich Berechtigten, die werden ja bei uns bei der Kontoeröffnung - - werden die ja geprüft und auch hinterlegt, und selbstverständlich stehen die auch in der Kreditvorlage drin. Aber sehen Sie mir nach, dass bei den zahlreichen Kreditvorlagen auf Internationalität ich natürlich das jetzt nicht greifbar habe, jedenfalls nicht aus meinem Gedächtnis raus.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Sie haben jetzt mit Ocap 2017 ein Beispiel genannt, wo Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen geschildert haben, dass Sie dem Begehren von Herrn Dr. Braun und Herrn Marsalek da Widerstand geleistet haben. Wie war denn ansonsten so das Einwirken der beiden Herren auf Ihr Kreditgeschäft? Die haben ja versucht, wie ich den Unterlagen entnehme, da auch an diversen Stellen Einfluss zu nehmen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es hat ja nicht nur der Herr Marsalek und der Dr. Braun versucht, sage ich jetzt mal, Einfluss zu nehmen, sondern auch der Herr Ley. Bei der Erstellung des Darlehensantrages Ocap ist der Herr Ley in das Büro meiner Mitarbeiter gegangen und hat gesagt: Wenn es noch Fragen zu diesem Darlehensantrag gibt, sollen sich bitte alle an ihn wenden. Meine Mitarbeiter waren darüber sehr irritiert, kamen in mein Büro und haben darüber berichtet und haben gesagt: Wir werden das nur mit Ihnen besprechen und nicht mit Herrn Ley. - Insofern ist da auch mir so eine gewisse Alarmglocke schon angegangen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Und was haben Sie dann gemacht mit dieser Alarmglocke?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, dann habe ich die - - Das war ja während der Beantragung. Dann haben meine Mitarbeiter und ich den Fall diskutiert, haben den zu Papier gebracht und haben den Fall abgelehnt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das Letzte habe ich jetzt akustisch nicht verstanden.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wir haben den Darlehensantrag dann besprochen, haben den Fall zu Papier gebracht, und ich habe den Darlehensantrag dann abgelehnt und meinen Vorstandskollegen zur Entscheidung weitergeleitet.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Die Absicherung dieser Kredite, dieser strategischen Engagements, da standen ja häufig Bürgschaften der Holding als Sicherheit zur Verfügung.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ausschließlich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und gab es da auch Überlegungen, diese Bürgschaften zu ziehen,

oder warum sind die recht spät gezogen worden? Also, einmal ist ja eine Bürgschaft auch gezogen worden. Aber warum sonst nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es ist so, dass die Kreditnehmer mit ihren Leistungsraten in Zahlungsverzug gekommen sind. Wir haben natürlich dann auch den Konzern darüber informiert. Und wir wurden gebeten, dass dann, sage ich jetzt mal, aufgrund der Internationalität der Kunden und wegen der Erreichbarkeit usw. usf. - - dass wir doch uns etwas zeitlich gedulden sollten. Parallel dazu habe ich dann ein Konzept erarbeitet, was dann auch von allen Bankvorständen akzeptiert worden ist, dass wir bis zu sechs Monaten zuwarten hinsichtlich der Zahlung der Zins- und Tilgungsraten. Falls nach diesen sechs Monaten das nicht bezahlt wird, verpflichtet sich die Wirecard AG, die Zins- und Tilgungsraten zu zahlen. Sollten nach weiteren drei Monaten, also insgesamt neun Monaten, es dann nicht gezahlt worden sein, dann würden wir die Bürgschaft ziehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das war aber schon ein Sondervorgehen, was jetzt unüblich ist, oder?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also jetzt gegenüber der Holding, als jetzt gegenüber anderen Dritten.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig. Das haben wir einfach in diesen Fällen als Ausnahme so gesehen. Wir hatten ja sonst kein anderes Kreditgeschäft.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Ich möchte noch mal zurück auf die Kreditvergabe an Senjo Trading, also später dann Ocap, aus Dezember 2016. Da gab es ja eine Empfehlung des Herrn O'Sullivan, und der zieht sich so ein bisschen wie so ein roter Faden durch einige Unterlagen. Deshalb würde mich mal interessieren, inwieweit der Herr O'Sullivan da eine Rolle gespielt hat bei diesen Kreditvergaben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, Senjo Trading war der erste - in Anführungszeichen - „strategische Kredit“, den wir gegeben haben; das waren 13 Millionen Dollar. Da ist wiederum der Herr



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ley auf mich zugekommen und hat die Bedeutung des Herrn O'Sullivan für den Konzern dargestellt: Er wäre ein hervorragender Vermittler; er würde Geschäft der Wirecard AG bringen, und der Herr O'Sullivan würde jetzt im asiatischen Raum mittelgroße Schiffe mit Öl betanken, und dafür sucht er eine Bank. Und er hat dargelegt, dass keine asiatische Bank sich mit so kleinen Schiffen begnügt, sondern nur größere Sachen macht. Und dann haben wir uns intern überlegt, wie wir diesem Darlehensantrag begegnen, und haben dann uns den Businessplan angeschaut; wir haben uns dann auch das Geschäftsfeld angeschaut und haben in dieser Ausnahme, sage ich jetzt mal, dieses Darlehen genehmigt. Und bis zu meinem Ausscheiden wurde auch dieses Darlehen mit Zins und Tilgung bedient. Zum Schluss waren es noch 6 Millionen Euro.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Hatte der Herr O'Sullivan irgendeine offizielle Funktion bei Wirecard AG oder Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Bei der Bank nicht. Ich weiß nur vom Hörensagen von dem Herrn Ley und auch von dem Herrn Marsalek, dass es ein Vermittler wäre, der viel Geschäft mit der Wirecard AG macht und dementsprechend auch Provisionsverbindlichkeiten gegenüber dem Herrn O'Sullivan bestehen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Können Sie uns etwas zu dem Fonds EMIF 1A sagen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wie heißt das? Entschuldigung?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): EMIF 1A.

**Zeuge Rainer Wexeler:** EMIF 1A?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das sagt mir gar nix.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Hat was mit Mauritius zu tun.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Keine Ahnung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielleicht können Sie noch mal grundsätzlich schildern, bei so einem Kredit in einer Größenordnung von 13 Millionen Dollar, was dafür erforderlich ist. Was wird da für Unterlagen verlangt aus Ihrem Hause, damit das einen positiven Bescheid bekommt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, in diesem Fall zieht ja der § 18 KWG; das ist die Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir fordern uns in der Regel immer die Jahresabschlüsse der letzten zwei Jahre an, vom aktuellen Jahr dann immer eine BWA oder eine ähnliche Auswertung. Darüber hinaus muss dann ein Businessplan vorgelegt werden für das nächste Jahr oder für die nächstfolgenden Jahre. Dann gibt es natürlich auch eine Auskunft über das Unternehmen, was wir uns einholen. Und dann werden die Unterlagen ausgewertet; insbesondere wird die Kapitaldienstfähigkeit analysiert: Kann der Darlehensnehmer, der Kreditnehmer das Darlehen mit Zins und Tilgung zahlen? Und so schauen wir uns das an. Was für ein Geschäftsmodell ist es? Welcher Eigentümer ist dahinter? Gibt es noch sonstige wirtschaftliche Berechtigte? Alles das fließt da ein, also, relativ um- - also nicht nur relativ, sondern sehr umfassend. Solche Kreditvorlagen haben meistens so einen Umfang zwischen fünf bis zehn DIN-A4-Seiten, je nachdem.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich möchte noch mal auf einen anderen Komplex zu sprechen kommen, und zwar das Thema „Payment-Lizenzen in China“. Das ist ja auch ein großes Themenfeld hier dieses Ausschusses, dass wir schauen, wie Wirecard den Markteintritt in China forciert hat. Und da würde ich Ihnen gern eine E-Mail vorlegen; mein Mitarbeiter reicht die Ihnen jetzt.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Das haben wir vorhin in der Beratungssitzung auch geklärt, dass die hier auch vorgelegt werden darf, von Frau Rahmstorf von der BaFin an Sie vom 16. November 2018, 11.03 Uhr. Haben Sie die Mail gesehen? Also, haben Sie die gerade vor sich dann?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, mhm; da kann ich mich dran erinnern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da geht es darum, dass die BaFin Ihnen mitteilt, dass Sie offensichtlich Probleme bei der Vergabe von vier landesweiten Payment-Lizenzen in China haben - - und möchte Ihnen Gelegenheit geben, noch mal kurz Ihre Probleme oder Wünsche zu schildern in Bezug auf diese Probleme, und dass da sehr kurzfristig diese Informationen für das Bundesministerium benötigt werden. Vielleicht können Sie da noch mal schildern, was dieser Mail zuvorging und wie es dann weiterging.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich kann da ganz wenig dazu sagen, weil die E-Mail von Frau Rahmstorf hat mich selber überrascht; ich wusste von diesen Geschäften nichts. Dementsprechend habe ich ja das auch dem Herrn von Waldenfels weitergegeben, der ja mehr oder weniger die rechte Hand vom Herrn Dr. Braun war. Und da ich nichts mehr von ihm gehört habe, hat er sich offensichtlich angesprochen gefühlt und muss dann diese E-Mail an die Frau Rahmstorf beantwortet haben. Aber ich habe kein cc gekriegt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie haben das ja an alle möglichen Leute geschickt und haben dann gar nicht mehr weiterverfolgt, wie es weitergegangen ist? Weil das ist ja - - Also, die BaFin ist ja für Sie ein wichtiger Ansprechpartner, nachvollziehbarerweise. Und wenn dann eine Mail kommt, wo Sie sich auch noch wundern, und dann ist da auch nur eine sehr kurze Frist von Freitagmittag bis Montagmittag gesetzt, und dann haben Sie sich einfach drauf verlassen, dass das jemand anderes übernimmt, dieses Thema, oder haben Sie sich da noch mal rückversichert?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, das ist ja kein Thema, was die Bank betroffen hat, sondern das ist ja ein Thema, was den Konzern betroffen hat.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, nur, Sie haben die E-Mail bekommen -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - von der Frau Rahmstorf.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber dann guckt man ja vielleicht, dass der Konzern sich dann kümmert um so eine Anfrage der BaFin.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, der Herr von Waldenfels - kenne ich; der war - - Für mich war das ein verlässlicher Kollege. Ich hatte jetzt also da keinen Zweifel, dass er das beantworten wird.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dann ist jetzt leider meine Zeit abgelaufen für diese Runde. Das bedauern wir alle.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir könnten ja noch eine machen. Gut. - Bedanke ich mich beim Kollegen Hauer. Als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Herr Wexeler, ich möchte auf Ihr Exit-Gespräch bei der Bundesbank zurückkommen, das ja am 02.12.2019 stattgefunden hat. Können Sie mal den wesentlichen Inhalt dieses Exit-Gesprächs darstellen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da ich ja wusste, dass ich ausschied und keine weitere Vertragsverlängerung mehr bekommen würde - Wunsch war ja maximal ein Jahr -, habe ich natürlich mich auch angehalten gesehen, mich bei der Aufsicht dementsprechend auch zu verabschieden - das habe ich auch beim Prüfungsverband gemacht -, und habe das angekündigt. Man war bei der Deutschen Bundesbank sehr überrascht, dass ich ausscheide. Und Anfang Dezember habe ich dann also dieses Gespräch geführt. Und die erste Frage, die mir da gestellt worden ist: Ich soll doch mal mein persönliches Empfinden darlegen, warum es nicht zu einer Vertragsverlängerung gekommen ist. Und ich habe geantwortet, dass ich jetzt nicht die Kreditanträge so genehmigt habe, wie der Konzern sich das gewünscht hat. Und dann haben sich noch viele weitere Fragen ergeben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

über mangelnde Compliance im - - Wirecard AG, über das autoritäre Verhalten des Herrn Dr. Braun und das patriarchische Verhalten usw. usf.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, Sie haben in Ihrem Exit-Gespräch auch über das Führungsverhalten von Herrn Dr. Braun gesprochen im Konzern.

**Zeuge Rainer Wexeler:** So ist es.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und haben Sie die Einflussnahme von Konzernvorständen oder Herrn Ley auf die Bank dort thematisiert?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nach meiner Erinnerung: Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie das mit Beispielen unterlegt oder als allgemeine Schilderung - - Wie darf man sich das vorstellen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Allgemeine Schilderung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Allgemeine Schilderung. - Und wie war die Reaktion Ihrer Gesprächspartner?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die haben sich das alles notiert.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die haben sich das notiert. - Wer war denn da? Wissen Sie das noch? Wer war denn da dabei?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Frau Franziska Folter war dabei, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Frau Folter, ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - dann die Nachfolgerin von der Frau Folter - den Namen weiß ich jetzt nicht mehr - und diese zuständige Referatsleiterin; die ist auch neu eingesetzt worden. Wenn Sie mir den Namen wieder sagen, fällt es mir wieder ein; aber - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hm. - Haben Geldwäschethemen beim Exit-Gespräch auch eine Rolle gespielt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. - Sind Sie eigentlich - - Wenn man mal die Technologie sich anschaut, mit der die Wirecard Bank Acquiring-Dienstleistungen erbracht hat: War denn überhaupt denkbar, dass man dieselbe Technologie auch im TPA-Geschäft einsetzt oder gegenüber sozusagen, ja, Kunden, für die man nicht unmittelbar selbst als Dienstleister die Zahlungen abwickelt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Grundsätzlich - - Ich bin jetzt kein IT-Experte; aber diese Acquiring-Software ist ja eine unheimlich komplexe und intensive Software, die natürlich auch auf andere - also, da geht es ja um die Abwicklung von Transaktionen mit Kreditkartenorganisationen - - eingesetzt werden könnte. Das ist ja jetzt zum Beispiel auch bei der Bank Santander - - Die hat ja jetzt dieses Asset gekauft.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Und das würde ja dafür sprechen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. Aber letztlich - nur dass ich das auch mal verstehe -: Wenn wir darüber reden, dass ja beim TPA-Geschäft zwar ein TPA-Partner oder drei TPA-Partner vor allem - - die aber wiederum ja mit einer Mehrzahl von lokalen Drittbanken abwickeln, die ja letztlich das Geld auch dann durchleiten - - ist ja die Frage - - Da müsste man ja, wenn ich das richtig sehe, bei jeder dieser Drittbanken diese Technologie irgendwie installieren. Ist das richtig?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht. Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wo würde man - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Bank würde ja nur ein Kunde des sogenannten Acquirers sein und würde ja dann also auf dieser Plattform - - Also, wenn - - Der Dritt-Acquirer hat ja diese Plattform;



## Nur zur dienstlichen Verwendung

da werden die Transaktionen dieser einzelnen lokalen Banken alles abgewickelt, so wie wir das ja auch letztendlich da als Acquirer selber tun. Und dann werden praktisch - - Das Ergebnis dieser Abwicklung oder - - ja, wird dann praktisch den einzelnen Händlern zugeschrieben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, um es zusammenzufassen - das ist jetzt auch ein bisschen eine Bewertungsfrage; aber Sie haben natürlich auch sehr viel sozusagen Wissen über die Prozesse -: Es war nicht von vornherein undenkbar, dass mit der Technologie, die Wirecard hatte, auch TPA-Geschäft abgewickelt werden konnte. Ist das eine richtige Einschätzung?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja. Aber ich hatte immer den Eindruck, dass die Technologie der Dritt-Acquirer eingesetzt wird und nicht die Technik der Wirecard.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber was hätte dann überhaupt dafürgesprochen, dass eine Bank in Asien TPA-Geschäft über Wirecard macht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, dieses Drittpartnergeschäft ist mir grundsätzlich überhaupt nicht bekannt, weil wir da auch nicht mit involviert waren. Wir hatten ja genug mit unseren ganzen Kreditkartentransaktionen zu tun; wir hatten ja ein Riesenvolumen. Und das Drittpartnergeschäft - - kannte ich jetzt nur diese Namen der Dritt-Acquirer, aber auch mehr nicht. Was für eine Technik dahintersteckt, wie sie es abgewickelt haben, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist Ihnen bekannt, ob respektive dass andere Konzerngesellschaften des Wirecard-Konzerns auf dem Briefpapier der Wirecard Bank AG Transaktionen ausgelöst haben könnten?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, ist mir nicht bekannt; nie von gehört.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Dann kommen wir noch mal zum Thema Aufsichtsrat. Aufsichtsrat hatte ja eine gewisse Personenidentität: Konzernmutter und -bank. Wie ist denn der Aufsichtsrat bei Ihnen in der Bank in Erscheinung getreten, zum Beispiel rund um das Thema „strategische Kreditvergabe“?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Aufsichtsrat hat sich mit diesen Krediten auseinandergesetzt. Ich habe das natürlich immer positiv empfunden, dass der Aufsichtsrat der Bank auch, sage ich jetzt mal, Einblick in den Konzern der Wirecard AG hat, um, sage ich jetzt mal, da also ein Verbindungspotenzial herzustellen. Und da gab es schon immer wieder konkrete Rückfragen: „Was ist das?“ und: Warum? - Und das, dies und jenes. Weil natürlich auch der Konzernvorstand der Wirecard AG nicht dafür berühmt war, den Aufsichtsrat sonderlich immer zu informieren über die Projekte, die anstehen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat sich die BaFin nach Ihrer Kenntnis mal damit auseinandergesetzt, dass es diese personelle Überlappung gibt, die ja eigentlich aufsichtsrechtlich nicht wünschenswert ist?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht nach meiner Kenntnis.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Für diese Runde letzte Frage: Haben Sie schon mal von dem chinesischen Finanz- oder Techunternehmen MinTech gehört?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Und dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Herr Wexeler, ich mache im Nebenberuf hier im Finanzausschuss



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Geldwäscheprävention und - bekämpfung; deswegen würde mich mal interessieren: Wenn ich - also, Sie haben ja keine Privatkonten bei der Wirecard Bank AG vergeben; aber Sie haben den Bankenführerschein sozusagen; das ist ja was - bei einer x-beliebigen Bank ein Konto eröffnen wollte und bei sozusagen der Überprüfung von mir sich herausstellen würde, dass gegen mich verschiedene Anklagen gelaufen sind, dass gegen mich ein Auslieferungsersuchen des FBI vorliegt, dass ich in zumindest zwielichtige Geschäfte verwickelt bin, würden Sie mir da ein Konto geben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, die Kontoeröffnung, sage ich jetzt mal, war jetzt nicht in meinem Ressort. Aber wenn Sie es mir so schildern, hätte ich schon erhebliche Zweifel dran.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hätte ich auch.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ist nicht schwer zu beantworten, die Frage.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja, ja. Ich will damit aber natürlich auch auf etwas hinaus. Kennen Sie Herrn Firtasch, den ukrainischen Geschäftsmann, Oligarchen, Bewohner einer Mietwohnung von Herrn Schütz?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Rainer Wexeler:** Den kenne ich, ja, also vom Namen her.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich weiß gar nicht, warum der Anwalt so nervös wird, weil ich Sie nur fra- - weil ich ihn nur frage, ob er Herrn Firtasch kennt. Das ist ja gut, dass Sie ihn kennen; Sie haben ihm ja schließlich ein Konto eröffnet, oder?

(Zuruf von RA Moritz Reger)

- Wie bitte?

**RA Moritz Reger:** Nervös bin ich nicht.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut; dann ist gut. - Okay, also, ich scheine ja irgendwie einen Punkt zu haben. Also, haben Sie Herrn Firtasch - - Oder hat die Wirecard Bank AG ein Konto für Herrn Firtasch eingerichtet?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen auswendig, weil, ich sage jetzt mal, mir ist der Name nur geläufig, ja. Also, es gibt da irgendwie - - gab es da mal eine Organisation, die von dem Herrn Marsalek herangetragen worden ist. Und ich habe da - - wurde auch meine Meinung zu gefragt, und ich habe gesagt, dass ich für diese Organisation keine Konten eröffnen möchte; da gibt es auch eine E-Mail von mir. Das Einzige, was ich mir vorstellen kann, wäre ein Mietkonto.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Was ist jetzt - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ob das jetzt der Herr Firtasch war, kann ich nicht genau sagen, aber so aus meiner Erinnerung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Was ist ein Mietkonto?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ein Mietkonto ist ein Konto, wo gewisse Mieteinnahmen vielleicht drauf liegen, eine Mietkaution gestellt wird oder so was Ähnliches.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Ja, also, genau, uns liegen auch E-Mails vor, wo Sie sehr intensiv - wer ist Herr Daniel Heuser? -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist mein Vorstandskollege.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - genau -, wo Sie mit Herrn Heuser genau über die Einrichtung eines Kontos für Herrn Firtasch bzw. die Centragas Holding, Unternehmen von Herrn Firtasch, da diskutiert haben. Und da gibt es von Herrn Kohlpaintner auch noch eine freundliche Ausarbeitung. Herr Kohlpaintner hatte bei Ihnen welche Funktion?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Er ist Geldwäschebeauftragter.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Der ist das ja dann auch für die Wirecard AG irgendwann auch geworden.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil, ich finde, der hat seinen Job eigentlich ganz gut gemacht. Der hat nämlich hier genau das alles so dargestellt und auch, was Herr Firtasch alles so - - ja, was er so für einen Lebenswandel hatte usw. Und dann haben Sie am 11. April 2019 geschrieben: Ich bin mit der Eröffnung des Mietkontos einverstanden. Gut ist - Sie haben geschrieben -, wenn dies streng monitort wird.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und da stand dann auch mit dabei: monatlich Bericht an Sie und an Daniel. - Ich nehme an, das ist dann Herr Heuser.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Haben Sie da dann monatlich auch irgendwelche Infos bekommen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, nach meinem - - Erinnerung nicht. Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Das ist schlecht.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wissen Sie - - Ist Ihnen bekannt, ob Sie noch weitere Konten für Herrn Firtasch und ihm zuzurechnende Unternehmen eingerichtet haben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ist Ihnen nicht bekannt. - War das üblich, dass es, sage ich mal, so - - dass Sie, also sage ich - - Ist ja ganz offensichtlich: Sie hatten eigentlich keine Lust, für den so ein Konto einzurichten; das ist ja auch für Sie - - hat ja keinen so großen Zweck gehabt. Aber ist es häufiger vorgekommen, dass Sie

solche Dinge für Herrn Marsalek quasi erledigen mussten?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich glaube, zu erinnern, dass es ab und zu natürlich solche Anträge seitens des Herrn Marsalek gegeben hat. Aber in diesem Fall wurde ich mal involviert, während ich bei anderen Fällen nicht involviert war, weil es einfach auch nicht in meiner Ressortzuständigkeit war. Wir hatten ja eine Aufgabenverteilung. Und ich bin immer davon ausgegangen: Wenn ein Konto eröffnet wird, ich mein Okay gegeben habe, dann muss natürlich auch - - die grundsätzlichen Richtlinien, die für eine Kontoeröffnung erforderlich sind, auch eingehalten werden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. - Es gab ja - - Wir haben in den E-Mails aus dem August 2019 noch so eine Geschichte mit Herrn Klestil.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da ging es ja auch um Kreditvergaben. Und wie ging das am Ende aus?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Welchen Fall meinen Sie denn?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Allgemein, insgesamt. Ich bin ja nicht so tief in Ihren ganzen Geschäftsvorgängen drin wie Sie.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Herr Klestil ist Aufsichtsratsmitglied der Wirecard Bank und auch Aufsichtsratsmitglied der Wirecard AG. Und wenn er Fragen zu Kreditvorlagen gehabt hat, hat er die in der Regel an mich gestellt. Und wenn es noch zusätzliche Informationen - - haben wollte, hatte er auch teilweise mit den Konzernvorständen darüber gesprochen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Und was jetzt der Hintergrund ist von Ihnen - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, es ging hier um eine DB Swiss AG zum Beispiel.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** DB Swiss?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das sagt mir nix.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Ja, war auch problematisch, weil keine testierten Jahresabschlüsse. Okay. - Ich würde gerne noch mal - - Ocap, das ist ja schon angesprochen worden. Wer waren die wirtschaftlich Berechtigten der Ocap?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das hatte ich eben schon zu Protokoll gegeben; da kann ich mich jetzt nicht dran erinnern. Da gibt es bestimmt wirtschaftliche Berechtigte; das steht alles in der Kreditvorlage drin.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja; muss ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, natürlich. Also, auswendig kann ich das nicht sagen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist mir jetzt nicht geläufig. Ich könnte es Ihnen jetzt auch nicht sagen zu Senjo Trading, oder ich könnte es Ihnen auch nicht sagen zu Senjo Group, also - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja. Und Sie kennen ja auch den Fonds auf Mauritius nicht.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da sind ja teilweise auch wirtschaftlich berechtigte Unternehmen dahinter, die irgendwie - - keine Ahnung, wie die heißen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja, das - - Aber gut, das ist natürlich - - Also, ich sage mal: Know your customer. Also, wenn ich hier irgendwie privat ein Konto aufmachen will, dann müssen die schon sozusagen mich ja identifizieren und jetzt - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sind wir ja auch verpflichtet zu.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, eben; drum; deswegen frage ich ja auch danach. Also - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, aber die Namen - sehen Sie mir nach -, die kann ich ja nicht auswendig vorhalten.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. - Aber ich sage mal so, das ist ja sozusagen eine Frage, die sich da ja durchaus immer mal wieder stellt. Es geht ja auch gar nicht so sehr jetzt um die konkreten Namen. Aber wenn so jemand wie Herr Firtasch auftaucht - das ist eine schillernde Figur usw. Sie haben vorhin selbst gesagt, als irgendwann Herr Ley bei Ihnen war, da sind die Alarmglocken angegangen, also, ne? Und wenn ich mir diese ganzen Mails hier anschau, dann machen Sie mir schon den Eindruck, dass Sie Risiken schon gewittert haben, wenn die irgendwo aufgetaucht sind.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das stimmt; deswegen habe ich ja nur ein Mietkonto genehmigt und nichts anderes.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja; ist ja - - Das ist - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Aber leider bin ich ja nicht alleine im Vorstand.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das stimmt. Das stimmt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Und offensichtlich haben Herr Heuser und Herr von Knoop eben entschieden, dass sie eben mehr Konten machen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja. - Nein, wir versuchen ja einfach, das auch - - Das ist ja auch für uns wichtig, herauszufinden, wie solche Strukturen waren. - Und dann vielleicht noch: Wie war Ihr Verhältnis zu Herrn Carlos Häuser?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe Herrn Carlos Häuser hier in der Wirecard AG kennengelernt, als er noch Leiter der Technik war. Und als er den CEO übernommen hat bei Ocap, kam er mir ziemlich unbeholfen vor, auch nicht kompetent. Das hat sich auch in der - - ganzen Verlauf auch so ergeben. Insofern - - Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber, also, ich muss da jetzt noch mal sozusagen nachfragen. Weil, ich sage mal, es gibt schon so ein bisschen die Vermutung im Raum, die - - Oder es steht schon so ein bisschen die Vermutung im Raum, dass hinter Ocap vielleicht nicht nur ein ehemaliger Wirecard-Mitarbeiter stand, sondern dass da vielleicht auch - - dass das genutzt wurde, um Gelder aus der Wirecard in private Hände zu schleusen. Und da ist Ihnen aber auch nie irgendwie nur mal zur Kenntnis - - erlangt, dass da vielleicht andere Wirecard- oder ehemalige Wirecard-Beschäftigte involviert sein könnten?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das hat man auch nie angeboten, dass Sie da vielleicht investieren könnten?

(Heiterkeit des Zeugen  
Rainer Wexeler)

- Wir fragen hier auch jeden Zeugen, ob er Wirecard-Aktien hat, und Sie glauben gar nicht, wer das alles hat.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja. - Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Weil das ist ja noch mal ein interessantes Thema gewesen. - Haben Sie eigentlich gewusst, dass Herr Carlos Häuser alle Konversation, alle E-Mails zwischen Ihnen beiden immer auch an Herrn Ley weitergeleitet hat?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich meine, an den Herrn von Knoop.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Und an Herrn Ley, das wissen Sie nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das weiß ich nicht. Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielleicht wäre - - Das wäre noch mal zum Abschluss meiner Frage - - Sie haben das eben schon so ein bisschen durchscheinen lassen, aber sozusagen: Wie war die Zusammenarbeit mit Herrn Ley? Und vor

allem: Können Sie mir eigentlich sagen, vor allem nachdem Herr Ley aus dem Wirecard-Vorstand ausgeschieden war: Was war eigentlich seine Rolle, und welche Befugnisse hatte er?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Im Nachhinein würde ich sagen, dass er bewusst ausgeschieden ist aus dem Vorstand. Und für mich war immer klar, dass - - rein persönlich habe ich den Herrn von Knoop nicht als CFO gesehen und dass im Hintergrund der Herr Ley immer noch die Fäden spinnt. Das ist meine persönliche Bewertung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und das haben Sie, sage ich mal, auch durch das Auftreten von Herrn Ley so - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Herr Ley, den habe ich seitdem nie mehr gesehen, also - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nein, nein; das ist klar. Aber Sie ha- -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe auch nicht mitgekriegt, was er sonst noch gemacht hat, also - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich weiß nur, dass er einen Beratervertrag gehabt hat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Er hatte einen Beratervertrag. Aber unser Eindruck ist auch, dass er dafür, dass er nur Berater war, sich doch ein bisschen anders verhalten hat.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Auch wenn man das Gehalt sieht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Alles klar. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank für die Punktlandung, Kollege Zimmermann. - Und dann hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Wexeler, sagen Sie mal, hatten Sie eigentlich so



## Nur zur dienstlichen Verwendung

was wie einen Pressespiegel in Ihrer Tätigkeit über Ihr Institut?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein. Das heißt, Sie haben als führender Bankvorstand nicht die Nachrichtenlage zu Ihrem eigenen Unternehmen verfolgt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Doch.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Privat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Weil ich finde das nicht wirklich glaubhaft, wenn ich das so hier bemerken darf - also, ich spiele gelegentlich Wirecard-Bingo mit meinem Kollegen Schäffler; da ist EMIF zum Beispiel so ein Bingo-Stichwort -, dass Sie, wo Sie doch wahrscheinlich auch die Berichterstattung zu Wirecard verfolgen, nicht sagen können, was EMIF ist, das ein ganz wesentliches Puzzlestück in dem Wirecard-Skandal ist. Das finde ich entweder erschreckend oder unglaublich. Sie haben das tatsächlich noch nie gehört?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein\*.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Beachtlich. Gut. - Ich möchte Sie mal fragen - weil Sie haben hier gegenüber Herrn Toncar ausgeführt, dass das Drittpartnergeschäft für Sie keine Rolle gespielt hat -: Ist es denn zutreffend, dass Sie im Rahmen Ihres Exit-Gesprächs - - auch thematisiert wurde, dass Kreditanfragen oft vor Weihnachten und knapp unter der Großkreditgrenze getätigt wurden?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe das, glaube ich, der Deutschen Bundesbank so dargestellt, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und das ist für Sie kein Hinweis auf das Drittpartnergeschäft?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das hat ja mit Drittpartner jetzt nix zu tun, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Womit hat das denn zu tun?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es waren ja Kreditanträge, die nicht auf die Kreditpartner laufen; das waren ja Kreditanträge, die auf irgendeine Firma gelaufen - - ist, was weiß ich, Müller AG Singapur oder sonst was. Aber die Drittpartner - - Ein Drittpartner ist aufgetreten im März 2018, Al Alam; das habe ich, glaube ich, hier schon zum Ausdruck gegeben; 35 Millionen. Den habe ich abgelehnt. Aber es kam keiner von PayEasy und Senjo; das waren ja diese drei Drittpartner.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Können Sie mal darstellen: Wer war denn zeichnungsberechtigt für Kreditanfragen ab bestimmten Größenordnungen, sagen wir mal, also sehr relevante?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wir im Wirecard-Vorstand hatten sehr geringe Kreditkompetenzen, weil wir auch nicht das klassische Kreditgeschäft gemacht haben. Alle die Kredite - - Die größeren Kredite sind alle zustimmungspflichtig, auch vom Aufsichtsrat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und können Sie mal namentlich sagen, also, sagen wir mal, wenn - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich habe zum Schluss eine Einzelkreditkompetenz von 500 000 Euro gehabt, zwei Vorstände 1 Million und drei Vorstände 1,5 Millionen. Alles, was über 1,5 Millionen geht, geht zum Aufsichtsrat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und das heißt, Sie waren dann, ich sage mal, wenn Herr Marsalek sich mal wieder so ein kleines Darlehen oder so beschaffen musste, nicht mehr involviert.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ein Darlehen? Also, ein Darlehen geht ja - - wird ja federführend in meinem Ressort bearbeitet.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie waren also involviert.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, natürlich.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** So. Und da frage ich mich: Wie haben Sie denn zum Beispiel dann die Kreditsicherheiten beurteilt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die strategischen Kredite wurden ja fast alle mit den Bürgschaften des Konzerns unterlegt. So. Und ich hatte ja vorhin schon mal ausgeführt, welche Prüfungen wir machen; wir haben natürlich dann intensiv geprüft. Und ich möchte noch mal wiederholen, dass wir Ende 2016 vier Kredite genehmigt haben, aber dann 18 und 19 kein Kreditgeschäft mehr akzeptiert haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und können Sie mal exemplarisch sagen, wie so eine Prüfungshandlung aussah?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, also, wir bekommen die Jahresabschlüsse der letzten zwei Jahre. Das sind Bilanzen; das sind G & V; die müssen bestätigt sein. Wir bekommen also eine aktuelle Auswertung vom laufenden Jahr, vom Geschäftsjahr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Sie haben sich dann auf die Jahresabschlüsse, sagen wir mal, von EY oder so verlassen, korrekt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na, die waren ja nicht in der Regel von EY; das können ja - - von irgendeinem Wirtschaftsprüfer gewesen sein. EY - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ich frage nur deswegen, weil es ist doch korrekt, dass Sie die Bedenken, die selbst seitens EY geäußert wurden, dass Sie die zurückgewiesen haben, dass Sie die kritisiert haben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Welche? Ach so, Sie meinen diese, diese - - Ah ja. Gut. Die - - EY hat im Jahre 2018 den Prüfungsleiter gewechselt. Dieser Prüfungsleiter hat eine ganz andere Sicht auf die Kreditfälle gehabt als die Prüfungsleiter von EY vorher.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie mal Namen dazusagen, bitte?

**Zeuge Rainer Wexeler:** 18 war der Dr. Worthmann, und ich glaube 17 war der Herr Then, und 16, glaube ich, war auch der Herr Then, wenn ich nicht irre, und der Herr Bauer.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Irgendwie, glaube ich, so muss das gewesen sein. Der Herr Worthmann hatte eine sehr, aus meiner Sicht, eigenwillige Sicht auf diese Dinge, die wir im Vorstand nicht akzeptiert haben. Das haben wir auch gegenüber dem Aufsichtsrat so kommuniziert. Ich habe dann daraufhin Deloitte beauftragt, diese Prüfungsfeststellung von EY detailliert zu untersuchen und dem Aufsichtsrat zu präsentieren. Wir haben diesen Bericht dann bekommen; Deloitte hat diesen Bericht auch dem Aufsichtsrat präsentiert, und ich habe auch diesen Bericht der Deutschen Bundesbank übergeben. Und in diesem Bericht kann man nachvollziehen, dass 60 bis 70 Prozent der Feststellungen, die der Herr Worthmann gemacht hat, nicht zutreffend sind.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Es hat mich nur gewundert, weil Sie wohl offenbar erst diese Feststellung kritisiert haben und sich dann gegenüber der Bundesbank mit diesen Feststellungen ein Stück weit entlastet haben. Das fand ich auffällig. - Aber meine Zeit ist rum, und dann muss ich in der nächsten Runde nachsetzen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Als Nächstes hat das Wort Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Wexeler, guten Tag. Hallo, hier sitze ich. Alles gut. Schön, dass Sie bei uns sind und die Fragen beantworten. - Ich will mal anfangen mit der Frage, ob Sie sagen würden, dass die Wirecard Bank eine Bedeutung für das Finanzsystem, für das globale Finanzsystem hatte.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also war kein relevantes Institut mit Blick auf auch Gesamtfinanzstabilität.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Überhaupt nicht. Bei einer Bilanzsumme von 2,2 Milliarden würde ich das mal sagen: Auf keinen Fall.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Klare Aussage. Und nehmen wir mal die Wirecard AG, also den gesamten Konzern: War der dafür relevant, für das globale Finanzsystem?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Konzern hat ja letztendlich nur, sage ich jetzt mal, Zahlungsdienste im Internet gemacht, ja. Und wenn der jetzt wegfällt, das sehen Sie ja, dann passiert ja nix. Dann kriegen eben andere Wettbewerber - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, wir sitzen hier deswegen, weil der weggefallen ist, aber aus anderen Gründen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ja, gut, aus anderen Gründen. Aber ich sage jetzt mal: Das System läuft ja weiter; davon wird Adyen zum Beispiel jetzt profitieren, ein Wettbewerber von der Wirecard AG, und andere. Also, ich denke mal, dass genügend Wettbewerber im Markt sind, die bei Insolvenz eines Mitbewerbers das auffangen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das war mit Diskussionen mit der Aufsicht auch nie Thema, ob man Sie da irgendwie einstuft?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es war so, dass die BaFin zu der Auffassung gekommen ist, dass die Wirecard Acquiring & Issuing GmbH Finanzholding ist, weil sie ja unter anderem jetzt die Bank gehalten hat und andere Finanzdienstleister des Konzerns. Das war im Februar 2017. Das hätte bedeutet, dass dann die Wirecard AG meldewesenspflichtig gewesen wäre, und das hat man dem Konzern auch mitgeteilt. Und dann hat der Herr Ley - damals war er noch CFO und auch im Bankvorstand - gesagt, dass er das jetzt besprechen müsse mit seinen Kollegen, und es war jetzt angedacht, dass man die Wirecard Bank jetzt direkt unterhalb des Wirecard-AG-Konzerns umhängt, um dann dieser Meldewesenspflicht zu entgehen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie mal kurz die Zeit anhalten, wenn die Durchsage kommt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Aber bis zu meinem Ausscheiden hat sich da nix getan.

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielleicht auch noch mal der Hinweis: Wer noch nicht abgestimmt hat, sollte dies tun. Aber ich gehe davon aus, die Kollegen haben es alle getan.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Jetzt haben Sie ein bisschen anderes Thema aufgemacht; aber ich komme gleich noch mal zurück zu meinem ersten Punkt. Aber jetzt haben Sie quasi das Thema Finanzholding angesprochen - da steht ja durchaus auch immer mal wieder in der Presse was dazu zu lesen - - dass das ja Diskussionsstoff ist. War das bei Ihnen im Haus jemals konkret angelegte Strategie, unter die Threshold zu kommen, um auch dieser Einstufung „Finanzholding“ zu umgehen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na ja, das hat der Konzernvorstand ja ganz deutlich gegenüber der BaFin gesagt; der Herr Ley hat das gesagt gegenüber dem Herrn du Buisson, dass sie das nicht akzeptieren können, weil ja der Konzern immer noch der Auffassung war, dass er keine Finanzholding ist. Und dann - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie haben Sie das denn empf - Also, wie hätte denn Ihre Schlussfolgerung ausgesehen aus Ihrer sehr subjektiven persönlichen Sicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, wenn ich das so bewerten würde, macht es für mich jetzt keinen Unterschied, ob die Wirecard Bank unter der Wirecard Acquiring & Issuing ist oder unterhalb der Wirecard AG. Also, für mich ist es immer noch eine Finanzholding damit.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Für Sie wäre es plausibel, dass es eine Finanzholding ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau. - Ich verstehe nicht diesen rechtlichen Unterschied.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nur ein Umhängen, also - - Nicht nachvollziehbar.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Verstanden.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Weil die Substanz ändert sich ja nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich springe noch mal zurück zu der Frage „Finanzstabilität“ bzw. „Relevanz für das globale Finanzsystem“. Das heißt also, auch von der Aufsicht - - die haben Sie nie kontaktiert und Ihnen mitgeteilt, dass aus deren Sicht Sie ein systemrelevantes Institut seien.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, auf keinen Fall.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage das deswegen, weil das durchaus auch mit Blick auf das Leerverkaufsverbot immer mal ein Thema gewesen ist. Dafür muss es ja gute Gründe geben; Bedrohung der Finanzstabilität - jetzt mal in nichttechnischen Worten gesprochen - ist so ein Grund. Wie haben Sie denn diese Entscheidung um das Leerverkaufsverbot damals wahrgenommen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ich persönlich habe daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass offensichtlich die BaFin die Wirecard AG schützen wollte vor diesen Leerverkaufspositionen. Und wir waren ja, ich sage jetzt mal, eigentlich alle der Meinung oder - - dass die Berichterstattung „FT“ nicht korrekt war, weil wir ja eben daran geglaubt haben, dass die Zahlen stimmen usw. usf. und sich natürlich der Kurs auch in den Vorjahren immer wieder erholt hat. Also, das wurde ja auch immer wieder entkräftet. Und insbesondere haben wir ja geschaut, das EY immer ein uneingeschränktes Testat gegeben hat. Also für uns war das so zu interpretieren oder für mich persönlich jetzt auch.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also für Sie war das auch plausibel, als damals diese Entscheidung gefällt wurde.

**Zeuge Rainer Wexeler:** „Plausibel“ würde ich jetzt nicht sagen, weil ich natürlich den ganzen Hintergrund von diesen Leerverkäufen auch jetzt nicht nachvollziehen konnte und, und, und. Also mir ging es einfach nur darum: Was hat jetzt hier die BaFin gemacht? Also, die BaFin hat ja da eine klare Entscheidung getroffen. Also für mich hat sie letztendlich Partei ergriffen. So ist es für mich angekommen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das noch mal wiederholen? Akustisch - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Für mich hat die BaFin Partei ergriffen für die Wirecard AG durch ihren Beschluss. Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Waren Sie bei dem ganzen Vorgang in irgendeiner Form involviert? Können Sie dazu was beisteuern? Oder haben Sie das aus der Presse erfahren: „Jetzt gibt es ein Leerverkaufsverbot“?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, da war ich nicht dabei.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie waren nicht dabei.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also bei den ganzen Diskussionen usw.: Nein. Ich habe das nur aus der Presse erfahren.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hatten Sie eigentlich, im Kontext jetzt der letzten Jahre auch - sei es während Ihrer aktiven Zeit oder nach Ihrem Ausscheiden -, mit der Staatsanwaltschaft zu tun? Haben die Sie befragt im Kontext Wirecard?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, zweimal.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann war das?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Im November letzten Jahres und im - - nee, im - - September, glaube ich. Ja, im Herbst letzten Jahres und - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also nach der Insolvenz.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ja, genau. Im Sep- - Also im Herbst letzten Jahres und im Januar diesen Jahres.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Als Zeuge.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber da laufen keine Ermittlungen oder dergleichen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Gegen mich?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Doch. Es laufen gegen die Bank und gegen die Vorstände und gegen den Geldwäschebeauftragten - - läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Geldwäsche, Verdacht auf Geldwäsche.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Meine Zeit ist abgelaufen. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, vielen Dank. - Sie hatten jetzt schon einige Dinge vorweggenommen. Ich wollte jetzt aber noch mal klargestellt haben auch: Frau Folter wusste also - weil das ist ja schon ein gewichtiger Punkt, wenn wir jetzt über eine Gesamtbeurteilung einer Holding, über die Verflechtung, über Unabhängigkeit, über all das, was auch der Kollege Bayaz eben angesprochen hat, uns unterhalten - - Also, Frau Folter war auf jeden Fall explizit informiert. Sie haben das dargestellt, dass sich -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es gab im - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - Herr Markus Braun quasi - ich will es mal beschreiben - vor

Ihnen aufbaute, Sie mit dem berühmten magischen Blick, dem sich ja keiner entziehen konnte - Sie schon - - vor Ihnen aufgebaut und hat dann versucht - das kann man wohl so interpretieren; würden Sie das bestätigen? -, auf Sie derart Einfluss auszuüben, dass es eben zu einer Kreditvergabe kommt. Und das wusste auch Frau Folter explizit so in etwa, mit den Abläufen, wie hier geschildert.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich glaube, mich dran zu erinnern; aber es gibt ja auch ein Protokoll, das die Deutsche Bundesbank gemacht hat - ich habe das Protokoll nicht bekommen -, und da wäre jetzt alles nachzulesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Aber aus dem, wie geschildert, gehen Sie schon davon aus, dass die Bundesbank auch von den Umständen Kenntnis hatte.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe auf jeden Fall gesagt, wortwörtlich, dass mein subjektiver Eindruck ist, dass ich gehen musste, weil ich die Kreditanträge nicht so genehmigt habe, wie Herr Dr. Braun das wünscht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist nämlich mein Eindruck. Und jetzt haben - - Das ist nämlich auch mein Eindruck, dass - - Ganz genau: Sie haben -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das habe ich wortwörtlich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - nicht so gespurt, wie das gerne der große Konzernlenker, der ja eigentlich hier vor uns immer gesagt hat, er hätte so gar keine Ahnung und ist so überrascht - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Er hat sehr wohl - das kann man damit wohl feststellen - Einfluss genommen, auch auf die Wirecard Bank, versucht zumindest.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Versucht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und Sie haben sich gewehrt und durften gehen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Es ist ja noch für den Untersuchungszeitraum bekannt - und ich habe da nämlich mich auch lange im Finanzsektor bewegt. Insoweit ist es gar nicht unüblich, wenn man eine langjährige Verbindung zu einem Unternehmen oder Unternehmen hat, dass man noch mit bestimmten Menschen mehr oder weniger vielleicht auch mal noch über das Unternehmen spricht, wie sich das Unternehmen jetzt entwickelt, wie das Unternehmen jetzt nach dem Weggang bestimmte Dinge betrachtet, jetzt: Wird der Unternehmenskurs, den Sie vielleicht eingeleitet haben, fortgesetzt? Wird ein Schwenk vorgenommen? - Also, gab es da mal Gespräche dann, wo Sie noch mal gesagt haben: Seid ihr jetzt - ich spreche jetzt salopp - noch unabhängig, oder pariert jetzt der neue Vorstand, wie es eben aus der Konzernzentrale in Aschheim gewünscht wird? - Also, ich könnte mir vorstellen, so ein Interesse, wenn man sich so lange gewehrt hat, da stand, das Unternehmen gelenkt hat - - Gab es solche Gespräche? Und dass man Ihnen dann vielleicht mal so eingeräumt hat: Ja, da hat sich jetzt mit Ihrem Weggang einiges geändert. - Oder hat aus Ihrer Sicht die Wirecard Bank ihren relativen Kurs der Unabhängigkeit gegenüber der Wirecard AG fortgesetzt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es ist so, dass sich die Wirecard Bank sehr schwergetan hat, einen Nachfolger zu finden, der dem Anforderungsprofil entspricht, der - - was ich da als Ressortverantwortlichkeit -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wessen Anforderungsprofil? Dem des Herrn Braun oder - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** - hinterlassen habe - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Man hat natürlich dann auch einen eingestellt, der aber vom Kreditgeschäft keine Ahnung hatte, ja? Also, das wäre etwas schwierig geworden in meinen Augen.

Und ob dann, sage ich jetzt mal, die Geradlinigkeit fortgesetzt worden wäre, die ich da gezeigt habe und die ich auch versucht habe, mit den Bürgschaften durch Barhinterlegung noch zu bekommen, wage ich zu bezweifeln.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Ich denke mal aber auch, ohne dass Sie jetzt - das will ich gar nicht - Namen nennen müssten - - kann ich mir vorstellen, dass Sie immer Vertraute haben. Ich frage - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, also mein operatives Risikocontrolling - - Wir waren immer einer Meinung, ob wir jetzt den Kredit geben oder nicht. Also, ich habe mich auch nie über das Votum meiner Mitarbeiter hinweggesetzt; wir waren uns immer einig; wir haben uns intensiv ausgetauscht. Und wenn wir einen Kredit gemacht haben, dann haben wir die Chancen und Risiken abgewägt und haben aber auch immer auf entsprechende Sicherheiten geachtet, weil wir natürlich nicht so viel haftendes Eigenkapital hatten - ist ja auch klar - und wir uns natürlich jetzt nicht auch irgendwo hier im ganz normalen Kreditgeschäft bewegen. Das war natürlich schon ein bisschen außergewöhnlich. Und wenn wir abgelehnt haben, dann haben wir auch die Latte da hochgehalten. Da gab es kein Wenn und Aber.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hatten Sie mal in den Gesprächen - vielleicht weil Sie ja nun diesen Servicevertrag hatten, was Sie eingangs erörtert haben - - mal in einem Gespräch, wenn vielleicht Herr Braun Ihnen oder Herr Marsalek auch mal zugehört hat, drauf hingewiesen, dass es wünschenswert sei für ein DAX-Unternehmen, einen Prüfungsausschuss zu installieren? Weil Sie ja logischerweise durch diesen Servicevertrag, den Sie hatten, im Prinzip - nein, nicht nur im Prinzip, sondern auch tatsächlich - Aufgaben mit wahrnehmen mussten, die in einem mit Compliance ordentlich geführten Unternehmen durch einen Prüfungsausschuss eigentlich vernünftig wahrgenommen worden wären.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Konzern war geprägt durch den Herrn Dr. Braun, ja, und die Unternehmenskultur auch. Und er war derjenige, der alles entschieden hat, und er hat eben - - der hat alles





## Nur zur dienstlichen Verwendung

vorgegeben, was für ein Wachstum und, und, und. Und da war für rechts und links kein Platz. Und die Unternehmenskultur war so aufgebaut: Es gab da vier Vorstände, und dann gab es nix.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Das kam man - - Da will ich gar nichts - - weil das steht für sich; das lasse ich so im Raum stehen, kurz wirken.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Und Richtlinien und Gesetze, das - - haben ihn alles nicht interessiert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Das heißt, letztlich war das - als dann Herr Freis, glaube ich, hieß er, und andere dann auf einmal einen Prüfungsausschuss und eine Compliance auf dem Hintergrund der KPMG-Ermittlungen - - eher noch Alibi und versuchte Kosmetik. Weil das kam mir immer recht merkwürdig vor im Untersuchungszeitraum, dass dann auf einmal die Welt sich drehen sollte im Prüfungsausschuss. Es wurde ein Compliance-Vorstand und - - Das kam mir so ein bisschen, na hier, wie Alibi vor. Würden Sie das auch so sehen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich würde ja mal sagen: Sie können schon etwas organisieren; aber Sie müssen das auch strukturieren, und Sie müssen es leben. Und wenn Sie von heute auf morgen was in die Welt setzen, muss es auch erst mal umgesetzt werden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt im Umkehrschluss - - Sie haben gesagt: Das sind die prägenden Figuren gewesen; Herr Markus Braun und wohl auch Herr Marsalek sind die prägenden Figuren.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht zu vergessen: Herr Ley.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und Herr Ley. Also eine Änderung dessen, was Sie eben beschrieben haben als Zustand, wäre nur möglich gewesen, wenn diese, nennen wir es mal, Patriarchen das Unternehmen tatsächlich auch verlassen hätten, aus Ihrer Sicht, so wie Sie es sagen, weil es muss ja gelebt werden.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Auf jeden Fall, ja. Oder es eben noch mehr Leute gegeben hätte, die einfach mal den Finger in die Wunde legen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da muss ich gar nicht mehr hören. Wunderbar. - Wer möchte von den Kollegen? - Dr. Michelbach, bitte schön.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Herr Wexeler, vielen Dank für Ihre Bereitschaft, uns hier Informationen zu geben. - Ich habe zwei Fragekomplexe: einmal das Einstufungsthema der Wirecard als Finanzholding und zweitens die Geschäftsbeziehung zwischen der Wirecard Bank und der Wirecard AG. Zum ersten Punkt: Die Aufsichtsbehörden vermitteln uns ja: Sie wurden mit dem Geschäftsmodell Wirecard Bank AG und Wirecard AG mit 58 Gesellschaften mehr oder minder hinter das Licht geführt; deshalb habe man bei der Einstufung als Finanzholding anders entschieden und man habe mehrfach ja bei Aufsichtsgesprächen mit Ihnen drauf gedrungen, das als Gesamtfinanzholding einzustufen - so am 24. Februar 2016 beim Aufsichtsgespräch und am 16. Februar 2017 ebenfalls. Sie haben sich, aus welchen Gründen, massiv gewehrt, dass diese gesamte - - dieser Gesamtkonzern Wirecard Bank und Wirecard AG letzten Endes als Finanzholding eingestuft wurde. Haben Sie das aus eigenen Überzeugungen gemacht oder auf Druck von Herrn Braun, Herrn Marsalek, wie auch immer?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, die Einstufung der Wirecard Acquiring & Issuing GmbH als Finanzholding ist ja kein Thema der Wirecard Bank, sondern das ist ein Thema der Wirecard AG. Insofern haben wir als Vorstände der Wirecard Bank damit ja gar nix zu tun.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Sie haben doch ein Gutachten beauftragt bei EY, komischerweise, das hier Ihre Auffassung, dass Wirecard keine Finanzholding in Verbindung mit der Bank ist - - stattfindet. Es gibt einen Auftrag an EY, Rechtsgutachten.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Kann ich mich nicht dran erinnern, dass der Auftrag von der Bank erteilt worden ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ist an Ihnen vorbeigelaufen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Offensichtlich hat das der Herr Ley gemacht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Also, Sie sehen, dass wir das Thema Interessenskartell natürlich hinterfragen müssen. Ist da letzten Endes so eine Art, ja, Interessenskartell entstanden, in dem man gewissermaßen die Wirecard Bank vorne hingestellt - - haben, um die Prüfung von den 58 Wirecard-AG-Gesellschaften abzulenken? Können Sie sich ein solches Versteckspiel aus der heutigen Sicht vorstellen, Herr Wexeler?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Gut, aus der heutigen Sicht ist das ja klar; es geht ja dann insbesondere um Meldewesen, ja. Also, Sie müssen ja dann auch entsprechend dann melden, so wie die Banken das jetzt auch tun. Und dann wird - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, Sie werden nicht nur die Bank geprüft - - worden, sondern alles, natürlich alles.

**Zeuge Rainer Wexeler:** So ist es. Vor allen Dingen wären meldewesenwichtige Daten übergeben, die natürlich wahrscheinlich dann zu Prüfungshandlungen oder zu was weiß ich geführt hätten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Dann geht das frühzeitig, wenn man das insgesamt geprüft hätte - - frühzeitig der Laden aufgedeckt worden wäre, nicht? Sehen Sie das auch so?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es wäre mit Sicherheit schwierig geworden, gewisse Geschäfte vielleicht irgendwie so darzustellen, dass sie nicht existieren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Fühlen Sie sich aus der heutigen Sicht eher als Wirecard-Bank-Vorstand benutzt, um dieses Vehikel, dieses Versteckspiel, diese Tarn-

kappe letzten Endes für die Wirecard AG mitzuspielen - - oder letzten Endes dann mitvollzogen haben? Warum auch immer, nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe alles dafür getan, meiner Geschäftsleitertätigkeit nachzukommen, und ich glaube, dass ich Impulse gesetzt habe, dass die Wirecard Bank nicht insolvent gegangen ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, gut; das ehrt Sie. - Aber dass da ein gemeinsamer Geldwäschebeauftragter war, das zeigt doch, dass da eine enge Verknüpfung, Verflechtung stattgefunden hat. Hätte man da nicht Alarm schlagen müssen? Und Sie konnten ja gar nicht einschätzen, was bei der gleichen Person in dem anderen Konzernbereich stattfindet.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wir hatten gute Erfahrungen damit gemacht mit der internen Revision, die ja letztendlich dann auch die interne Revision der Wirecard AG war. Und wir haben ja im Konzern auch das verfolgt: Jeder soll das machen, was er am besten kann. Insofern: Mein Eindruck vom Geldwäschebeauftragten war sehr gut. Er kannte die Bank und den Konzern von jung auf; er hat hier bei uns seine Ausbildung gemacht. Und ich glaube, dass es die richtige Entscheidung war, ihn auch da zum Konzerngeldwäschebeauftragten zu machen, weil er dieses komplexe Modell, sage ich jetzt mal, was wir hatten, die Kombination zwischen Technik und Transaktionen usw. und Bankdienstleistung - - war ja auch immer für die Wirtschaftsprüfer teilweise schwierig zu verstehen. Insofern ist eigentlich die Kompetenz, die wir aufgebaut haben in der Geldwäscheprävention - - wäre dann transferiert worden in den Konzern.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das ist nachvollziehbar; aber ich kann natürlich das dann nur verstehen, wenn man die Wirecard Bank und die Wirecard AG letzten Endes als Einheit, als gemeinschaftliche Finanzholding angesehen hat in ihrer Betrachtung. Ich meine, sie haben zwar juristisch ein Eigenleben geführt; aber letzten Endes war das ein großes Ganzes. Oder sehen Sie das nicht so?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich denke mal, dass die Wirecard Bank den Lizenzbereich verfolgt hat, für den sie auch eine Lizenz hatte. Und ich würde schon sagen, dass wir uns von den Geschäften der Wirecard AG abgegrenzt haben - - um das es jetzt eigentlich hier geht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Aber das kommt dann zur Geschäftsbeziehung, die Sie natürlich mit der Wirecard AG sehr eng verknüpft geführt haben. Im Grund genommen erschließt sich nach unserer Aktenlage das schon so, dass die Bank praktisch erhalten musste für die Wirecard AG - - so etwas wie ein Selbstbedienungsladen oder - - Weil die haben ja immer gefordert, was stattfinden soll, Herr Wexeler.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, diese Auffassung von Ihnen kann ich nicht teilen, weil wir hatten einen eigenen Aufsichtsrat; wir hatten unsere Geschäftsordnung; wir hatten unsere Ressortzuständigkeit, und -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, Personen können unterschied-

**Zeuge Rainer Wexeler:** - wir haben unsere eigenen Entscheidungen getroffen. Das können Sie insbesondere im Kreditgeschäft nachvollziehen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, Personen können natürlich unterschiedlich sein, aber können das gemeinsame Ziel verfolgen. Und dazu muss ich Sie befragen zum Thema „Kredite/selbschuldnerische Bürgschaften der Wirecard AG“: Keine Inhaberkontrollverfahren, keine Prüfungen im weitesten Sinne, wer sich hinter den Gesellschaften verbirgt. Also letzten Endes war die Geschäftsbeziehung von der Bank und der AG ja doch gewissermaßen ein Werkzeug zum eigenen Nutzen. Oder sehen Sie das anders?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Dass die Bank - - Die Bank hat sich auch immer als Dienstleister für die Wirecard AG gesehen; deswegen war ja auch - - unsere Geschäftsfelder so aufgebaut. Wir waren ja eine ganz atypische Bank. Wir haben ja

zum Beispiel gar kein Wertpapiergeschäft gemacht, kein klassisches Kreditgeschäft, keine Zweigstellen usw. usf. Aber ich kann es nur aus meiner Sicht so sagen, dass wir auf jeden Fall oder ich auf jeden Fall die Belange der Bank - - im Vordergrund gestanden sind. Und das habe ich auch immer wieder vertreten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Wie war denn der Anteil Ihrer Kunden zwischen dem, ich sage mal, wirklich fremden Kunden und den Kundenbeziehungen, die Sie mit der AG geführt haben? Vielleicht das noch mal in Prozent zum Kreditvolumen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wir haben - - Die Wirecard Bank hat regelmäßig Reportings in den Konzern gegeben; wir haben aber keine Reportings vom Konzern in die Bank bekommen. Also, die Anzahl der Kunden kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß auch nicht, -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber Sie - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** - welche Kunden das sind usw. Das Einzige, was ich immer wieder aus der Presse entnehmen konnte, waren dann die Meldungen. Aber wir wurden nicht involviert in Vorstandsvorsitzungen; wir haben auch keine Vorstandsprotokolle bekommen von der AG und auch keine Kundenlisten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, gut. - Wie hoch war der Anteil der AG bei Ihrem Gesamtgeschäft?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das kann ich ja nicht sagen, also - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Welche Kunden hatten Sie denn außerhalb der AG? Wie viele Kunden?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Also, das ist natürlich ein wichtiger Punkt; denn wir müssen ja wirklich diese Frage





## Nur zur dienstlichen Verwendung

des Eigennutzes der AG natürlich intensiv prüfen. Und wenn Sie sagen, dass Sie keine Reportings bekommen haben; Sie haben aber die selbstschuldnerischen Bürgschaften als Sicherheiten akzeptiert.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig; das können wir ja auch. Wir haben ja die Bilanzen - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber Bürgschaften, die nichts wert sind - ist für die Bank ein Problem, oder?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Bürgschaften waren ja was wert; die sind alle gezogen worden und sind auch bezahlt worden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, das sehe ich jetzt in Beziehung auf die Geschäftsbeziehung anders. Es sind ja Zinszahlungen ausgefallen, und trotzdem wurden Prolongationen praktisch ausgesprochen. Das ist ja doch ein außergewöhnlicher Fall, dass eine Bank ihre Forderungen nicht erfüllt bekommt, und trotzdem werden Kreditausweitungen und Prolongationen von alten Krediten durchgeführt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich weiß jetzt nicht, welchen Fall Sie meinen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das ist der Fall Senjo Trading und O'Sullivan. Das sind Kredite, die in der Höhe von 13 und 14 Millionen von Ihrer Bank im Mai 2018 gewährt wurden und die letzten Endes, ja, natürlich für das normale Bankgeschäft eigentlich ein Unding sind, weil da letzten Endes Entgegenkommen gezeigt wurde, was eine normale Bank nicht macht.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, Senjo Trading ist ja unbenannt worden in Ocap. Also, Senjo Trading hat im März 2018 mit Sicherheit kein Darlehen bekommen und auch keine Prolongation. Wenn Sie jetzt Ocap meinen, dann ist das eine andere Frage.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ocap, ja; klar. Senjo Trading ist ja dann praktisch nur - - Beide sind mehr oder minder

Scheinfirmen, Briefkastenfirmen gewesen, so wie wir jetzt erfahren, dass da in Singapur ein leeres Büro vorgefunden wurde. Die Inhaber und Berechtigten, wirtschaftlich Berechtigten, als Kreditnehmer waren ja da gar nicht vorhanden. Also, das müssen Sie uns schon noch mal sagen, wie Sie dazu kommen, dass hier dementsprechende Kredite geleistet wurden bei Senjo Trading - - bei Ocap.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, auswendig kann ich Ihnen das jetzt nicht sagen. Wenn Sie mir die Kreditvorlage aushändigen, dann kann ich mich einlesen und dann würde ich auch Auskunft geben können.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Oder war es eben so, dass Sie da auch unter Druck gesetzt wurden und - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nicht. - Aber wie erklären Sie sich, dass Ihre relativ kleine Bank in Singapur Kredite vergibt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, aus dem Geschäftsauftrag, aus der Zusammenarbeit mit der Wirecard AG. Wir waren ja auch Dienstleister. Wir wollten das weltweite Wachstum der Wirecard AG unterstützen. Wir haben versucht, das auch zu prüfen. Und für uns kam ein Blanko nicht infrage, nur mit einer Bürgschaft der AG. Für uns war die Bürgschaft der AG werthaltig. Das hat auch der Wirtschaftsprüfer so bestätigt, bei uns im Wirtschaftsprüfungsbericht der Bank. Insofern war die Bank auf der sicheren Seite.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Also doch eine enge Verflechtung.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut. Also, ich meine, wenn Sie natürlich innerhalb des Konzerns eine Bank haben und Sie sind verbundenes Unternehmen, haben Sie schon aus formalen Gründen eine enge Verflechtung. Aber immer noch mit dem Unterschied, dass die Bank der Aufsicht unterstellt ist und ganz andere Regularien zu berücksichtigen hat als die AG.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber ich habe ja vorgehalten, dass hier für uns ein Versteckspiel stattgefunden hat: dass man die Bank ins Schaufenster gestellt hat und die 58 Gesellschaften außerhalb einer Aufsichtsbetrachtung dadurch bekommen hat. Können Sie sich das vorstellen?

Und Sie haben ja auch den Aufsichtsbehörden widersprochen, dass hier eine Finanzholding als Gesamtgeflecht stattfindet.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Uns hat die Wirecard AG widersprochen\*, weil die wäre ja davon betroffen gewesen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber Sie haben mehr oder minder gegenüber der Aufsichtsbehörde als Wirecard Bank natürlich mitgespielt, muss man sehen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Am 24. Februar 2016 Aufsichtsgespräch - liegt hier vor - und am 16. Februar 2017 Aufsichtsgespräch. Bei beiden wurde das von der Aufsichtsbehörde thematisiert, und bei beiden haben Sie oder die Bank natürlich bejaht, dass Sie dieses Geflecht nicht sehen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist eine Auffassung von der AG und nicht von der Bank. Und darüber hat die Bank ja auch nicht zu entscheiden. Weil wenn die Meldewesenspflicht, sage ich jetzt mal, umgesetzt werden sollte, hätte das nicht die Bank machen müssen, sondern es hätte dann der Konzern machen müssen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber dieses Aufsichtsgespräch fand doch nicht mit der AG statt, sondern hat mit Ihnen, mit der Bank, stattgefunden.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, das ist ja normal, also, dass dann - - Die BaFin wird ja nicht ein separates Gespräch führen, wenn sie sowieso im

Februar eines jeden Jahres so ein Aufsichtsgespräch mit der Bank führt. Und da wurde ja auch regelmäßig drüber gesprochen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber ohne Weiterungen, ohne Wirksamkeit für die Zukunft. Man hätte zu dem Zeitpunkt - 2016, 2017 - ja großen Schaden für den Finanzmarkt noch verhindern können.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich würde sagen, man müsste jetzt mal die BaFin fragen, warum sie seit Februar 2017 zugeschaut hat und nicht nachgehalten hat, dass die Meldewesenspflicht umgesetzt wird.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, es ist ja nicht nur die Aufsichtsbehörde BaFin, die hier bei den Aufsichtsgesprächen das thematisiert hat, sondern auch die KPMG sagt, die wirtschaftlichen Berechtigungen der Kreditnehmergesellschaften wurden nicht geprüft von der Bank. - Das ist ja ein klarer Vorwurf von KPMG.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Dieses Gutachten von KPMG kenne ich nicht. Das ist ja hochgekommen, nachdem ich ausgeschieden bin.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber rückwirkend natürlich auf Ihre Zeit als Vorstand.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wir haben Wirtschaftsprüfungsberichte von Ernst & Young, die das nicht ausweisen. Und wir haben auch einen Sonderprüfungsbericht von Deloitte, die das ebenfalls nicht ausweisen. Insofern kann ich mich da Ihrer Auffassung nicht anschließen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, das ist nicht meine Auffassung, sondern die Auffassung von der KPMG.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das möchte ich noch mal betonen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Okay, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ich bin ja nur hier der, der fragt und aufzuklären versucht im Sinne des Gemeinwohls. - Also, noch einmal: Sie haben Eigenmittel bei der Bank in welcher Höhe gehabt zu Ihrer Zeit?

**Zeuge Rainer Wexeler:** 160 Millionen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): 160 Millionen. Im Normalfall ist die Kreditvergabe dann mit 10 Prozent; aber Sie haben ja ein weit größeres Rad gedreht. Wie haben Sie das - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, wir haben sämtliche regulatorischen Anforderungen eingehalten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also auch die 10 Prozent.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Insbesondere natürlich, klar.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Das ist natürlich eine klare Frage, weil das natürlich ja auch mit der KWG-Frage ganz eng verbunden ist.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es wird ja monatlich gemeldet anhand der Bilanzstatistik.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Kam es Ihnen nicht ungewöhnlich vor, dass eine zeit- und kostenintensive Konzernreorganisation stattfinden sollte? So hat die AG den Aufsichtsbehörden gemeldet. Und dieses Wort „Konzernreorganisation“ hat ja suggeriert, dass man jetzt dann eine Finanzholding machen möchte. Und um eine bankaufsichtliche Koordination - - hat man das deutlich gemacht, hat aber das nicht vollzogen, das heißt, hat man das verschleppt. Wurden Sie da jemals gefragt, eingebunden? Hatten Sie da eine Meinung dazu?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, wurden wir nicht eingebunden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das heißt also, Sie haben mit dieser Entscheidung, dass im Aufsichtsgespräch mit Ihrer

Bank praktisch eine zeitnahe Konzernreorganisation zur Vermeidung der bankaufsichtlichen Konsolidierung und des Gesamtkonzerns - - nicht im Sinne von Verantwortung gehandelt oder auch drauf gedrungen gegenüber dem Vorstand der Mutter-AG, letzten Endes sich diesem Thema verbindlich zu stellen. Ich meine, das war 2017. Diese Reorganisation, die versprochen wurde, hat nie stattgefunden.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nach meiner Kenntnis hat das der Herr Ley in die Hand genommen und hat auch mit dem Herrn du Buisson öfters telefoniert. So hat er uns das mitgeteilt, gegenüber dem Herrn von Knoop und mir. Und soviel ich weiß, ist ja später auch ein Inhaberkontrollverfahren eingeleitet worden, über die BaFin an die EZB.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Inhaberkontrollverfahren nach § 2c KWG ist eingeleitet - - Aber diese verlangte Reorganisation des Konzerns um diese bankenaufsichtliche Konsolidierung für den Gesamtkonzern ist letzten Endes nie vorgelegt worden, und das drei Jahre lang. Also, da müssen Sie doch eigentlich gesagt haben: Warum machen die das nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe immer nur die Information bekommen, dass der Herr Ley und später dann der Herr von Knoop da mit der BaFin, sage ich jetzt mal, im Austausch sind. Und ich habe auch jetzt keinen weiteren Schriftwechsel mehr bekommen von der BaFin, wo noch mal drauf hingewiesen worden ist, wie das jetzt - - ob und wann das jetzt umgesetzt wird. Ich habe jetzt nur die Kenntnis bekommen, dass ein Inhaberkontrollverfahren initiiert worden ist, damit die Wirecard AG Inhaber dann der Wirecard Bank wird.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Okay, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Ja, Sie waren ja jetzt sehr lange für die Wirecard Bank tätig. Ich würde da gern noch aufsetzen, wo Dr. Michelbach aufgehört hat. Denn zu dem Prüfungsbericht, der ja dann von der KPMG am 27.04.20 veröffentlicht wurde, fand bei Ihnen im Hause noch in Ihrer Amtszeit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ja am 5. Dezember 2019 noch mal ein Gespräch im Rahmen der Untersuchung statt. Können Sie sich an das noch erinnern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie. - Ich will mal daraus zitieren, weil ich das, als ich das jetzt - - Oder in dem Zusammenhang gerade: Wir haben ja die strategischen Kredite und die Kredite auch, auf die eben Dr. Michelbach eingegangen ist. Und Sie haben das ja auch beschrieben. Jetzt hat eine sehr enge Mitarbeiterin - - Ich nenne mal den Namen nicht; aber sie ist im CO-Ressort für Finanzprozesse, vormals Team Finanzen, eng tätig mit Herrn Marsalek über Jahre gewesen. Und ich zitiere jetzt mal aus einer Mail in Telegram, MAT A Wirecard-1.06.13, Blatt 9 - wir sind da ganz happy -: Da schreibt diese Dame - ich nenne sie mal „diese Dame“ -, die sehr eng mit Herrn Marsalek zusammenschreibt, zunächst mal:

Kannst nicht schnell nach Doha  
,überhopsen‘?

...

Dann würdest Du Dir den Trip  
nächste Woche sparen. Und Du  
und Oliver hättet einen Tag Pause.

Und so weiter. - Und jetzt kommt es: Wir sollten schon ernst nehmen, was entsprechend an Bedenken von KPMG vorgetragen wird. - Dann geht es weiter von der Dame:

Ich bin raus.

...

DAs ist ... wirklich zu unprofessionell

...

Ich rede mit KPMG ... EY und allen

...

Und Ihr macht alles unter Euch.

...

Gut - ... dann

- eben -

ohne mich.

Daraufhin Jan Marsalek:

Was meinst Du damit?

...

Ehrlich gesagt, manchmal verstehe ich nicht, wieso Du immer das Schlechteste in allen siehst.

...

Das ist wirklich ... unfair ...

Die Dame retourniert: Ich

stimme ... dir ... zu. Es ist unfair, dass Ihr mich wieder mal loslaufen lasst und Ihr im Hintergrund Euer Ding macht.

Das macht ihr; das

Macht Ihr seit 15 Jahren. Ok.

Jan Marsalek - fand ich jetzt interessant - dann: Was meint ihr mit „ihr“?

Die Dame dann - und jetzt für mich interessant, vielleicht könnten Sie das ausführen -:

... ich mach das nicht

- mehr -

mit. Die alte Crew - Du, Oliver, Stephan etc

Ich glaube, der Chatverlauf sagt für mich eigentlich - alles aus Threema - auch aus, wie dieser Konzern - - bestätigt ja einiges, was Sie gesagt haben, macht für mich schon fast unerheblich, manche noch zu hören, was da lief.

Können Sie erklären, wer in diesem Begriff „die alte Crew“ neben „du“, also Jan Marsalek, Oliver, Stephan noch gemeint sein kann? Denn Sie sind ja - - Ich glaube, Sie haben schon einiges gespürt in Ihrer Tätigkeit, sonst hätten Sie sich da ja auch nicht so geradegemacht, wo ich meinen Hut auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal vor ziehe. Können Sie diese „alte Crew“ definieren? Vielleicht aus Ihrer - - Das muss ja nicht stimmen. Was würde Ihnen einfallen, wenn diese Dame schreibt: „Du, Oliver und Stephan“? Wen würden Sie mit „alte Crew“ definieren in dem Zusammenhang?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ich kann - - Ich kenne diese Dame. Diese Dame war vorher in der Buchhaltung. Und die wurde dann dem Herrn Jan Marsalek zur Seite gestellt, damit der Herr Marsalek gegenüber den Wirtschaftsprüfern besser die Unterlagen aufbereiten kann, die zur Prüfung erforderlich sind.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Und da sollten sogar Protokolle geändert werden, wird vorher gesagt usw.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau, und die Dame regt sich jetzt auf, dass der Jan - oder Herr Marsalek - entgegen seinen Zusicherungen jetzt diese Unterlagen jetzt nicht zur Verfügung stellt und die Dame nicht den Job machen kann, den sie gerne gegenüber der KPMG machen würde oder gegenüber ihrer neuen Tätigkeit. Wenn Sie jetzt damit anspielen wollen, „alte Crew“ hat irgendwie was damit zu tun, so und soundso: Das hätte ich jetzt nicht da rausgelesen, weil ich das aus einem anderen Zusammenhang kenne, ja. Da ging es wirklich um die Aufbereitung von Unterlagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und zwar exakt zur KPMG in Bezug auf die EY-Testate.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Und dass natürlich KPMG ganz anders nachgefragt hat - das kann ich aus meinem Interview auch bestätigen -, als das jemals andere getan haben, ist auch wiederum klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Aber da hatten Sie insoweit Kenntnis von, dass Sie sagen: Okay, also, das war Ihnen schon klar. - War ja jetzt auch kurz vorm Ende dann Ihrer sozusagen Amtszeit, aber unterstreicht ja das, was Sie vorhergehend gesagt haben, dass da wohl zwei, drei Leute diese Holding als ihr kleines Königreich betrachtet haben. So kann man das, glaube ich, interpretieren.

**Zeuge Rainer Wexeler:** So ist es.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So ist es. - Könnten Sie denn noch mal an dem Kreditvertrag mit der Aviatec generell diese Bonitätsprüfung entsprechend beschreiben? Also, auch das ist ja im KPMG-Sondergutachten und in dem Gespräch Thema gewesen, eben welche Prüfungserstellung, wie ist die Kreditbeantragung. Ich habe hier jetzt den Vertrag der Aviatec Holding SA vorliegen. Sicherheit war eine selbstschuldnerische Bürgschaft der Wirecard AG. Es haben unterschrieben Alexander Knoop, Rainer Wexeler, Burkhard Ley. Unten stand dann „Wulf Matthias, Alfons Henseler, Klestil“. Können Sie vielleicht ein bisschen den Ablauf mal - - dass man sich so vorstellen kann - das war ja eben so ein bisschen abstrakt noch, eben mit dem Kollegen Michelbach -, konkret jetzt an diesem Vertrag mit der Aviatec - - Ich würde den Ihnen sonst auch vorlegen, wenn er jetzt nicht erinnerlich ist.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, Aviatec sagt mir was. Am liebsten wäre mir natürlich die Kreditvorlage, die Sie wahrscheinlich jetzt nicht vorlegen haben. Oder doch?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, ich habe die Kreditvorlage. Ich würde Ihnen die sonst - - Wenn wir die Zeit auch bei mir kurz stoppen, dann würden wir Ihnen die vorlegen. - Oder wollen Sie meinen Ordner? Einfach mal vorlegen. Die Zeit ist gestoppt, wunderbar.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Also, handelt sich über einen Kredit über 6 Millionen, insoweit Peanuts.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. - Also, dass Sie einfach mal schildern: War das bei allen Krediten so? Und einfach mal schildern: Wie geht das?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also hier, vom Grundsatz her, ergibt sich die Konstellation, dass ein Neukunde auf den Konzern zugekommen ist, der gerne Zahlungsdienste, sage ich jetzt mal, implementiert haben will. Die Wirecard Technologies würde hier einen Auftrag bekommen über die, ja, Programmierung einer Plattform, insbesondere hier über Flugbuchungen, sodass also, sage ich jetzt mal, hier dann Teile eines etwaigen Kredites ausgezahlt worden wären an die Wirecard Technologies. Das ist natürlich dann wünschenswert. Auf der anderen Seite haben wir einen Kredit, und auf der anderen Seite kommt es wieder im Konzern an, also ist es natürlich ein tolles Geschäft. Und in diesem Fall ist es so, dass es hier ein Start-up war, und dieses Start-up hat natürlich jetzt keine Unterlagen, wo wir in die Vergangenheit schauen können. Also, vom Grundsatz her könnten wir eigentlich da jetzt nicht ein Darlehen geben; aber wir haben ja eine Konzernbürgschaft bekommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die selbstschuldnerische Bürgschaft, die Sie angesprochen haben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die selbstschuldnerische Bürgschaft. Und da haben wir uns auf den § 18 KWG bezogen, der sagt: Auf eine Offenlegung der wirtschaftlichen Verhält- - können wir verzichten, wenn entsprechende Sicherheiten gestellt werden. - Und darauf haben wir jetzt auch uns berufen und natürlich auf den Vertrag dann mit der Wirecard Technologies, wo auf der anderen Seite die Kreditauszahlung kommt und natürlich die Wirecard Techno- - den dementsprechenden Programmierauftrag hat. Das ist so die Symbolik, die die Wirecard AG verfolgt hat mit der Bank, mit der Gründung der Bank: einfach die Vervollständigung ihrer Produktpalette.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber war das - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sonst hätte sie ja nicht, sage ich jetzt mal, dieses Darlehen denen geben können und hätte natürlich dann auch den Programmierauftrag nicht bekommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Letzte Frage: Ich hasse so diesen Begriff immer, aber war das die Regel? War das häufig, dass dann eben die

selbstschuldnerische Bürgschaft bei Start-ups und anderen Transaktionen fehlende Beleihungs- oder Kreditunterlagen - - Da wird Herr Michelbach dann immer den Mittelstand zitieren, wie speziell das mit Krediten - - hat. Aber ist das dann ein probates Mittel gewesen, jetzt ohne - - nenne ich mal „häufig“, in 50 Prozent der Fälle oder mehr -, dass eben diese selbstschuldnerische Bürgschaft so dieses Allheilmittel zur Sicherheitenstellung war?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, in der Anfangsphase mit Sicherheit. Ja. Aviatec hatte ja auch in der Anfangsphase das Geld auch bezahlt, später dann nicht mehr. Das haben wir bei den vier genehmigten Krediten aus dem Jahre 2016 dann auch erkannt, sodass ich daraus als zuständiger Ressortvorstand Kredit den Schluss gefolgert habe, das können wir nicht mehr so machen. Und habe auch dann in der Folge 18, 19 keine Kredite mehr gewährt, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - von meiner Seite aus. Insofern sind auch dann keine Kredite mehr genehmigt worden, weil eben mein Votum gefehlt hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar, danke. - Dann ist als Nächstes dran - wer möchte? - die Kollegin Kiziltepe für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wexeler, ich bin dankbar über Ihren Kooperationswillen hier. Das ist ja nicht selbstverständlich. Es laufen ja Ermittlungsverfahren gegen Sie; das haben Sie eben erwähnt. Wir hatten hier auch schon Zeugen, gegen die Ermittlungen laufen, die sich aber auf ihr Aussageverweigerungsrecht berufen haben. Sie sind ja seit 2006, seitdem es die Bank gibt, Vorstand dort.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Gewesen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie kam es eigentlich zu dieser Tätigkeit?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich bin ja - - Im Sommer 2004 bin ich zur Wirecard AG gestoßen und war relativ schnell zuständig für die Callcenter-services für Leipzig, Berlin und London. Ich war 2005 als kommissarischer Geschäftsführer in Leipzig eingesetzt, Callcenterservices. Und ich sollte auch das letztendlich dann - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Er hatte Sie kontaktiert? Oder sind Sie auf - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, das wurde intern - - Ja, der ehemalige Gründer der Wirecard AG, der Herr Bauer, hat mich dann dazu gemacht. Und parallel dazu hat die Wirecard AG von der XCOM die Banklizenz gekauft. Es war vorgesehen, dass ein Vorstand von der XCOM-Bank überkommt zur Wirecard Bank. Ein anderer Vorstand war schon in der Wirecard AG dafür vorgesehen, sodass zwei Vorstände da waren. Der Herr Braun konnte sich mit mir nicht einigen über mein Gehalt in Leipzig, was allerdings - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Fing ja gut an.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ich war mit dem Herrn Braun seit 2005 auf Konfrontation. Er konnte meine Gehaltswünsche da nicht erfüllen. Und als man sich mit dem XCOM - - mit dem Verkäufer überworfen hat und der eine Vorstand nicht gekommen ist, hat er mich angerufen und gefragt, ob ich eine Bankleiterqualifikation hätte. Und da habe ich gesagt: Ja. - Und so bin ich dann zum Vorstand - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und Sie waren dann von dem Geschäftsmodell überzeugt und haben diese Herausforderung angenommen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Können Sie zum Geschäftsmodell, zum damaligen, etwas sagen und wie sich das im Verlaufe der Zeit entwickelt hat?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das Geschäftsmodell war 2005, würde ich mal sagen, was wir bei der BaFin vorgestellt haben im Dezember 2005, sage ich jetzt mal - - nicht so umfassend, wie wir das jetzt heute oder in den - - wie wir das natürlich

dann aufgebaut haben. Wir haben ja mit 5 Millionen Bilanzsumme angefangen. 2,2 Milliarden sind es dann geworden. Wir haben mit Euro angefangen. 48 Währungen hatten wir nachher live. Wir hatten ein Transaktionsvolumen anfangs von 500 000 Euro im Monat. Später hatten wir 2,1 Milliarden. Also, die Philosophie oder, sagen wir mal, der Grundgedanke war mit Sicherheit gelegt. Und im Laufe der Zeit hat sich natürlich das alles nach oben entwickelt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gibt es einen Zeitpunkt, wo Sie gesagt haben oder wo Sie gedacht haben: „Hier ist jetzt ein Switch, und das geht in eine nicht so gute Richtung“?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nee, also, wir waren als einzige Bank - das hat uns der Prüfungsverband in Köln bestätigt - - die bereits im ersten Jahr einen Gewinn verzeichnet haben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber nichtsdestotrotz haben Sie ja gesagt: Mit einer Bilanzsumme von 2,2 Milliarden Euro ist das nicht eine der größeren Banken.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, nein, auf keinen Fall.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Welchen Anteil hatten eigentlich die neuen Technologien, was ja auch Ziel der Wirecard AG war, an den Umsätzen der Bank, also, sagen wir mal, 2005, 2010, 2019?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich habe jetzt natürlich nicht mehr die Zahlen von 2005, 06, 07 oder 08 oder 09 im Kopf oder so, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das sind ja auch die Anfänge. Sagen wir mal, 10 und 19.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - sondern der Grundgedanke war ja, dass also die technische Dienstleistung verbunden wird mit der Banklizenz. Und das sogenannte Acquiring-Geschäft war ja der Hauptertragsbringer für die Bank. Und das war natürlich eine sehr komplexe IT-Plattform, mit der wir dann unser Geld dann verdient haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben gesagt, Sie hatten die erste Konfrontation schon 2005 mit Dr. Braun. Da ging es um Ihr Gehalt. Wie hat sich Ihr Gehalt eigentlich entwickelt in den Jahren - - Sie waren ja sehr lange da, also 2006 bis 2019. War das dann in den folgenden Verhandlungen über Ihr Gehalt anders?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Leider nicht. Ich habe angefangen - das kann ich hier ganz - - sagen - mit 6 000 Euro brutto.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Was?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, es ist so. Damit habe ich angefangen. Und es hat sich auch viele Jahre nur bedingt entwickelt. Und ich habe dann, sage ich jetzt mal, im Sommer 2016 noch mal mit dem Aufsichtsrat über mein Gehalt gesprochen, weil mein Vertrag, sage ich mal, sich immer automatisch verlängert. Und ich wollte diesmal jetzt nicht zu den alten Konditionen verlängern usw. usf. Und da habe ich dann dementsprechend eine Vereinbarung getroffen. Und das hat dem Herrn Dr. Braun nicht gepasst. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat mir das dann gesagt. Und dann habe ich gesagt: Na ja, gut, dann kündige ich halt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das war der Grund, warum Sie Ihren Vertrag nicht verlängern.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das war der Grund. Weil die Absprache zwischen Aufsichtsratsvorsitzendem und mir nicht eingehalten worden ist und ich nicht bereit war, zu den alten Bedingungen zu verlängern. Und als ich gekündigt habe, hat sich die Welt geändert. Dann war man bereit, meine - - Dann war man bereit, die ursprünglich vereinbarte Vereinbarung zwischen dem Herrn Wulf Matthias und mir zu erfüllen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Was haben Sie denn verdient im Sommer 2016?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Im Sommer 2016? Puh! Im Sommer 2016, lassen Sie mich mal überlegen. - Ich denke, das war so um die 250 000 Jahresgehalt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben gesagt, Sie haben aufgrund der Gehaltsverhandlungen gekündigt. Wir haben - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na ja, nicht wegen der Gehaltsverhandlung, sondern weil die Gehaltsabsprache zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und mir nicht erfüllt wurde.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie kam es dann zu der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Weil ich ja immer befristet den Arbeitsvertrag bekommen habe für drei Jahre.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wir konnten den internen Dokumenten entnehmen, dass hier auch im Vorstand darüber diskutiert wurde, die Bank zukünftig neu aufzustellen - genau -, und es wurde eben besprochen, wie die Konditionen aus Ihrem Vertrag sind, um dieses Beschäftigungsverhältnis zu beenden etc. Können Sie noch mal sagen, was für Gründe Ihnen vorgeführt wurden, damit dieses Beschäftigungsverhältnis beendet werden konnte?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Frage verstehe ich nicht. Ich habe ja nicht beendet, sondern mein Vertrag ist ja ganz normal ausgelaufen zum 31.12.19.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau. Also man kann aus dieser Korrespondenz den Eindruck gewinnen, dass der Wirecard-Konzern Ihren Arbeitsvertrag nicht verlängern wollte, weil sie vielleicht - Sie haben das ja auch schon erwähnt - bestimmte Kredite nicht genehmigen wollten oder Konten nicht eröffnen wollten.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Mhm, ach so, Sie meinen jetzt aktuell dann für 20 und 21.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau, das ist mein Eindruck.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Es gab ja offensichtlich auch Gespräche dazu. Und welche Gründe hat





## Nur zur dienstlichen Verwendung

man Ihnen da aufgeführt, um dieses Vertragsverhältnis nicht über 2019 hinaus zu verlängern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Indem man nicht mit mir gesprochen hat.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Also, Sie wussten gar - - Sie konnten sich gar nicht dagegen wehren oder argumentieren?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich wollte dann auch nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Also, Sie wissen - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wenn man meine Kompetenz in der Bank nicht mehr haben will und mein Vertrag läuft aus und keiner sagt was, dann gehe ich davon aus, dass mein Vertrag ausläuft. Und ich habe jetzt auch keine Ambitionen gehabt, da noch mal vorstellig zu werden und zu sagen: Hallo, hier bin ich. Ich will noch mal.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, einen gewissen Stolz habe ich ja auch, also, wenn ich das so sagen darf.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja. - Dann wollte ich noch mal wissen, wie der Aufsichtsrat bei Ihnen aufgestellt ist. Es gab ja Parallelbesetzungen auch mit dem Wirecard-Konzern. Matthias Wulf war ja auch im Aufsichtsrat. - Können Sie sich daran erinnern, inwieweit, inwiefern Herr Wulf [sic!] versucht hat, in die Geschäftstätigkeit vielleicht einzuwirken, in die Prüfungen, EY-Prüfungen, Einfluss zu nehmen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, also, ich hatte mit dem Herrn Wulf Matthias ein intensives Verhältnis. Ich habe ihm also oft, sage ich jetzt mal, Informationen zukommen lassen. Ich fand persönlich, dass er zu wenig seiner Aufsichtsratsstätigkeit nachgekommen ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gab es eigentlich einen Prüfungsausschuss bei der Wirecard Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gab es beim Konzern ja auch nicht.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und das ist ja besonders auch uns aufgefallen. - Haben Sie versucht, einen Prüfungsausschuss einzurichten, oder gab es Gespräche dazu?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, wir vonseiten der Wirecard Bank haben da jetzt nicht irgendwo einen Anlass gesehen, haben wir nie diskutiert. Also, war auch nie Gegenstand von irgendwelchen Gesprächen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es gibt keinen DAX-Konzern, der keinen Prüfungsausschuss hätte. Und das war schon bei Wirecard sehr bezeichnend, muss man ja sagen. - Wer hat eigentlich die Wirecard Bank geprüft seit 2006?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da gab es verschiedene Wirtschaftsprüfer. Den Abschluss 2005, ich meine - - das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Es hat einmal Richt- - 2006, 07, glaube ich, war Richter & Partner. Und danach, sage ich jetzt mal, ist es zu EY übergegangen. Und EY hatte das insgesamt zehn Jahre. Und nach EY ist dann PwC gekommen, aber - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das war dann ab 20, ne?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, genau. Also, für 19 schon.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Welche verantwortlichen Prüfer waren das bei der Wirecard Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Von EY?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, namentlich: Als Prüfungsleiter gab es den Herrn Bauer, Prüfungsleiter den Herrn Then.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie noch mal? Herr - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Herr Then, T - H - E - N. Dann gab es noch einen Prüfungsleiter, der ist dann Leiter der Buchhaltung in der Deutschen Bank in Frankfurt geworden. Da kann ich den Namen jetzt nicht - - Also, wenn Sie mir jetzt den Namen sagen - -

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Den kennen wir!)

Ja, ja, okay; den kennen Sie auch.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Loetscher vielleicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Herr Loetscher, genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Der hat leider die Aussage verweigert hier im Untersuchungsausschuss.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich kann Ihnen jedenfalls nur sagen, dass EY die Bank streng geprüft hat. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir natürlich ein ganz anderes Prüfungsaufkommen haben als im Konzern und uns da nix geschenkt worden ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hatten Sie den Eindruck, dass es da Parallelen oder Bezüge gab zwischen der Prüfung Wirecard Bank und Konzern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Prüfer der Wirecard AG waren andere als in der Bank.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, der Loetscher ja offenbar nicht, oder?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, der Loetscher hat ja unterschrieben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, er ist halt verantwortlich.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau, ja, der war verantwortlich und - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Der hat das ja auch für den Konzern unterschrieben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das war der Einzige, der eine Doppelfunktion hatte. Alles andere war getrennt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das ist aber schon mal wichtig, oder?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Bitte?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das ist aber schon mal wichtig, dass ein verantwortlicher Prüfer, der seine Unterschrift unter die Prüfung setzt, in beiden Konzernen, also bei der Bank und beim Konzern, das tut.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ob das üblich ist, das kann ich Ihnen nicht sagen. Da müssten Sie einen Wirtschaftsprüfer fragen oder so.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nee, ich habe nicht „üblich“ gesagt, sondern „interessant“.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ach so, ja. Also, der Herr Loetscher - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich weiß nicht, ob es üblich ist.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich habe den Herrn Loetscher als streng empfunden und genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, Sie hatten persönlich auch Gespräche im Rahmen der Prüfung mit Herrn Loetscher.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sehr intensiv. Wir sind ja - - Es gab ja schon immer bei jeder Prüfung eine Vorprüfung per 30.09., wo dann im Dezember die Wirtschaftsprüfer aufschlagen. Und dann kommen sie Anfang Februar mit geballter Kraft für mindestens zwei Monate.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hatten Sie - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Oh, oh, ich habe noch so viele Fragen. Wie schnell geht das denn?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Es geht immer blitzschnell, ich weiß.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Noch eine letzte Frage: Kennen Sie Herrn Barth?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Herrn Barth?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja, EY-Chef Deutschland. - Und hatten Sie zu dem auch Kontakt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich kenne nur den Namen, aber mehr nicht.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Und dann Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank. - Ich will noch mal auf das Inhaberkontrollverfahren zurückkommen. Das Inhaberkontrollverfahren, wie der Name schon sagt, soll ja den Inhaber kontrollieren und nicht direkt die Bank, sondern den Inhaber. Inhaber war ja auch die Wirecard AG. Spielte während des Inhaberkontrollverfahrens, das ja zwischen Mai 2018 und Januar 2019 ablief, die finanzielle Solidität der Wirecard AG eine Rolle? Gab es dazu Fragen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht die an die Bank gestellt worden ist oder an mich.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Also, Ihnen ist nichts bekannt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Denn die Bilanzfälschungsvorwürfe waren ja 2018 durchaus schon in der Welt. Da hätte man ja in einem Inhaberkontrollverfahren mal auf die Idee kommen können, den Inhaber zu kontrollieren, wie der Name so sagt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, aber das obliegt ja nicht der Wirecard Bank, das zu prüfen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, aber das Unternehmen ist natürlich in aller Regel schon auch stark involviert in den Prozess, ne? Also, die Bank auch selber.

Ihnen ist nichts zu Ohren gekommen? Und nach Abschluss des Inhaberkontrollverfahrens: Gab es jemals Fragen, die sich an die Bank gerichtet haben, seitens der Aufsicht, was die finanzielle Solidität der Wirecard AG angeht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Keine.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht meines Wissens.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay, danke schön. - Dann würde ich gerne mal auf das Thema „Guidance - Bürgschaften der Wirecard AG“ zu sprechen kommen. Das ist ja ein Vorgang, der sich im Herbst 2019 abgespielt hat oder diskutiert wurde. Diese Guidance war ein schriftliches Regelwerk. Oder was war das?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und das war neu?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das war neu.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das habe ich initiiert.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das haben Sie initiiert. - Und in dem Kontext wären dann Bürgschaften plötzlich fällig geworden. Oder was wäre sozusagen die Konsequenz gewesen, wenn man dieses Regelwerk eingeführt hätte?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das wäre dann zur Konsequenz gekommen, dass man dann, wenn das Regelwerk dann verabschiedet ist - - Es wurde ja unterschrieben von dem Herrn Häuser, von mir und von dem Herrn von Knoop. Und der Herr von Knoop hat uns ja gebeten, ihm da ein bisschen Zeit zu geben. Weil es war ja eigentlich schon im Sommer fertig. Ich glaube, das kann man anhand der Unterschriften auf der Guidance



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachvollziehen. Und er hat es dann irgendwann, glaube ich, im September dann unterschrieben. Und als es eine Aufsichtsratssitzung im Oktober gab, hat der Herr von Knoop überraschend zu Protokoll gegeben, dass er das nur als Bankvorstand unterschrieben hätte und nicht als CFO.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Ja, da ist zumindest ja die Rollentrennung dann verstanden worden, wenn auch mit bizarren Folgen, aber - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Uns gegenüber hat der von Knoop klipp und klar gesagt, dass er das auch als CFO unterschreibt. Ansonsten braucht er ja nicht Zeit dafür, weil er wollte gewisse Forderungen noch realisieren, bevor wir die Bürgschaften ziehen. Also, er wollte hier ganz bewusst Zeit gewinnen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie hatten über das Thema ja auch eine Auseinandersetzung mit Stephan von Erffa, richtig? Ich kann sonst auch gerne noch mal -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, bitte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - zitieren hier aus der E-Mail, die Sie geschrieben haben am 30. Oktober 2019 - da war im Konzern ja ohnehin einiges los, glaube ich, an dem Tag - an Herrn von Knoop und Herrn Häuser. Da ging es um das Thema Guidance. Und da schreiben Sie dann:

Ein heutiges Gespräch mit  
Stephan

- mit „ph“; das müsste von Erffa sein -

hat ergeben, dass für die eben genannten Kreditnehmer noch weitere Forderungen der AG im Raum stehen und diese durch das Ziehen der Bürgschaft gefährdet sind und eine Wertberichtigung im Konzern erfordern. Diese Wertberichtigung hätte die Dimension einer Gewinnwarnung. (?)

**Zeuge Rainer Wexeler:** Mhm.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Können Sie das noch mal ein bisschen ausführen? Also, es gab offenbar Kredite an Kunden der Bank, für die sich die Wirecard AG verbürgt hat. Hätte man die Bürgschaften gezogen, hätte das für den Konzern weitere Folgen gehabt, die dann in Richtung Gewinnwarnung für die Konzernmutter gegangen wären. So verstehe ich das.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wir haben einen Kredit gewährt an Firma Müller. Dafür haben wir eine Bankbürgschaft bekommen. Und die Wirecard AG hat auch noch separat einen weiteren Kredit an die Firma Müller erteilt. Und wenn wir jetzt die Bürgschaft ziehen, weil die Firma Müller das ja nicht gezahlt hat, dann hat das auch eine Auswirkung auf die Bewertung der Forderung innerhalb des Konzerns.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** So verstehe ich das auch.

**Zeuge Rainer Wexeler:** So ist das zu sehen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das heißt, Herr von Erffa wollte in dieser Situation von Ihnen, dass Sie die Bürgschaft, die Ihnen der Konzern gegeben hat, nicht in Anspruch nehmen, um zu vermeiden, dass die Wirecard AG im Rahmen der direkten Kreditvergabe dann auch irgendwelche Wertberichtigungen vornehmen müsste. - Kann man das so zusammenfassen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ja, so ist das.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und dann führen Sie weiter aus:

Stephan hat in seiner bekannten emotionalen Art in unserem Beisein Markus angerufen, der ihn gebeten hat, das gesamte Obligo aufzubereiten. Und Markus hat um weitere fünf bis sechs Tage Prüfzeit. (?)

Wie ist denn diese Auseinandersetzung nachher ausgegangen um die Bürgschaften und das ganze Thema?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es gab dann noch mal eine Aufsichtsratsitzung. Ich glaube, das war im - - Ich glaube, das war im November, wenn ich mich richtig dran erinnere, wo auch noch mal dieses Thema dann, sage ich jetzt mal, dargelegt wurde: dass es jetzt also Zeit ist, dass diese rückständigen Darlehen oder rückständigen Zins- und Tilgungsleistungen zu erledigen sind. In dieser Sitzung hat ja dann der Herr von Knoop gesagt, dass er die Guidance jetzt nicht unterschrieben hat als CFO. Der Aufsichtsrat hat dann den Herrn Knoop gefragt, wie denn jetzt der Stand der Dinge ist. Und Herr von Knoop hat dann zum Ausdruck gebracht, dass bis zum 31.12. alle Zins- und Tilgungsleistungen gezahlt werden.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also die Bürgschaft wurde nicht mehr benötigt, weil die Kunden dann doch noch gezahlt haben. Ist das - - War das so?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Der Konzern wollte es ausgleichen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Der Konzern hat das ausgeglichen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Er wollte es ausgleichen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wollte es ausgleichen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Hat es aber nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat es nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nach meinem Dafürhalten, nicht. Ich bin 31.12. ausgeschieden. Also, ich konnte es jetzt nicht mehr kontrollieren. Aber ich habe ja erfahren, dass die Bürgschaften dann im ersten Halbjahr gezogen worden sind.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Wissen Sie, ob es die angedrohten Wertberichtigungen gegeben hat im Konzern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gewinnwarnung ist jedenfalls keine gekommen. Okay, das ist ja auch noch mal - - Schade, dass die Staatsanwaltschaft

schon weg ist. Gut. Vielleicht kommt Sie noch mal.

Kennen Sie Herrn Shanmugaratnam?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, jetzt direkt, nein. Aber wenn Sie mir ein bisserl mehr Hintergrundinformationen geben - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Der wird in der Kreditvorlage für Bijlipay Asia als Hauptgesellschafter, 79-prozentiger Eigentümer, von Bijlipay geführt, der Herr Shanmugaratnam.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Keine Ahnung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Kennen Sie nicht.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist interessant; denn der ist auch sonst überall bei vielen, vielen Gesellschaften dabei gewesen. - Aber Sie sind dem nie begegnet oder so?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Dann war ja im Jahr 2019 auch noch mal ein Thema, dass die Bundesbank gerne wissen wollte, wer sozusagen der wirtschaftlich Berechtigte hinter Senjo Payments Europe SA ist. Erinnern Sie sich an den Prüfungsgang?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** In welchem Kontext hat die Bundesbank diese Frage gestellt, dass man den identifiziert?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es ist so, dass die Wirecard Bank AG einen Zahlungsausfall bei der Fluggesellschaft Monarch erlitten hat. Und Senjo Payment ist der Vermittler, der seinerzeit Monarch vermittelt hatte und auch permanent Provisionen bekommen hat. Und die Wirecard AG hat mit Senjo Payment vereinbart, dass sie sich an diesem Verlust in gewisser Weise beteiligen, weil sie auch eine Provision bekommen haben. Und nach meiner Erinnerung, glaube ich, waren das 6





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Millionen. Und wir haben dann eine Forderung gestellt an Senjo Payment. Und das ist natürlich dann auch ein Kredit im Sinne des KWG. Und das ist dann eine Millionenkreditmeldung. Und dementsprechend müssen Sie natürlich dann auch der Deutschen Bundesbank den wirtschaftlich Berechtigten nennen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber warum hatte denn die Bank den wirtschaftlich Berechtigten nicht parat? Müsste sie ja eigentlich schon längst gehabt haben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, das weiß ich jetzt - - das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, weil die Unterlagen habe ich nicht vorliegen. Und wir machen natürlich jetzt keine Meldung, wenn jetzt der wirtschaftliche Berechtigte nicht ermittelbar ist. Also, das würde ja - - Also, das war zu meinem Zeitpunkt des Ausscheidens jedenfalls nicht offen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wurde denn die Frage der Bundesbank nachher beantwortet? Also, konnten Sie den wirtschaftlich - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ganz sicher.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, ja. Ganz sicher. Also die lassen da nicht locker.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay, danke schön.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, die Deutsche Bundesbank ist äußerst streng, was die Melde - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, das ist jetzt so eine generelle Betrachtung; aber im Einzelfall kann es ja auch mal zu Vergesslichkeit kommen oder - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nee, nee, das fällt bei denen auf.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann hat als Nächstes das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Wexeler, welche Kenntnisse haben Sie denn zu strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit Geldwäsche und auch Zahlungsabwicklung für Onlineglücksspiel auch gegenüber der Wirecard Bank? Da gab es ja mal Ermittlungen. Korrekt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da würden wir jetzt mal wegen dem Ermittlungsverfahren, dem bestehenden, vom Auskunftsverweigerungsrecht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, Sie wollen auch nicht bestätigen oder dementieren - und das bezieht sich jetzt nicht auf Onlineglücksspiel -, dass auch Rechtsrisiken erwogen wurden aus Zahlungsabwicklungen für Kinderpornografie innerhalb von Wirecard?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da sagen wir auch nichts zu.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Interessant. - Okay, dann würde ich gerne wissen: Haben Sie sich jemals zu anderen als den gerade von mir thematisierten Sachverhalten mit der Staatsanwaltschaft ausgetauscht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Staatsanwaltschaft hat verschiedene Fragen gehabt, unter anderem zu den Kreditvergaben. Ein Protokoll habe ich ja leider nicht bekommen, kriegt man ja nicht. Man kann - - Vor Ort wird das ja ausgedruckt. Man unterschreibt es dann. Aber im Großen und Ganzen waren es die Fragen, die Sie mir hier auch gestellt haben.\*

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie haben eben dem geschätzten Kollegen Michelbach so entgegengehalten, dass es da jetzt keine Zweifel gegeben hätte im weiteren Sinne an den Bürgschaften der Wirecard. Sie haben dann aber in der Konversation mit Herrn Toncar im Prinzip ja eingeräumt, dass es durchaus auch Erwägungen gab, dass die Ziehung von Bürgschaften zu Liquiditätsproblemen bei Wirecard hätte führen können. Können Sie mal diesen Widerspruch auflösen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist jetzt kein Widerspruch, sondern 2016, als wir diese Bürgschaften





## Nur zur dienstlichen Verwendung

akzeptiert haben, waren wir ja voll der Überzeugung, dass auch die Bürgschaften werthaltig sind. Das hat ja auch der Wirtschaftsprüfer geprüft. Das hat auch sogar die Deutsche Bundesbank im Rahmen ihrer § 44er-Prüfung geprüft, dass die werthaltig sind. Und erst im Laufe der Zeit sind ja Zahlungsrückstände gekommen bei den Kreditnehmern. Und in Gesprächen mit dem Konzern wurde ja immer wieder versucht, Zeit zu gewinnen. Das habe ich ja gemerkt. Und für mich habe ich dann die Entscheidung getroffen, dass ich erstens mal a) keine Bürgschaften mehr akzeptiere und b) dass dann die Bürgschaften, die ja jetzt nicht nur für die Kredite gegeben worden sind, sondern auch für den Bereich Acquiring, auch jetzt bar unterlegt werden sollen mit einem gewissen Prozentsatz. Und dafür habe ich die Firma Deloitte beauftragt, ein Konzept zu entwerfen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ist Ihnen jemals zur Kenntnis gelangt, dass Herr von Knoop Kenntnisse hatte von der angespannten Liquiditätssituation bei Wirecard?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, der Herr von Knoop hat ja den Bereich Treasury verantwortet - generell. Und ich bin mir sicher, dass er entsprechende Liquiditätsübersichten und Kennziffern von dem Leiterbereich Treasury bekommen hat. Bin ich sicher.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, gut. - Das ist ja wichtig, weil das ist ja auch strafrechtlich relevant, weil wir ja auch strafrechtliche Sachverhalte besprechen. Gut.

Sie waren ja offenbar sehr unzufrieden zunächst mit den Feststellungen von EY. Können Sie mir erklären, warum es, anders als sonst üblich, keine Möglichkeit für ein klärendes Gespräch mit EY gegeben hat?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Unzufriedenheit beruhte darauf, dass der Herr Worthmann sich sehr viele Unterlagen hat kommen lassen, sie sich aber nicht angesehen hat. Das war unser Angriffspunkt, oder das war - - Und er war einfach auch nicht mehr gesprächsbereit in einem Schlussgespräch, wo es normalerweise üblich ist, dass

man sich über die Feststellungen einigt. Das ist zum ersten Mal in meiner ganzen Karriere als Bankleiter passiert, dass ich mit einem Wirtschaftsprüfer nicht einverstanden war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt - nur noch mal zum Verständnis -, Sie haben etwas geliefert, um Bedenken, Vorwürfe von EY auszuräumen. Und er hat gesagt: Das interessiert mich gar nicht mehr, weil im Prinzip ist die Sache klar.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und das war noch mal genau wann, der Zeitpunkt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das war für die Prüfung 2018.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Jahresabschluss 2018.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber können Sie den Monat oder so noch mal eingrenzen, also wann dieser Unwille von Herrn Worthmann dann - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, das war Februar, März 2019.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Februar, März 2019. Vielen Dank. - Sie haben Deloitte mandatiert, um die Feststellung durch den Abschlussprüfer von EY überprüfen zu lassen. Auf wessen Initiative ist das geschehen? Auf Ihre?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Meine.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das war Ihre Initiative.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, gut.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wir haben auch die Deutsche Bundesbank darüber informiert und die BaFin. Wir haben ein Gespräch geführt und haben gesagt, dass wir damit nicht einverstanden sind, haben also - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wie war denn die Reaktion bei diesen beiden Behörden?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die Reaktion war: Sie haben das zur Kenntnis genommen und haben gesagt, dass sie den Bericht von Deloitte abwarten, und waren aber positiv von unserem Agieren angetan, dass wir das in die Hand genommen haben, um auch noch mal eine andere Sicht von einem Wirtschaftsprüfer zu bekommen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Das heißt, die fanden es durchaus angemessen, dass Sie sich gegen negative Feststellung von EY noch mal zur Wehr setzen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** In dem Aufsichtsgespräch ist auch zur Sprache gekommen, dass die eine oder andere Bank auch mal mit einem Wirtschaftsprüfungsbericht nicht einverstanden war -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - und es dann auch das Recht des Vorstandes ist, eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einzuschalten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann hat als Nächstes das Wort Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Wexeler, ich will Sie mal fragen, ob Sie - auch vor dem Hintergrund der Thematik Finanzholding - den Geschäftszweck der Wirecard in UK erläutern können.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wirecard UK müsste ja dann die Wirecard Card Solutions sein. Ist das richtig? - Ja, also die Wirecard Card Solutions hat das größte Mastercard-Kreditkartenportfolio inne. Das hat seinerzeit natürlich dann die Wirecard AG als Global dann gekauft und macht eigentlich damit ganz gute Geschäfte. Aber das ist einfach - - Das sind Leute wie Sie und ich, die Kreditkarten haben, wo die Kreditkarten eingesetzt werden für Transaktionen, für E-Commerce, digitale Güter, Travel, Reisen usw. usf.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, das ist genau so ein Geschäftsmodell an der Grenze, sage ich mal, von Technologieunternehmen und Finanzholding. Deswegen frage ich Sie ganz explizit nach dem Unternehmen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Was kann ich jetzt noch zur Erhellung tun?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, Sie würden sagen, das würde auch dazu beitragen, dass Wirecard AG insgesamt eher als Finanzholding eingestuft wird?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na, eher als Zahlungsdienstleister.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Ich will noch mal bei den strategischen Krediten kurz einsteigen. Sorry, ich springe ein bisschen hin und her, weil ich so wenig Zeit habe - die übrigens noch nicht läuft; vielen Dank dafür. Deswegen war das eine Bonusfrage. Ich warte noch auf Herrn Raue, damit es jetzt fair zugeht. Jawoll, vielen Dank.

Ich springe jetzt noch mal zum Thema Organkredite. Ich möchte Sie fragen: Würden Sie nicht zustimmen, dass strategische Kredite nicht Organkredite im Sinne des § 15 KWG sind? Und die müssten ja dann auch separat mit einstimmigem Votum aller Geschäftsleiter und dem Aufsichtsrat genehmigt werden. - Würden Sie dem zustimmen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, Organkredite ist ja was ganz anderes als strategische Kredite. Wenn ich jetzt einen Kredit an Firma Müller GmbH gebe, ist es ja nicht ein Organkredit.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das noch mal näher erläutern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ein Organkredit ist ja ein Kredit, den man an Organmitglieder gibt, entweder an die Vorstände der Wirecard Bank oder an die Vorstände der Wirecard AG - und sogar Prokuristen; das sind auch Organkredite. Wenn ich jetzt aber einen Kredit gebe, wo Sie gerade gesagt haben: Die strategischen Kredite - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt nehmen wir mal Bijli oder GOMO: Das ist ja nicht ein Organkredit, weil der ist ja nicht mit dem Unternehmen verflochten.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich frage deswegen nach, weil der § 15 KWG nach meinem Dafürhalten ja ein einstimmiges Votum des Vorstandes und Aufsichtsrats bei Organkrediten vorsieht, damit ein beherrschendes Unternehmen eben nicht in ein Tochterunternehmen hineinregiert. Und genau das ist ja bei diesen strategischen Krediten aber passiert. Deswegen frage ich danach.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, nach meinem Dafürhalten nicht. Und das hätten mit Sicherheit auch die Wirtschaftsprüfer festgehalten, wenn das so gewesen wäre. Und insbesondere, wenn ich das noch mal sagen darf: Wir hatten eine 44er-Prüfung. Das sind die Deutschen Bundesbankprüfer, die also ganz - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die war 2017, ne?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das war 2017. Denen wäre es ja dann auch aufgefallen. Also, das schließe ich aus.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es gab so einige Dinge, die hätten auffallen sollen. Also, daraus zu schließen, dass man das ausschließen kann, da wäre ich jetzt sehr vorsichtig, aber - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Von meiner fachlichen Kompetenz her würde ich das nicht unter Organkredite sehen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren denn diese strategischen Kredite nach Ihrem Dafürhalten zu marktüblichen Konditionen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben das mal schon ein bisschen durchblicken lassen - Sie waren da ja sehr transparent -, dass Sie bei Herrn Braun da im Büro waren und er da schon, ja, fast aggressiv aufgetreten ist. Und Sie haben auch die Rolle des Aufsichtsrates sehr klar und deutlich gemacht, im Sinne von „Die hatten da nichts zu melden“. - Können Sie noch mal so die Unternehmenskultur in der AG, aber auch in der Bank aus Ihrer Sicht schildern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, die Unternehmenskultur in der Wirecard AG - - hatte ich schon gesagt, dass die geprägt war durch den Herrn Dr. Braun, der, ja, sich als Eigentümer der Wirecard AG sah mit seiner Beteiligung von 7, 8 oder 9 Prozent, je nachdem, was da war. Und er hat ja nicht viel gehalten von Regularien, Richtlinien usw. Und aufsichtsratspflichtige Geschäfte wurden auch teilweise übergangen. Das habe ich mal in einer Freigabe eines Kredites oder einer Zahlung von 100 Millionen Euro festgestellt, wo ich der Meinung war, hier ist die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich. Da ging es um einen Kredit an Ocap seitens der Wirecard AG.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das hatte auch systematischen Charakter, also Kontrollinstanzen im Unternehmen, Risikocontrolling, Geldwäsche, Compliance.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, natürlich habe ich auch ausgesagt bei der Deutschen Bundesbank im Austrittsinterview, dass hier auch Compliance-Regeln fehlen oder zumindest mal zu vervollständigenden sind.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche zum Beispiel?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, dass man - - Ja? Okay.

(RA Moritz Reger: Eine kurze Unterbrechung hätten wir gern!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann die Zeit bitte stoppen. Und dann, wenn Sie sich beraten möchten, bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich außerhalb des Sitzungssaales)

Dann würde ich für fünf Minuten kurz unterbrechen, ja.

(Unterbrechung von 12.54 bis 12.59 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So, dann würde ich gerne, wenn alle wieder Platz genommen haben, fortsetzen. - Gut, dann sitzen alle? - Wunderbar. Dann wollen wir fortsetzen. Bitte schön.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Können Sie bitte die Frage noch mal wiederholen?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, jetzt muss ich auch noch mal überlegen. Genau, wir hatten über die Unternehmenskultur gesprochen, oder Sie haben, besser gesagt, darüber berichtet. Und ich wollte eigentlich explizit wissen: Unternehmenskultur, gerade im Blick auf Kontrollinstanzen, sei es Geldwäsche, sei es Risikocontrolling, sei es die Compliance, wie da Ihre Beobachtung war, wie damit umgegangen - - ist in der Bank und im Konzern.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, in der Bank - - kann ich das ja relativ einfach beantworten, weil wir ja da gesetzliche Auflagen haben, wie wir was zu machen haben. Also: Wir müssen eine interne Revision haben. Wir müssen Risikomanagement betreiben. Wir müssen ein Ratingsystem haben. Wir müssen Geldwäscheprävention betreiben. Wir haben KWG. Wir haben CRR usw. usf. Insofern ist ja diese Geschäftsorganisation von vornherein ja schon vorgegeben. So.

Und im Konzern der Wirecard AG ist eben eine andere - - gibt es einen anderen Bilanzierungsstandard, gibt es auch einen anderen Standard, was diese Kontrollmaßnahmen eben anbetrifft. Und ich denke, dass eben da einige Controllingmaßnahmen gefehlt haben.\* Also, bei uns - - Also, Compliance zum Beispiel, denke ich, wäre ganz wichtig gewesen, dass man das da installiert oder dass man das auch genügend installiert. Es geht ja auch dadrum, dass man, sage ich jetzt

mal, die Geschäfte auch mal etwas kritisch beäugt, die man da generell macht, dass man auch die Risiken mit den Chancen vergleicht und nicht nur Chancen sieht, sondern auch Risiken.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war nicht der Fall.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das habe ich öfters beobachtet, dass das eben nicht so gesehen wird, sondern einfach jetzt nur - - Man kann mit Amazon zusammenarbeiten. Das ist auch auf der einen Seite schön; aber wenn man auf der anderen Seite damit jedes Jahr 6 Millionen Verlust macht, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie in der Rückschau sich an Situationen erinnern, wo Sie vielleicht damals gesagt haben: „Das ist jetzt irgendwie komisch, aber vielleicht nicht weiter der Rede wert“, aber jetzt in der Rückschau, mit dem was Sie auch wissen und lesen möglicherweise, wo vielleicht noch mal ein Licht aufgeht, dass Sie heute einzelne Vorgänge ganz anders bewerten würden? Und welche sind das?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na ja, dann hätte ich mit Sicherheit diese Kredite 2016 nicht gewährt, diese vier Stück - ist ja klar, mit dem Wissen von heute und vor allen Dingen, dass sie dann nicht bedient worden sind. Dann hätten wir die Bürgschaften vom Konzern gar nicht akzeptieren können.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und darüber hinaus? Also, Sie müssen jetzt nicht - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Letzte Frage: Darüber hinaus, auch vielleicht interne Vorgänge, die nichts mit dem Kreditgeschäft zu tun haben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, also, ich hatte meinen Fokus zu 100 Prozent auf die Bank und weniger auf den Konzern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. Wer möchte? - Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, Herr Wexeler, ich würde gern noch mal zu Ihrer Gehaltsituation zurückkommen. Und zwar hatte ich das so verstanden: Sie haben gesagt, es gab dann eine Gehaltsabsprache mit dem Aufsichtsrat, mit dem Herrn Matthias, nehme ich an, dem Chef, -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - und die sei dann nicht erfüllt worden. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber das ist ja eigenartig, weil ja an sich die Vertragsgestaltung zwischen Ihnen als Vorstand und dem Aufsichtsratschef bzw. dem Aufsichtsrat erfolgt. Wer hat denn da was nicht erfüllt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sie haben ja vollkommen recht, dass der Aufsichtsrat entscheidet über den Vorstandsvertrag; aber hier können Sie auch den Einfluss erkennen, den der Konzernvorstand nimmt auf den Aufsichtsrat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich war auch nicht ein Liebling vom Herrn Dr. Braun, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, das haben wir jetzt schon rausgefunden. Die Frage ist jetzt nur - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Deswegen hat er mir das auch wahrscheinlich nicht gegönnt und - - Keine Ahnung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nur, das Aktiengesetz sieht ja gewisse Regelungen vor, zum Beispiel, dass Sie als Vorstand eigenverantwortlich und weisungsfrei handeln, und sieht auch vor, wie Verträge zustande kommen, zum Beispiel für den Vorstand. Sie sind ja nicht irgendein Arbeitnehmer, sondern Sie sind ja da Vorstand. Und da ist ja Ihr Ansprechpartner erst mal ausschließlich der Aufsichtsrat.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Mhm.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und da würde ich jetzt mal gerne wissen, wie denn da jetzt die Einflussnahme erfolgt ist. Das heißt, es gab einen Vertrag zwischen Ihnen und dem Aufsichtsrat. Und da hat Herr Braun gesagt: „Nee, wir zahlen dem Herrn Wexeler das nicht“, oder wie?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, es gab einen bestehenden Vertrag, der sich automatisch verlängert hätte um weitere drei Jahre. Und ich wollte zu diesen alten Konditionen nicht verlängern und habe das im Vorfeld mit dem Herrn Matthias besprochen, der ja auch gesagt hat: Was sind Ihre Vorstellungen? - Dann habe ich die genannt. Hat er gesagt: Das ist ja alles angemessen. Wunderbar, das machen wir so. - Und dann hat er offensichtlich Rücksprache genommen mit dem Konzernvorstand, der dann gesagt hat: Nee, machen wir nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, der Aufsichtsrat, der Sie beaufsichtigen sollte und mit Ihnen dann die Vertragsgestaltung machen sollte, hat dann sozusagen das Stopp vom Konzern bekommen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Hat gesagt: Nein, ich kann Ihnen den Vertragsentwurf jetzt nicht so übermitteln, wie wir das abgesprochen haben. - Dann habe ich gesagt: Ja, und jetzt? - Und dann habe ich meine Kündigung eingereicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war aber nur zwischen Ihnen und Herrn Matthias diskutiert? Oder war das auch schon im Gesamtaufsichtsrat Thema?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, nur mit dem Herrn Matthias.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, okay. - Zeigt aber auch noch mal natürlich die enge Verknüpfung und den Durchgriff der Holding. - Haben Sie denn mal gegenüber der BaFin oder gegenüber der Bundesbank diese Einflussnahme, die da stattgefunden hat von Braun, von Marsalek, von Ley, von der Holding auf die Bank, das in irgendeiner Weise mal angesprochen? Oder war das mal Thema? Weil das ja ungewöhnliche Vorgänge sind, wo man ja vielleicht sich auch mal an die Aufsichtsbehörde wendet.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe davon abgesehen, weil ich dann für mich selbst die Entscheidung getroffen habe, einfach Konsequenzen zu ziehen aus diesen Vorgängen und keinen Kredit mehr zu gewähren. Das war für mich einfach der einfachere Weg. Und ich denke mal, die BaFin ist es gewöhnt, dass bei Konzernzugehörigkeit natürlich immer von der Konzernmutter auf die Konzerntochter gewisser Druck oder eine gewisse Erwartungshaltung ausgeübt wird.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hat die BaFin da denn mal irgendwie hingeschaut? Wissen Sie das?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wo hingeschaut?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau auf diesen Punkt der Einflussnahme vielleicht auf - - wenn so eine Konzernstruktur da ist. Und hier haben wir ja die Situation, dass die BaFin sich ja für die Holding nicht zuständig fühlte und gleichzeitig aber die Holding auf dieses beaufsichtigte Institut Bank ja massiv Einfluss genommen hat. Wissen Sie, ob da die BaFin irgendwo mal hingeschaut hat?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht dass ich jetzt irgendwie wüsste, um Ihnen ein Beispiel zu nennen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, okay. - Wofür hat die Wirecard AG, also die Holding, eigentlich die

Bank gebraucht? Wenn es die Bank jetzt nicht gegeben hätte, hätte dann die Holding irgendein Geschäft machen können?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich will Ihnen einfach ein Beispiel nennen. Nehmen wir mal an, Sie sind ein Händler im Internet. Sie haben da eine Zahlungsverkehrsplattform von der Wirecard AG, und bei Ihnen kaufen Kunden. Die zahlen per Lastschrift, und die zahlen per Kreditkarte. Dann ist es die Aufgabe der Wirecard AG, diese Zahlungstransaktionen zu processen, bis zu den Toren von der Deutschen Bundesbank. Und dann müssen Sie, um den Lastschrifteinzug umzusetzen, eine Banklizenz haben. Das hatte natürlich die Wirecard AG nicht und musste das immer einer fremden Bank dann geben und Gefahr laufen, gegebenenfalls die Kunden zu verlieren. Und wenn Sie heute mit einer Kreditkartenorganisation abrechnen wollen, brauchen Sie auch eine Banklizenz. Das heißt, sie mussten immer Drittpartner in Anspruch nehmen und dafür auch Drittkosten zahlen. Und das war der grundlegende Gedanke, eine Bank zu gründen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie hatten ja vorhin so ein paar Beispiele gesagt, wo Sie auch kritisch waren gegenüber Krediten. Aber es gibt ja Kredite eben auch, die genehmigt wurden oder verlängert wurden teilweise auch. Da würde ich gerne wissen: Was war da der Unterschied zwischen einem Kredit, wo Sie gesagt haben: „Das machen wir oder verlängern wir“ und: „Das machen wir nicht“? Denn dahinter stand ja immer eine Bürgschaft der Holding. Insofern sind Sie ja immer davon ausgegangen: Ja, spätestens die Holding wird es richten. - Also, wo war da der Unterschied?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es gibt einen wesentlichen Unterschied, weil Sie haben natürlich dann bei einem bestehenden Kreditverhältnis bereits Zahlungserfahrung mit dem Kunden: Hat er seine Zins- und Tilgungsraten gezahlt, oder hat er sie nicht gezahlt? - Bei einem Neukunden müssen Sie es ja einschätzen, ob er es zahlen kann. Insofern ist natürlich eine Prolongation etwas leichter zu beurteilen als eine neue Kreditherauslage.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da hat es dann nicht gereicht, dass es eine Zusage der Mutter gab, also der Holding, dass die das mit der Bürgschaft schon klärt? Also, es standen ja Bürgschaften als Sicherheit der Holding - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Bürgschaften sind ja bei der Prolongation nach wie vor Bestandteil. Aber natürlich ist wesentlich: Wenn der Kunde jetzt meinetwegen seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachgekommen wäre, dann hätten wir auch keine Prolongation gemacht grundsätzlich oder er hätte es erklären müssen, warum er in Zahlungsschwierigkeiten gekommen ist. Es gibt ja auch Stundungen usw.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das Thema Finanzholding hat ja mein Kollege Dr. Michelbach vorhin schon intensiv erörtert mit Ihnen. Ich habe deshalb nur noch eine Nachfrage, weil ich das nicht so ganz verstanden habe. Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie das Gesamtkonstrukt schon als Finanzholding gesehen haben. Haben Sie diese Einschätzung mal irgendwann der BaFin mitgeteilt? Oder war das irgendwann mal Thema zwischen der BaFin und Ihnen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nee.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Bei der internen Revision, die ja stattgefunden hat: Wann wurde da eigentlich das Kreditgeschäft geprüft? Oder wird das dann immer geprüft?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es gibt einen Revisionsplan von der Internen Revision. Und das Kreditgeschäft wurde auch ganz normal geprüft. Wann das jetzt geprüft worden ist, das kann ich jetzt nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): In welchen Abständen passiert das normalerweise?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Je nach Notwendigkeit und je nach Prioritäten, die dann die Interne Revision festlegt. Nun ist es ja so gewesen, dass wir im Jahr 2017 schon eine 44er-KWG-Prüfung gehabt haben. Und letztendlich haben Sie eigent-

lich jedes Jahr auch eine Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer, die sich die Kredite anschauen. Und dann kommt ja noch hinzu, dass die Anzahl der Kredite, die wir gewährt haben, ja ganz wenig waren. Die können Sie ja an zwei Händen abzählen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und das waren auch Kredite, die nichts mit dem Wirecard-Konzern zu tun haben oder ausschließlich mit dem Wirecard-Konzern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es gab auch Kredite, die wir gegeben haben - - Es hat ja irgendwie immer mit dem Konzern zu tun, ja? Also, wir haben ja jetzt zum Beispiel nicht - - Wenn zum Beispiel die Bäckerei Müller hier in Berlin einen Kontokorrentkredit haben will, das haben wir nicht gemacht. Es muss ja immer ein gemeinschaftliches Interesse sein. Also, wir wollten ja immer unsere Bankprodukte verquicken mit der IT-Dienstleistung des Konzerns.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also Sie wären quasi überflüssig gewesen ohne die Holding. Also, Sie haben nur für die Holding irgendwas gemacht als Bank.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wir waren praktisch - - Durch die Installation der Bank war praktisch die Dienstleistungskette gegenüber dem Kunden geschlossen. Der Kunde sollte alles aus einer Hand bekommen: ein Konto, Zahlungstransaktionen, Fremdwährungen, Wechsel, Acquiring, Lastschrift. Das war der Hintergrund.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Noch mal zu dieser internen Revision und dem Kreditgeschäft, wann das geprüft wurde. Da sind Sie ja so ein bisschen im Ungefähren geblieben. So „regelmäßig“ haben Sie irgendwie gesagt oder „schwerpunktmäßig“ oder so; ich habe es nicht mehr genau im Ohr. Ist das jetzt so einmal im Jahr oder alle fünf Jahre? Wie muss man sich das ungefähr vorstellen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich denke mal, dass - - Ich kann es Ihnen jetzt auswendig nicht sagen. Es gibt es einen Revisionsplan. Den schlägt die interne Revision vor. Wir im Vorstand beraten darüber und nicken ihn dann ab. Aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jedes Jahr wird das Kreditgeschäft nicht geprüft - wie auch nicht jedes Jahr meinetwegen Acquiring-Geschäft geprüft wird oder das. Das würde die Kapazität von internen Revisionen nicht hergeben. Also, wenn einmal jetzt geprüft worden ist, wird mit Sicherheit auch eine Pause von zwei Jahren der Fall sein. Es sei denn, man hätte in einem Jahr ganz gewaltig das Kreditgeschäft aufgebaut, man hätte meinetwegen von 10 Stück auf 100 Stück aufgebaut. Dann würde man ja schon eigentlich sagen: Hier müssten wir mal eine Revisionsprüfung machen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Hat der Konzernvorstand da in irgendeiner Weise Einfluss genommen auf diesen Revisionsplan, -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - wann da was geprüft wird?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Zum Thema Revision habe ich noch eine Frage aus Unterlagen, die VS-Vertraulich, amtlich geheim gehalten, eingestuft sind. Da gucke ich jetzt mal eben zum Sekretariat und zum Vorsitzenden. Also, es geht jetzt um VS-Vertraulich eingestufte Unterlagen, und ich würde jetzt einen stillen Vorhalt machen. Ich denke, wir müssen einmal sicherstellen: oben auf der Tribüne - - Das kann der Vorsitzende gern übernehmen. Bitte einmal die Zeit stoppen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, bitte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und dann würden wir das Dokument schon mal nach vorne reichen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Raue, wir haben noch einmal - - Ganz kurz: Ich würde ganz lieb drum bitten die Kollegin, die dort sitzt, mit dem hübschen gestreiften Pulli: Wenn Sie sich einmal kurz umsetzen könnten, dann könnten wir nämlich sicherstellen, dass der stille Vorhalt als solcher auch sehr theoretisch, aber möglicherweise auch praktisch still bleibt. Dann würde ich

noch so lange bitte warten, verehrte Kollegin, bis Sie auch - -

Jetzt decken Sie bitte auf. Und jetzt kriegen Sie einen stillen Vorhalt. Das heißt, nehmen Sie das zur Kenntnis, und versuchen Sie bitte, aus dem stillen Vorhalt so zu antworten, Herr Wexeler, ohne quasi auf Namen, Details einzugehen. Das wird jetzt gleich in der Geschicklichkeit des Kollegen Hauer liegen. Lesen Sie sich das erst mal jetzt in Ruhe durch. Das sieht wunderbar dort oben aus. Da kann auch niemand mit dem Opernglas schauen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich kann in der Zeit schon mal sagen, um welches Dokument es sich handelt fürs Protokoll. Das ist Tagebuchnummer 46/21, Ordner 2, Seite 192. Und mich interessiert da jetzt der dritte Absatz. Da ist dieser gelbe Zettel dran. Der besteht aus zwei Sätzen, und im ersten Satz am Ende dieser Halbsatz: Da würde mich interessieren, was Sie dazu sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann die Zeit wieder laufen lassen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, um welches Dokument es sich handelt, können Sie ja sehen: Das ist ja der Marker vorne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, das kann ich nicht nachvollziehen. Wir haben sicherlich, sage ich jetzt mal - - war die Kreditherauslage in 2016 mit der ein oder anderen Feststellung verbunden. Also, dass sie, sage ich jetzt mal, nicht ganz den MaRisk entsprochen haben, da würde ich zustimmen. Das haben ja auch die Deutsche-Bundesbank-Prüfer festgestellt. Aber wir haben gerade in 2017 zum 01.01. eine neue Abteilungsleiterin eingestellt. Wir haben das Personal aufgestockt. Und für *das* Kreditgeschäft haben wir die erforderlichen Kompetenzen gehabt. Ich glaube, es gibt auch einen Absatz im EY-Wirtschafts-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

prüfungsbericht für 2017, der auch darauf eingetht, aber jetzt nicht zu dieser Schlussfolgerung kommt, die hier drinsteht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und die Gründe für diese Probleme, die dort genannt sind, können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Wissen Sie, im Nachhinein sind Sie immer schlauer, ja? Wenn Sie natürlich getürkte Unterlagen bekommen haben, die Sie nicht erkannt haben - die haben ja auch die Spezialprüfer der Deutschen Bundesbank nicht erkannt -, dann können Sie so was natürlich immer gerne schreiben. Das ist für mich, ja, einfach ... (akustisch unverständlich)\*

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie zum zweiten Satz auch noch was sagen, also der letzte Satz in diesem dritten Absatz?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sie meinen: „Eine echte Fehlerkultur ...“

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Bitte nicht aus dem Dokument zitieren. Aber darum geht es, ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich denke, das ist eine Bewertung, die Gibson Dunn vorgenommen habe. Da habe ich eine andere Meinung zu.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich noch eine letzte Frage - dann können wir das Dokument schon wieder abholen -: Sie hatten am Anfang gesagt, es sei Ihre private Entscheidung gewesen. Sie wollten - also bei Ihrem Ausscheiden aus der Bank - mehr Zeit haben. Und dann ist aber nachher doch im Laufe des Befragungsprozesses hier ein bisschen ans Licht gekommen, dass es eben auch um die Zusammenarbeit mit der Holding um Herrn Braun und - Sie haben gesagt, einen gewissen Stolz haben Sie auch - - dass es um solche Fragen auch ging. Können Sie das jetzt noch mal einordnen? Weil Sie hatten mir am Anfang gesagt, es ging Ihnen darum, einfach mehr Zeit zu haben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** So. Also, wenn ich ein Vertragsangebot nochmals bekommen hätte für

weitere drei Jahre, hätte ich das nicht angenommen, weil ich jetzt einfach auch genug hatte, auch diese Verantwortung zu übernehmen. Und ich wollte mehr Zeit für mich haben, für meine Freizeit. Also, ich hätte dann noch meinen Nachfolger eingearbeitet, hätte ihn noch mal begleitet in meinem Ressort ein Jahr lang und hätte ihm dann, ja, alles das übergeben, was ich weiß. Also, für ein Jahr hätte ich noch verlängert, aber nicht mehr, weil - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war eine Kombination aus dem Ärger, den Sie hatten vorher, und dem - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein. Und weil offensichtlich der Konzern nicht mit meiner Kreditstrategie einverstanden war, hat er mir keinen neuen Vertrag angeboten. Das ist meine persönliche Bewertung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Warum hat der Konzern Sie denn nicht vorher ausgetauscht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na ja, ich würde ja dann ein entsprechendes Loch hinterlassen. Das müssten sie ja dann sofort füllen. Weil wenn Sie natürlich dann - - Sie haben ja dann zwei Vorstände in der Bank. Einer ist CFO vom Konzern, der sich also nicht um die Bank kümmern kann, nicht in dem Maße, vielleicht mit 5 Prozent. Und Sie verlieren einen, der so ein relativ großes Ressort verantwortet. Dann müssen Sie ja auch dementsprechend einen Mann vorweisen können, der auch die Qualifikation hat. Das müssen Sie ja bei der BaFin anzeigen. Und den hat man offensichtlich nicht gefunden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also hat man versucht, jemanden zu finden oder nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, man hat ja versucht, jemanden zu finden. Man hat auch einen eingestellt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie waren ja eine lange Zeit bei der Bank.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wenn Sie da so aufmüßig waren, wie Sie das schildern, und die Bank ja doch in dem Konzern eine wichtige Stellung hatte, dann wäre ja erst mal naheliegend, dass man vielleicht dann jemanden da installiert, der da etwas friedlicher ist.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, das stimmt. Aber diese ganze Problematik dieser, ja, Bilanzfälschungen und auch dieser Kreditvergaben ist ja erst Ende 16, Anfang 17 gekommen, als ich natürlich den letzten Vertrag dann angetreten habe.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, vielen Dank. - Dann bin ich durch und übergebe an Kollegen Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Wexeler, ich habe noch ein Thema, und zwar gab es ja eine Strafanzeige der Germania Fluggesellschaft gegen Vorstände der Wirecard Bank. Wegen Verdachts der Untreue in einem besonders schweren Fall erfolgte eine Strafanzeige von Germania, weil Wirecard vertragswidrig und rechtsgrundlos 9,835 Millionen Euro für Germania vereinnahmte Kreditkartenzahlungen einbehalten habe und deren Auszahlung verweigerte, obwohl ein Einbehalt zu keinem Zeitpunkt vereinbart worden sein soll. - Können Sie uns einmal erklären, was das für ein Fall war?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das war ein Fall einer Fluglinie. Diese Fluglinie Germania hatte mit der Wirecard Bank einen Vertrag über die Abrechnung von Kreditkartentransaktionen. Bei den Fluglinien ist es ja so, dass wir da die sogenannten nicht verfliegenen Tickets berücksichtigen müssen. Das heißt, wenn Sie heute ein Ticket buchen und Sie fliegen erst im Juli, sie bekommen aber heute schon das Geld, dann haben wir ja das Risiko, dass Sie gegebenenfalls bis zum Juli insolvent gehen können. Und wir hocken dann auf dem Geld, weil Sie dann als Kunde ein Chargeback machen. Insofern halten wir immer einen gewissen Betrag ein, der individuell ist. Der wird dann ausgerechnet. Das ist von Fluggesellschaft zu Fluggesellschaft unterschiedlich. Und wir überprüfen ja auch im Rahmen von § 18 KWG die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Bei der Germania war es so, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse sich deutlich verschlechtert haben, sodass wir unseren Sicherheitseinbehalt erhöhen mussten. Und das ist auch vertraglich vereinbart. Damit war der Inhaber nicht einverstanden und hat dann meinetwegen diese Strafanzeige gestellt. Wir haben aber mit unserem Vorgehen recht behalten. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, ob es da zum Prozess gekommen ist oder nicht. Jedenfalls hat der Kunde später gekündigt, ist zu einem anderen Acquirer gegangen. Und wir haben dann, nachdem diese verfliegenen Tickets jetzt abgeflogen waren, das restliche Geld dann ausgezahlt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Wir haben noch die Situation, dass am 31.12.2018 beurteilt wurde, dass keine werthaltige Sicherheit und damit keine akzeptable Alternative zur Bürgschaft der Wirecard erbracht wurde. Als Alternative wird von Ihnen auf folgende Möglichkeit hingewiesen:

Die Wirecard Bank hat der Firma Ocap die Möglichkeit aufgezeigt, dass bei Vorlegen einer Patronatserklärung der Swiss Life Holding AG Zürich für die Tochtergesellschaft in Singapur in Kombination mit einer selbstschuldnerischen Bürgschaft der Swiss Life diese als werthaltiger Ersatz angesehen werden kann. Falls die Patronatserklärung der Muttergesellschaft nicht erteilt wird, müssen wir anhand geeigneter Unterlagen die Bonität der Swiss Life prüfen. Bis dahin wird die selbstschuldnerische Bürgschaft der Wirecard AG zur Absicherung des Darlehens verlängert. (?)

Das heißt also, im Grunde genommen haben Sie kalte Füße gehabt zu dem Zeitpunkt, haben aber dann trotzdem die Bürgschaft von der Wirecard AG verlängert. Können Sie sich dazu mal äußern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es geht darum, dass es vertraglich vereinbart war, dass die Bürgschaft der Wirecard AG getauscht wird gegen eine anderweitige werthaltige Sicherheit. Das steht im Kreditvertrag mit Ocap drin. Damals habe ich mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Herrn Häuser, Carlos Häuser, über diese Angelegenheit gesprochen. Es war so, dass dann diese Swiss Life in Singapur die Mehrheitsbeteiligung an der Ocap erworben hat und ich ihm einen Weg aufgezeigt habe, wie man die Bürgschaft der Wirecard AG austauschen kann, indem man dann von der Holding in Zürich eine Patronatsklärung bekommt für die Tochtergesellschaft in Singapur. Das hat sich nicht ergeben. Die Swiss Life hat das nicht erteilt. Es wurde nicht weiterverfolgt, oder die Gesellschafterstruktur wurde geändert, sodass es erforderlich war, diese Bürgschaft dann zu verlängern.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Und so dumm waren die Schweizer nicht, dass sie da eingestiegen sind.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Offensichtlich nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Und warum haben Sie dann, wenn Sie dann schon das Thema hatten, dass Sie kritisch waren, gegenüber dem Mutterkonzern Wirecard trotzdem das Darlehen verlängert?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, also, ich sage jetzt mal, das Darlehen war ja schon ausgereicht. Und der Kreditnehmer Ocap hatte ja seine Zins- und Tilgungsleistungen geleistet. Insofern hatte ich jetzt keine Befürchtungen mit der Bürgschaft, sondern es ging einfach nur darum, dass der Kredit prolongiert wurde. Der Kunde hat ordentlich gezahlt, und gegen die Prolongation bestanden keine Bedenken.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, Sie hätten ja auch die Bürgschaft ziehen können.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, warum? Wenn ein Kreditnehmer den Wunsch hat, den Kredit zu verlängern, muss ich ja nicht die Bürgschaft ziehen. Ich möchte ja das Geschäft mit dem Kunden machen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber Sie hätten feststellen können, dass die Ocap mehr oder minder eine Briefkastenunternehmung ist.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das hatte ich hier nicht feststellen können, weil der Kreditnehmer hat ja seine Zins- und Tilgungsleistungen geleistet. Wie sollte ich das feststellen?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Über die Wirecard-Mutter, ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, gut, aber wie die Zahlungsströme da laufen, das können wir natürlich nicht nachvollziehen. Wir können ja nur schauen: Ist auf dem Darlehenskonto Geld eingegangen oder nicht? Und das Geld ist eingegangen ordnungsgemäß. Und insofern bestanden da keine Bedenken.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Wenn ich jetzt mal alle Informationen der letzten Wochen so zusammentrage - und wir haben ja eine Aufgabe, als Ausschuss, Muster herauszubilden -, dann haben Sie eben ja sehr deutlich - und das haben wir ja rausgearbeitet - beschrieben bei den Bankprozessen - Sie haben das auch wörtlich so gesagt -: 2016, ja, die Kreditvergabe würden Sie heute unter einem anderen Licht sehen, oder Sie würden sie jetzt schon zum Ausscheiden hin und mit der Nichtbedienung anders beurteilen. - Das ist die berühmte Geschichte: Hinterher ist man ja immer klüger.

Wenn ich jetzt den Zeitablauf sehe und meine Informationen, die ich jetzt sammeln durfte, und auch die Kollegen drüber aneinanderlege, würde ich Sie gerne um Ihre Meinung - und zwar nach dem Ausscheiden; das ist ja noch unser Untersuchungszeitraum, insoweit ist die Frage legitim - - dahin gehend konkretisieren: War die Wirecard Bank aus Ihrer Sicht nicht zunächst vielleicht genau das, was Sie beschrieben haben: dass sie eben für diese Zahlungsdienstleistungen sehr wichtig war, sehr speziell war, deswegen ja auch schwer weiterzueräußern war? Aber auf der anderen Seite liegen mir eben, uns allen, auch Informationen vor - auch wenn man jetzt das genau liest, was in der Presse so steht -: Ab





## Nur zur dienstlichen Verwendung

2016 hat die Wirecard AG einen negativen Cashflow gehabt.

Legen Sie jetzt also Ihre Geschäfte, die Sie als Wirecard Bank im guten Glauben und ja auch die BaFin und die Bundesbank - insoweit sind ja viele getäuscht worden - auch im guten Glauben so abgewickelt haben - - Wir hatten das Kreditbeispiel, was ich Ihnen gegeben habe, wo Sie ja auch selbst gesagt haben: Na ja, glücklicherweise war es hier sogar so ein Idealfall. Wir haben was finanziert, und das ging dann sogar zurück in die Wirecard Technologies, diese 6 Millionen, fast.

Wenn ich dann eben das Muster bilde - seit 2016 hat die Wirecard AG ohne das TPA-Geschäft, wenn ich das also rausnehme, einen negativen Cashflow gehabt -, dann sind Sie doch eigentlich als Wirecard Bank, ohne dass Sie es wussten - ich gehe davon aus - - auch missbraucht worden wie die BaFin, wie die Bundesbank; warum und ob das leichtfertig war, wollen wir ja klären; wir wollen nicht, dass es wieder passiert - sozusagen eine Herz-Lungen-Maschine der Wirecard AG gewesen. Denn diese Kredite - - Würden Sie mir da jetzt im Nachhinein, nach Ihrem Ausscheiden, zustimmen? Man denkt ja darüber mal nach und lässt so die letzten Jahre Revue passieren. Dann war das ja kein Zufall, dass die notleidend wurden.

Würden Sie heute sagen, a) Sie waren die Herz-Lungen-Maschine ab 2016, ohne dass Sie es wussten, der Wirecard AG? Und zweitens: Ist mit diesen Krediten, die notleidend wurden, im Untersuchungszeitraum nach Ihrem Ausscheiden für Sie eigentlich klar geworden: „Mit diesen Zahlungsschwierigkeiten ist das Schneeballsystem Wirecard, das künstliche Aufblähen der Bilanz mittels TPA-Geschäft, eigentlich angefangen, zu platzen“? Würden Sie diese Meinung teilen, und, wenn nicht, warum nicht?

**Zeuge Rainer Wexler:** Das ist jetzt eine individuelle Bewertungsfrage, ja. Also, Sie können jetzt so und so darüber denken. Also, die Schlussfolgerung - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde Sie jetzt nach Ihrer konkreten Meinung fragen, nach Ausscheiden, wie Sie es beurteilen, ob Sie sich vielleicht ja auch - - Man kann ja auch manchmal, ohne dass man es weiß, benutzt werden für etwas. Das ist, auch wenn man es nicht weiß und nicht wissen konnte und man hat sich an alle Regeln der Kunst gehalten, was zumindest mein Eindruck gerade ist - man kann nicht mehr als die Regeln der Kunst anwenden, die üblich sind - - dann kann man aber doch hinterher trotzdem sagen: Na ja, seit 2016 ist unsere Wirecard Bank eigentlich für etwas benutzt worden, was sich keiner hätte vorstellen können.

**Zeuge Rainer Wexler:** Ich würde es anders sehen: Ich denke, dass man versucht hat, hier die IT-Dienstleistung mit der Bankleistung zu verquicken und vielleicht Geschäftsfelder zu erschließen, die dazu geführt hätten, dieses negative Loch zu schließen, weil es gab ja Verträge usw. usf., die teilweise auch wieder gegenüber der Wirecard Technologies zurückgefließen sind. Aber offensichtlich waren diese neuen Kreditnehmer nicht stark genug, um das nachhaltig, sage ich jetzt mal, umzusetzen.

Und das Geld, was da investiert worden ist, diese Bürgschaften - das waren ja ungefähr zwischen 50 und 60 Millionen -, die stehen ja in keinem Verhältnis zu den Drittpartnerbuchungen und haben insofern, glaube ich jetzt, nicht dazu beigetragen, dass da irgendwie die Wirecard AG jetzt irgendwie einen besonderen Nutzen daraus schöpfen konnte. Weil der besondere Nutzen bestand ja dadrin, dass man sich Kredite - in Anführungszeichen - „erschlichen“ hatte und sich daraus bedient hat, ja? Aber nicht wegen 50 oder 60 Millionen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber so ein Geld könnte ja auch - das ist Spekulation - in einem EMIF-Fonds oder egal wo gelandet sein. Das ist ja einfach der Punkt, über den wir hier versuchen Licht ins Dunkel zu bringen. Und da sind ja viele missbraucht worden.

**Zeuge Rainer Wexler:** Also, ich habe Ihnen jetzt meine Meinung dargelegt, so wie ich es sehe oder





## Nur zur dienstlichen Verwendung

wie ich es empfinde. Ich glaube, das steht in keiner Relation.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bewerten Sie auch so, dass dieses Umhängen unter die Wirecard AG - wir haben es ja schon ausgeführt - dass das einfach nicht erfolgte, weil seitens von Markus Braun nicht gewünscht war, dass tatsächlich dann die BaFin die Gesamtaufsicht über die Geldwäsche übernimmt? Würden Sie dieser Analyse final zustimmen? Denn die Genehmigung lag ja vor.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich sehe das so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie sehen das so. Okay. - Ja, dann habe ich keine weiteren Fragen. - Dann würde es jetzt eigentlich weitergehen mit dem Kollegen Dr. Zimmermann von der SPD.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte schön.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Herzlichen Dank. - Sie meinen also, wenn Sie unter die Wirecard AG gegangen wären, dann hätte sich geldwäscherechtlich was verändert? Oder habe ich das eben nur falsch verstanden?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das haben Sie falsch verstanden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. Dann bin ich ja froh; das hatte sich nämlich irgendwie anders angehört. - Ich würde trotz allem gerne noch mal auf einige Geschäfte zurückkommen, weil ich die einfach nach wie vor merkwürdig finde. Und sorry, wenn ich mit so profanen Dingen um die Ecke komme wie Kontoeröffnungen. Aber wir haben hier eine Mail vorliegen von Alexander von Knoop vom 23. März 2016. Die ging an Burkhard Ley und Sie cc. Betreff: „Neukunde Peter Harry Carstensen. Freigabe zur PEP-Person“ - also Politically Exposed Person - „erbeten“. Da schreibt Alexander von Knoop:

Markus Braun? Wulf Matthias?  
Franz Beckenbauer?

- Hatte der bei Ihnen ein Konto, Franz Beckenbauer?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):**

Aber nein, du bist halt einfach der geborene Sales-Mann. Gut gemacht! (?)

So. Das ist eine Antwort auf eine Mail von Burkhard Ley: „Rate mal, wer den akquiriert hat?“ - Fragezeichen! -, und dann geht es offenbar eben um Peter Harry Carstensen. - Wissen Sie, wer Peter Harry Carstensen ist?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist jetzt nicht Ihr Ernst.

(RA Moritz Reger: Wenn man in [REDACTED] wohnt, ist das weit weg!)

- Wie bitte?

(RA Moritz Reger: Wenn man in [REDACTED] wohnt, ist das relativ weit weg!)

- Wenn man in [REDACTED] wohnt, ist das relativ weit weg. Das ist okay. - Ich meine, das war - - Der Mann war von 2005 bis 2012 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Das wäre jetzt bei Günther Jauch so eine 500-Euro-Frage, würde ich sagen. Aber - -

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):  
Da gibt es auch einen  
Zuschauerjoker!)

- Da könnte man jemanden anrufen; das stimmt. Okay. - Also, ich frage deshalb, weil es mich eben wundert: Warum zur Hölle bekommt ein ehemaliger Ministerpräsident bei Ihnen ein Konto? Und vor allem: Warum wird das so gefeiert? Also, warum machen hier die Jungs da High Five, dass man den jetzt als Kunden hat? Ich meine, das ist Ihre Bank gewesen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich kann Ihnen das nicht beantworten.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Das ist insofern noch ein bisschen doppelt komisch: Waren Sie irgendwie mal vonseiten der Wirecard Bank in Geschäfte im Glücksspielbereich involviert? Also, gab es da irgendwie mal - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Ich weiß gar nicht, warum sozusagen eine anwaltliche Beratung tätig [sic!] ist; es ist doch so eine - -

(RA Moritz Reger: Wir können auch unterbrechen auf die Frage und dann - -)

- Ja, ja, aber es ist doch so eine einfache Frage. Ich hätte die Ihnen im Vorfeld aber auch natürlich nicht geschickt, die Frage; die ist mir nämlich eben erst eingefallen. Aber - - Also, einfache Frage: Wirecard Bank AG, hatten Sie mit Geschäften in irgendeiner Form mit Anbietern von Glücksspielen zu tun, auch staatlicher Natur, in Deutschland zum Beispiel?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das würden wir im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren sehen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aha. - Ja, wissen Sie, weil deswegen wundert es mich ja, dass Sie den Herrn Carstensen nicht kennen, weil der stand auch auf der Wirecard-AG-Payroll. Der hat mit Sicherheit nicht so viel bekommen wie Herr Ley, aber der ist für die Mutter sozusagen als Lobbyist tätig geworden, um eben genau Geschäfte im Bereich Glücksspiel anzubahnen, sage ich mal, und vielleicht Landschaftspflege, würde man sagen, zu betreiben. Und deswegen sind wir jetzt darauf gestoßen, einfach weil das so als Kombination auffällig ist: Der wird da tätig, bekommt bei Ihnen ein Bankkonto. - Haben andere

Berater bei Ihnen auch vielleicht Bankkonten bekommen? Herr zu Guttenberg, hat der bei Ihnen ein Konto gehabt oder Spitzberg Partners?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sie fragen mich jetzt nach Namen. Die Bank hat vielleicht 3 000 bis 5 000 Kunden, vielleicht hat sie 10 000 Kunden, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist doch nicht viel. Das ist doch nicht viel.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - und dann soll ich jetzt jeden Namen auswendig können.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wissen Sie was? Mein Bankberater bei der Volksbank, der muss 2 000 Kunden betreuen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Dann ist er schlauer als ich.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, aber, Entschuldigung, die Nummer kaufe ich Ihnen jetzt nicht ab. Also, Sie können mir doch nicht erzählen, wenn Herr zu Guttenberg ein Konto bei Ihrer Bank hätte, dass Sie das nicht wüssten. Das finde ich absurd.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich vermute, nein. Mit Sicherheit kann ich Ihnen das nicht sagen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Also, wir wissen nicht, ob Herr zu Guttenberg oder Spitzberg Partners bei Ihnen ein Konto hatte, aber wir wissen ganz offenbar, dass Peter Harry Carstensen eins bekommen hat. Aber wir können nicht aufklären, warum der eigentlich ein Konto bei Ihnen bekommen hat. Das finde ich merkwürdig.

Dann noch mal zu einem anderen Thema. O'Sullivan war schon Thema hier. Sie haben dann einen Kredit in 2016 ja vergeben, und dann haben wir ja auch eine Mail von Ihnen an Jan Marsalek, wo Sie ihm quasi hinterherschreiben, weil es für das Darlehen keinen Verwendungszweck gab, und da schreiben Sie:

Diese Info ist nach wie vor wichtig, damit unsere Dokumentation



## Nur zur dienstlichen Verwendung

richtig ist. Wann kann ich diese Info bekommen? (?)

Ist der Verwendungszweck eines Darlehens nur für die Dokumentation wichtig, oder wäre das bei der Vergabe möglicherweise schon relevant?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht unbedingt. Sie können heute ja auch zur Bank gehen und sagen: Ich brauche 50 000 Euro und möchte einfach das Geld ausgeben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, also, ich meine, ist natürlich auch praktisch, wenn man nicht weiß, wofür jemand einen Kredit haben möchte.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Aber Sie spielen ja auf den Fall Cottisford an. Beim Fall Cottisford ist der Burkhard Ley auf mich zugekommen, hat gesagt, dass der Henry O'Sullivan Inhaber dieser Firma Cottisford ist und dass Dividendenbeträge aus verschiedenen Beteiligungen verspätet ausbezahlt werden und der Herr O'Sullivan einen kurzfristigen Kredit braucht über 10 Millionen. Er würde für den Kunden gutschlagen aus Sicht der AG, er würde auch eine Bürgschaft bereitstellen oder mit seinen Kollegen besprechen, dass eine Bürgschaft gegeben wird, und sie hätten auch Provisionsverpflichtungen gegenüber dem Herrn O'Sullivan.

Und das hat uns dann dazu gebracht, dass wir gesagt haben: Okay, 10 Millionen, die kann er haben. - Zunächst war es vorgesehen für vier Wochen. Nach diesen vier Wochen wurde das nicht zurückgeführt, sodass ich noch mal mit dem Herrn Marsalek gesprochen habe: „So geht es nicht“, weil wir brauchen schon entsprechende Zusagen, wenn wir auch die Darlehen ausreichen, haben das, glaube ich, noch mal um vier Wochen verlängert. Und dann nach den vier Wochen, nach zwei Monaten, war das Darlehen zurückgezahlt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Ja, wissen Sie, das Ding ist, am Ende - - Das haben wir auch an anderen Stellen, so diese Geschichte: „Hauptsache, die Buchhaltung stimmt“, ne? Aber okay. - Wir hatten auch - wir drehen uns ein bisschen im

Kreis, aber sozusagen, ich muss da immer mal wieder auf das eingehen, was Sie gesagt haben -, wir haben hier auch noch eine Mail vom 12. Juli 2019. Da ging es auch an das Darlehen - - an die Senjo Pay damals. Da schreibt ein Herr Seifert, dass man ganz dringend einen Nachweis über die Gesellschafterverhältnisse benötigt von Senjo Pay und - - Das kam freitags, und montags haben Sie dann Jan Marsalek geschrieben:

Lieber Jan,

kannst du dich bitte einschalten und uns helfen? (?)

**Zeuge Rainer Wexeler:** Mhm.

(Der Zeuge liest in Unterlagen)

Ja. - Was wollen Sie jetzt von mir dazu wissen?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ich wollte einfach mal wissen sozusagen - - Können Sie sich noch erinnern, wie das dann weiterging? Sie haben ja vorhin dann auch sozusagen - - Wer hinter Ocap steckt und so, das wissen Sie alles nicht oder können sich nicht mehr dran erinnern. Jetzt hatten da Ihre Leute ganz klar gesagt, dass sie da Infos brauchen, damals noch Senjo. Und das war üblich, dass Sie dann dem lieben Jan gesagt haben: „Jan, wir brauchen da ein paar Infos, dass die Buchhaltung stimmt“?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nicht dass die Buchhaltung stimmt, sondern unsere Meldung an die Deutsche Bundesbank. Das hat doch mit der Buchhaltung nichts zu tun.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, natürlich, aber - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da haben Sie mich falsch zitiert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber es ändert ja sozusagen - - Aber Sie haben jetzt auch meine Frage nicht beantwortet: Was hat Herr Marsalek dann geliefert und - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich gehe davon aus, dass er geliefert hat, weil ansonsten wäre der Meldewesenfall bei mir auf dem Tisch gelandet, dass er nicht komplett ist. Und daran kann ich mich nicht erinnern.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Gut, das konnte Herr Marsalek ja gut, solche Probleme dann aus dem Weg zu räumen. - Nach Ihrem Ausscheidungsgespräch bei der Bundesbank: Haben Sie sich eigentlich gewundert, dass die dann nicht mal irgendwie aktiv geworden sind?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Eine gewisse Aktivität der Deutschen Bundesbank hätte ich ja nicht mehr mitbekommen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, hätte ja sein können, dass - - Ich meine, es hätte sein können, dass Herr Marsalek mal seine Schläger bei Ihnen vorbeischickt oder so - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ach so.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, ich meine, das ist jetzt - - Das hört sich so irgendwie verrückt an, aber das ist irgendwie gar nicht so verrückt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich habe keine Informationen, was die Deutsche Bundesbank dann mit meinen Aussagen gemacht hat und zu welchen Aktivitäten es gekommen ist.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und ist die nach Ihrem Gespräch noch mal auf Sie zugekommen, die Bundesbank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt, es war dieses eine Gespräch. - Hatten Sie den Eindruck, dass die Bundesbank da Interesse an diesen Informationen hatte?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sehr.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Und sind Sie irgendwie miteinander verblieben? Gab es irgendwelche Vereinbarungen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. - Zum Abschluss würde ich Sie noch mal ganz direkt fragen: Können Sie ausschließen, dass die Wirecard Bank AG an der Bilanzmanipulation der Wirecard AG beteiligt war?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Aus meiner Sicht ja.\*

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes Frank Schäffler für die FDP-Fraktion.

**Frank Schäffler (FDP):** Vielen Dank. - Als Bankvorstand haben Sie sicherlich an den Aufsichtsratssitzungen der Bank auch teilgenommen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, klar.

**Frank Schäffler (FDP):** Gab es da jedes Mal eine Tagesordnung und jedes Mal auch ein Protokoll?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Frank Schäffler (FDP):** Die Wirecard Sales International, hatte die ein Konto bei der Wirecard Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Alle verbundenen Unternehmen hatten ein Konto bei der Wirecard Bank.

**Frank Schäffler (FDP):** Ist Ihnen da eine Rücküberweisung des Fonds EMIF 1A an die Wirecard Sales International bekannt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Frank Schäffler (FDP):** Wenn das ein Volumen wäre von mehr als 250 Millionen Euro und das irgendwie eine Falschüberweisung wäre, würde das nicht auffallen? Muss man bei solchen Fragen nicht die wirtschaftlich Berechtigten prüfen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Sie meinen, 250 Millionen sind von der Bank überwiesen worden, und dann sind die 250 Millionen wieder zurückgekommen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Schäffler (FDP):** Eventuell, ja.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, es gibt bei uns - -

**Frank Schäffler (FDP):** Vielleicht in mehreren Tranchen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es gibt bei uns ein Kontrollsystem, dass bei Auszahlungen oder Einzahlungen, die über die Wirecard Bank kommen, die größer 1 Million sind, im Sechsaugenprinzip freigegeben wird: vier Augen im Bereich Treasury und weitere zwei Augen im Bereich der Bank. Also, eine Transaktion von größer 1 Million muss separat freigegeben werden. Da gibt es fünf, sechs, sieben Leute in der Wirecard Bank, die besonders dafür geeignet sind, unter anderem auch meine Wenigkeit. Das wechselt wöchentlich, und jedenfalls müsste so eine Transaktion größer 1 Million einen Freigabestempel haben, einen digitalen.

**Frank Schäffler (FDP):** Und das auch bei Eingängen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau.

**Frank Schäffler (FDP):** Und das würde dann auch der Geldwäschebeauftragte, Herr Kohlpaintner - - der würde das auch mitbekommen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich gehe mal davon aus, dass solche Beträge auf jeden Fall in GENOSONAR erfasst werden und auf der Trefferliste kommen.

**Frank Schäffler (FDP):** Gut. - Dann haben Sie vorhin beschrieben - - Oder können Sie mal die Entwicklung der Kreditportfolios beschreiben, 2018, 2019? Wie haben die sich entwickelt im Volumen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich würde sagen, aus dem Gedächtnis heraus, dass die etwas steigend waren. Das Kreditportfolio hat ja aus verschiedenen Kategorien bestanden: Wir haben auf der einen Seite die strategischen Kredite. Die waren ja konstant. Auf der anderen Seite hatten wir Forderungen gegenüber Kunden aus Kontokorrentkonten. Dann gibt es auch Forderungen aus dem Ankauf

von Forderungen über die Kreditvermittlungsplattformen mit - -

**Frank Schäffler (FDP):** Wie hoch waren diese Gesamtlimits, die Sie da in diesen Jahren vermittelt haben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich denke mal, ungefähr hatten wir ein Kreditvolumen von 270 Millionen.

**Frank Schäffler (FDP):** Und das war immer konstant?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, fast.

**Frank Schäffler (FDP):** Sie haben vorhin zum Thema Kreditabwicklung sich so lobend geäußert, dass das so super funktioniert hat. Jetzt liegt mir hier ein E-Mail-Verkehr vor des Aufsichtsrats Herrn Klestil an Sie, aber auch an Herrn Marsalek usw. Da geht es um einen Kredit für eine Firma Vastani. Warum haben Sie diese Bedenken, die Herr Klestil damals formuliert hat, nicht ernst genommen oder nicht ausreichend ernst genommen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich kann mich an Vastani nicht erinnern.

**Frank Schäffler (FDP):** Können wir das ihm zeigen?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Da hat ja Herr Klestil einen Vorbehalt gemacht und hat darauf verwiesen, dass - - Oder: Lesen Sie erst mal.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, es wäre hilfreich, wenn ich diese Kreditvorlage hätte. Sonst müsste ich hier alles durchlesen, und ich glaube nicht, dass ich Ihnen dann ordentliche Auskunft geben kann.

**Frank Schäffler (FDP):** Herr Klestil weist auf Bemerkungen des Abschlussprüfers hin, dass da Schwächen in der Begründung, in der Dokumentation der Kreditvergabe stattfinden.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ah so, ja, genau. Das war noch zu einer Zeit - - Sie können sich ja vorstellen, dass der Wirtschaftsprüfungsbericht, den dann EY gemacht hat, im Jahre 2019 für 18, auch dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt worden ist.

(Dem Zeugen werden weitere Unterlagen vorgelegt)

Und da war natürlich im Aufsichtsrat, sage ich jetzt mal, dann Unruhe entstanden, weil der Herr Worthmann von EY dargelegt hat, dass wir das Kreditgeschäft nicht ordentlich machen. Und der Herr Klestil hat dann eine laufende Kreditvorlage, Vastani GmbH, zum Anlass genommen, noch mal auf diese Probleme hinzuweisen, und zu diesem Zeitpunkt war aber das Gutachten von Deloitte noch nicht fertig. Wir haben das dann in der nächsten Aufsichtsratssitzung, September oder Oktober, dann vorgelegt, und dementsprechend haben wir das dann auch, sage ich jetzt mal, begründet. Wir haben ja auch - - Die Firma KPMG hat uns ja auch fachlich begleitet bei all diesen Kreditvorlagen, die wir dann nach 2016 gemacht haben. Und letztendlich wurde nachher Vastani genehmigt.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay. - Die abschließende Frage: Die Abhängigkeitsberichte nach PrüfbV, gehen die eigentlich auch an die BaFin und an die Bundesbank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich meine, ja.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay. Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Danke. - Herr Wexeler, der Kollege Zimmermann hat vorhin gesagt, er ist, glaube ich, bei der Volksbank. Ich bin bei der Hamburger Spaßkasse [sic!]. Und da ist es so: Ich als Abgeordneter, ich kriege da regelmäßig so ein Formular für politisch exponierte Personen und muss da so ein paar Angaben machen wegen Geldwäsche und so - finde ich auch richtig; habe ich ja selber gefordert. Deswegen würde ich gerne

von Ihnen wissen: War das auch üblich bei der Wirecard Bank, also für jetzt jemand wie Herr Carstensen oder so?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, ich kann Ihnen jetzt nicht die genauen Details aus seiner Kontoeröffnung erklären, aber wenn natürlich jetzt da eine Person ausfindig gemacht worden ist bei der Kontoeröffnung, die in diese Richtung geht, PEP, dann muss natürlich da recherchiert werden. Und dann gibt es auch eine Dokumentation darüber, und dann - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie waren mit so etwas nie befasst? Oder Sie hatten auch keine Kenntnisse von PEPs bei sich in der Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Doch, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Doch!

**Zeuge Rainer Wexeler:** - also, ich habe die PEPs freigegeben, also die sogenannten PEPs wurden dann dem Gesamtvorstand dann dargelegt, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - wurde gesagt: Hier sind wir damit einverstanden - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Danke. - Wen haben Sie denn da - Entschuldigung, ich muss ein bisschen auf die Zeit - - Wen haben Sie denn da so freigegeben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da kann ich mich nicht dran erinnern.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** An keinen einzigen Namen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Keinen einzigen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da müssen Sie selber ein bisschen lächeln, ne?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nö.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nö, ach, gar nicht. Okay, dann habe ich das falsch wahrgenommen. Gut. - Wissen Sie denn etwas zu der Frage - - Also, wie hätten Sie denn festgestellt Rechtsverstöße in der Zahlungsabwicklung? Wie hätten Sie denn festgestellt, wenn zum Beispiel Transaktionen auch für kinderpornografische Inhalte stattgefunden hätten? Sie müssen ja da irgendwelche Compliance-Regeln haben bei sich in der Bank.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich würde das hier mal sehen unter diesem - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, nee, ich habe Sie nicht gefragt, was die Staatsanwaltschaft Ihnen da vorhält, sondern Sie müssen doch abstrakt hier beantworten können, welche Compliance-Regeln es in Ihrer Bank gab. Es sei denn, Sie wollen nahelegen, dass es die nicht gab und es von daher jetzt strafrechtlich relevant ist. Aber dann ist das auch eine interessante Antwort.

(RA Moritz Reger: Das Berufen aufs Auskunftsverweigerungsrecht bezieht sich ja auf die Gefahr einer Verfolgung und nicht auf das irgendwie Vorliegen - -)

- Moment! Sie dürfen ihn beraten, aber Sie dürfen hier gar nicht sprechen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ach so, die Zeit: Wäre ganz nett, wenn man die mal anhält.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Genau, würde ich so sehen.\*

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, das heißt, Sie sind nicht in der Lage, hier zu erklären gegenüber dem deutschen Gesetzgeber, ob es in Ihrer Bank mit der deutschen Gesetzgebung übereinstimmende Compliance-Regeln gab?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand - RA Moritz Reger: Wir würden noch mal kurz unterbrechen!)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Beratungspause? Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Fünf Minuten, reichen die? - Okay, dann unterbrechen wir bis kurz nach zwei.

(Unterbrechung von 13.57 bis 14.01 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zu welchem Ergebnis sind Sie denn, Herr Wexeler, in den Beratungen gekommen, bevor ich die Zeit weiterlaufen lasse, weil ich das natürlich mit der Mosaiktheorie schon als sehr tragfähig sehe. Was ist denn Ihr Ergebnis?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es gibt im Bereich Compliance - Compliance ist in der Bank die Abwicklung von Kreditkartentransaktionen jeglicher Art - eine Software, die verhindert, dass kinderpornografische Transaktionen prozessiert werden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Danke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank dafür. - Ich würde gerne einen stillen Aktenvorhalt machen, und ich weiß jetzt nicht genau - wenn wir noch mal die Zeit anhalten können! -, wie ich hier die Nummer verlese.

(Zuruf: Gar nicht!)

- Gar nicht. Mache ich gar nicht, ne?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. - Ich stelle fest: Oben kann keiner mit einem Opernglas - - Das ist gut, da ist gerade frei, dann - - Okay, wenn das möglich wäre - ich habe gerade gehört, unserer Geheimschutzstelle, und da bin ich ja nicht für, dass dort die Schweißperlen auf die Stirn treiben - - wenn Sie es unter der Balustrade oder der Empore dem Kollegen Wexeler vorhalten könnten. Dass Sie zum Kollegen Olschewski dann gehen. Der macht Ihnen dort



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den Vorhalt; dann sind alle Sicherheitsinteressen und auch der Bestand der Republik gesichert.

(Dem Zeugen werden am Rande des Sitzungssaales Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Genau, und Kollege De Masi: Wenn Sie gleich die Tagebuchnummer nennen, wäre nett. Das können Sie.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** BMF-4, Ordner 91, Blatt - - Okay. Da wird etwas als zentraler Geschäftsbereich der Bank dargestellt - ein Thema, was hier schon öfters eine Rolle gespielt hat heute -, und ich möchte fragen, ob Ihnen bekannt war, dass das das Kerngeschäft Ihrer Bank ist.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Können Sie die Frage noch mal wiederholen?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hier wird auf einen zentralen Kernbereich im Geschäftsfeld Ihrer Bank verwiesen. War Ihnen bekannt, dass das das zentrale Kerngeschäft Ihrer Bank ist?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist nicht das zentrale Kerngeschäftsfeld.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das heißt, diese Aussage hier ist falsch, die dort steht? - Okay. Gut.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe einen anderen Informationsstand.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hatten Sie Kenntnisse über Geschäftsverbindungen zum FC Bayern München?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Mir ist keine Geschäftsverbindung zum FC Bayern München bekannt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann möchte ich Sie gerne fragen: Hat Sie die BaFin oder die Deutsche Bank jemals nach Ihrem Exit-Gespräch befragt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie einen Austausch geführt mit der Deutschen Bank oder mit der BaFin?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Die BaFin hat sich nie dafür interessiert nach diesem Exit-Gespräch, was da lief bei der Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber die BaFin ist ja zuständig als Aufsichtsbehörde für Ihre Bank. Okay. Gut. - Dann würde ich gerne wissen: Hatten Sie Kenntnisse, dass Nachrichtendienste Ihre Bank genutzt haben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann möchte ich Sie gerne fragen: Hatten Sie Kenntnis davon, dass entweder die Holding oder die Bank - - dass dort Bankgeschäfte getätigt wurden, für die es keine Lizenzen gab?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie bewerten Sie denn die Tatsache, dass - - Sie haben ja am Anfang eben diese EY-Feststellung kritisiert, haben das Deloitte-Gutachten in Auftrag gegeben. In der Rückschau, wie bewerten Sie das heute? Also, waren die Feststellungen doch berechtigt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Die waren immer noch nicht berechtigt. Gut. - Und dann würde ich Sie gerne noch fragen: Hätte denn ein Abschlussprüfer die Möglichkeit gehabt, aufgrund der runden Transaktionssummen da Auffälligkeiten zu entdecken, bei den großen Transaktionen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Grundsätzlich ist eine Prüfungstätigkeit eines Wirtschaftsprüfers unabhängig von der Transaktionshöhe. Natürlich, je



## Nur zur dienstlichen Verwendung

höher diese Summe ist, desto mehr Prüfungsanforderungen gibt es; aber ansonsten ist das losgelöst.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Was heißt „losgelöst“?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Na, losgelöst, der Prüfungsprozess ist eigentlich für jede Transaktion gleich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist nach meiner Kenntnis nicht so. Also, ich bin kein Wirtschaftsprüfer - hier ist einer -, aber wir wissen, dass so bestimmte Auffälligkeiten und Patterns, wie man sagt - - Also, da brauchen Sie mir jetzt nicht erzählen - - Also, ich bin nicht Hans August, sondern ein bisschen was habe ich auch mitbekommen in meiner Tätigkeit als Mitglied des Finanzausschusses. - Sie bleiben dabei, ja? Das ist - - sagen nicht - - etwas, was Gegenstand von Prüfungshandlungen ist?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Was ist nicht Gegenstand von Prüfungshandlungen?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wenn es solche Auffälligkeiten gibt, nämlich eine hohe Anzahl von runden Transaktionssummen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Welche Transaktionssummen? Im Kreditkarten-Acquiring oder in der Auszahlung von Geld?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Generell, bei jeglichen Transaktionen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege De Masi, ich habe nicht an der Uhr gedreht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich bin in der letzten Runde. Von daher dachte ich, wenn ich jetzt 30 Sekunden drüber bin - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann machen wir das so. Auf Sie kann ich mich da immer verlassen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, natürlich haben größere Beträge auch einen größeren Prüfungsaufwand. Das kann ich generell sagen. Kleinere Beträge haben einen kleineren Prüfungsaufwand.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Letzte Frage: Sagen Sie mal, der Ministerpräsident da, der ehemalige von Schleswig-Holstein: Was war das denn aus Ihrer Inaugenscheinnahme da für ein Konto? Also, weiß ich nicht, Spielgeld, damit man mal ein bisschen Einarmiger Bandit spielen kann, oder?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe dieses Konto nicht verfolgt. Also, ich schaue da jetzt nicht drauf. Also, ich habe das freigegeben - das kann man ja aus der E-Mail erkennen -, aber dann habe ich das Konto - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wenn Sie solche Konten freigegeben haben, wo Sie sich an keinen Namen erinnern können, was ja auf eine wirklich verantwortungsvolle Prüfungstätigkeit bei Ihnen schließen lässt: Was waren denn das für Konten in der Regel bei PEP? Was waren das für Konten? Waren das Kreditkarten?

**Zeuge Rainer Wexeler:** In der Regel waren es Girokonten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** In der Regel Girokonten. Gab es Mitglieder des Vorstands von Wirecard, die selber bei der Bank auch solche Konten geführt haben?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.\*

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein. Okay. Das heißt, das waren alles Personen von außerhalb. - Sind Ihnen weitere Namen von ehemals aktiven Politikern dort untergekommen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nie?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, kann ich mich nicht dran erinnern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Aber was waren das dann für PEP, die Sie da begutachtet haben auf der Liste?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe dann die PEPs freigegeben, wenn dementsprechende Signale von der Geldwäscheprävention gekommen sind oder von - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und wie viele waren das ungefähr? Wenn Sie da so eine Liste auf den Tisch bekommen haben: Wie viele PEPs standen auf dieser Liste?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich denke mal, so im Jahr, würde ich sagen, vier oder fünf.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Vier oder fünf?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Mhm.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Vier oder fünf PEPs standen auf Ihrer Liste, und Sie können sich an keinen einzigen Namen erinnern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Waren das deutsche Staatsbürger?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Überwiegend.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Überwiegend deutsche Staatsbürger. Das heißt, Personen, die ja exponiert sind, weil sie irgendwie einen öffentlichen Namen haben oder so, also, ne? Und da können Sie sich an keinen Namen erinnern?

**Zeuge Rainer Wexeler:** So ist es.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Sie wissen, dass eine solche Antwort - also wegen Mosaiktheorie und so - natürlich Ihre Glaubwürdigkeit auch in anderen Bereichen beeinträchtigt.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich kann nur so antworten, wie ich in meiner Erinnerung habe.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja, gut. Dann stelle ich hier fest, dass ich Ihnen das nicht abnehme,

und ich glaube, keine einzige weitere Person in diesem Raum nimmt Ihnen das ab. - Vielen Dank.

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Jan Marsalek hatte  
kein Konto bei Ihnen?)

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich glaube nicht, nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So, dann bleiben wir jetzt in der Reihenfolge. Das klappte bisher immer sehr gut. - Und nach der Linken kommt die Fraktion der Grünen. Frau Paus. Bitte schön.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich wollte es noch einmal bestätigt haben: Also, Sie sagen, Sie können sich nicht daran erinnern, dass es Konten für Geheimdienste bei der Wirecard Bank gegeben hat?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie können sich auch an gar keinen PEP erinnern.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist so.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie ausschließen, dass es Zahlungsabwicklungen für die CSU oder für irgendeine andere Partei gegeben hat über die Wirecard Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das kann ich nicht ausschließen, weil ich einfach jetzt auch über die Kontoeröffnungen insgesamt jetzt nicht den Überblick habe. Das war auch jetzt nicht in meinen Ressortzuständigkeiten.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn eine aktive Erinnerung zu Zahlungen an die CSU?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Bitte?

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An die CSU. Haben Sie aktive Erinnerungen? Ist da Ihnen irgendwas in Erinnerung, dass es da Zahlungen gab?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, gar nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Medien habe ich entnommen, dass Sie auch - - Sie hatten gesagt, insgesamt haben Sie so 5 000 Konten. Habe ich das richtig verstanden, richtig in Erinnerung? - Den Medien habe ich entnommen, dass ein relevanter Teil davon virtuelle IBAN-Nummern gehabt haben. Können Sie was zu diesem IBAN-System bei Ihnen sagen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, diese virtuellen IBAN sind auch Gegenstand dieser Ermittlung gegenüber Geldwäsche. Insofern kann ich da keine Auskunft drüber geben.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit 2019 gab es ja eine Neueinstufung der Wirecard Bank seitens der BaFin: als besonders geldwäscherisikorelevant zu prüfen. Und könnten Sie vielleicht - - Wenn ich das richtig wahrgenommen habe, dann - - Und Sie haben ja selber gesagt sozusagen, Sie haben vor allen Dingen keine Privatkunden gehabt, sondern alle relevanten Gesellschaften der Wirecard AG hatten ein Konto bei Ihnen. Könnten Sie vielleicht doch noch was zum Kundenprofil der Wirecard Bank sagen?

Also, könnten Sie eine Einordnung machen, wie viel davon nach Volumen aus Hochrisikobranchen gekommen sind, wie viel davon Geschäftsabwicklungen mit Korrespondenzbankgeschäft gewesen sind und wie viel davon sozusagen insbesondere einen Auslandsbezug gehabt haben zu Risiko- - also zu Ländern sozusagen, die zu Risikoregionen gehören? Können Sie dazu Aussagen machen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, wir waren mit Sicherheit eine Bank, die geschäftskundenlastig war. Von der Anzahl her würde ich sagen, dass die Anzahl geringer war als die Anzahl der Privatkunden, aber das Geschäftsvolumen mit den Geschäftskunden war mit Sicherheit größer. Bedingt durch die Zugehörigkeit zum Konzern ist auch jetzt die Kundenstruktur der Geschäftskunden international, weniger deutschlastig. Und wir hatten bei der Kontoeröffnung auch, sage ich jetzt mal, ein Raster entwickelt, was wenig Risiko, mittleres Risiko, Hochrisiko ist, und dementsprechend haben wir auch die Kontoeröffnungen vorgenommen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viel war Hochrisiko?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Bitte?

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viel war Hochrisiko?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das kann ich Ihnen auswendig nicht sagen. Also, da habe ich jetzt - - Da kriegte ich immer eine Vorlage. Das ging nach Punkten, ja; jeder Kunde wurde ausgewertet. Da gab es so eine Tabelle, wo angekreuzt worden ist, Punktzahl - - Keine Ahnung, wie viel das war.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nach Regionen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Aber diese Hochrisikokunden wurden jetzt auch nicht von mir freigegeben, sondern die wurden von meinen Vorstandskollegen freigegeben.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das Thema Korrespondenzbankengeschäft?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Korrespondenzbanken hatten wir, würde ich jetzt sagen, so zwischen 60 und 80 Korrespondenzbanken, in der ganzen Welt angesiedelt, um den internationalen Zahlungsverkehr zu machen. Das ging von - bis, also wir waren in der ganzen Welt verteilt.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren ja sehr lange bei der Wirecard Bank. Und da hat sich das ja auch verschoben, ne? Also, insbesondere, nehme ich mal an, die Zahlungen, Kontostände mit der Kreditkartenfirma in Großbritannien - - hat sich verändert, ne? Das Geschäft mit Gibraltar hat sich verändert. Könnten Sie da sozusagen die Relevanz für die Bankbilanz mal schildern, so über die Jahre, wie sich die Struktur verändert hat?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, wir hatten einen jährlichen Zuwachs im Acquiring-Volumen, indem wir immer mehr Kunden gehabt haben, die wir für Kreditkartenzahlungen haben begeistern





## Nur zur dienstlichen Verwendung

können. Wir haben natürlich auch das sogenannte Lastschriftvolumen gesteigert mit den gewerblichen Kunden.

Das Kreditgeschäft hatte die ersten zehn Jahre so gut wie keine Bedeutung. Das hat also erst, sage ich jetzt mal, angefangen mit den strategischen Krediten Ende 2016. Und wie ich eingangs erwähnt habe, haben wir mit Euro angefangen, und zum Schluss hatten wir 48 Währungen live. Wir haben auch von Visa und Mastercard tagtäglich 25 verschiedene Währungen gekriegt. Daran können Sie erkennen, dass das Acquiring-Geschäft bei uns der Hauptertragsgeber war und wir das auch weltweit für die Fluglinien haben machen dürfen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, also, Sie haben jetzt gesagt: Es ist vor allen Dingen mehr Expansion gewesen. - Aber einzelne Bereiche sind doch auch weniger geworden, oder nicht? Also Gibraltar beispielsweise, UK, Irland.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Also, was Sie ansprechen, die sogenannte Wirecard Irland oder Wirecard (Gibraltar), war ja nicht in unserem Kundenbestand, ja. Wir haben ja - - Das waren ja praktisch dann Tochtergesellschaften der Wirecard AG. Und was die jetzt für Geschäfte gemacht haben, das kann ich Ihnen jetzt im Detail nicht sagen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das lief nicht über Ihre Bank?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die hatten bei uns Kontoverbindungen; -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Rainer Wexeler:** - ja, aber was die jetzt da an Transaktionsgeschäft gemacht haben, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann habe ich noch eine letzte Frage: Sie hatten irgendwann gesagt, genau, die Kredite 2016, dass die strategischen Kredite - ne - - da hat es Diskussionen gegeben usw. Das hatten Sie noch freigegeben, weil war ja auch Start-up usw. Sie hatten

dann irgendwann gesagt, ab 2018 hätten Sie keine Kredite mehr freigegeben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Keine neuen Kredite.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In Bezug auf was, sozusagen welche Kredite? Also, wo haben Sie dann Ihr Veto eingelegt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es kam im März 2018 zum Beispiel der Kreditantrag von Al Alam, 35 Millionen. Den haben wir abgelehnt; den habe ich abgelehnt. Der kam vom Herrn Marsalek.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, also den einen, also nicht generell? Es ist jetzt nicht so, dass Sie gesagt haben, ab 18 haben Sie - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Den einen, und dann gab es auch noch andere Kreditanträge, die einfach beim operativen Risikocontrolling gestoppt wurden, wo mich die Abteilungsleiterin informiert hat, dass man diesen Kreditantrag nicht mehr weiterverfolgt.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Meine Zeit ist jetzt abgelaufen. Können Sie dazu vielleicht noch sagen, welche?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein. Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich will mal etwas Druck machen und schaue mal zur Uhr. Ich frage jetzt erst mal zunächst die Kollegen der CDU/CSU. - Nein. AfD hat keine Fragen mehr. - Ich gucke mal zu den Kollegen der SPD rüber. - Nein. Dann schaue ich zu den Kollegen der FDP.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Keine Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Keine Fragen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Entschuldigung, Frank Schäffler.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Bitte schön.

**Frank Schäffler (FDP):** Ich will gerade darauf noch mal zurückkommen: Ich habe ja vorhin nach diesen Abhängigkeitsberichten gefragt. Sie haben ja vorhin gesagt, 250 Millionen sei das Kreditvolumen ungefähr gewesen. In den Abhängigkeitsberichten 2017 sind 82 Millionen an strategischen Krediten vergeben worden und 2018 100 Millionen. Also, ist ja nicht weniger geworden, sondern es ist mehr geworden in dieser Zeit. Sie haben jetzt gerade so ein bisschen suggeriert, weil Sie Al Alam abgelehnt haben, so nach dem Motto: „Da sind wir restriktiver vorgegangen“; aber das gesamte Kreditvolumen in diesem Bereich ist ja gestiegen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Da kann ich Ihnen folgende Erklärung für geben: Der Herr Worthmann ist bei dem Fall Atisson zu dem Ergebnis gekommen, dass die Verpfändung der Software, die wir als werthaltig erachtet haben - - nicht als werthaltig sieht. Das war ein Kredit über 16 Millionen Euro. Wir haben dann im Zuge des Abschlusses der Bilanz von der AG für diesen Kredit eine Bürgschaft bekommen, obwohl die in unseren Augen nicht erforderlich war, -

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, aber die Frage war ja jetzt - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** - und dementsprechend ist dann der Betrag von 82 auf fast 100 Millionen gegangen. Aber es war keine aktive Kreditherausgabe.

**Frank Schäffler (FDP):** Ach so, gut, okay. - Aber drei Kredite waren davon leistungsgestört. Das ist bei 100 Millionen, wenn da 20 Millionen leistungsgestört sind, ja schon ein erhebliches Volumen für eine Bank, oder nicht? Muss da nicht eigentlich eine Aufsicht, die diese Berichte vorgelegt bekommt, kritisch nachfragen? Gab es da mal kritische Nachfragen?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Natürlich haben wir kritisch nachgefragt, warum das nicht bezahlt worden ist.

**Frank Schäffler (FDP):** Nee, die Aufsicht, hat die kritisch bei Ihnen nachgefragt? Die Bundesbank oder die BaFin?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, das sollten wir mal festhalten. Also, ich finde, wenn 20 Prozent quasi ausfallgefährdet sind, ja, dann sind das ja fast schon griechische Verhältnisse. - Darf ich noch fragen: Was machen Sie jetzt beruflich?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nichts mehr.

**Frank Schäffler (FDP):** Dann LCR-Quote: Können Sie mir sagen, was das ist und was die aussagt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist diese - - Also, da bin ich jetzt auch relativ weit von entfernt. Die LCR-Quote ist eine Quote, sage ich jetzt mal, die die Bank vorhalten muss gemäß gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ich glaube, wir mussten eine LCR-Quote von 1,0 schaffen. Wir haben gesehen, dass die LCR-Quote fallend war; wir kamen, glaube ich, von 1,5, 1,4, 1,3 auf 1,2. Das hatte auch damit zu tun, dass Buchungen nicht korrekt vorgenommen worden sind. Und wir haben - - oder ich hatte das natürlich als Meldewesen - der Bereich Meldewesen war ja mein Bereich - im Fokus, und wir haben auch Maßnahmen eingeleitet, dass wir auf jeden Fall diese LCR-Quote weiterhin stabil halten.

**Frank Schäffler (FDP):** Das lag ja anscheinend an den Sammelkonten im Acquiring-Bereich, und da sind vor allem zwei Kontonummern besonders auffällig, die diese schlechte Quote verursacht haben. Was waren das für zwei Konten? Wissen Sie das?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nach meinem - - Das waren Verrechnungskonten in der Konzernbuchhaltung, die einfach dann nicht aufgelöst worden sind. Und das war einfach ein Mangel in der Konzernbuchhaltung. Da haben wir auch etliche Gespräche mit Herrn von Erffa geführt. Ich habe das auch eskaliert an Herrn von Knoop, der der Vorgesetzte war. Und das sind einfache Verrechnungskonten, die eigentlich auf Null aufgehen müssten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Schäffler (FDP):** Und das gingen die nicht?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die gingen dann nicht auf Null auf.

**Frank Schäffler (FDP):** Aha. - Dann sind Sie ja - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Die haben aber mit dem Dritt-Acquirer-Geschäft überhaupt nichts zu tun. Das ist das Acquiring-Geschäft der Wirecard Bank.

**Frank Schäffler (FDP):** Dann sind Sie ja 2019 ausgeschieden, und dann haben Sie Anfang Dezember an Herrn von Knoop, an Herrn Häuser eine E-Mail geschrieben, -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Frank Schäffler (FDP):** - wo Sie sich bitterböse über die Konzernbuchhaltung beschwerten. An die E-Mail können Sie sich sicherlich noch erinnern.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Richtig.

**Frank Schäffler (FDP):** Und da schreiben Sie am Schluss:

Es ist schade, dass der Aufbau der Bank und die Stabilisation unter solchen Einflüssen leidet. (?)

Was meinten Sie mit „solchen Einflüssen“?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Es ist natürlich so, dass wir natürlich auch drauf angewiesen sind, dass die ausgelagerten Bereiche an den Konzern auch ordnungsgemäß laufen, wie Personal-, Rechtsabteilung und natürlich auch Konzernbuchhaltung, weil die Konzernbuchhaltung hat ja, sage ich jetzt mal, auch Buchungen für die Bank vorgenommen mit ihren Mitarbeitern. Und wenn natürlich dann wegen wenigen Mitarbeitern entsprechende Buchungen nicht vorgenommen werden, dann können wir natürlich dieser ordnungsgemäßen Buchführung nicht nachkommen, ja?

**Frank Schäffler (FDP):** Wusste das die BaFin, dass es da diese Probleme gab?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein.

**Frank Schäffler (FDP):** Hat auch nie nachgefragt?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das sind ja operative interne Workflows, und Sie sehen ja, die BaFin hätte - -

**Frank Schäffler (FDP):** Sie sind ja seit 2006 dabei gewesen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.

**Frank Schäffler (FDP):** Jetzt ist das quasi Ihre Abschiedsmail am 4. Dezember. Was haben Sie unternommen, dass das besser wird?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe die Leute beauftragt, zu helfen bei der Analyse dieses Verrechnungskontos.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber bei der Konzernbuchhaltung haben Sie keinen Einfluss genommen, dass sich daran etwas verbessert?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe zahlreiche E-Mails an Herrn von Knoop geschrieben.

**Frank Schäffler (FDP):** Und es hat sich nie was geändert?

**Zeuge Rainer Wexeler:** So ist es.

**Frank Schäffler (FDP):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann gucke ich zu den Kollegen von Bündnis 90/ Die Grünen. - Keine Fragen mehr. Okay. - Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich mache es auch ganz kurz: Ich habe mir die Mail noch mal - - Sie haben ja gesagt, Jan Marsalek hatte Ihrer Erinnerung nach kein Konto bei Ihnen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die letzten drei Ziffern der IBAN der Wirecard Bank AG sind 666?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wie gut, dass ich nicht abergläubisch bin.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die letzten drei Ziffern Ihrer IBAN? Sie kennen die IBAN der Wirecard Bank nicht mehr? Okay, sei es drum - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Doch, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Auf jeden Fall haben Sie Jan Marsalek nämlich eine Mail geschrieben, dass er mit 2 286,78 Euro im Soll auf seinem Konto bei Ihnen war.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, genau. Ich erinnere mich wieder.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Dann muss er ja offenbar auch ein Konto gehabt haben.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ja, das ist aber lange her, dass er das Konto gehabt hat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, es liegt definitiv noch in unserem Ermittlungszeitraum, und es ist ja - - Okay. Also, ich wollte das einfach nur festgehalten haben: Also, er hatte ein Konto. Er war im Soll, und Sie haben ihm sogar gesagt, er soll sein Soll bitte ausgleichen, weil Sie es sonst im Konzernabschluss vermerken müssten. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Fabio De Masi, bitte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich hatte ursprünglich keine weitere Frage mehr, aber es tut mir leid: Sie haben meine Frage danach, ob Vorstandsmitglieder ein Konto bei Ihnen geführt haben, wahrheitswidrig beantwortet.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Kann ich mich eben nicht mehr dran erinnern, ja, wegen 2 000 Euro, Jan Marsalek, da waren nie Bewegungen drauf, ja? Also - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie wissen schon - - Also, wir haben hier schon Leute gehabt, da wurde dann die persönliche Kommunikation beschlagnahmt. Also, ich gebe Ihnen jetzt noch ein letztes Mal die Chance, zu beantworten, ob Sie sich an eine politisch exponierte Person erinnern, und wenn nicht - -

**Zeuge Rainer Wexeler:** Nein, ich erinnere mich nicht daran, weil ich das nicht in meinem Fokus gehabt habe, und ich habe auch nicht den Sport für mich selber gehabt, eine Liste zu haben, um diese PEPs weiterzuverfolgen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie haben nicht den Sport gehabt? Was für einen Sport?

**Zeuge Rainer Wexeler:** Ich habe nicht die Herausforderung gesehen, diese PEPs weiterzuverfolgen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist doch Ihre Aufgabe gewesen.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Das ist die Aufgabe von meinem Kollegen gewesen. Ich hatte genug zu tun mit meinem Ressort.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich hätte manchmal gern diese kollektive Verantwortungslosigkeit, die bei Ihnen im Unternehmen herrschte.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Außerdem wird ja auch im Wirtschaftsprüfungsbericht darüber berichtet.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Dann schaue ich noch ein zweites Mal - ich versuche das noch mal - in die Runde, schaue noch mal zu meiner linken Seite rüber. Ich sehe da keine Wortmeldung. - Dann frage ich: Gibt es Bedarf, den Herrn Wexeler noch in einer nichtöffentlichen Sitzung zu befragen? - Auch das kann ich nicht erkennen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt, und Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich bei Ihnen ganz recht herzlich bedanken für Ihr Erscheinen. Sie sind aus [REDACTED] angereist, habe ich gehört. Ich bedanke mich auch ausdrücklich, weil ich und wir hier auch viele Kollegen gesehen haben, die in ähnlicher Situation uns hier kein Licht ins Dunkel gebracht haben.

Kommen Sie gesund beide - auch für Ihren Anwalt gilt das - durch die Zeit; kommen Sie gesund nach [REDACTED] und vielen Dank, dass Sie heute hier waren.

**Zeuge Rainer Wexeler:** Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann rufe ich als Nächstes auf - und bitte, den Zeugen uns zuzuführen - Mario Vinke.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Mario Vinke

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mario Vinke, ich heiße Sie recht herzlich willkommen! Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Stephan Schneider Platz genommen. Herr Schneider, ich darf auch Sie recht herzlich begrüßen, hoffe, Sie hatten so weit in den etwas schwierigen Zeiten eine gute und sichere Anreise.

Wie Sie sicherlich wissen, Herr Schneider, dürfen Sie Ihren Zeugen beraten, Ihnen selbst steht jedoch kein Rede- oder Fragerecht zu, insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie und Ihr Mandant aber eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. Haben Sie dazu noch Fragen? - Nein.

Herr Vinke, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss -

(RA Stephan Schneider:  
Herr Vorsitzender!)

- Ja?

**RA Stephan Schneider:** Sie waren sehr schnell beim Nein. - Das Rederecht - - Also, ich mache natürlich keine Aussage für den Zeugen, aber seine - - Die parlamentarische Übung, so wie ich das gelernt habe, ist, dass ich durchaus zu Verfahrensfragen was sagen darf.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn Sie zu Verfahrensfragen tatsächlich etwas sagen wollen oder uns begründen wollen, wie verfahrenstechnisch etwas begründet ist, selbstverständlich, nur eben inhaltlich nicht zu Fragen der Kollegen. Das ist der Punkt, genau. Aber ansonsten - das war eben auch Übung - haben Sie die Möglichkeit, auch ganz entspannt sich draußen für fünf Minuten entsprechend dann zu besprechen. - Gut.

Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das

heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen. Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, werden Ihnen die Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich an dieser Stelle um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann möchte ich Sie noch bitten - das klappt schon hervorragend -, immer darauf zu achten - weil wir auch einen Tonmitschnitt als Rückfallebene hier haben; wir haben auch einen Stenografischen Dienst; an dieser Stelle wie immer: herzlichen Dank, dass Sie uns hier so tatkräftig unterstützen -, also darum möchte ich Sie bitten: Immer drauf achten, das Mikrofon einzuschalten. Das ist immer dann der Fall, wenn beide roten Lichter hier vorne einmal beim Zeigefinger und hier oben leuchten.

Herr Vinke, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

**Zeuge Mario Vinke:** Mein Name ist Mario Vinke, 46 Jahre alt, wohnhaft in [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. Und Ihr Beruf?

**Zeuge Mario Vinke:** Bankkaufmann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bankkaufmann. - Vielen Dank. - Herr Vinke, Sie können nun, wenn Sie es wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe mich auf diesen Termin in diesem Kreise vorbereitet und mich auch mit meinem Zeugenbeistand beraten. Allein der mir übersandte Beweisbeschluss mit fast 50 Fragestellungen ist sehr umfangreich. Was ich hierzu beitragen kann, wurde aus dem Beweisbeschluss für mich noch nicht ganz klar. Auf Anraten meines Anwalts möchte ich daher gerne zunächst aus meiner Erinnerung berichten.

Ich bin seit Mai 2015 Mitarbeiter der Wirecard\* AG [sic!], mit der ich auch meinen Anstellungsvertrag geschlossen habe. Ich bin und war nicht Mitarbeiter der Wirecard AG und verfügte auch zu keinem Zeitpunkt über einen Anstellungsvertrag mit der Wirecard AG.

Ich habe die Interne Revision bei der Wirecard\* AG [sic!] in München geleitet, die bis Mitte 2017 aus zwei Vollzeitkräften bestand; dann kam eine weitere Kollegin hinzu. Im Mai 2020 bestand das Münchener Team aus neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inklusive mir.

Das, was ich Ihnen hier heute auf Ihre Fragen berichten kann und möchte, beschränkt sich daher weitestgehend auf die Wirecard Bank AG. Ich möchte dies voranstellen, damit Ihnen meine Rolle bewusst ist und Sie das bei Ihren Fragen auch berücksichtigen können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. Das war erst mal alles so weit? - Okay. Gut, dann würde ich - nun würde ich fast sagen schon - in betrieblicher Übung zunächst mal mit einigen allgemeinen Fragen beginnen und würde damit den Kollegen wie immer ein bisschen das Spielfeld räumen.

Sie haben eben schon erzählt - insofern entfällt die Frage -, wie Sie sich vorbereitet haben.

Dennoch: Können Sie mir erläutern - - Weil Sie haben ja einen Titel hier entsprechend, der heißt auch „Vice President Group Audit“, und zwar seit Januar 2018. Und aus den Unterlagen ließe sich auch ableiten, dass Sie sowohl Leiter der Internen Revision der Wirecard Bank als auch der Wirecard AG waren. Aber dies ist jetzt nicht der Fall?

**Zeuge Mario Vinke:** Im Mai 2015 übernahm ich, wie gesagt, als Leiter der Internen Revision die Leitungsfunktion der Wirecard Bank AG mit dem Ausblick, die bestehende Bankrevision sukzessive zur Konzernrevision weiterzuentwickeln. Ein diesbezüglicher Auslagerungsvertrag zwischen der Wirecard Bank AG und der AG wurde entsprechend meiner Erinnerung im Jahr 2019, quasi im ersten Quartal 2019, wenn ich recht erinnere, geschlossen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Der liegt auch vor. Da hatten wir auch eben Ihren Kollegen schon zu befragt. - Können Sie mir denn auch noch mal dann beschreiben in etwa, wie sich dieses Tätig-





## Nur zur dienstlichen Verwendung

keitsfeld - - Gab es da sogenannte Synergieeffekte, Überlappungen, oder wie darf ich mir Ihre Tätigkeit zum einen als Leiter der Revision der Wirecard Bank AG vorstellen, und wie funktionierte Ihre Tätigkeit, definiert durch den Auslagerungsvertrag, bezogen auf die Wirecard AG?

**Zeuge Mario Vinke:** Die Wirecard Bank AG hat einen Anteil der sogenannten Corporate Functions, also der Zentralfunktionen der Bank, an die Wirecard AG ausgelagert. Um ein Beispiel zu geben: die Personalabteilung zum Beispiel, im Bereich Controlling oder klassisch das Einkaufsmanagement. Und in dem Zusammenhang war es die Aufgabe, auch aus der Wirecard Bank AG Revisionsleitungen und Revisionsprüfungen in der AG durchzuführen.

Ab etwa 2017, 2018 habe ich dann angefangen und habe sukzessive auch versucht, die Strukturen des Gesamtkonzerns kennenzulernen, und habe demzufolge auch erste Bestandsaufnahmen in einzelnen Entitäten der Gruppe durchgeführt, um einfach Produkte, Prozesse, Verfahren zu erschließen, um daraufhin dann sukzessive die Mehrjahresprüfungsplanung aufzustellen, um dann sukzessive halt auch tiefer in die Strukturen des Konzerns einzusteigen. Bedeutet aber ganz konkret, dass der Hauptfokus der eigentlichen Tätigkeit immer auf der regulierten Wirecard Bank AG lag.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zumindest, was jetzt die Entitäten angeht und wenn Sie sich auch im Bereich Wirecard AG, nenne ich es mal, kundig gemacht haben, fühlten Sie sich da frei in Ihrer Beweglichkeit, in Ihren Nachforschungen, oder hatten Sie den Eindruck, dass das einigen Herrschaften - ich nenne mal die Namen Braun, Marsalek, vielleicht von Knoop - gar nicht so recht war? Also, fühlten Sie sich frei, oder sind Sie behindert worden?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich fühlte mich zu jedem Zeitpunkt frei und hatte nicht den Eindruck, dass ich in irgendeiner Art und Weise vom Vorstand der Wirecard AG in meinen Tätigkeiten beeinträchtigt worden bin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - War die Interne Revision jetzt auch durch diese Auslagerung zunächst mal auch zuständig - wir haben uns mal so gefragt: wer war da eigentlich für zuständig bei der Wirecard AG? - für die Abarbeitung der Feststellung der Wirtschaftsprüfer? Oder war das jetzt kein Tätigkeitsfeld?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, das war ein Tätigkeitsfeld. Jedes Mal, wenn wir einen finalen Revisionsbericht der Wirecard Bank AG von dem Wirtschaftsprüfer erhalten haben, haben wir das entsprechend in unsere Prüfungsplanung miteinbezogen, um die festgestellten Schwachstellen bei der Wirecard Bank AG auch entsprechend zu überwachen und regelmäßig dann auch zu berichten, wie der Abarbeitungsstand ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich meinte jetzt aber bezogen auf die Auslagen. Haben Sie auch entsprechend diese Tätigkeiten für die Wirecard AG bezüglich des Auslagerungsvertrags, den Sie ja auch eben beschrieben haben, vorgenommen? Weil es gab ja keinen Prüfungsausschuss in der Wirecard AG. Ich spreche also jetzt ganz bewusst nicht von der Bank, sondern haben Sie diese Tätigkeit, die Sie eben für die Wirecard Bank AG beschrieben haben, auch für die Wirecard AG wahrgenommen?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Welche Einheit war denn sozusagen für den Konzern bezüglich da zuständig dann? Oder hat das niemand gemacht dann bezüglich des Auslagerungsvertrages?

**Zeuge Mario Vinke:** Also, ich kann sagen, dass diese Tätigkeit nicht in meinem Verantwortungsbereich lag. Ob und inwieweit es dort weitere Verantwortlichkeiten gab, kann ich mich nicht dran erinnern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ich frage deshalb noch mal - gut, weil Sie haben so Verkauf und Produkt und Entitäten beschrieben; das klang ja sehr abstrakt -, ich frage deshalb, weil uns eine Mail vom 10. August 2020 vorliegt an den Wirecard-Finanzvorstand Alexander von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Knoop, der den Ausgliederungsvertrag vom Februar 2019, den Sie ja eben beschrieben haben, der uns hier ja auch vorliegt entsprechend - - Demzufolge - lässt sich entnehmen aus dieser Mail - hat die Wirecard Bank AG eben auch das Risikomanagement, die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie die Interne Revision für den gesamten Wirecard-Konzern erledigt. Wie darf ich das denn jetzt mit Ihren Ausführungen zusammenbringen und interpretieren, weil Sie ja der Leiter dieser Internen Revision sind?

**Zeuge Mario Vinke:** Dürfte ich Sie darum bitten, Herr Vorsitzender, mir die Mail vorlegen zu lassen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da kommt sie.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Mario Vinke:** Im Augenblick kann ich zum Zusammenhang dieser E-Mail nichts sagen. Ich habe keine Erinnerung daran, was da die Motivation war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gut. Ich lasse das erst mal zunächst für mich auch wirken. Die ist ja noch nicht so lange zurückliegend, aber okay.

Dann versuche ich das mal anders: Also, es gibt einen Bericht im „manager magazin“ vom 8. Dezember 2020, also jetzt etwa zwei Monate zurückliegend, zweieinhalb, über einen internen Revisionsbericht zur Wirecard Bank AG. So habe Jan Marsalek - wird dort geschrieben - bei der Kreditvergabe und -bearbeitung der Wirecard Bank AG eine erhebliche Rolle gespielt - das versuchen wir ja auch gerade so ein bisschen einzusortieren -, und es habe Anhaltspunkte - Anhaltspunkte zunächst mal - für Straftaten im sogenannten strategischen Kreditgeschäft gegeben. Ich nehme an, Sie kennen diesen Bericht oder sind vielleicht sogar der Verfasser.

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand -  
RA Stephan Schneider:

Herr Vorsitzender, dann  
hätte ich eine Verfahrens-  
anmerkung!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**RA Stephan Schneider:** Ich fordere Sie gemäß § 25 Absatz 1 Satz 2 PUAG auf im Namen meines Mandanten, die Frage als ungeeignet zurückzuweisen. Die Frage gehört nicht zum Beweisthema. Gehört eine Frage nicht zum Beweisthema, so ist sie absolut ungeeignet und darf nicht zugelassen werden. Der Beweisbeschluss Z-72 des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses benennt als Beweisthema den gesamten Untersuchungsauftrag, Bundestagsdrucksache 19/22996, dort B II. Der Untersuchungsauftrag befasst sich an allen Stellen mit: Verhalten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden, Informationen der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden, der Erfüllung finanzaufsichtlicher, geldwäscheaufsichtlicher und steuerrechtlicher Pflichten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden, dem Einsatz der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden für den Wirecard-Konzern im In- und Ausland und den entsprechenden Kommunikationsflüssen, die Kenntnis der Bundesregierung über Verbindungen zwischen dem Wirecard-Konzern und inländischen und ausländischen Stellen.

Die Frage nach dem Inhalt des Revisionsberichtes, den Sie ansprechen, aus dem „Capital“ [sic!], ist vom Untersuchungsauftrag nicht umfasst. Sie zielt nicht auf Kenntnisse oder Verhalten der Bundesregierung und ihrer Geschäftsbereichsbehörden ab. Jedenfalls ist dies nicht zu erkennen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da ich jetzt selbst betroffen bin und quasi in inneren Dialog mit mir gehen muss, gestatten Sie, dass ich mich mit meinem guten wie auch schlechten Gewissen dann immer mal kurz bespreche. - Danke. - Ich sehe das zwar anders, aber man könnte ja befangen sein. Deswegen möchte ich da eine objektive Meinung zu haben. - Danke.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Vorsitzende berät sich mit Mitarbeitern des Ausschusssekretariats)

Also, mein Kollege Dr. Raue bestätigt meine Auffassung, dass wir schon sehr wohl der Überzeugung sind, dass diese Frage, insbesondere auch, weil wir natürlich Verbindungslinien beispielsweise zu EY, aber auch dort wiederum dann weitere Rückschlüsse zur APAS, zur BaFin, zur Bundesbank und dem Verhalten natürlich dieser Revisionsberichte und wie diese zustande gekommen sind oder ob Rückfragen aus dieser Geschäftsbereichsbehörden, die sie gestellt haben - entsprechend für uns von großer Relevanz sind, und so vernehmen wir ja auch beispielsweise hier - und die zeigen sich zurzeit, zumindest nach dem BGH-Urteil, sehr kooperativ - die Wirtschaftsprüfer der EY.

Und der zweite Punkt, falls Sie darauf abstellen sollten, dass dieser Bericht selbstverständlich nach dem Untersuchungszeitraum, der ja 01.01.2014 bis 8. Oktober 2020 umfasst, veröffentlicht worden ist, allerdings ganz klar eben auf Sachverhalte abstellt, die sich im Untersuchungszeitraum wiederum zugetragen haben.

Und insoweit, nach doppelter Rücksprache sozusagen, sind wir der Meinung, dass diese Frage zulässig ist, und deshalb bitte ich um Beantwortung.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Herr Vorsitzender, darf ich Sie noch mal bitten, die Frage zu wiederholen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Selbstverständlich, kein Problem. Ich lege Ihnen sonst auch den Bericht noch vor. Das ist wirklich kein Problem; daran soll es alles nicht mangeln. - Also, das „manager magazin“ hat am 8. Dezember 2020 über einen internen Revisionsbericht der Wirecard Bank AG berichtet. So habe Jan Marsalek - so steht es dort - bei der Kreditvergabe und -bearbeitung der Wirecard Bank AG eine erhebliche Rolle gespielt, und es habe Anhaltspunkte - wohlgemerkt: ich

sage „Anhaltspunkte“ - für Straftaten im sogenannten strategischen Kreditgeschäft gegeben. Und ich nehme jetzt an, dass Sie diesen Bericht kennen oder eben entsprechend Verfasser, als Leiter der Internen Revision, dieses Berichtes sind, der dort angesprochen ist.

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, das ist korrekt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Das „manager magazin“ schreibt, die Interne Revision der Bank habe den Bericht am 20. Juli vorgelegt. Ist damit der 20. Juli 2020 gemeint?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, das ist korrekt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist korrekt. - Was war der Anlass für diesen Revisionsbericht? Ich weiß, man nimmt die ja stich- - bezogen zu - - auch manchmal zufällig. Was war in diesem Punkte der Anlass für den Revisionsbericht?

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich richtig erinnere, ist der Vorstand\* der Wirecard Bank AG auf mich zugekommen und hat gesagt: „Bitte be- raume eine sogenannte Sonderrevision an“ - „Sonderrevision“ in meiner Definition bedeutet eine Revisionsprüfung, die nicht im originären Prüfungsplan der Bank abgebildet wird - „und analysiere die möglichen Auswirkungen des KPMG-Sonderprüfungsberichts hinsichtlich potenzieller Auswirkungen auf die Wirecard Bank AG.“

Zu dem Zeitpunkt habe ich gesagt: Okay, ich muss mir zunächst erst einmal einen Überblick über den KPMG-Bericht verschaffen, um dann den Sonderprüfungsauftrag vom Vorstand entsprechend umsetzen zu können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn wir über den KPMG-Bericht sprechen: Es gibt ja zwei. Es gibt einmal den, der am 27.04. veröffentlicht wurde, und dann gibt es ja noch sozusagen einen Zusatz. Hatten Sie beide zu dem Zeitpunkt eigentlich vorliegen oder nur den, der am 27.04. dann seitens der Wirecard AG veröffentlicht worden ist?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich recht erinnere, gibt es in diesem von Ihnen zitierten Revisionsbericht eine Zeittabelle, in der ich dokumentiert habe, wann ich konkret diesen KPMG-Bericht in Gänze erhalten habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann würde mich noch interessieren: Laut „manager magazin“, wie gesagt - und Sie haben es ja eben auch erwähnt -, macht der Revisionsbericht, dieser interne, gravierende Feststellungen im Bereich des sogenannten strategischen Kreditgeschäftes. Dort hätten sich Anhaltspunkte - ich hatte es eben schon mal angeführt - für Straftaten ergeben zum Nachteil eben der Wirecard Bank, deren Revisor Sie ja sind. Könnten Sie uns bitte das strategische Kreditgeschäft und aus Ihrer Sicht die damit verbundenen etwaigen Straftaten näher erläutern, und welche Rolle spielte dabei eventuell der Kollege Jan Marsalek? - Wobei, „Kollege“ fällt mir da schwer.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich recht erinnere, gibt es zu dem Bericht von KPMG zwei Revisionsberichte: einmal den von Ihnen zitierten Bericht im Juli, der sich mit prozessorientierten Aspekten befasst, und einen weiteren, der im September erstellt worden ist, wo ich mir Rechtsbeistand - - wo sich die Bank Rechtsbeistand organisiert hat, der mich dann maßgeblich in den prüferischen und auch speziell den juristischen Aspekten des strategischen Kreditportfolios beraten hat und da auch die konkreten Prüfungshandlungen durchgeführt hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie uns denn sagen, ob eben entsprechend wie ich es dann eben auch formuliert hatte - - anhand von Beispielen oder anhand von Dingen, die eben Sie zu dieser Feststellung veranlassten? Und nochmals die Frage: Jan Marsalek ist ja eine zentrale Figur in unserem sozusagen Prüfungsauftrag hier und wie wir so was zukünftig auch verhindern können. Könnten Sie dazu was sagen?

**Zeuge Mario Vinke:** Dazu habe ich im Moment gerade keine konkreten Erinnerungen.\*

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Das „manager magazin“, ich sage immer, schreibt, Ihr Revisionsbericht liegt der BaFin vor. Ist das korrekt? Ist der dann auch entsprechend an die BaFin so übermittelt worden?

**Zeuge Mario Vinke:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer könnte das, oder wer hätte das können?

**Zeuge Mario Vinke:** Die BaFin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die BaFin. Gut. - Aber irgendjemand müsste ihn ja, damit die BaFin ihn dann haben sollte, zur BaFin geschickt haben.

**Zeuge Mario Vinke:** Von mir ging diesbezüglich keine Korrespondenz in Richtung BaFin aus.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Das ist ja für mich jetzt eben das Wichtige. - Ihr Revisionsbericht kritisiert Interessenkonflikte, weil die gleichen Personen im Aufsichtsrat von Wirecard Bank AG, Wirecard AG saßen. Könnten Sie uns bitte diese Interessenkonflikte anhand von konkreten Beispielen verdeutlichen? Ihr Kollege hat hier vorhin ein relativ, für mich, plastisches Beispiel gebracht; da ging es um eine Kreditvergabe. Ist das vielleicht auch mal zur Sprache gekommen, dass eins Ihrer Vorstandsmitglieder, ich möchte mal sagen, versuchsweise von Herrn Markus Braun eingeschüchtert werden sollte, um dann vielleicht doch einen Kredit zu gewähren? Fand so was Einfluss? Hatten Sie als jemand, der die Interne Revision leitet, Kenntnis davon?

(Zuruf)

Eben wurde gesagt, diese - -

**Zeuge Mario Vinke:** Es waren zwei Fragen, die ich jetzt gerade versuche zu separieren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, kein Problem.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Die erste Frage, wenn ich es richtig verstanden habe, stellt auf die Rolle des Aufsichtsrates ab, die ich in der Feststellung moniert habe, dass dort eine Doppelfunktion ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe keine juristische Ausbildung, kann das also aus juristischer Sicht nicht vollumfänglich beantworten, aber ich habe mir schon zum Zeitpunkt der Berichterstellung die Frage gestellt: „Könnte es potenziell Interessenkonflikte geben, die vorliegen“, und hatte in der Empfehlung zu dieser Feststellung, wenn ich mich korrekt erinnere, formuliert, dass das bitte auch seitens der BaFin zu thematisieren ist und dort eine Entscheidungsempfehlung formuliert werden soll.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist für Sie - letzte Frage, bevor ich erst mal weiterreife - - Das war für uns vorhin gravierend, und ich halte das, weil ich selbst mal eine Banklehre gemacht habe, in einer Bank gearbeitet habe, in der Revisionsabteilung - - Man durchläuft da ja so jede Abteilung, weiß, wie man sich dann fühlt, wenn man eine Revision in der Geschäftsstelle oder in anderen Bereichen hat, in der Kreditabteilung, weiß aber auch, wie man sich natürlich fühlt, wenn die Revision in einer Geschäftsstelle oder in einer Abteilung - ich nenne es mal jetzt, gar nicht böse gemeint - einreitet.

Hat Ihnen von sich aus der Kollege Wexeler denn - ich halte das - - ich war vorhin auch ein bisschen, na, eigentlich geschockt nicht, vielleicht doch unangenehm überrascht, als er ausführte - - Der hat das so ausgeführt, dass Herr Braun sich aufbaute vor ihm und seinen berühmten Blick dann anwenden wollte und wirklich aufbaute und unterstrich, ihm gehöre hier alles.

Ist denn ein Vorstandsmitglied oder sind vielleicht auch mehrere Vorstandsmitglieder - da muss ja Herr Wexeler nicht der Einzige gewesen sein - oder andere Bereichsleiter Ihrer Bank mal

mit solchen Begebenheiten oder Ereignissen zu Ihnen gekommen? Weil das ist für Sie ja wichtig; denn letztlich sollen Sie ja als Revision abbilden: Werden alle Geschäftsabläufe nach den Regeln oder - so scheint es uns hier ja -, wie gewünscht - ob nun so geschehen, weiß ich nicht -, aber wie gewünscht von Herrn Marsalek und Herrn Braun, eher nach den Regeln dieses Duos abgewickelt? - Bitte schön.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Herr Vorsitzender, ich hätte einen Antrag zur Geschäftsordnung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Der Rechtsbeistand ist wie wild dabei, dem Zeugen offenbar Antworten aufzuschreiben oder was auch immer. Ich glaube, das ist eigentlich nicht seine Aufgabe. Das sollten wir eventuell jetzt noch mal kurz klären.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich kann das natürlich von hier nicht - - Ihre Augen sind besser als meine. - Aber ich frage Sie einfach mal, ob Sie - ich würde mir das jetzt nicht wünschen - dem Zeugen Antworten vorformulieren. Weil ob Sie die jetzt schriftlich natürlich vorformulieren oder - wie von mir in meinem Eingangsstatement gesagt - für ihn antworten, das wäre an der Stelle für mich einfach nur substitutiv, und das würde ich nicht wollen.

**RA Stephan Schneider:** Das würde ich auch nicht wollen; denn das wäre ja gar nicht zulässig. Wenn Ihre Augen so gut sind, wie Sie vermuten - - Ich gehe davon aus, ich darf jetzt mal die anwaltliche Schweigepflicht hier brechen. - Was hier steht: „konkrete Beispiele“, das ist das, wonach Sie gefragt haben. „Ist ein Vorstandsmitglied mit bestimmten Sachen zu Ihnen gekommen?“ - Fragezeichen! -, das ist das, was hier draufsteht. Herr Dr. Zimmermann, ich nehme an, dass Sie, da Sie sagen, ich würde Antworten vorformulieren, das sicherlich zurücknehmen, den Vorwurf.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich nehme das in keinsten Weise zurück, weil das, was Sie jetzt uns gerade schildern - - müssten Sie dem Ausschuss





## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt kurz darlegen, inwiefern das mit Ihrer Rolle als Zeugenbeistand eigentlich was zu tun hat. Wenn da jetzt stehen würde: „Die Frage ist nicht zulässig“ oder: „Untersuchungszeitraum?“ - Fragezeichen! -, aber was hat das denn, Entschuldigung - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können wir uns drauf committen, dass zukünftig so was auf den Zetteln stünde? Und dann drücken wir hier noch mal auf eine Resettaste und betrachten das einfach: Wir haben aneinander vorbeigesprochen.

**RA Stephan Schneider:** Ich würde es für schwierig halten. Aber wenn Sie das so möchten - - Nein, es geht darum, dass ich als Beistand - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir wollen ja nur nicht, dass - - Ich kann das Ansinnen da auch von meinem Kollegen Zimmermann verstehen, und ich kann aber auch Ihr Ansinnen als Rechtsbeistand verstehen, und manchmal sind es ja einfach nur Missverständnisse. Ich habe schlechtere Augen; der Kollege Zimmermann hat vielleicht bessere Augen. Manchmal ist ja auch Geschriebenes sehr subjektiv. Dass Sie einfach dann - das würde ich als zulässig empfinden -, wie Sie es zuletzt formuliert haben, so eine Frage aufschreiben, aber alles andere wäre kritisch, und dann würden wir uns doch wieder „on track“ bewegen, und ich sage einfach mal: Ich drücke die Nulltaste. - Ist das für alle Beteiligten dann - - Herr Zimmermann nickt. - Kollege Güntzler mit großer Weisheit; der hat immer gute Vorschläge.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Nein, nein, keine Weisheit, nur eine Verständnisfrage. Ich bin ja nur Hobbyjurist als Wirtschaftsprüfer, aber ich verstehe die Rolle eines Rechtsbeistands in einer rechtlichen Beratung, und ich glaube nicht, dass wir hier Protokollanten brauchen von Zeugen, die hier irgendwelche Fragen mitschreiben und dann dem Zeugen vorlegen. Also, die Art und Weise finde ich schon merkwürdig. Also, ich glaube, das ist nicht die ursächliche Aufgabe. Ob das nun schädlich oder nicht ist, lasse ich mal dahingestellt, aber das ist nicht die Aufgabe des Rechtsbeistands, und von daher würde ich darum bitten, dass die Aufgabe wahrgenommen wird und keine anderen Aufgaben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das hat mir eben der Rechtsbeistand eigentlich auch so vermittelt, indem er sagt: „zulässig oder nicht zulässig“, wie er die Frage erachtet. Und wenn wir uns auf dem Terrain dann bewegen, dann sollten wir jetzt mit der Befragung weitermachen können. - Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** (CDU/CSU): Ja, Herr Vinke, vielen Dank, dass Sie zur Verfügung - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, also, eine Frage hatte ich ja noch, und dann sind Sie dran. Dann gebe ich ja sofort das Staffelhölzchen weiter. - Meine Frage war ja noch nicht beantwortet, nämlich ob andere Vorstandskollegen oder Bereichsleiter Ihrer Bank ähnliche Berichte - - oder ob Sie überhaupt davon wussten, dass eins Ihrer Vorstandsmitglieder im Prinzip - so sehe ich das; ich sage jetzt die nichtjuristische Variante - gedrängt werden sollte, eine Kreditentscheidung zu überdenken. Das hat uns der Kollege Wexeler hier ja nahegelegt. Man könnte ja auch, je nachdem, wie zart man besaitet ist, zu anderen juristischen Wertungen kommen, aber ich sage einfach mal: gedrängt werden sollte. Hatten Sie von anderen Kollegen auch solche Erlebnisberichte, oder hatten Sie überhaupt diesen Erlebnisbericht?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe von anderen Vorstandskollegen keine Hinweise in diese Richtung bekommen, nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber wussten Sie von diesem Vorfall vom Kollegen Wexeler, dass der von Herrn Braun herbeizitiert wurde sozusagen in seine Geschäftsräumlichkeiten und da unter der Argumentation - -

**Zeuge Mario Vinke:** Ich erinnere mich daran, dass Herr Wexeler mir so etwas erzählt hat, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wussten Sie?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gut. - Dann bin ich jetzt so weit erst mal durch, und dann ist





## Nur zur dienstlichen Verwendung

mein Kollege Dr. Michelbach an der Reihe. - Danke.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Vinke, gehen Sie mal davon aus, dass wir Sie in der Sache sehr vorurteilsfrei befragen und ich durchaus Ihre Bereitschaft zu schätzen weiß und auch nach 27 Jahren Tätigkeit hier weiß, was wir dürfen und was wir nicht dürfen.

Es geht hier um die klare Frage, inwieweit die BaFin bei ihren Aufsichtsarbeiten und Aufsichtsgesprächen umfassende Informationen in Verbindung mit Ihrer Tätigkeit in der Revision zum Thema Gesamt-Wirecard erhalten hat und die Bankenaufsicht und auch die Bundesbank - - und die Einstufung als Finanzholding falsch oder richtig vorgenommen hat. Das ist die Frage, die wir aufklären müssen, und da bitte ich Sie sehr konkret, uns zu helfen und zu unterstützen.

Jetzt als Eingang: Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass natürlich 1,9 Milliarden Euro keine Nachweise bei der Wirecard stattgefunden haben und die Werthaltigkeit der strategischen Kredite der Wirecard Bank an asiatische Unternehmen infrage stehen? Und wir müssen beurteilen: Hat es da zu wenig Vorsorge in der Aufsicht und im Management dazu gegeben?

Wie beurteilen Sie also die Kreditvergabe der Wirecard Bank AG, die Sie als Leiter der Revision laufend geprüft haben, mal generell diese Arbeit, die Sie da geleistet haben?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich würde gerne Ihren Gedanken aufgreifen: „laufend geprüft“. Es war so, dass die Bundesbank im Jahr 2017 eine Revisionsprüfung durchgeführt hat, die die Schwerpunkte des Kreditgeschäftes und des Auslagerungsmanagements im Fokus hatte. Die Bundesbank hat in dem Zusammenhang auch sogenannte Einzelfallprüfungen durchgeführt und sich mit einzelnen Engagements befasst und diese hinsichtlich der Regularien nach MaRisk halt auch entsprechend analysiert.

Meine Aufgabe als Interne Revision war es dann, die von der Bundesbank identifizierten Schwachstellen regelmäßig in sogenannten Nachschauprüfungshandlungen zu begutachten und auch der Bundesbank entsprechend Bericht zu erstatten. In dem Zusammenhang hat es zwei Revisionsprüfungen mit zwei Revisionsberichten gegeben, wo ich der Bundesbank kommuniziert habe, welche Schwachstellen letztendlich für mich als Revision nachvollziehbar abgearbeitet worden sind.

Vor dem Hintergrund, dass das strategische Kreditportfolio auch jederzeit Gegenstand der Revisionsprüfung und Prüfungshandlungen des Jahresabschlussprüfers sind, hat es seitens der Internen Revision keine weitere Befassung mit dem Thema gegeben, weil ich gesagt habe: Die Bundesbank hat es auditiert; der Wirtschaftsprüfer befasst sich regelmäßig damit. - Meine letzte Befassung mit dem Thema war dann eben im dritten Quartal 2020 mit der von eben angeführten Sonderrevisionsprüfung: Wie wirkt sich der KPMG-Bericht auf das sogenannte strategische\* - auf die Wirecard Bank AG aus?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Bei der Prüfung des Engagements fällt ja auf, dass eben zahlreiche asiatische Geschäftspartner des Wirecard-Konzerns mit Krediten bedient wurden. Warum wurden diese großvolumigen, teils nur über selbstschuldnerische Bürgschaft des Konzerns gesicherten Kredite bei der Wirecard Bank AG nicht zum Prüfungsfall in diesem Bereich der Bundesbank, der BaFin? Denn es waren ja auch asiatische Geschäftspartner, die auch teilweise keine Inhaberkontrolle, keine wirtschaftlichen Beteiligten ausgemacht haben. Haben Sie da irgendwo recherchiert? Haben Sie Fragen von den Aufsichtsbehörden diesbezüglich beantwortet?

**Zeuge Mario Vinke:** Wie die Bundesbank ihre Prüfungsschwerpunkte und ihre Prüfungssakzente setzt, dazu habe ich keine Kenntnis.\*

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Haben Sie die jemals nach diesen etwas ungewöhnlichen asiatischen Unternehmenskrediten befragt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Ich hatte zu dem Thema mit der Bundesbank keinen Dialog.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Haben die Bundesbank und die BaFin gerade auch Anmerkungen zu den Verflechtungen zwischen der Bank und der Wirecard AG letzten Endes - - sich in irgendeiner Form bei den Prüfungen geäußert oder Fragen diesbezüglich gestellt?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich war aktiv in die Prüfungshandlung der Deutschen Bundesbank nicht involviert, kenne den Prüfungsauftrag nicht, kenne die Arbeitspapiere und die Fragen nicht, die die Vertreter der Deutschen Bundesbank intern diskutiert haben, und kann dazu leider nichts sagen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Das ist natürlich für uns ein bisschen dünn. Aber letzten Endes: Ist aus Sicht Ihrer Revision es generell bedenklich, dass die Wirecard AG für den Kredit an ihren Geschäftspartner selbst in einer gewissen Höhe von 10 Millionen und darüber hinaus bürgte? Ist das nicht auch bei Ihnen in der Revision eine Art Klumpenrisiko gewesen, wenn Sie da nur eine Seite als Sicherheit haben?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich verstehe nicht, warum man das nicht beantworten kann. Sie können sich sicher bera-

**Zeuge Mario Vinke:** Ich hatte ja vorhin versucht, auszuführen, wer sich zu welchem Zeitpunkt mit dem strategischen Kreditportfolio auseinandergesetzt hat und wer was wann geprüft hat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Aber die Grundlage für das Engagement - - die Engagementsprüfung durch BaFin und Bundesbank ist ja Ihre Revisionsarbeit; das gestehen Sie sicher zu.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Jetzt versuche ich es noch mal anders: Gab es Prüfungen bei Ihnen in der Revision der Wirecard Bank im Rahmen der Kreditvergabe in Höhe von 13 Millionen US-Dollar an ein Unternehmen mit Sitz in Singapur? Haben Sie das besonders ausgewiesen? Ist ja für eine kleine Bank nicht gewöhnlich, dass man in Asien, in Singapur, Geschäfte mit Krediten macht. Haben Sie da Anmerkungen gemacht oder - -

**RA Stephan Schneider:** An der Stelle würde ich anregen, diese Frage allenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu diskutieren, da es sich bei diesen Summen um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Bank handelt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das sehe ich nicht. Das ist kein Geschäftsgeheimnis, sondern - - ob Sie praktisch den Prüfern dieses Engagement dargelegt haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde dem an der Stelle zustimmen, was der Anwalt sagt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nein, nein. - Sie haben also das Engagement geprüft, und dazu haben Sie diese Prüfungserinnerung an die Aufsichtsbehörden durch Ihren Bericht erklärt oder nicht. Das ist doch kein Geschäftsgeheimnis. Wenn Sie sagen meinetwegen, der Kreditnehmer hat die und die persönlichen Daten bei Ihnen hinterlassen, ist das was anderes; aber so ist das ein ganz normaler Prüfungsfall.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also: Wenn es so abstrakt mit der Antwort Ja oder Nein - - dann würde ich sagen: Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ist ganz abstrakt zu beantworten, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn es um Inhalte geht: Nein; definitiv.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - ganz abstrakt zu beantworten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Versuchen Sie es abstrakt. Dann würde ich die Frage nämlich so - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn Sie Inhalte nennen würden lieber - - Das akzeptiere ich. Aber wenn Sie abstrakt auf die Frage Ja oder Nein antworten können, dann, sage ich, brauchen wir nicht eingestuft - - Kriegen Sie das hin?

**Zeuge Mario Vinke:** Können Sie die Frage bitte noch mal wiederholen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Versuchen Sie es noch mal, Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ich habe erklärt - - warum die Bundesbank oder die BaFin bei ihren Engagementsprüfungen die Wirecard AG nicht über die Kreditvergabe in Höhe von US-Dollar 13 Millionen an ein Unternehmen mit Sitz in Singapur durchleuchtet hat.

**Zeuge Mario Vinke:** Das kann ich nicht beantworten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gab es bei Ihnen in der Revision zumindest dann in der Kreditvergabe Prüfungen - - an diese Firma Senjo Trading im Dezember 2016?

**RA Stephan Schneider:** Auch an der Stelle sind wir, glaube ich, wieder bei Kundendaten der Bank.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Na ja, Herr Rechtsanwalt, ich muss Ihnen sagen: Das gefällt mir überhaupt nicht, ist für mich in meiner Erfahrung auch ein sehr einmaliger Vorgang. Wir müssen -

**RA Stephan Schneider:** Ich bin auch zum ersten Mal hier.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - hier aufklären, inwieweit die BaFin oder die Bundesbank bei ihren Prüfungen auf der Grundlage von richtigen oder falschen Engagementsbewertungen gearbeitet hat. Und da kann es nicht sein, dass Sie auf meine Frage, ob hier eine solche Prüfung durch die Revision stattgefunden hat und - - erklärt wurde - - Da können Sie nicht sagen: Nein. - Das ist - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Erst mal die Ausführung: Ich habe gestoppt, damit der CDU/CSU keine Zeit verloren geht. - Ich möchte mir aber auch natürlich anhören, was der Anwalt zu sagen hat, warum er die Frage nicht für zulässig hält aus verfahrenstechnischen Gründen.

**RA Stephan Schneider:** Die Frage zielte konkret auf eine Kundenbeziehung, mögliche Kundenbeziehung zwischen der Bank und dem möglichen Kunden ab. Und welche Kunden die Wirecard Bank AG hatte, gehört zu den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und unterfällt dem Bankgeheimnis. Mein Mandant beantwortet gegebenenfalls diese Frage gerne, aber nicht in der Öffentlichkeit.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Warum hat denn der Vorstand gerade vor einer Stunde, vor Ihnen, das alles ausgesagt, was Sie jetzt hier verneinen? Also, das kann doch nicht sein.

**RA Stephan Schneider:** Warum der Zeuge eben Fragen beantwortet hat, können wir nicht beantworten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, die Frage ist, ob es hier - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, wenn ich ganz kurz - - Ich würde unter dem Lichte, wie es ist, zumal die Dinge - - Die Frage ist ja immer: Wann ist noch was ein Geheimnis? Aber das müssen Sie für sich abwägen. Ich akzeptiere es, aber habe wirklich so weit auch Bauchschmerzen - das gebe ich hier ganz offen als Vorsitzender zu -, weil wir sprechen hier über Dinge, die wahrscheinlich schon durch die sozialen Medien geistern, und ob etwas dann noch ein Geheimnis ist, das sei juristisch auch dahingestellt. Aber es ist jetzt in Ihrem rechtlichen Ermessen, Ihrem Mandanten das zu empfehlen oder nicht. Ich kann nur aus meiner Sicht sagen: Ich halte die Frage des Kollegen Michelbach, so wie gestellt, für zulässig. Und deswegen - das ist dann die Konsequenz - bitte ich natürlich um Beantwortung. Wenn Sie die Aussage da verweigern, dann ja - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**RA Stephan Schneider:** An der Stelle würden wir in öffentlicher Sitzung keine Aussage machen und entsprechend bitten, die Frage in geheimer Sitzung zu stellen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Würde der Kollege Michelbach damit d'accord gehen, dass wir das dann noch mal in einer internen Sitzung besprechen?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Verstehe ich zwar nicht, aber können wir machen, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich muss auch nicht immer alles verstehen. Ich bin ja hier nur Übermittler der Botschaft.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe meine Empfehlung, glaube ich, ausgesagt: Ich würde auch empfehlen, hier öffentlich durchaus auszusagen; aber ich kann niemanden zwingen, sehe das aber als ein Angebot, dann noch mal in eingestufteter Sitzung das zu besprechen. Deswegen - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, dann machen wir halt weiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann läuft die Uhr jetzt auch weiter. - Bitte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Sehr geehrter Herr Vinke, in dem SREP-Schreiben vom 27. September 2017 und vom 16. September 2019 wurden für das Risikomanagement der Wirecard Bank AG durch die BaFin folgende Bewertungen - - stattgefunden. Inwieweit verbesserten Sie daraufhin das Risikomanagement der Wirecard Bank AG als Leiter der Revision? Vielleicht können Sie da zumindest mal - - ob Sie denn der BaFin-Bewertung in irgendeiner Form nachgekommen sind.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich kenne diese beiden von Ihnen zitierten Schreiben nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das sind Bescheide, die an die Wirecard Bank AG gegangen sind, das heißt eben für eine Revisionsrisikomanagementbearbeitung. Das heißt, die Bank hat an ihren wesentlich zuständigen Mitarbeiter diese Dinge nicht weitergeleitet. Davon muss ich dann ausgehen, wenn Sie sie nicht kennen.

**Zeuge Mario Vinke:** Könnten Sie bitte veranlassen, dass mir das vorgelegt wird?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das kann ich sicher noch mal, aber ich habe - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben Sie die Fundstelle?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nein, ich habe die Aktennummer hier nicht. Moment. Bundestagsdrucksache 19/21117 und 19/21671.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Haben wir das Dokument da?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe gestoppt; keine Hektik.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nee, haben wir nicht, leider. - Gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber das ist das gute Recht des Zeugen, sich die Unterlagen vorlegen zu lassen. Sonst erst mal eine andere Frage.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Jetzt probiere ich es noch mal mit dem KPMG-Bericht. Der KPMG-Bericht sagt: Die wirtschaftlichen Berechtigungen oder Berechtigten der Kreditnehmergesellschaften wurden in der Wirecard Bank nicht geprüft. Kreditnehmer Häuser war gleichzeitig langjähriger Wirecard-Mitarbeiter. - Haben Sie dazu eine Aussage, Herr Vinke?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, ich erinnere mich, dass Herr Häuser Mitarbeiter der Wirecard Technologies GmbH war.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber gleichzeitig Kreditnehmer über die Ocap, war mehr oder minder ein Insichgeschäft.

**Zeuge Mario Vinke:** Soweit ich mich erinnere, ist Herr Carlos Häuser, nachdem er aus der Wirecard Technologies GmbH ausgeschieden ist, Geschäftsführer der Ocap gewesen. Da liegt ein zeitlicher Unterschied - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das ist richtig; aber inwieweit der ausgeschieden ist, da streiten sich die Geister. Und die Berechtigten wurden ja leider weder geprüft, noch wurden die irgendwie in den Prüfungsengagements gegenüber der Aufsicht festgehalten.

**Zeuge Mario Vinke:** Was ist jetzt die Frage?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Können Sie sich das vorstellen, dass die wirtschaftlich Berechtigten verschwiegen wurden?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können wir die Zeit stoppen?

**RA Stephan Schneider:** Ein Zeuge ist verpflichtet, Erkenntnisse -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wahrnehmungen.

**RA Stephan Schneider:** - über Tatsachen zu beantworten. Der Zeuge ist nicht verpflichtet und berufen, anzugeben, ob er sich etwas vorstellen kann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich glaube aber, der Kollege Michelbach hat gemeint, ob er das so wahrgenommen hat. Dann würde ich an der Stelle - -

**RA Stephan Schneider:** Dann wäre ich auch d'accord. Ich versuche, es nur klarzustellen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind nicht der Erste, der sich so aufführt!)

Also, dahin gehend würde ich dann sagen: Herr Dr. Michelbach - die Uhr ist immer noch gestoppt - hat da gefragt: Haben Sie es so wahrgenommen? Haben Sie es wahrgenommen? Haben Sie davon Notiz genommen, so wie Dr. Michelbach gefragt hat? Und dann würde ich korrigieren im Protokoll entsprechend auf „Wahrnehmung“.

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, ich habe keine Erinnerung daran.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Herr Vinke, haben Sie es letzten Endes vertreten können gegenüber der Bankenaufsicht, dass die Kredite an Senjo Trading, Ocap usw. nur durch selbstschuldnerische Bürgschaften der Wirecard AG verbürgt wurden? Waren das für Sie ausreichende Sicherheiten?

**Zeuge Mario Vinke:** Als interner Revisor ist es nach meinem Aufgabenverständnis nicht meine Aufgabe, strategische Entscheidungen der Bank zu treffen. Das ist außerhalb meines Kompetenzfeldes. Dafür gibt es die Kompetenzordnung und den Vorstand. Ich bitte, diese Frage mit dem Vorstand zu erörtern.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber Sie können sich zumindest mal - - oder Sie können sicher wahrnehmen, dass das - - ein wesentlicher Punkt des Revisions- und Risikomanagements für die Bankenaufsicht zugrunde lag, dass das wesentlich für die Bankenaufsicht war, ob so etwas für Sie eine ausreichende Sicherung war.

**Zeuge Mario Vinke:** Bitte sehen Sie es mir nach: Ich verstehe die Frage nicht.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Dann versuche ich es noch mal. Die Frage war, inwieweit letzten Endes die selbstschuldnerischen Bürgschaften für Sie Anlass waren, kritisch mit den Kreditausgaben als Revisor umzugehen und dies der Bankenaufsicht nicht mitzuteilen.

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich recht erinnere, ist das Thema zum Thema gemacht worden in dem Revisionsbericht vom 28.09., wo ich auf den Aspekt der Bürgschaft eingegangen bin.\*

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Das würde natürlich bedeuten, dass die Bankenaufsicht und die Bundesbank ein Problem haben. Aber da wird ja auch noch einmal von den Aufsichtsbehörden ausgesagt, dass die Zinszahlungen ausfielen. Trotzdem wurden nicht kommunizierte Prolongationen für diese Kredite ausgesprochen. Haben Sie da eine Erinnerung, wie das in der Entscheidung stattgefunden hat?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, dazu habe ich keine Erinnerung.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das heißt, diese Prolongationen haben ohne Ihre Beurteilung als Revisor stattgefunden?

**Zeuge Mario Vinke:** Als interne Revision ist man ja die sogenannte dritte Verteidigungslinie und nicht in die operativen Entscheidungsprozesse der Bank einbezogen. Die Revision schaut ja immer mit einem Zeitverzug auf die Sachverhalte und versucht, die Sachverhalte dann aufzuarbeiten und zu verstehen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber natürlich das ist die erste Linie für die Aufsicht - die Revision -; das werden Sie sicher zugestehen. Und die Frage ist natürlich, die wir aufgeklärt wissen wollen, inwieweit die Aufsicht von Bundesbank und Bankenaufsicht, BaFin, letzten Endes richtig stattgefunden hat oder nicht richtig stattgefunden hat.

**Zeuge Mario Vinke:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe keine Kenntnis darüber, wie die Bundesbank und/oder die BaFin prüft.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich es im Moment dabei belassen. - Wir haben den Vorbehalt noch - - Also müssen wir verschieben. - Können wir noch mal machen, wenn Sie wiederkommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Fritz Güntzler, bitte schön, für die CDU.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Vinke, ich hätte noch folgende Frage. Wir sprechen ja immer von dem strategischen Kreditportfolio, das, wenn ich Sie auch richtig verstanden habe, ja durch andere geprüft wird, durch die Bundesbank bzw. durch den Abschlussprüfer angesehen wurde, sodass Sie es ausgeschlossen haben. Wie definiert sich oder wie grenzt sich dieses strategische Portfolio eigentlich ab? Es ist ja kein Begriff aus dem Kreditwesengesetz.

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich recht erinnere, definierte die Wirecard Bank dieses Kreditportfolio derart, dass diese Kredite im Zusammenhang für die strategischen Ziele der Wirecard AG vergeben wurden. Bedeutet, dass man die Idee hatte, die Bank investiert in einzelne Engagements, um halt dort nachhaltiges Geschäftspotenzial für die Wirecard AG zu heben.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Wie muss ich mir das jetzt praktisch vorstellen? Sind die in gesonderten Listen erfasst? Sind die gesondert dargestellt worden, sodass für jeden der drei Prüfenden - also Bundesbank, Abschlussprüfer und Sie - erkennbar war, welcher Kredit in welche Schublade gehört?

**Zeuge Mario Vinke:** Das kann ich so präzise nicht beantworten. Die Wirecard Bank AG, speziell das Risikomanagement, erstellt ja, wie in den MaRisk gefordert, eine regelmäßige, quartärlche Risikoberichterstattung, und natürlich wird auch da auf das Kreditportfolio eingegangen. Ob es da eine gesonderte Kennzeichnung gab - „Das ist





## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt ein strategisches Kreditengagement, das ist ein nicht strategisches Kreditengagement“ -, da kann ich mich nicht dran erinnern, dass es da eine Differenzierung gab.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Das ist ja mein Bereich: Ich sitze in einem Aufsichtsgremium einer Bank. Und von daher kenne ich solche Listen, und da kenne ich so eine Unterscheidung nicht. Aber Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass Sie dieses Portfolio nicht geprüft haben, weil es ja durch andere geprüft sei. Aber dann muss es ja eine Abgrenzung gegeben haben - jedenfalls für Dritte nachvollziehbar -, sonst könnte ich es ja nicht ausgrenzen, sonst wüsste ich ja nicht, welcher Kredit in welche Kategorie gehört. Also, wie das praktisch einfach gelaufen ist, das verstehe ich zurzeit noch nicht. Verstehen Sie, was ich meine?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich denke, ja, dass ich verstehe, was Sie meinen. Also, die Interne Revision hat sich aus den geschilderten Gründen und Hintergründen mit den Krediten der Wirecard Bank AG prüferisch nicht auseinandergesetzt. Und deswegen haben wir es auch nicht differenziert, ob es jetzt strategisch oder nicht strategisch war.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Also Kredite, die Sie unmittelbar der Wire- - AG und den Tochtergesellschaften gegeben haben? Oder ich hatte es bis jetzt so verstanden, dass es auch fremde Dritte, außerhalb des Konzernbereichs, gab, die Kredite erhalten haben, die als strategische Kredite beurteilt wurden. Das wäre ja noch mal ein Unterschied.

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, wollen Sie verstehen: Gab es eine Kundensegmentierung?

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Ja, nach dem ganz besonderen Kriterium „Wirecard AG“, sage ich jetzt mal, anscheinend. Also, ich will darauf hinaus: Sie haben - - Es geht mir jetzt gar nicht um Schuldzuweisung, sondern ich wollte nur verstehen. Wenn Sie sagen: Ein Kreditportfolio wird geprüft. Dort gab es die Bundesbank. - 2017, wenn ich es mir richtig aufgeschrieben habe.

Dann haben Sie gesagt: Ein Teil ist geprüft worden durch den Abschlussprüfer der Wirecard Bank AG, und den Teil haben Sie sich dann nicht mehr angeguckt. - Das verstehe ich ja auch, weil man ja nicht doppelt arbeiten muss als interne Revision. Und Sie haben ausgeführt - so habe ich es jedenfalls verstanden -, dass das dieses strategische Portfolio umschreibt. Also, woher wussten Sie sozusagen, welches Kreditportfolio durch den Abschlussprüfer angeguckt wurde? Oder hat der Ihnen ganz konkret gesagt: „Die Engagements haben wir und die brauchst du dir nicht mehr - - Also, daraus haben Sie geschlossen, dass Sie sich die nicht mehr angucken müssen.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich erinnere mich daran, dass in dem Bericht der Deutschen Bundesbank aus dem Jahr 2017 im Anhang eine Liste aller geprüften Engagements angeführt wird, und ich erinnere mich auch an Jahresabschlussprüfungsberichte der Abschlussgesellschaften, wo das auch entsprechend aufgeführt wurde.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Okay. Herzlichen Dank. - Ich glaube, ich habe überzogen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles gut. Da waren ja auch einige Unterbrechungen, die wir auch nicht zeitgenau hatten. - Dann ist jetzt Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe. Bitte schön.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank. - Herr Vinke, zunächst einmal noch mal die Frage nach Ihrer korrekten Funktionsbezeichnung. Ich frage auch deshalb nach, weil in einer Akte steht „Vice President Group Audit“ der Wirecard Bank AG. Ist das richtig bezeichnet, oder ist das eine falsche Bezeichnung? Wie war denn Ihre Bezeichnung?

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich an mein Ernennungsschreiben korrekt erinnere, wurde ich als „Vice President Group Audit“ der Wirecard Bank AG geführt, ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und die Wirecard Bank hatte auch eine eigene Group Audit. Gab es da Tochtergesellschaften, oder was war der Grund?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Warum dann Group Audit?

**Zeuge Mario Vinke:** Um eben perspektivisch die bestehende Bankrevision zur Konzernrevision weiterzuentwickeln.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und zwar für den Wirecard-Konzern, oder wie?

**Zeuge Mario Vinke:** Für den Wirecard-Konzern, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Dass die Tochtergesellschaft gewissermaßen den ganzen Konzern prüft.

**Zeuge Mario Vinke:** Mitabdeckt, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Ist aber nicht dazu gekommen? Ist es dazu gekommen, dass Sie - -

**Zeuge Mario Vinke:** Es gab vereinzelte Prüfungshandlungen auch auf Konzernebene, wie eben vorhin schon mal erwähnt: das Thema Risikomanagement, wo die Interne Revision der Bank nicht nur die Gesamtbanksteuerung der Bank auditiert hat, sondern auch die Risikomanagementprozesse im Konzern, um letztendlich dann auf Konzernebene auch eine konsolidierte Risikoberichterstattung sicher starten zu können.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gab es denn auf Konzernebene eine Konzernrevision?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Bis dato nicht.

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gar nicht. Das heißt, nur auf Einzelgesellschaftsebene gab es - -

**Zeuge Mario Vinke:** Genau. Und eben den zitierten Auslagerungsvertrag aus dem ersten Quartal 2019.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja. Okay. - Hatten Sie mit dem „Project Ring“ zu tun?

**Zeuge Mario Vinke:** Das kenne ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das „Project Ring“ ist die Untersuchung von EY, die sich beschäftigt hat mit dem Erwerb von Hermes, sozusagen mit der indischen Akquisition, über die ja auch sehr viel im Kontext Bilanzmanipulation gesprochen worden ist.

**Zeuge Mario Vinke:** Die Interne Revision war zu keinem Zeitpunkt in irgendwelchen Mergers & Acquisitions mit drin.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, die Frage ist, ob Sie - - Also, „Project Ring“ ist eine forensische Untersuchung, die hinterher stattgefunden hat durch EY.

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, kenne ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die kennen Sie nicht. Mit der hatten Sie nie zu tun.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich kenne den Projektnamen gar nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, kann ja auch sein. Die wechseln ja manchmal.

**Zeuge Mario Vinke:** Nein. Die Antwort ist Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die Antwort ist Nein. Gut. - Hatten Sie mit KPMG zu tun im Zuge der Prüfung ab dem 31.10.2019?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Auch nicht.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich hatte das auch so dokumentiert in dem Revisionsbericht vom 28. Juli; da gibt es eine Fußnote, dass die Interne Revision der Wirecard Bank AG zu keinem Zeitpunkt mit KPMG befasst war. Und das führte natürlich dann auch dazu, dass ich den ganzen Bericht auch relativ spät erst dann bekommen habe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wann hat sich denn die Interne Revision erstmals mit dem Thema „strategische Kreditvergabe“ beschäftigt? Wann fing das an?

**Zeuge Mario Vinke:** Wie gesagt: Die Deutsche Bundesbank hat eine Prüfung durchgeführt, -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja.

**Zeuge Mario Vinke:** - dann gab es weitere Kreditprüfungshandlungen von den Jahresabschlussprüfern. Und dass ich das Thema noch mal aufgegriffen habe, das war mit dem Revisionsbericht vom 28. September 2020.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Genau. Den kennen wir, zumindest größtenteils. Aber der war ja dann sozusagen, als das Imperium schon so ein bisschen lädiert war, also hinterher, ne? Haben Sie sich denn mit der BaFin abgestimmt - und ich rede jetzt nicht vom 28. September, sondern zwischen dem Bundesbank-Bericht und dem Tätigwerden von Ihnen -, gab es da Kontakt, den Sie hatten mit der BaFin in Bezug auf strategisches Kreditgeschäft?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, zu keinem Zeitpunkt.\*

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Hat die BaFin mal Nachfragen gestellt zu dem Thema?

**Zeuge Mario Vinke:** Bei mir nicht.\*

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Haben Sie im Zuge Ihrer Untersuchungen Kenntnis erlangt davon, dass es auch schon 2019 Diskussionen darüber gab, dass Konzernbürgschaften für strategische Kredite fällig werden würden, weil der Kreditnehmer nicht zahlt? Haben Sie davon je gehört?

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich es richtig verstanden habe: Sie fragen, ob ich gehört habe, ob Bürgschaften gezogen worden sind.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Von diesem Thema, ja.

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ist Ihnen je zur Kenntnis gekommen, dass Herr Wexeler Bedenken hatte hinsichtlich der Behandlung strategischer Kredite oder einer Einflussnahme aus dem Konzern auf die Entscheidungen in der Bank?

**Zeuge Mario Vinke:** Der Herr Vorsitzende hatte mich ja vorhin eingangs gefragt über ein Gespräch, was zwischen Herrn Wexeler und Herrn Braun stattgefunden hat, ob ich davon gehört habe. Und das Gespräch hatte ja ein Kreditthema zum Inhalt. Von daher: Ja, diese Kommunikation war mir bekannt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Was haben Sie denn geprüft in 2018/19? Also, bevor Sie hier ran sind, was waren denn die Prüfungen der Internen Revision in den vorherigen Jahren?

**Zeuge Mario Vinke:** Die Interne Revision ist ja nach den einschlägigen Regularien der Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Kreditinstitute aufgefordert, alle drei Jahre mindestens jeden Bereich mal einmal auditiert zu haben. Welche Prüfungssachthemen in den Jahren 2018, 2019 jetzt auf der Agenda standen, kann ich Ihnen heute ad hoc nicht beantworten. Allerdings ist es natürlich so, dass die Prüfungsplanung immer risikoorientiert erfolgt von der Internen Revision und dann dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt wird, sodass der Vorstand auch noch mal sagen könnte, welche Zusatzthemen entsprechend mit in der Prüfungsplanung zu berücksichtigen sind. Und wenn es dann Themen und Sachverhalte gibt, die aus risikoorientierter Betrachtung zu depriorisieren sind, dann wird das auch mit dem Vorstand abgestimmt, und es erfolgt eine Planungsanpassung. Also, diese Frage lässt sich beantworten - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, das sind abstrakte Prozesse.

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aber mich wundert ein bisschen, dass Sie kein Beispiel nennen können für eine Prüfung 2018 und 19. Ich will vielleicht noch mal ein zusätzliches Stichwort nen-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nen, um die Frage zu konkretisieren: Die Wirecard Bank ist in Geldwäsche-Intensivaufsicht übernommen worden. Hat das mal - das ist ja ein Risikofaktor, ne? - dazu geführt, dass die Innenrevision sich das Thema Geldwäscheprävention angeschaut hat zum Beispiel?

**Zeuge Mario Vinke:** Das Thema „Geldwäscheprävention, Zentrale Stelle“ ist eine sogenannte Pflichtprüfung der Internen Revision und wird jedes Jahr - - steht eigentlich jedes Jahr auf dem Prüfungsplan. Eine Ausnahme bildete - und jetzt bin ich nicht sicher - das Jahr 2018 oder 2019, wo Vertreter der BaFin und/oder der Bundesbank eine Geldwäscheprüfung bei der Wirecard Bank AG durchgeführt haben. Und da haben wir gesagt: Wenn die Bundesbank oder die Aufsichtsbehörden im Hause sind und sich das Thema ansehen, dann müssen wir nicht hinterherprüfen. Um die Frage zu beantworten: „Geldwäscheprävention, Zentrale Stelle“ ist eine Pflichtprüfung, die jedes Jahr auf der Agenda steht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Jetzt kann ich leider nicht weiterfragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir haben ja noch eine zweite Runde. Da läuft nichts weg. - Dann sehe ich in den Startlöchern Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ohne dem Kollegen De Masi vielleicht eine Frage vorwegnehmen zu wollen: Waren Sie mal mit Jan Marsalek auf der Wiesn oder im „P1“?

**Zeuge Mario Vinke:** Zu keinem Zeitpunkt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil Ihr Rechtsbeistand schon kurz vorm Herzinfarkt stand: Das ist schon relevant. - Also, ich will Ihnen - - Also, ich meine, dass Jan Marsalek für diese ganze Geschichte relevant ist, ist auch klar. Und ich stelle fest: Sie waren nicht mit ihm auf der Wiesn. - Weil das ist ja bekannt, dass die Wirecard AG da umfangreich geladen hat, und das hat sie ja auch mit einem Hintergrund getan. Aber Sie waren mit Herrn Marsalek zum Lunch verabredet und haben mit ihm über offene Punkte gesprochen?

**Zeuge Mario Vinke:** Sie kennen die Mail, ja?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, wir kennen ganz viele Mails. Das ist wirklich was Besonderes an diesem Ausschuss.

**Zeuge Mario Vinke:** Das Mittagessen hat nie stattgefunden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ah.

**Zeuge Mario Vinke:** Hat nie stattgefunden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da gehören Sie zu einer illustren Runde von Mittagessen, die mit ihm nicht stattgefunden haben. Also es hat nicht stattgefunden. Aber Sie haben sich geduzt mit Herrn Marsalek?

**Zeuge Mario Vinke:** Ist Gegenstand der Unternehmenskultur in der Wirecard Bank AG. Als ich im Mai 2015 anfang und wir die Einführungsveranstaltung für neue Mitarbeiter hatten und das innerhalb der ersten zehn Minuten gesagt wurde: „Wir sind hier alle per Du im Unternehmen“, habe ich mich erst mal persönlich gefragt: „Wie kann das mit deiner Rolle in Einklang gebracht werden?“, weil ich das aus anderen Häusern so nicht kannte und es kam mir auch wirklich fremd vor an diesem ersten Arbeitstag. Aber grundsätzlich hatten wir in der Wirecard eine Duz-Kultur. Das bedeutet jetzt also nicht ein besonders nahes Verhältnis zu Herrn Marsalek.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Alles klar. Ich habe mir nämlich tatsächlich aufgeschrieben aus anderer E-Mail-Kommunikation: Ist das eigentlich angemessen, wenn der Chef der Innenrevision alle Leute hier duzt? - Aber haben Sie ja gerade - -

**Zeuge Mario Vinke:** Es hat mich wirklich 2015 auch total gewundert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Verstehe ich. - Sie hatten das eben schon - - Oder andere Frage noch: Kennen Sie den Artikel aus dem „manager magazin“ vom Februar 2017, „Das 250-Millionen-Euro-Rätsel des Börsenwunders Wirecard“?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, den kenne ich nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Den haben Sie damals nicht gekannt und kennen ihn heute auch nicht?

**Zeuge Mario Vinke:** 2017? Nein, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Mario Vinke:** - habe ich keine Erinnerung dran.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Kennen Sie - - Sagt Ihnen der Name Dan McCrum etwas?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Das heißt sozusagen - - Dann wäre meine nächste Frage: Seit wann haben Sie die Berichterstattung in der „Financial Times“ verfolgt oder zur Kenntnis genommen, ungefähr?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Also, dass die Artikel aufkamen, war mir präsent. Ich kann Ihnen aber jetzt tatsächlich kein konkretes Datum nennen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Gut. Um ein konkretes Datum geht es ja auch nicht. Es geht nur so ein bisschen um grobe Zeiträume. Ich frage deshalb: Ich hätte ja mal jetzt gedacht, dass das möglicherweise ja für Sie relevant sein könnte. Also, es stehen erhebliche Vorwürfe in der Presse, in der Öffentlichkeit im Raum, wo es um Bilanzmanipulation im Konzern ging. Jetzt haben wir gelernt: Sie waren ja nicht formell für den Konzern zuständig, aber Sie waren ja nun doch als Wirecard Bank AG ein zentraler Baustein dieses Konzerns. Und ich frage mich einfach nur: Wenn ich jetzt der Chef der Innenrevision wäre und es gäbe solche Berichterstattungen, würde ich ja eventuell hellhörig werden, einfach aus Eigeninteresse, um mich sauber zu halten. Haben diese Berichterstattungen bei Ihnen Tätigkeit ausgelöst?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich muss die Zeit stoppen. Ist schon? - Wunderbar, Frau Dr. Schimmel. - Herr Schneider, bitte.

**RA Stephan Schneider:** Ich glaube, wir brauchen eine kleine Unterbrechung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte noch mal.

**RA Stephan Schneider:** Wir brauchen eine Unterbrechung, eine kleine.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist völlig in Ordnung. Wie viel schätzen Sie so? Bis 15.55 Uhr, würde das reichen, so sieben bis acht Minuten?

**RA Stephan Schneider:** Drei Minuten reichen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann machen wir bis 15.55 Uhr, dann können wir einmal durchlüften. Alles gut, passt. Machen Sie, und seien Sie um 15.55 Uhr bitte wieder drin! Danke. - Dann unterbrechen wir.

(Unterbrechung von  
15.48 bis 15.55 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Türen sind geschlossen. Alle Kollegen sind wieder an Bord. Der Kollege Zimmermann ist am Drücker sozusagen; wir hatten bei 8:31 Minuten gestoppt. - Ich frage ganz kurz, bevor wir die Stoppuhr wieder betätigen: Gibt es etwas, was Ihr Rechtsbeistand verfahrenstechnisch uns/mir mitteilen möchte?

**RA Stephan Schneider:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Gut. Dann beginnt die Uhr zu laufen, und noch mal: Bitte, Herr Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Ich hatte Ihnen ja eine Frage gestellt. Dann wollten Sie vor die Tür.

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, genau. - Also die Presse und Berichterstattung in der Presse ist mir nie Anlass gewesen, die Prüfungsplanung, die vom Vorstand genehmigt worden ist, anzupassen.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Also, ich halte mal fest: Die Presseberichterstattung hat keinen Einfluss genommen auf Ihre Prüfungstätigkeit. Sie waren ja dann für die Wirecard AG in Dubai mit Ihrem Prüfungsteam, richtig?

**Zeuge Mario Vinke:** Von welchem Zeitpunkt sprechen wir?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ah, Sie waren mehrfach in Dubai - sehr gut. Sie waren in Dubai - warten Sie mal -; das muss so im September 2019 gewesen sein.

**Zeuge Mario Vinke:** Da war ich persönlich nicht mit vor Ort zu dem Thema. Es gab zwei Teammitglieder, die für drei oder vier Tage vor Ort waren, um dort bestimmte Prozesse besser verstehen zu können.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wie oft waren Sie selbst in Dubai?

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich richtig erinnere, war ich ein- oder zweimal in Dubai in der Wirecard Processing FZ LLC. Also, die Wirecard hatte ja zwei Gesellschaften dort.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Bei der Acquiring & Issuing waren Sie nicht?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein. - Die Wirecard Processing erbrachte auch wesentliche IT-Auslagerungen für die Wirecard Bank, und das war Anlass für meine Aufenthalte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Alles klar. Dann interessiert mich Ihr Aufenthalt nicht, sondern der Aufenthalt Ihres Teams. Aber wenn ich das richtig sehe, haben Sie sich ja - da kommen wir ja gleich noch mal drauf - im November 2018 mit dem TPA-Geschäft ausgiebig beschäftigt.

**Zeuge Mario Vinke:** Es war der Auftrag von meinem Vorgesetzten, dem Herrn von Knoop, der ja eine Doppelfunktion im Unternehmen hatte - Marktfolgevorstand der Wirecard Bank AG und Finanzvorstand der AG -, die Strukturen des TPA-Geschäftes einmal aufzunehmen, um da ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, wie

dort die Rollen und Verantwortlichkeiten sind, wer die Beteiligten sind, wie entsprechend dort Technologie eingesetzt wird. Und das war 2018 eine Tätigkeit von zehn Tagen, ach, zwischen fünf und zehn Tagen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Das heißt auch, Sie haben da auch so ein Schaubild gezeichnet dafür dann?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay.

**Zeuge Mario Vinke:** Das ist aber alles in München am Tisch, am Schreibtisch entstanden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay. - Und wie haben Sie damals - - Waren Sie damals der Meinung, Sie haben sozusagen quasi abschließend verstanden, wie das TPA-Geschäft funktioniert?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, zu keinem Zeitpunkt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Mario Vinke:** Zu keinem Zeitpunkt in 2018, im November. Und deswegen hatte ich vorgeschlagen, dieses TPA-Geschäft dann auch entsprechend in die Prüfungsplanung der Internen Revision für das Folgejahr aufzunehmen, um dann dort ein tieferes Prozessverständnis zu entwickeln und dann letztendlich auch zu sagen: Okay, wie kann man dieses komplexe Thema dann so aufbereiten, dass man das in unterschiedlichen, einzelnen Revisionsprüfungen dann besser zerlegen kann? Und das war letztendlich dann auch die Zielsetzung von den beiden Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort waren, da noch mal das Verständnis zu schärfen, um zu sagen: Okay, wo müssen dann revisorisch die entsprechenden Akzente gesetzt werden?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, ich halte fest: Sie haben im November 2018 das TPA-Geschäft nicht komplett verstanden. Ist Ihnen das eigentlich merkwürdig vorgekommen, dass sozusagen - wie soll ich sagen? - - also, ich meine, Sie sind mehr als qualifiziert -, dass Ihnen am Ende nicht ganz klar war, wie es funktioniert?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Na ja, wenn man das jetzt mal in dem Lichte sieht, wie viele KPMG-Prüfer auf dem Thema waren und wie lange die versucht und gebraucht haben, da die Strukturen aufzunehmen, ist es, glaube ich, nachvollziehbar, dass, wenn man mit ein, zwei Kollegen versucht, dieses komplexe Thema aufzunehmen, man da einfach an die Grenzen stößt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Deswegen hatte ich vorhin nach diesem „manager magazin“-Artikel gefragt, dieses 250-Millionen-Euro-Rätsel: Da hat der Journalist sozusagen quasi genau diese Frage auch aufgeworfen. Interessanterweise hat der offenbar auch am Schreibtisch die Probleme relativ klar erkannt. Und haben Sie sich da mit Herrn Bellenhaus und Herrn Marsalek mal drüber unterhalten gehabt? Also, haben Sie mal versucht, von denen Ihre Fragen, die Sie vielleicht noch hatten, zu klären?

**Zeuge Mario Vinke:** Als ich diesen Auftrag bekommen habe, gab es ein Telefonat mit Herrn Bellenhaus, wo ich versucht habe, von ihm die Grundstrukturen besser - oder was heißt „besser“? -, grundsätzlich aufzunehmen. Im September hatte ich keinen Dialog mit Herrn Bellenhaus zu dem Thema. Ich habe dann dieses Schaubild entwickelt und habe Herrn Bellenhaus gefragt, ob ich unser Gespräch richtig zusammengefasst habe und ob die Abläufe so sich verhalten, wie von mir aufgezeichnet. Als er mir das dann bestätigt hat, bin ich zu Herrn Jan Marsalek gegangen und habe ihn auch noch mal um sein Feedback gebeten, ob ich das korrekt so aufgenommen habe. Und, genau, das war der einzige Kontakt. Das Gespräch hat nicht länger als 20 Minuten gedauert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** War Ihnen zu dem Zeitpunkt klar, welchen Anteil an der Bilanz das TPA-Gespräch hat für die Wirecard AG?

**Zeuge Mario Vinke:** Mir war bekannt, dass es einen bedeutenden Anteil für die Wirecard AG hat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. - Dann ging es um dieses Audit, das Audit-Team - Selected Aspects of Third Party Acquiring -, da haben wir auch eine E-Mail vorliegen. Wann hat dieses Audit dann tatsächlich stattgefunden?

**Zeuge Mario Vinke:** Das Audit hat final nicht stattgefunden. Es war dann ja im September die Vor-Ort-Prozessaufnahme von Prüfungskolleginnen und -kollegen, und daraufhin haben wir dann unsere Erkenntnisse in einer Präsentation zusammengetragen und haben gesagt: Das sind im Grunde genommen die Prüfungsschwerpunkte, um die wir uns in den kommenden Monaten, Jahren dann inhaltlich verstärkt kümmern müssen, und haben das dann auch entsprechend intern kommuniziert. Das muss irgendwann Mitte/Ende Oktober gewesen sein. Und zu dem Zeitpunkt war bereits bekannt, dass KPMG diese Sonderprüfung durchführen würde. Da haben wir gesagt: Wenn da ein großes Prüferteam draufgeht auf das Thema, dann warten wir die Prüfungsergebnisse ab und gucken, was dabei rauskommt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber ist Ihnen klar gewesen, warum KPMG beauftragt wurde? Also, Sie stellen das sehr, sehr nüchtern dar. Da hat ja die Hütte gebrannt im Laden. Wissen Sie, das ist alles irgendwie nachvollziehbar, wie Sie das erzählen. Nur, Sie sind sozusagen 2018 beauftragt worden, sich das TPA-Geschäft anzuschauen - November 2018 -, dann gab es den Auftrag, ein Audit zu machen - es sollte vor Ort stattfinden -, das hat aber - - Nichts davon hat dann am Ende stattgefunden. Ich möchte noch mal verstehen: Warum hat das alles dann nicht stattgefunden?

**Zeuge Mario Vinke:** Nach meiner Erinnerung hat es deswegen nicht stattgefunden, weil KPMG sich mit dem Thema auseinandersetzen sollte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, aber jetzt - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Zimmermann, die Zeit.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ach, das ist ja unfassbar. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Dann ist jetzt der Kollege Fabio De Masi an der Reihe. Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Tatsächlich. - Moin, Herr Vinke! - Mal eine Frage: Haben Sie eigentlich - - Wie haben Sie denn kommuniziert mit Herrn Knoop, Herrn Marsalek? Haben Sie auch Telegram genutzt ab und zu?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich kenne\* diese App nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kennen Sie nicht, okay. Das heißt, Sie haben immer per E-Mail oder Ähnliches kommuniziert?

**Zeuge Mario Vinke:** E-Mail, Telefon -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Alles klar.

**Zeuge Mario Vinke:** - und mit Herrn Marsalek eben dieses eine Meeting gehabt. Und das vorhin zitierte Mittagessen hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Weitere Berührungspunkte hatte ich mit Herrn Marsalek nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Können Sie mir mal sagen, inwiefern das Thema Onlineglücksspiel und Zahlungsabwicklung für Pornografie auch Gegenstand von Ihren Prüfungshandlungen waren?

**Zeuge Mario Vinke:** Als das Thema „Paradise Papers“ aufkam, war das Anlass für die Interne Revision, auch dort eine außerplanmäßige Sonderprüfung durchzuführen. Und da haben wir uns mit ausgewählten Aspekten der Paradise Papers befasst.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie sind Sie auf dieses Thema gestoßen, Paradise Papers? Wer hat Sie darauf aufmerksam gemacht?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe keine konkrete Erinnerung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich weiß. Das hat Ihnen Ihr Anwalt gerade zugeflüstert.

**Zeuge Mario Vinke:** Nee, hat er nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, hat er nicht? Ach so.

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil ich frage mich: Also, ich weiß nicht - - Ich bin auf das Thema gestoßen - und ich habe mit dem Thema sehr viel Berührung gehabt; ich war nämlich mal in einem Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers - über Medienveröffentlichungen. Und ich vermute, das sind Sie auch. Könnte das sein?

**Zeuge Mario Vinke:** Das könnte sein, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil Sie nämlich vorher gesagt haben, dass Medienveröffentlichungen nie Anlass für Prüfungshandlungen waren. Das ist doch außergewöhnlich.

**Zeuge Mario Vinke:** Dann habe ich das vorhin falsch verstanden, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann haben Sie es vorher falsch gesagt oder Sie haben es falsch verstanden?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, ich - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil jetzt haben Sie es ja richtig verstanden, oder?

**Zeuge Mario Vinke:** Noch mal zurück: Ich meine mich zu erinnern, dass Herr Burkhard Ley mich auf das\* Thema\* angesprochen hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ah, der Herr Ley. Der war sehr umtriebig. Welche Rolle hat denn der gute Herr Ley, aus Ihrer Wahrnehmung, bei Kreditgewährungen gespielt?

**Zeuge Mario Vinke:** Das kann ich nicht beantworten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und warum können Sie das nicht beantworten? Weil Sie es nicht wissen?

**Zeuge Mario Vinke:** Weil ich jetzt keine konkrete Erinnerung daran habe, welche Kreditverträge



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vom Herrn Ley unterschrieben worden sind und ob es Kreditverträge gibt, die von Herrn Ley unterschrieben worden sind.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Wenn es ein Wort gäbe, das hier in der Häufigkeit sozusagen ich sehr oft zähle, ist es immer das Wort „Erinnerung“ oder „keine Erinnerung“. - Und was haben Sie denn dann gemacht da an Prüfungshandlungen zu Zahlungsabwicklungen Onlineglücksspiel und Pornografie? Was ist denn da so passiert konkret?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Da müsste ich konkret in meine Unterlagen, in die Prüfungsunterlagen gucken, was der Prüfungsgegenstand war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie die dabei?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Die haben Sie nicht dabei. Aber Sie können sich auch nicht dran erinnern? Weil das sind ja schon sehr handfeste Dinge.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich meine mich zu erinnern, dass wir geldwäscherelevante Aspekte geprüft haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wie? Wie macht man das so?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**RA Stephan Schneider:** Ich würde gerne verfahrensrechtlich noch mal darauf hinweisen oder drum bitten, am Untersuchungsthema zu bleiben. Und wie man prüft - hier konkret -, scheint mir etwas weit von dem Thema - ich wiederhole jetzt nicht -, welche Kenntnisse usw. die Bundesregierung usw. hatte, zu sein. Bei allem Respekt für den Untersuchungsauftrag, für den ich auch Respekt habe - großen Respekt -, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich habe auch vor einer Menge Dinge Respekt.

**RA Stephan Schneider:** - das scheint mir etwas weit zu gehen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber, tut mir leid, diese Einlassung kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Weil natürlich ist es auch untersuchungsgegenständlich, warum bei solchen Auffälligkeiten bei Presseveröffentlichungen über strafrechtlich relevante Themen nicht zum Beispiel die Aufsicht eingeschritten ist. Also, ich kann mir nicht erklären, wie man das nicht dem Untersuchungsgegenstand zuordnen kann. Also, auch wenn man als - - Ich verstehe ja die Rolle, die ein Anwalt hat. Aber das ist jetzt schon sehr kreativ ausgelegt von Ihnen.

**RA Stephan Schneider:** Ihre Frage lautete, wenn ich Sie richtig verstanden habe: Wie prüft man das? Wie prüft die Interne Revision das?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, das ist doch relevant.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir fragen genauso die BaFin: Wie machen Sie denn das genau fest, dass Sie ein Leerverkaufsverbot - - Wir müssen ja ein Gefühl kriegen. Also, insoweit bin ich da komplett - ist ja immer noch gestoppt - beim Kollegen De Masi. Wenn wir nicht wissen, was Sie tun, können wir gesetzgeberisch, aber auch von dem Erfassen des gesamten Sachverhalts hier ins Leere laufen. Also, wir müssen schon wissen: Was haben Sie getan? Das hilft uns. Kann ja auch sein, dass Sie das Richtige getan haben - ich will auch nicht sagen: das Falsche; das entzieht sich meinem Bewertungsmaßstab hier als Vorsitzender -, aber zumindest zu wissen, was haben Sie getan, damit wir als Gesetzgeber vielleicht auch die richtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen können, wie muss Compliance, wie muss Revision aussehen, damit den blumigen Bemerkungen „Das darf nie wieder passieren“ von uns aus hier, auch ganz neutral gesprochen, die richtigen Gesetze und Beschlüsse folgen. Und insoweit halte ich diese Frage vom Kollegen De Masi für äußerst relevant, wie Sie denn gerade diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchaus kritischen Sachverhalte zu Kinderpornografie etc. geprüft haben. Und wenn sich Ihre Erinnerung da bemühen lässt, würde ich das begrüßen. Ansonsten würde ich, aus meiner Kraft sagen, dass Sie uns vielleicht noch mal im Nachgang dazu Unterlagen oder auch Ausführungen zur Verfügung stellen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, nee, ich will jetzt - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil das ist relevant.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Entschuldigung, bei allem Respekt, Herr Vorsitzender, ich will jetzt eine Antwort auf meine Frage. Und das ist, glaube ich, jetzt hier klargestellt worden, dass es untersuchungsgegenständlich ist. Und wie Sie das gemacht haben, ob Sie da jetzt - weiß ich nicht - bei LiveJasmin vorbeigeschaut und geguckt haben, was da im Hintergrund läuft, ist mir völlig egal. Aber ich will eine Antwort auf meine Frage.

**Zeuge Mario Vinke:** Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir uns zunächst erst mal, als wir das Thema „Paradise Papers“ uns angeschaut haben, mit der Fragestellung befasst: „Wo ist Onlin gaming in Deutschland eigentlich lizenzierungsfähig, und in welchen Bundesländern darf das gemacht werden?“, wenn ich mich konkret erinnere.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da sind Sie bestimmt auf das Bundesland Schleswig-Holstein gestoßen?

**Zeuge Mario Vinke:** Auf Kiel, genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und haben Sie dann festgestellt, dass es Vorgänge außerhalb Schleswig-Holsteins gab, also so hinterm Deich irgendwo?

**Zeuge Mario Vinke:** Da muss ich in den Prüfungsbericht reingucken, in die Arbeitspapiere. Das liegt ja nun auch schon zweieinhalb Jahre zurück.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, aber das ist doch eine wesentliche Prüfungshandlung, um die Frage zu bewerten, ob es hier strafrechtlich relevante - - Also, Sie sind doch dafür zuständig, die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben der Bank auch mit zu überprüfen. Da geht es doch um wirtschaftliche Risiken für Ihre Bank. Das heißt, Sie müssen sich doch erinnern, ob Sie da auf etwas gestoßen sind, oder nicht?

**Zeuge Mario Vinke:** Natürlich. Es gibt einen Revisionsbericht, in dem auch Mängel identifiziert worden sind.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aha.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich kann Ihnen aber jetzt keine konkreten Mängelergebnisse sagen und welche Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet worden sind. Das ist bei der Vielzahl der Prüfungen, die durchgeführt wurden, schlichtweg nicht möglich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na, Sie müssen einen entspannten Job gehabt haben. Können Sie mir noch mal sagen: Haben Sie sich denn jemals - - Oder wann war Ihr letzter Austausch mit der BaFin? - Schon so lange her?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich erinnere mich daran, dass, als der Bundesbank-Bericht erstellt worden ist und die Nachschauprüfungen durchgeführt worden sind, dort ein Termin mit der Deutschen Bundesbank, BaFin anberaumt wurde, wo über den Abarbeitungsstand der offenen Feststellungen gesprochen wurde. Grundsätzlich ist es so gewesen, dass der Dialog mit BaFin und Bundesbank über den Vorstand der Wirecard Bank AG geführt wurde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie haben diesem Termin beigewohnt mit der BaFin?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.\*

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wann war Ihr letzter persönlicher Kontakt mit der BaFin?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Das muss, wenn ich mich richtig erinnere, 2018 gewesen sein, Anfang 2019.\*

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und mit wem?

**Zeuge Mario Vinke:** Den Namen habe ich nicht präsent.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Meine Zeit ist rum.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Dann als Nächstes - wer möchte? - Dr. Bayaz, Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Sie hatten ja vorhin beschrieben, dass die Interne Revision angewachsen ist von zwei auf neun Personen. In welchem Zeitraum war das noch mal?

**Zeuge Mario Vinke:** Bis Mitte 2017 waren wir zwei Kolleginnen und Kollegen; im Juni/Juli ist eine weitere Mitarbeiterin dazugekommen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wer hat die denn ausgewählt und eingestellt? Waren Sie das?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe die Auswahlinterviews geführt, aber die Einstellung, die Unterschriften auf dem Arbeitsvertrag, die kamen von der Personalabteilung und dem zuständigen Vorstandsmitglied.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und die wurden extern „gehired“? Also, es waren ausgeschriebene Stellen?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Aber das heißt, die Vorstandsmitglieder waren in dem Prozess mit involviert?

**Zeuge Mario Vinke:** Am Anfang ja; und haben auch teilweise an den Vorstellungsgesprächen am Anfang noch mit dran teilgenommen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist das üblich?

**Zeuge Mario Vinke:** Es war nicht unüblich, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War nicht unüblich, sagen Sie?

**Zeuge Mario Vinke:** Es war nicht unüblich.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist ja schon erstaunlich: also eine Vervielfachung sozusagen ab 2017 - war ja schon ein Zeitpunkt, wo das Unternehmen schon besonders groß gewesen ist. Woran lag das? Das muss ja dafür einen strategischen Grund gegeben haben.

**Zeuge Mario Vinke:** Das lag an der Grundüberlegung, die interne Bankrevision zur Konzernrevision weiterzuentwickeln und da entsprechend dann auch die notwendigen Ressourcen vorzuhalten, um entsprechend dann auch in den Auslandsentitäten prüferisch aktiv werden zu können.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In der MaRisk ist ja geregelt, dass Weisungen und Beschlüsse aus der Geschäftsleitung, die für die interne Revision von Bedeutung sind, Ihnen oder der IR bekannt zu geben sind. Ist das erfolgt?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, wenn ich daran denke, dass die - - Um ein Beispiel zu geben: Neue-Produkte-Prozesse. Wenn neue Produkte eingeführt werden sollten, war die Interne Revision natürlich immer mit dabei. Wenn beispielsweise es darum ging, dass irgendwelche zentralen IT-Systeme ausgetauscht werden sollten, war die Interne Revision regelmäßig dabei und hat das auch projektbegleitend mit auditiert.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, Sie würden die Fragen bejahen, dass es -

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - in der Regel passiert. Und gab es einen Fall, wo Sie nachträglich von etwas erfahren haben, wo Sie gedacht hätten: „Da hätten wir involviert sein





## Nur zur dienstlichen Verwendung

sollen oder müssen sogar nach MaRisk“ und es ist nicht passiert?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, das würde ich nicht bestätigen. Da habe ich keine Erinnerung dran.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nehmen wir mal an, die BaFin würde jetzt eine Bundesbank-Prüfung in der Bank anordnen und in der würden jetzt gravierende Feststellungen getroffen werden: Wie sieht dann so ein Follow-up-Prozess aus? Ich frage das jetzt mal abstrakt, damit wir eben nicht konkret reingehen müssen.

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, also, es sieht so aus, dass wir den Revisionsbericht erhalten von der BaFin, der Bundesbank, die identifizierten Mängel dann in unser Revisionssystem entsprechend eintragen, dort mit den Bereichen dann Handlungsempfehlungen abstimmen, wo wir sagen: „Was ist nun geeignet an risikomitigierenden Maßnahmen zu implementieren, und bis zu welchem Zeitpunkt kann das dann entsprechend erledigt werden?“ - da werden Zieldaten gesetzt - und das wird dann über ein Workflow-basiertes System entsprechend den geprüften Einheiten zur Verfügung gestellt, die dann in regelmäßigen Abständen ihren Entwicklungsfortschritt dort entsprechend eintragen können. Im konkreten Beispiel der § 44er-Prüfung der Bundesbank war es dann so, dass ich von der Bundesbank den -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist die 2017 erfolgte Prüfung, ja?

**Zeuge Mario Vinke:** - genau - - dass ich konkret aufgefordert wurde, per 30.11.2018 einen Nachverfolgebbericht zu erstellen, wo wir gesagt haben: „Das ist bereits an Maßnahmen implementiert worden, da sind wir in time. Da haben wir noch die und die folgenden Aktivitätspunkte weiterhin geplant, Erledigungsdatum ist auch noch nicht erreicht“ - das habe ich zum 30.11.2018 verfasst und auch dann noch mal zum 31.12.2018.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und die Mängel wurden dann auch alle beseitigt, aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe jetzt vorher nicht noch mal ins System geguckt, aber ich meine, dass noch weniger als eine Handvoll Mängel noch offen sind.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wurden Vorstandsmitglieder darüber informiert, mit Zwischenständen oder mit Gesamtergebnis? Und wie war das Interesse bei denen in der expliziten Frage Bankprüfung?

**Zeuge Mario Vinke:** Grundsätzlich wird jeder Revisionsbericht dem Gesamtvorstand zur Kenntnis gebracht und auch durch Unterschrift entsprechend dokumentiert. Darüber hinaus gibt es auch eine Quartalsberichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat, in dem halt auch über die Prüfungstätigkeiten der Internen Revision berichtet wird.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und der Aufsichtsrat?

**Zeuge Mario Vinke:** Die Quartalsberichterstattung geht an Aufsichtsrat und Vorstand.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und hat der Aufsichtsrat da Interesse dran gehabt, an dem Thema?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe bis heute keine Nachfragen -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da gab es keine Nachfragen?

**Zeuge Mario Vinke:** - keine Nachfragen - vom Aufsichtsrat erhalten.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Meine Zeit ist abgelaufen. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - So, dann schaue ich zunächst mal ins Rund. - CDU/CSU hat mir signalisiert, zunächst in öffentlicher Runde keine Fragen mehr zu haben. - Ich schaue noch mal zu den Kollegen der SPD. Die hatten mir das auch so signalisiert. - Wir als AfD-Fraktion - da nehme ich den Hut mal kurz auf als Obmann - haben auch keine Fragen





## Nur zur dienstlichen Verwendung

mehr. - Dann schaue ich zur FDP. Bitte schön, Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Noch mal zum Thema „Bank versus Konzern“: Sie haben angesprochen, dass Herr von Knoop den Wunsch hatte, dass das TPA-Geschäft mal stärker auch analysiert wird. Hat Herr von Knoop diesen Wunsch artikuliert in seiner Rolle im Konzern oder in der Bank?

**Zeuge Mario Vinke**: Das ist spekulativ, was ich jetzt sage. Die Wirecard Bank AG hatte ja, nach meinem Verständnis, keine prozessualen Berührungspunkte zum TPA-Geschäft.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das ist meine Vermutung auch, dass das eigentlich für den Konzern - -

**Zeuge Mario Vinke**: Genau. Und deswegen kann ich es schwer einordnen, ob es nun der Bankvorstand und/oder der CFO der Wirecard AG ist.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das liegt ja auf der Hand. Aber, okay. Ich frage mich sozusagen nur, wie ich mir das vorstellen darf. Denn das ist in der Tat jetzt nicht Ihre genuine Aufgabe gewesen, sich damit auseinanderzusetzen. Aber Herr von Knoop wollte doch - - das wundert mich so ein bisschen. Was haben Sie denn für den Konzern geprüft in dem Bereich? Gab es da was, oder war das nur eine Idee von Herrn von Knoop?

**Zeuge Mario Vinke**: Jetzt bezogen auf das TPA-Geschäft?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, ja, TPA.

**Zeuge Mario Vinke**: Wie gesagt: Es gab diese Prozessaufnahme im September und für das Jahr 2019 die grundlegende Ausrichtung: Wir nehmen das Thema TPA revisorisch auf.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. Aber das war es sozusagen? Hatte Herr von Knoop auch sonst noch Wünsche, was eher auf der Konzernebene angesiedelt wäre, an Prüfungen?

**Zeuge Mario Vinke**: Also, ich habe ihm meine Planungen immer vorgestellt, zur Unterschrift, in Teilen auch zur Genehmigung vorgelegt. Jetzt an

konkret weitere Anhaltspunkte, wo er gesagt hat: „Geh in das Thema rein! Guck dir das Thema an!“, habe ich keine Erinnerung dran.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Mhm. Okay. - Noch mal zurück zum Thema Geldwäsche, weil wir da stehen geblieben sind vorhin. Sie haben gesagt: Das wird eigentlich jährlich geprüft bei uns, außer 2018 oder 19 nicht, weil da die BaFin, Bundesbank sich mit dem Geldwäsche-Thema beschäftigt haben. - Was ist denn der Innenrevision bis Juni 2020 aufgefallen? Was waren denn so die Feststellungen im Bereich Geldwäsche - jetzt mal egal, ob Sie im Jahr 2018 oder 19 das gemacht haben, aber was ist Ihnen denn aufgefallen in dem Bereich?

**Zeuge Mario Vinke**: Na ja, wir haben uns natürlich immer mit der Frage auch auseinandergesetzt: Wurden seitens des Geldwäschereferats der Zentralen Stelle da die relevanten Risiken identifiziert für die Wirecard Bank, und sind diese Risiken dann auch in einem regelmäßigen Kontrollplan, wie er vorgeschrieben ist, berücksichtigt worden, und ist dieser Kontrollplan dann letztendlich auch so eingehalten worden? - um mal ein Beispiel zu nennen. Ein anderes Thema ist natürlich: Wenn die Geldwäschefrühwarnsoftware Treffer identifiziert für auffällige Transaktionen, dann ist natürlich auch immer die Frage: Wird da zeitnah drauf reagiert, und wird das auch entsprechend abgearbeitet?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Haben Sie je einen Zusammenhang identifiziert zwischen strategischer Kreditvergabe oder auch Produkten wie Merchant Cash Advance oder ähnliche Produkte und Geldwäschethemen?

**Zeuge Mario Vinke**: Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Herr Vorsitzender, keine weiteren Fragen mehr. Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann schaue ich Kollege De Masi an. Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da machen wir noch mal eine Runde. - Herr Vinke, Sie sind ja mit diesem Gibson-Dunn-Bericht wahrscheinlich vertraut, ne?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Deswegen möchte ich Sie auf der Grundlage noch mal fragen: Haben Sie bei Ihren Prüfungshandlungen denn jemals Zugang begehrt in Korrespondenz, Mails von Organmitgliedern?

**Zeuge Mario Vinke:** Das ist aus Datenschutzaspekten ein schwieriges Thema, dort -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Klären Sie mich auf: Wie ist das mit dem Datenschutz, wenn man ... (akustisch unverständlich)

**Zeuge Mario Vinke:** - die Freigabe auch letztendlich zu bekommen. Ohne jetzt konkrete Verdachtsmomente zu haben, kann ich nicht einfach die E-Mail-Postfächer von Kolleginnen und Kollegen einsehen. Das lässt, nach meiner Auffassung, der deutsche Datenschutz nicht zu. Um die Frage zu beantworten: Nein, ich kenne keine E-Mail-Postfächer von Organen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ihr Anwalt sieht so unentspannt aus gerade. - Haben Sie das denn jemals versucht?

**Zeuge Mario Vinke:** Es gab in der Prüfung zum 28.09. Prüfungshandlungen, wo einzelne Teammitglieder, die mit dem strategischen Kreditportfolio befasst waren, auch interviewt worden sind. Und dort hatte ich auch das Ansinnen, entsprechende E-Mail-Korrespondenz einsehen zu können.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Jetzt sagen Sie mir doch mal, welche Teammitglieder und was mit Ihrem Ansinnen passiert ist.

**Zeuge Mario Vinke:** Die Teammitglieder, die für das strategische Kreditportfolio verantwortlich sind: also die Kreditabteilung, um es ganz einfach zu sagen. Und dann war die Überlegung: Ich

muss auch besser verstehen, wer wann wie mit eingebunden war in die Kommunikation, und hatte dann das Ansinnen, dort diese E-Mail-Postfächer dann auch einsehen zu dürfen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das war ein sehr gutes Ansinnen.

**Zeuge Mario Vinke:** Und das ist dann aber am Datenschutzbeauftragten - - Ich bin nicht autorisiert worden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und gab es denn mal eine interne Untersuchung, die ein Fehlverhalten von Vorstandsmitgliedern und dort insbesondere hinsichtlich möglicher Beteiligungen an mutmaßlich kriminellen Handlungen zum Gegenstand hatte?

**Zeuge Mario Vinke:** Das ist nicht Aufgabe der Internen Revision, nach meiner Auffassung; das ist Aufgabe des Aufsichtsrats.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, das gab es nicht?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Was haben wir denn dann noch? - Was wissen Sie über eine Zusammenarbeit zwischen der Wirecard Bank und der KfW zur Ausreichung von Darlehen an Fintechs?

**Zeuge Mario Vinke:** Habe ich keine Kenntnis.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da haben Sie keine Kenntnisse. - Sind Sie im Zuge Ihrer Revisionshandlungen jemals auf das Thema Politically Exposed Persons, PEPs, gestoßen?

**Zeuge Mario Vinke:** Das sind auch Themenaspekte, die in geldwäscherelevanten Audits thematisiert werden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, Sie sind drauf gestoßen?

**Zeuge Mario Vinke:** Zwangsläufig. Wenn ich sage: „Wir müssen uns alles alle drei Jahre mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

angucken“, werden wir das Thema gestreift haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und können Sie mir mal sagen - - War Ihnen zum Beispiel geläufig, dass Peter Harry Carstensen ein Konto bei der Wirecard Bank führte?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Ich kenne die Person nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sicher?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, also ich kenne die Person im Kontext der Bank nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so. Aber Sie wissen schon, wer das ist?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, ja, klar.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut, bin ich beruhigt.

**Zeuge Mario Vinke:** Sorry.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann würde ich gerne fragen: Gibt es denn aktuelle oder frühere politische Persönlichkeiten oder PEPs, die im Zuge Ihrer Untersuchungen einmal eine Rolle gespielt haben?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Ich verstehe diese Frage so, dass das ein Betriebsgeheimnis tangiert und wir das gegebenenfalls später noch mal aufgreifen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die ist sehr abstrakt. Es ist hier kein Name gefragt. Herr De Masi hat gefragt, welche politischen Personen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau; erst mal, ob. Also, wenn Sie zum Beispiel sagen: „Nein“, dann brauche ich ja gar nicht weiterfragen. Wenn Sie allerdings sagen: „Ja“ - und Sie müssen ja der Wahrheit entsprechen, weil Sie wissen, das ist ja

strafrechtlich auch relevant, wenn Sie hier die Unwahrheit sagen -, dann kann es sein, dass ich noch mal nachfrage.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Fifty-fifty.

(Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie können auch jemanden anrufen!)

- Genau, Telefon-Joker.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Da wir ja uns mit dem Thema Geldwäsche regelmäßig befassen als Revision, gehe ich davon aus, dass wir das Thema PEPs natürlich auch mitgeprüft haben.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht die Frage!

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie PEPs mit deutscher Staatsangehörigkeit dabei geprüft, mit mutmaßlich deutscher Staatsangehörigkeit? Also, ich habe zum Beispiel zwei - ich habe eine deutsch-italienische -, aber ich habe auch kein Konto bei Ihnen, nicht nach meiner Kenntnis.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe die Listen der Zufallsstichproben, die wir da im Zusammenhang gezogen haben, nicht in Erinnerung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das würde ja heißen, dass Sie auf meine ursprüngliche Frage, die Sie gar nicht so richtig beantwortet haben - nämlich ob Sie da auf frühere oder aktuelle politische Persönlichkeiten oder PEPs gestoßen sind -, dann ja gar nicht antworten können, weil Sie es nicht wissen.

**Zeuge Mario Vinke:** Richtig.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie wissen es nicht?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich weiß es nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und warum haben Sie dann eben so gezögert bei der Antwort? Dann hätten Sie ja gleich sagen können, Sie wissen es nicht.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Also, bitte nicht zu viel Laienschauspiel. Ich bin Cineast: Ich bin gute schauspielerische Leistungen gewöhnt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege De Masi, ich bin halt heute nur Zeitnehmer, aber die Zeit wäre abgelaufen. Und ich frage halt den Zeugen sonst noch mal - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ich bin jetzt 18 Sekunden drüber - das ist ja fast wie beim Boxenstopp bei der Formel Eins.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Deswegen frage ich ja, weil wir so gut miteinander können, ob Sie noch ein, zwei Fragen brauchen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, ich bin wirklich fast fertig. Also, es kommt darauf an. Wenn es noch mal interessant wird, dann nicht. Aber ich finde es gerade ganz interessant.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde bei der Frage sonst, bevor wir einen Telefon-Joker oder meine Mutter als Telefon-Joker bemühen, vielleicht in eingestufteter Sitzung - - Vielleicht hilft das dem Erinnerungsvermögen; kann ja sein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, das hängt natürlich davon ab, ob ich hier eine gehaltvolle Antwort bekomme.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann versuchen Sie es noch mal.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich will jetzt nicht uns das alles zumuten. Wenn ich hier signalisiert bekomme, ich bekomme eine gehaltvolle Antwort, dann können wir das gerne eingestuft machen; habe ich kein Problem mit.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Es tut mir leid. Ich kann mich konkret nicht erinnern.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das heißt, Sie können das nicht sagen?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sonst noch eine? Nee?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich denke noch mal nach. Mal gucken.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Dann machen wir mit dem Kollegen Dr. Bayaz von Bündnis 90/ Die Grünen weiter. - Bitte schön, Dr. Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Ich weiß nicht, ob deutsche Politiker bei Ihnen Konten haben, aber auf jeden Fall sind sie Kunden, denn ich habe letztes Jahr gemerkt, dass meine Atmosfair“ - wie sagt man? -, der Abzug über das Konto für Atmosfair für die CO<sub>2</sub>-Kompensation über die Wirecard Bank läuft. Und Politiker, die das machen, tauchen bei Ihnen sicherlich sozusagen auch mit Namen auf. Ob es deswegen PEPs sind, weiß ich nicht,

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Jetzt haben wir es!)

aber anderes Thema. - Ich wollte noch mal zu einem anderen Thema zurückkommen, weil Sie das ja vorhin gesagt haben - die Rolle der Revision bei der Einführung neuer Produkte -, dass Sie da quasi mit an Bord waren. Wie war das denn bei der Einführung des TPA-Geschäftes?

**Zeuge Mario Vinke:** Das TPA-Geschäft war ja kein Bankprodukt und unterliegt deswegen ja nicht den MaRisk, und demzufolge gibt es auf AG-Ebene ja nicht den Neue-Produkte-Prozess.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und gilt für MCA wahrscheinlich auch?

**Zeuge Mario Vinke:** Richtig.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber Sie sagten ja vorhin: Jetzt wollten Sie sich ja weiterentwickeln, was die IR angeht, weg nur von der reinen Bankbetrachtung. Dann muss doch das TPA-Geschäft damit auch relevanter geworden sein, aus Sicht der Internen Revision?

**Zeuge Mario Vinke:** Ihre Frage stellte ja darauf ab, inwieweit TPA dem Neue-Produkte-Prozess unterlag. Habe ich das richtig verstanden?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja, genau.

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, und da die Wirecard AG nicht unter die MaRisk-Regulierung fällt, war das TPA-Geschäft nicht Gegenstand eines Neue-Produkte-Prozesses nach MaRisk.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wissen Sie: Wenn die Wirecard AG als Finanzholding eingestuft worden wäre, wäre das dann anders unter dem Gesichtspunkt? Wäre dann die MaRisk für auch die AG geltend und damit auch die Einführung neuer Produkte für die interne Revision?

**Zeuge Mario Vinke:** Na gut, der Titel „MaRisk“ steht ja für Anforderungen an Kreditinstitute und nicht für Finanzholdings. Deswegen würde ich jetzt annehmen, dass das Thema rein auf die Kreditinstitute sich bezieht.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Okay. Müssen wir uns noch mal anschauen. Ich weiß es auch nicht. Deswegen frage ich Sie.

**Zeuge Mario Vinke:** Ich bin kein Jurist.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Alles klar. - Würden Sie es als relevant betrachten, jetzt aus Sicht eines Innenrevisors, wenn ein Vorstand der Muttergesellschaft ohne formale Rolle in der Bank eigenmächtig, sage ich jetzt mal, Kreditentscheidungen trifft oder Guidance

gibt der Bank, wer jetzt einen Kredit zu bekommen hat?

**Zeuge Mario Vinke:** Also, grundsätzlich ist es ja so, dass jede Bank ein Kompetenztableau hat und Kompetenzregeln hat. Und die regeln ja, wer entscheidungsfähig und entscheidungsbefähigt für die Bank ist - und das muss transparent sein und das muss klar gliedern, wer halt welche Entscheidungen treffen darf.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Da frage ich mal konkret: War Ihnen bewusst, dass Herr Marsalek beispielsweise entscheidend sich für einen Kredit an die Ocap in Singapur eingesetzt hat?

**Zeuge Mario Vinke:** Das war mir zum Zeitpunkt der Kreditvergabe, als das Engagement anberaumt war, nicht bekannt.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wann war Ihnen das bekannt?

**Zeuge Mario Vinke:** Aus der Presse letztendlich und nachdem ich mich dann auch inhaltlich mit dem Thema im Rahmen der Sonderuntersuchung befasst habe.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Was hätte denn die Innenrevision veranlasst, wenn das sozusagen im Moment der Kreditvergabe oder in der natürlichen Sekunde danach bei Ihnen aufgepoppt wäre?

**Zeuge Mario Vinke:** Es wäre sicherlich zu einer Feststellung gekommen im Revisionsbericht, dass hier eine Kreditvergabe erfolgte von einer Person, die gegebenenfalls nicht handlungsbefugt für die Bank war.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und dann?

**Zeuge Mario Vinke:** Hätte das entsprechend geheilt werden müssen im Sinne, dass das Engagement entsprechend Kompetenztableau neu geordnet wird.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auf welchen Mangel führen Sie das zurück, dass das bei Ihnen nicht zum richtigen Zeitpunkt schon indiziert wurde?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich war zum Zeitpunkt der Kreditentscheidung nicht involviert. Ich kann Ihnen die Ursache nicht nennen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Keine weiteren Fragen. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich noch mal zu den Kollegen CDU/CSU? - SPD? - Gucke mich noch mal an: nein. - Dr. Toncar noch mal? Bitte schön.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich würde gerne noch mal wissen: Sagt Ihnen der Fonds EMIF 1A etwas?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe davon gehört, ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wann haben Sie davon gehört?

**Zeuge Mario Vinke:** Aus der Presse.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aus der Presse?

**Zeuge Mario Vinke:** Aus der Presse und - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Also, man kann es auch umdrehen: Ist Ihnen im Zuge Ihrer Prüftätigkeit in der Innenrevision jemals ein Bezug zu EMIF 1A untergekommen?

**Zeuge Mario Vinke:** Nicht im Rahmen von Prüfungshandlungen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Also, das heißt, dienstlich aber schon?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe davon gehört, ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, aber - -

**Zeuge Mario Vinke:** Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wann das war.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Jetzt haben Sie gerade gesagt: aus der Presse. Jetzt würde ich schon gerne mal wissen: Mit wem im Wirecard-Konzern haben Sie je über EMIF 1A Kontakt gehabt?

**Zeuge Mario Vinke:** Ich hatte keinen Kontakt zu EMIF 1A.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Über, nicht zu. Wir wüssten übrigens sehr gerne, wer EMIF 1A ist. Also, wir hätten auch gern Kontakt. Das hat aber, glaube ich, heute keiner. Sondern mit wem im Wirecard-Konzern haben Sie *über* EMIF 1A korrespondiert im weitesten Sinne - mündlich, schriftlich oder durch gedankliche Diffusion, wie auch immer?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hui!

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Mario Vinke:** Also, bewusst habe ich davon Kenntnis genommen, nachdem ich den KPMG-Bericht gelesen habe.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nachdem oder indem Sie den KPMG-Bericht gelesen haben? Wer hat - - Die Frage ist ja letztlich: Haben Sie mit jemandem im Konzern darüber gesprochen, gesimst, geschrieben?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein. Sondern die Kenntnisnahme erfolgte eben sozusagen durch Lektüre des KPMG-Berichts?

**Zeuge Mario Vinke:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Sind Ihnen Kunden der Wirecard Bank bekannt - ich kann es auch sagen: es ist ein konzernangehöriges Unternehmen - - das bei Zahlungen von EMIF 1A eine Rolle gespielt hat?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein. Okay. - Letzte Frage. Sie haben vorhin irgendwie gesagt, strafbares Verhalten müsste die Interne Revision nicht aufdecken. Das ist ja kein Naturgesetz. Gab es dazu irgendwelche Festlegungen des Vorstands oder den Auftrag, mit einem Prüfungsauftrag so was auszuschließen?

**Zeuge Mario Vinke:** Die Frage war ja vorhin, inwieweit die Interne Revision den Vorstand auditiert. Daraufhin sagte ich ja, dass das Aufgabe des Aufsichtsrates ist.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, ja. Okay. - Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ich schaue zum Kollegen De Masi.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nur noch eine Sache. - Als Sie da wegen der Paradise Papers diese Prüfungshandlung vorgenommen haben - sagen Sie mal ganz konkret -: Bei wem haben Sie was genau angefordert? Bei welchen Personen haben Sie dazu Unterlagen angefordert?

**Zeuge Mario Vinke:** Da es sich um eine Prüfung mit Geldwäschebezug handelt, natürlich beim Geldwäschereferat bei der Zentralen Stelle, dem Leiter dieser Abteilung; dann in dem Bereich der Bank, der für die Risikoanalyse der Händler zuständig ist - in der Wirecard Bank ist das die Merchant Compliance, so hieß das, die war mit in die Prüfungshandlung miteinbezogen; genau, das sind die beiden zentralen Bereiche, die im Rahmen solcher Prüfungen - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und was haben Sie da genau bekommen von denen? Was für Dokumente haben Sie bekommen?

**Zeuge Mario Vinke:** Also, ich gehe davon aus, dass wir im Bereich der Merchant Compliance uns die Kundenakten angeguckt haben, wo ganz genau drinsteht, welches Geschäftsmodell hinter dem Händler steht, wie die Risikoeinwertung des Bereiches ist, wo auch letztendlich die Angaben verzeichnet sind, welche Personendaten - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und welche zusätzlichen eigenen Prüfungshandlungen haben Sie dann durchgeführt? Weil, ich sage mal, wenn Sie sich einfach nur schicken lassen, was die Compliance-Abteilung macht, dann sind Sie ja überflüssig, weil dazu gibt es ja die Compliance-Abteilung. Wenn Sie aber eine zusätzliche Prüfungshandlung vollziehen, müssten Sie ja auch irgendwas machen mit den Unterlagen.

**Zeuge Mario Vinke:** Ja, man muss natürlich validieren, ob die Informationen, die dort vorhanden sind, dokumentiert sind, valide sind.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und wie haben Sie das gemacht?

**Zeuge Mario Vinke:** Indem wir uns angeguckt haben, ob beispielsweise die geplanten Umsatzzahlen, die prognostiziert waren, eingehalten worden sind. Man guckt sich an, ob die Risikoklassifizierung des Geldwäschereferats den einschlägigen - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. Aber es ging ja vorhin nicht so sehr um Umsätze, sondern - -

**Zeuge Mario Vinke:** Genau.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Also, es geht auch bei den Paradise Papers jetzt nicht darum, zu sagen - - Gut, Umsätze. Natürlich sind Abweichungen - - können ein Indiz sein für Geldwäsche, gerade im Bereich Onlineglücksspiel. Aber es ging ja vor allem auch darum, haben Sie vorher gesagt, zu überprüfen, ob es da Vorgänge außerhalb von Schleswig-Holstein gab. Und da möchte ich jetzt noch mal drauf hinaus, ob Sie - - Wie viele Fälle hatten Sie denn, die außerhalb von Schleswig-Holstein lagen, ungefähr, 5, 10, 15, 20?

**Zeuge Mario Vinke:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich weiß es im Augenblick nicht.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Aber es war nichts Gravierendes aus Ihrer Sicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Mario Vinke:** Ich habe nicht in der Erinnerung, dass es irgendwelche materiellen wesentlichen Feststellungen in dem Kontext - - oder schwerwiegende Feststellungen gab.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Gut. - Und ist denn der Name von Mitgliedern von Landesregierungen im Zusammenhang mit den vorhin angesprochenen PEP-Dingen Ihnen erinnerlich?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Explizit nein?

**Zeuge Mario Vinke:** Explizit nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Von irgendeiner anderen öffentlichen Körperschaft?

**Zeuge Mario Vinke:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da sind Sie auch ganz sicher?

**Zeuge Mario Vinke:** Bin ich mir im Moment ganz sicher.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Danke. Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ich schau noch mal rüber. - Kopfschütteln. Dann stelle ich fest, dass zumindest in öffentlicher Runde kein Bedürfnis besteht.

Ich schaue aber noch mal kurz in die Runde, ob das Bedürfnis besteht, dem Zeugen noch Fragen zu stellen, die in eingestufte Sitzung behandelt werden sollten.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, wir würden uns das noch vorbehalten, dem Zeugen auch noch Fragen in eingestufte Sitzung zu stellen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bei der CDU/CSU ist das auch der Fall. Bei uns ist das auch der Fall. Ich weiß nicht, wie es bei den Kollegen ist.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Für uns ist die Frage schon beantwortet!)

- Okay.

Dann möchte ich Sie bitten, sich in einem der Aufenthaltsräume bereitzuhalten, damit wir Ihre Befragung später im etwaigen nichtöffentlichen Sitzungsmodus fortsetzen können. Für jetzt sage ich erst mal sozusagen Tschüs; aber halten Sie sich bitte im Raum bereit.

**RA Stephan Schneider:** Vielleicht darf ich an der Stelle - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte schön.

**RA Stephan Schneider:** Die Frage des Prozederes: Der Herr Vinke steht dem Ausschuss ja jetzt seit fast sieben Stunden zur Verfügung, seit 10 Uhr. Das ist ja sehr lang; das ist schon eine lange Zeit. Der Zeuge als menschliches Beweismittel ist ja was anderes als Urkunden, die rumliegen und verlesen werden. Insofern: Gibt es eine Abschätzung, wie lange das dauert? Denn irgendwann wird es ja auch für jeden Menschen etwas spät, und die Frage der Vernehmungsfähigkeit, Zeugnisfähigkeit sinkt, sodass sich vielleicht auch absehen lässt, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist völlig korrekt.

**RA Stephan Schneider:** - ob das heute passieren soll. Oder möglicherweise will der Ausschuss ja ohnehin an anderen Tagen Geheim tagen, dass man dann noch mal kommt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. Also, das ist völlig korrekt. Ich kann das jetzt nicht mit anderen Zeugen vergleichen, die hier teilweise sogar 12 bis 14 Stunden erst mal auf ihre Vernehmung warten mussten. Aber ich hoffe, dass wir Ihnen das zumindest vor 23 Uhr adressieren können, weil zunächst einmal haben die Kollegen gesagt, sie möchten sich das noch mal überlegen. - Für Sie wäre jetzt zunächst mal auch die Möglich-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

keit - Sie werden ja jetzt keinem Dauerverhör unterzogen -, sich im Aufenthaltsraum zu verköstigen, auch mal abzuschalten.

Ich kann Ihnen zumindest sagen: Es wäre als Letztes dran. Das heißt, ich hätte auch keine Probleme damit, wenn Sie ein bisschen die Frühlingsluft genießen wollen und anderthalb Stunden sich am Spreeufer die Beine vertreten mit Ihrem Anwalt - alles kein Problem. Wir haben Ihre Telefonnummer. Das ist für uns dann immer auch absehbar. Aber ich gebe Ihnen dann insoweit mein Wort, dass wir uns hier noch mal konstruktiv in einer der Pausen zusammenstecken, wie viel und wo noch Bedarf ist, ob wir das etwaig auch schriftlich tun können. Und insoweit kann ich Ihnen das im Moment nur sagen.

Selbstverständlich könnten Sie zu dem Zeitpunkt - das gibt das PUAG als auch die StPO her - genau diese Einwendung machen; aber zu diesem Zeitpunkt sehe ich sie als noch nicht gegeben an. Aber ich sage jetzt auch: Sie haben jetzt wirklich erst mal ganz locker anderthalb, mindestens zwei, wenn nicht sogar drei Stunden Zeit, das wunderbare Frühlingswetter hier in Berlin zu genießen. Und ich hoffe, dass wir dann bis 23 Uhr - das haben Sie von mir als Wort - zu einer Entscheidung gekommen sind.

**RA Stephan Schneider:** Okay. - Dann erst mal vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. Gerne. - Gut. Dann rufe ich als nächsten Zeugen auf die Kollegin Frau Franziska Folter und bitte, die uns zuzuführen. Und ich werde mir jetzt einen Kaffee holen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Franziska Folter

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann bitte ich, auch den anderen Kollegen Bescheid zu sagen, dass wir fortsetzen können. Die Zeugin nebst Rechtsbeistand hat schon Platz genommen. Bitte kurz einmal nach draußen informieren. Dann die Tür dort auch schließen, dass wir dann beginnen können. - Ich fange dennoch schon mal ein bisschen mit den Formalia an.

Frau Folter, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses hier willkommen. Hoffe, Sie hatten eine angenehme Reise und auch einen angenehmen Aufenthalt.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Wolfgang Egle Platz genommen. Herr Egle, auch ich darf Sie im Namen des Ausschusses herzlich willkommen heißen und hoffe, auch Sie hatten eine so weit angenehme Anreise und einen guten Aufenthalt bei uns. Herr Egle, wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie Ihren Zeugen beraten; da hatten wir eben sozusagen ein Lehrbeispiel. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Ich lege das auch insoweit aufgrund der Vorkommnisse eben besonders eng aus: Auch schriftliche Notizen - man lernt ja nie aus - könnten dazuzählen. Das heißt, da haben wir eine relativ enge Auslegung. Insbesondere dürfen Sie Ihren Mandanten während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben; darauf war das bezogen. Gegebenenfalls aber - und das ist selbstverständlich - können Sie oder Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

(RA Wolfgang Egle: Nein!  
Das ist mir so weit bekannt!)

- Wunderbar.

Frau Folter, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine

mündliche Zeugenbelehrung in dieser Sitzung einverstanden erklärt. Dafür, wie immer an der Stelle, einen herzlichen Dank, weil das spart uns in der Summe ungemein wertvolle Zeit, die wir lieber Sie befragen. Dafür nochmals danke schön.

Insoweit kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würden, bitte ich an dieser Stelle um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Ausführungen noch Fragen?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar.

Dann möchte ich Sie noch bitten - das ist für uns sehr wichtig -, dass Sie das Mikrofon - beide -, wenn Sie was zu sagen haben, immer benutzen. Das geht hier relativ einfach, indem Sie den Button mit dem Zeigefinger drücken. Dann erscheint hier ein Licht, der rote Ring leuchtet, und dann ist Ihr Mikrofon aktiv.

Frau Folter, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienort mitteilen.

**Zeugin Franziska Folter:** Mein Name ist Franziska Folter. Ich bin 30 Jahre alt, bin Sachbearbeiterin bei der Deutschen Bundesbank. Und die Dienstadresse ist die Marstallstraße 3 in 70173 Stuttgart.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Schöne Adresse. Das kenne ich noch aus meiner Zeit. - Vielen Dank. Frau Folter, Sie können, wenn Sie das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeugin Franziska Folter:** Danke schön. - Ich würde erst mal damit kurz beginnen, darzulegen, was ich in meiner Funktion als Institutsbetreuerin gemacht habe und wie das bei uns so abläuft, um das in einen Rahmen zu bekommen.

Ich war Institutsbetreuerin bei der Hauptverwaltung in Bayern bis Mitte November 2019, bevor ich dann nach Stuttgart gewechselt bin. In meiner Funktion als Institutsbetreuerin bin ich für die laufende Überwachung von Kreditinstituten und da im Speziellen für Less Significant Institutions, also weniger bedeutende Institute, zuständig und während meiner Tätigkeit in der Hauptverwaltung in Bayern für Institute mit Sitz im Freistaat Bayern. Ich war für die Auswertung von allen Informationen, die ich über die mir zugeordneten Institute erhalten habe, zuständig und war in dieser Zeit auch für die Wirecard Bank von Ende 2014 bis dann November 2019 zuständig.

Wir als Bundesbank sind für den überwiegenden Teil der operativen Tätigkeit in der Bankenaufsicht zuständig. Das heißt, wir werten alle eingereichten Unterlagen aus. Wir werten Anzeigen aus und auch regelmäßig einzureichende bankaufsichtliche Meldungen. Die Prüfungsberichts-auswertung fällt in unsere Zuständigkeit, das heißt Jahresabschluss- und Einlagensicherungsprüfungsberichte beispielsweise sowie Auswertungen von Jahresabschlussunterlagen allgemein, die Auswertung von bankgeschäftlichen Prüfungen, das heißt Prüfungen, die die Bundesbank selber im Auftrag der BaFin durchführt, und jedwede Sachverhaltsaufklärung, die wir im Zusammenhang mit dem Institut vonnöten halten. Für jede Unterlage oder in der Regel für die meisten Unterlagen, die wir bekommen, fertigen wir dann Stellungnahmen oder Vermerke an, die wir dann an die BaFin adressieren, und je nachdem, wie der Sachverhalt sich darstellt, gegebenenfalls auch mit einem Handlungsvorschlag, weil dann die BaFin die Behörde ist, die Verwaltungsakte erlässt und im Zweifel Maßnahmen ergreift.

Jährlich gibt es in der Regel eine Risikoanalyse, in die alle Informationen, die wir über ein Institut haben, einfließen, wo wir die Institute dann einstufen. Zudem haben wir jährlich mindestens ein Aufsichtsgespräch mit den Instituten; nach Bedarf gibt es dann auch noch weitere. Meistens sind die dann mit dem Vorstand; das entscheidet dann das Institut, wenn der Adressatenkreis ein größerer sein soll.

Im Prinzip ist das meine Tätigkeit: Bei der Hauptverwaltung bin ich für die Sammlung der Informationen und für die Anforderung weiterer Unterlagen zuständig, erarbeite dann eine erste Stellungnahme, die ich dann intern mit meinen Vorgesetzten abstimme. Wir diskutieren drüber, wie man gewisse Sachverhalte dann einstuft. Es wird auch jeder Schriftsatz, der da an die BaFin adressiert ist, in der Regel auch mit den Vorgesetzten abgestimmt. Und je nachdem, wenn der Vorgesetzte das Gefühl hatte, es ist ein größerer Sachverhalt, geht es dann auch in der Hierarchie gegebenenfalls nach oben.

Die Zentrale ist in die operative Tätigkeit bei uns nicht eingebunden, ist aber dazu da, dass, wenn wir Grundsatzfragen haben, die wir jetzt als Hauptverwaltung nicht allein entscheiden können oder die es noch nie gab, wo wir noch keinen Vergleichsfall haben - - adressieren wir das an die Zentrale, die dann dafür sorgt, dass bundesweit einheitlich gewisse Dinge ausgelegt werden. Die Grundsatzfragen werden abhängig davon dann auch zwischen Bundesbank, Zentrale und BaFin abgestimmt. Da weiß ich - - Also, das übersteigt dann meine Zuständigkeit, welche Themen abgestimmt werden und welche nicht.

Wie schon gesagt, war ich für die Wirecard Bank von Ende 2014 bis Mitte November 2019 zuständig und habe in dieser Zeit diverse Sachverhalte analysiert, Stellungnahmen verfasst und Vermerke an die BaFin adressiert. Das wäre es jetzt zu meiner Einordnung. Wir haben die Überwachung der Solvenz, Liquiditätslage, Risikosituation, das Risikomanagement; zudem fließen bei uns Themen wie die Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells und die Ausgestaltung der Organisation im Institut zusammen.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das wäre mein Eingangsstatement. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Folter. - Dann würde ich in geübter Praxis mit einigen allgemeinen Fragen beginnen. Inwieweit haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet, weil Sie ja laut Unterlagen am 15. November - Sie haben es ja auch eben selbst erläutert - 2019 das Tätigkeitsfeld und auch den Dienstort gewechselt haben?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, ich habe mir noch mal die Unterlagen, die im Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt wurden - - habe ich noch mal reingeguckt, um mir auch einfach die Themen noch mal ins Gedächtnis zu rufen, weil es dann doch schon einige Zeit wieder her ist. Ich habe mich insgesamt mit der Rechtsabteilung über das Thema Untersuchungsausschuss, die rechtliche Einordnung - wie läuft das praktisch dann alles ab? - unterhalten. Ja, also, im Prinzip war es das.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Kommen wir zu einer Frage; da bewegen wir uns ja immer so in einem Spannungsfeld. Die Bankenaufsicht ist ja eine gemeinsame Aufgabe von Bundesbank und BaFin. Und wie lief aus Ihrer Sicht, und zwar jetzt konkret bezogen auf den Untersuchungszeitraum und Ihre Tätigkeit eben bis zum 15. November 2019, die Zusammenarbeit - und da definiere ich auch: die Kommunikation, der Austausch - mit der BaFin ab? Wie haben Sie das wahrgenommen? Wie würden Sie das aus Ihrer Sicht schildern?

**Zeugin Franziska Folter:** Man hat immer versucht, wenn irgendwas war, also sowohl wir als Bundesbank als auch die Kollegen der BaFin, dass man sich gegenseitig informiert, dass man sich gegenseitig einbindet, dass man Dinge auch einfach mal abstimmt, bilateral am Telefon, bevor man dann größere Stellungnahmen dazu verfasst. Insgesamt war die Kommunikation so wie mit allen anderen BaFin-Kollegen, die ich so in der Zeit bisher auch hatte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das wäre jetzt interessant. Wie war denn die so mit den anderen? Würden Sie die in Ihrer Wahrnehmung und im

Vergleich als gut, sehr gut - - Wie klassifiziert man das?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wir waren eigentlich immer im regen Austausch. Also, man hatte, wenn wirklich wieder irgendein Thema war, ich will jetzt nicht sagen: täglich, aber man hat schon relativ häufig auch - - dass man einmal die Woche oder so was dann telefoniert hat, weil ein Thema war, was man besprochen hat, oder wenn man in der Presse was gelesen hat, dass man dann sich gegenseitig informiert hat, abgesprochen hat: Müssen wir was machen? - Das habe ich aber auch mit den anderen BaFin-Kollegen, die ich hatte. Und das hängt dann natürlich auch immer so ein bisschen davon ab: Die Wirecard AG als dann DAX und davor MDAX war natürlich auch in der Presse anders aktiv wie jetzt ein kleines regionales Institut. Da hat man dann im Zweifel eher mal weniger Kontakt, aber - - Also, da waren wir eigentlich schon immer - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben Sie das so wie in einer guten Beziehung wahrgenommen, also wechselseitig, oder war da doch einer, der dann mehr angerufen hat, und der andere, der etwas vielleicht in der Beziehung passiver war? Wie haben Sie das wahrgenommen?

**Zeugin Franziska Folter:** Das ist jetzt tatsächlich einfach auch schon eine gewisse Zeit her.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, ich weiß.

**Zeugin Franziska Folter:** Ich würde aber fast sagen, dass das durchaus auch wechselseitig dann war. Also, wir als Bundesbank sind natürlich erstmal für die Sachverhaltsaufklärung da. Wenn irgendwas ist, sind wir die Ersten, die die Unterlagen analysieren und dann den Schritt auf die BaFin zugehen; aber eigentlich war da immer beidseitig dann der Austausch. Also, wenn die Kollegen eher was erfahren haben als wir, sind die auf uns zugekommen. Und wenn wir das hatten, dann sind wir auf die zugekommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das klingt gut. Okay. - Jetzt eine Standardfrage, die wir immer





## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben - nicht erschrecken -: Besaßen Sie im Untersuchungszeitraum Aktien oder Derivate der Wirecard AG?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Können Sie noch mal erläutern - das hatten Sie schon getan -, was so Ihr Aufgabenbereich war? Aber wie viele Kollegen waren mit der laufenden Aufsicht über die Wirecard Bank AG betraut? Also, waren das Sie jetzt alleine, oder war um Sie herum eben noch ein Stab von anderen Mitarbeitern, an die Sie etwas delegiert haben, die andere Teilbereiche des Unternehmens vielleicht als Fachprüfung oder Fachaufsicht ausgeübt haben? Wie war da ungefähr die Mitarbeiterzahl?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, in der laufenden Aufsicht als Institutsbetreuerin während meines Zuständigkeitszeitraums war ich allein zuständig, natürlich dann noch die Sachgebietsleitung, die dann für einen Pool, sage ich mal, von Instituten mit zuständig ist, über den Referatsleiter bis zum Regionalbereichsleiter.

Dann gibt es bei uns noch die Trennung zu den bankgeschäftlichen Prüfern. Das sind die, die dann mit rausgehen ins Institut und die Prüfung vor Ort vornehmen. Die sind dann für einen Prüfungszeitraum, wenn die BaFin eine Prüfung anordnet, auch noch mit dabei. Aber die laufende Aufsicht war hauptsächlich ich, Institutsbetreuerin, also zumindest ausschließlich ich in der Zeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wissen Sie, wer, nachdem Sie am 15. November Tätigkeitsfeld und -ort gewechselt haben, Ihre Aufgabe dann stattdessen innerhalb der Deutschen Bundesbank übernommen hat?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja. Das war eine Kollegin, die mit mir im Büro saß.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie uns den Namen nennen? Das wäre nett.

**Zeugin Franziska Folter:** Die Frau Christine Huber.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Christine Huber?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ich würde jetzt kurz noch zu einem Sachverhalt, bevor ich den Stab weiterreiche, kommen, der uns heute, also mir, das erste Mal über den Weg sozusagen lief. Vorhin saß der Kollege Wexeler hier vor uns und hat einen Vorfall geschildert - ich sage „geschildert“ ganz bewusst; wir können ja auch nur sagen: das hat er geschildert - und hat auch gesagt, er hat entsprechend den anderen Geschäftsbereichsbehörden bekannt gemacht, er ist wohl im Zusammenhang mit einem Kredit, den er nicht gewähren wollte, in das Büro des Vorstandsvorsitzenden der Wirecard AG - als ein Vorstandsmitglied, der Kollege Wexeler, der Wirecard Bank AG -, zu Herrn Markus Braun ins Büro zitiert worden. Und so wie er das geschildert hat, hat Herr Markus Braun erheblichen Druck versucht auszuüben auf den Vorstand der Wirecard Bank AG. Es wurde unter anderem die Bemerkung - so aus der Erinnerung des Zeugen - - ist wohl fallen gelassen worden: Mir gehört das alles hier. - Und der Vorstand hat auch ausgeführt, dass er schon den Eindruck hatte, da passiert eh nur, was Marsalek und Braun zu sagen haben, und die haben sich da schon wie Könige im Königreich aufgeführt. Ich war etwas überrascht über den Vorfall, wie er den geschildert hat.

Und er hat aber auch gesagt, das hat er entsprechend weitergereicht. Er weiß nicht, ob da entsprechend etwas kam. Insbesondere als er dann im November 19 auch mitteilte, dass er sein Engagement sozusagen - ich will es neutral formulieren - bei der Wirecard Bank beendet, ist das wohl im Gespräch mit der Bundesbank zur Sprache gekommen.

Ist Ihnen dieser Vorfall bekannt, und, wenn ja, wie haben die Bundesbank und Ihre Abteilung auf diesen, wie ich finde, gewichtigen Vorgang - - Wenn Sie sagen „Risikomanagement“, dann ist das ja ein Risikoaspekt, wenn also tatsächlich innerhalb einer Konzernstruktur die Konzernmutter auf eine rechtlich eigentlich selbstständige Konzerntochter, insbesondere bei solchen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wichtigen Entscheidungen, Druck ausübt. Wie ist da Ihr Kenntnisstand?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine, dass das dann wahrscheinlich nach meiner Abwesenheit gewesen sein muss. Also, ich weiß, wir hatten ein Gespräch, wo der Herr Wexeler uns Unterlagen gegeben hat, die aber unabhängig von dem Sachverhalt jetzt waren, wo er uns informiert hat, dass vermutlich sein Vertrag nicht verlängert werden würde. Ich meine, dass aber dann - - Also, während meiner Zeit hatten wir dann kein Gespräch. Man hatte ihm damals dann angeboten, er könne noch ein Exit-Gespräch -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, das - -

**Zeugin Franziska Folter:** - mit der Aufsicht bekommen. Das habe ich aber dann tatsächlich nicht mehr miterlebt; also, ich weiß jetzt nicht, ob er dann in dem Exit-Gespräch das erwähnt hat. Das war dann nach meiner Zuständigkeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt, dieses Exit-Gespräch müsste dann Ihre Nachfolgerin, die Christine Huber, geführt haben. Weil Herr Wexeler hat hier klar gesagt, er hat diesen Vorfall, den ich für sehr gravierend halte, mitgeteilt, konnte jetzt aber auch nicht sagen, ob die BaFin oder die Bundesbank - je nachdem, wer jetzt alles davon Kenntnis hatte - entsprechend da auch Schritte und Maßnahmen eingeleitet hat, bis hin vielleicht auch mal den Markus Braun zur Rede zu stellen oder zu diesem Vorgang zu befragen. Das wissen Sie nicht?

**Zeugin Franziska Folter:** Das war tatsächlich dann nach meiner - - Also, ich weiß, in diesem Gespräch, wo wir hatten zu dem anderen Sachverhalt, wo er uns erzählt hat, dass der Vorstandsvertrag wahrscheinlich nicht verlängert wird, waren ich und die Referatsleiterin anwesend. Möglicherweise war da die Frau Huber - - Das weiß ich nicht, ob die da auch mit anwesend war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, aber müsste ja als Ihre Nachfolge. Einer muss ja das Exit-Gespräch dann geführt haben, das Herr Wexeler

uns hier beschrieben hat. - Was war denn zumindest in diesem ersten Gespräch, was Sie geführt haben, Inhalt? Können Sie das noch erinnern, was Herr Wexeler so gesagt hat in diesem Gespräch, warum, wieso er hier sein Engagement sozusagen beendet bei der Wirecard Bank AG?

**Zeugin Franziska Folter:** Das war tatsächlich - - Also, daran erinnere ich mich wirklich nicht mehr, was - - Also, es war auch nicht - - Der Anlass war nicht, dass der Vertrag nicht verlängert wird. Ich meine, dass er uns einen Prüfungsbericht dann ausgehändigt hat. Aber was wir tatsächlich besprochen haben - - Das ist einfach schon zu lange her, und zwischendrin waren schon zu viele andere Sachen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Danke. - Dann wäre ich jetzt erst mal durch. - Dann Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender! Frau Folter, vielen Dank, dass Sie uns Auskunft geben. - Ich habe zunächst zu Ihren bisherigen Statements noch zwei Nachfragen, und zwar: Sie haben uns ja gerade geschildert, dass Sie für die laufende Aufsicht alleine zuständig waren, jetzt unabhängig von Ihren Vorgesetzten, die natürlich auch irgendwo zuständig waren. Aber nur um das mal so zu quantifizieren: Für wie viele Institute sind Sie denn - jetzt außer der Wirecard Bank - noch zuständig gewesen?

**Zeugin Franziska Folter:** Es gab zwischendrin dann auch mal Wechsel. Ich meine, es waren zwischen drei und vier, aber eher so um die drei Institute.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Also, drei und vier zusätzliche, also waren so vier bis fünf insgesamt, für die Sie so -

**Zeugin Franziska Folter:** So, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - dauerhaft zuständig waren. - Sie hatten vorhin gesagt, was Sie so machen und dass Sie Stellungnahmen erarbeiten und das dann mit den Vorgesetzten abstimmen. Und dann hatten Sie so im Nebensatz gesagt: Und manchmal geht es dann so in der Hierarchie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nach oben. - Das sind dann vor allem Fälle, wenn irgendwie Schwierigkeiten auftauchen wahrscheinlich, oder?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, war bei uns so geregelt, dass das dann der Sachgebietsleiter entschieden hat, wenn er die Hierarchie weiter mit einbinden möchte. Also, ich habe mich immer mit meinem Sachgebietsleiter abgestimmt. Und er hat dann entschieden, wenn er einen Fall für notwendig erachtet hat, dass das dann in der Hierarchie hochgegeben wird. Ja, wenn es jetzt - - Muss ich jetzt überlegen, wo die dann - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vielleicht konkret bei Wirecard interessiert es uns.

**Zeugin Franziska Folter:** Ja. Ich überlege jetzt gerade, wo wir die dann mit eingebunden haben. Ich meine beispielsweise das Thema „Einstufung Finanzholding“. Also, ich kann es jetzt nicht mehr mit hundertprozentiger Sicherheit sagen; ich meine aber, dass da wahrscheinlich das dann mit eingebunden wurde.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, zur Finanzholding komme ich später noch. - Ich würde jetzt erst mal beginnen mit den Krediten. Und zwar ist ja aus den Akten zu entnehmen, dass einige Kredite der Wirecard Bank AG aufgrund von Empfehlungen des Vorstandsmitglieds Jan Marsalek, also Vorstandsmitglied der Holding, aus strategischen Gründen vergeben wurden. Als Sicherheit gab es dafür dann jedes Mal eine Bürgschaft des Konzerns an die Wirecard Bank. Und da gibt es ja auch entsprechende bankaufsichtsrechtliche Pflichten zur Anzeige bei der Bundesbank, bei solchen Großkrediten und auch Millionenkrediten. Was können Sie uns zu diesen strategischen Krediten sagen?

**Zeugin Franziska Folter:** Wir haben - - Also, im Prüfungsbericht, im Jahresabschlussprüfungsbericht hatten wir zu diesen Krediten was mit drinstehen. Wir haben sie in unseren Großkreditmeldungen, wenn sie die Grenze überschritten haben, gesehen, haben es uns angeguckt, haben das Thema auch mit im Aufsichtsgespräch adressiert. Es war, soweit ich mich erinnern kann, auch Thema der bankgeschäftlichen Prüfung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Spielte denn da eine Rolle, dass da vom Konzern irgendein Einfluss genommen wurde auf die Kreditvergabe durch Herrn Marsalek, der ja mit der Bank eigentlich gar nichts zu tun hatte? Oder fiel der Name da mal, Marsalek?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein. Also, würde ich mich jetzt nicht dran erinnern, dass der Name in diesem Zusammenhang gefallen ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wann haben Sie das erste Mal von Herrn Marsalek gehört?

**Zeugin Franziska Folter:** In den Nachrichten hat man da von Herrn Marsalek natürlich gelesen, dass er mit bei der Wirecard AG im Vorstand ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber zu Ihrer aktiven Zeit in Bayern war Ihnen der Name Marsalek gar nicht geläufig.

**Zeugin Franziska Folter:** Ich wusste, dass er mit Vorstandsmitglied der Wirecard AG ist, das ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber dass er in irgendeiner Weise Einfluss genommen hat auf die Bank, ist Ihnen nicht untergekommen in Ihrer Tätigkeit?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein. Nicht dass ich wüsste. Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ein Herr O'Sullivan, ist Ihnen der auch nicht untergekommen in dem Zusammenhang?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Ich komme jetzt zu der Kreditvergabe an Senjo Trading. Im Dezember 2016 hat die Wirecard auf Empfehlung des Herrn O'Sullivan einen Kredit in Höhe von 13 Millionen US-Dollar erhalten. Ist Ihnen dazu irgendwas erinnerlich?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Wenn wir jetzt hier über 13 Millionen US-Dollar reden -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch wenn Sie diesen konkreten Fall jetzt nicht im Hinterkopf haben; da ging es um ein Unternehmen aus Singapur -: Ist das nicht irgendwie erstaunlich, dass so ein großer Kredit für so eine vergleichsweise kleine Bank aus Singapur dann - - Die kommen dann auf die Wirecard Bank zu. Ist das nicht irgendwie eigenartig so als Aufsicht, aus Blickrichtung der Aufsicht?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, ich erinnere mich jetzt leider tatsächlich nicht mehr dran, ob wir zu diesem Themengebiet dann Nachforschungen angestellt haben und drüber gesprochen haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Die Bank hat ja im Wesentlichen Kreditgeschäft gemacht für die Holding; also, alles, was so mit Geschäften der Holding zu tun hat, da war die Bank involviert, haben wir heute auch noch mal bestätigt bekommen. Also, Kreditvergaben jetzt an irgendwelche Dritten, die gar nichts mit Wirecard AG zu tun hatten oder mit dem Konzern, hat es ja nahezu nicht gegeben. Ist das auch - - Oder das ist ja wahrscheinlich unüblich - oder? - bei den anderen Instituten, die Sie so beaufsichtigen.

**Zeugin Franziska Folter:** Das hängt ganz vom Geschäftsmodell dann ab. Also, die sind alle sehr unterschiedlich dann einfach. Das kann man so pauschal nicht sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, wenn eine Holding irgendwo darunter eine Bank hängen hat, dann kommt das schon ab und zu vor, dass es eine Konstruktion gibt, dass die sich nur um das Geschäft der Holding kümmert?

**Zeugin Franziska Folter:** Das ist tatsächlich - - Also, diesen Fall hatte ich nicht. Da habe ich den Überblick einfach in meiner Position nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Haben Sie schon mal was von einem Fonds EMIF 1A gehört?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sagt Ihnen der Name Ocap etwas, die Firmenbezeichnung Ocap Management Limited? - Auch da gab es einen

Kredit, und zwar gab es da einen weiteren Kredit am 31. Januar 2018, auch wieder 13 Millionen Euro, von der Wirecard Bank AG an die Ocap Management Limited, die vormals Senjo Trading Limited hieß; das war die Gesellschaft von gerade, von der ich bereits vorhin gefragt hatte. Also, da gab es quasi zweimal eine Kreditvergabe. Und die Sicherheit kam wieder von der AG, und es gab wieder eine Bürgschaft. Aber das sagt Ihnen auch nichts, dieser Kredit?

**Zeugin Franziska Folter:** Ist mir jetzt zumindest nicht erinnerlich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Sie haben doch gesagt, Sie haben sich die Unterlagen noch mal angeguckt. Das war ja wahrscheinlich dann schon eine besonders auffällige Position, weil das waren ja eher die großen Kredite dann.

**Zeugin Franziska Folter:** Ich habe mir tatsächlich im Großen - - die großen Themen dann noch mal angeguckt. Tatsächlich so ins Detail - - war einfach auch die Zeit seit meiner Ladung zu kurz.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Ja, dann erübrigen sich vielleicht da schon einige andere Fragen, die ich dann Ihren Vorgesetzten stellen werde. - Ich würde Sie bitten, noch mal was zum Thema „Finanzholding, Einstufung“ zu sagen. Vielleicht fangen wir damit an, wie Sie da einbezogen waren in diese Überlegungen.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, ich habe die Tätigkeit von einem Kollegen Ende 2014 übernommen. Da gab es dieses Thema: Wie ist die Einstufung der Holdingstruktur aufsichtlich zu beurteilen? - Ich habe den Sachverhalt übernommen. Wir haben Unterlagen noch mal vom Institut dann angefordert, weil wir gesagt haben: Wir müssen überprüfen, ob die direkte Muttergesellschaft als Finanzholdinggesellschaft einzustufen ist und damit zu konsolidieren oder ob die Konzerngesellschaft vielleicht sogar als Finanzholding einzustufen ist und dann zu konsolidieren. - Dazu haben wir dann aber weitere Informationen zu den Unternehmen gebraucht; die haben wir dann auch angefordert.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Darf ich einmal dazwischenfragen: Bei der Bank AG haben Sie das angefordert oder bei der Zwischenholding oder bei der Holding?

**Zeugin Franziska Folter:** Nee, bei der Bank.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Bei der Bank.

**Zeugin Franziska Folter:** Genau, weil die Bank dann unser direkter Adressat ist, der unter der Aufsicht ist; da haben wir die Unterlagen dann auch bekommen. Die haben wir ausgewertet, haben dann unsere Stellungnahme verfasst. Weil wir uns aber bei der Einstufung oder der Auslegung der Gesetzeslage nicht sicher waren, haben wir den dann noch mal zur Abstimmung auf jeden Fall nach Frankfurt in die Grundsatzabteilung gegeben, haben da dann eine Rückmeldung bekommen, haben vor dem Hintergrund der Rückmeldung uns das noch mal angeguckt, haben, meine ich, dann auch unsere Stellungnahme angepasst, haben das dann der BaFin zugeschickt, haben, ich meine, im Aufsichtsgespräch das Institut dann darüber informiert, dass die direkte Muttergesellschaft als Finanzholdinggesellschaft einzustufen ist und dementsprechend eine Konsolidierungspflicht besteht.

Und dann kam die Idee, die Konzernstruktur umzuändern, dass die Bank direkt unter der AG hängt, weil dann keine Konsolidierungspflicht besteht, weil keine Finanzholdinggesellschaftseigenschaft mehr besteht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie noch mal sagen, was das bedeutet, dass Konsolidierungspflicht besteht?

**Zeugin Franziska Folter:** „Konsolidierungspflicht besteht“ heißt, man fasst die Unternehmen, die im Konsolidierungskreis beinhaltet sind, so zusammen, als wären sie ein Institut, und bekommt dann Meldung auf zusammengefasster Ebene.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie hatten gesagt: Da kam die Idee mit dieser Strukturveränderung. - Wer hatte die Idee?

**Zeugin Franziska Folter:** Das hat ein Bankvertreter im Aufsichtsgespräch dann, meine ich, gesagt gehabt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, ein Vertreter der Wirecard Bank AG hat das Ihnen gegenüber geäußert so nach dem Motto, man könnte auch die Konzernstruktur ändern, so ungefähr?

(Die Zeugin nickt)

- Mhm. - Und da ging es ja darum, es so zu gestalten, dass dann keine Aufsicht, also dass dann keine Einstufung als Finanzholding stattfindet. Das ist ja die Zielrichtung gewesen, weil das natürlich unangenehm ist, wenn man von der BaFin beaufsichtigt wird, grundsätzlich. Also, das war ja die Zielrichtung: Man wollte ja wahrscheinlich keine BaFin-Aufsicht, und deshalb wollte man als Bank dann auch keine Einstufung als Finanzholding. Oder spielte das eine Rolle?

**Zeugin Franziska Folter:** Tatsächlich was die Hintergründe waren, die im Konzern eine Rolle gespielt haben, dazu kann ich nichts sagen. Nachdem die Einstufung der Acquiring & Issuing als Finanzholding und die Verneinung der Finanzholdingeigenschaft für die AG da war, war einfach die - ich nenne es - Idee im Raum, dass dann die Bank gesagt hat, dann würde es ja die Möglichkeit geben, dass, wenn man die Bank umhängt und die AG weiterhin nicht als FHG, also Finanzholdinggesellschaft, einzustufen ist, dann keine Konsolidierung erfolgen muss.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und dann wurde also diese Idee geäußert in diesem Gespräch. Und was ist dann weiter passiert? Hat dann irgendwer das geprüft, oder haben Sie das irgendwie weitergegeben oder Ihre Vorgesetzten? Wie ging es dann weiter?

**Zeugin Franziska Folter:** Wir haben - - Ich muss kurz überlegen. - Ich meine, wir haben uns dann auf jeden Fall mit der BaFin abgestimmt, wie damit umzugehen wäre, und es wurde dann auch geklärt, ob dann für den Fall einer Umhängung ein Inhaberkontrollverfahren notwendig wäre. Das haben wir dann auch so dem Institut kommuniziert, dass, wenn diese Umhängung erfolgen





## Nur zur dienstlichen Verwendung

soll, dann ein Inhaberkontrollverfahren stattfinden muss.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Also, noch mal zu meinem Verständnis: Sie haben - also „Sie“ im Sinne von Bundesbank - also mit der BaFin sich über die Frage ausgetauscht, welchen Einfluss so eine gesellschaftsrechtliche Umhängung auf die Einstufung als Finanzholding hätte?

**Zeugin Franziska Folter:** Spätestens zu diesem Zeitpunkt, ja. Ich meine, dass das auch wahrscheinlich in der Prüfung dann, ob die AG als Finanzholding einzustufen ist, schon mit einer Rolle gespielt hat, dieses Gedankenspiel: Was würde passieren, wenn?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist das eigentlich - - Passiert so was ergebnisoffen? Oder geht dann die BaFin so nach dem Motto ran: „Wir wollen gerne so viel wie möglich beaufsichtigen“ oder nach dem Motto: „Wir wollen wirklich so wenig wie möglich beaufsichtigen“, oder ist das völlig ergebnisoffen und allein an der Sache orientiert?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, nach meinem Empfinden ist das ergebnisoffen und an der Sache orientiert. Wir haben die Gesetze, die wir haben. Wir sehen: „Wie ist es in dem besagten Fall?“, und überprüfen dann, ob die Voraussetzungen, die in dem Fall die CRR uns gibt, erfüllt sind oder nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie hatten berichtet, dass es da unterschiedliche - - oder eine Unklarheit gab - hatten Sie ja berichtet - über die Einstufung. Und dann haben Sie sich noch mal in Frankfurt bei der Grundsatzabteilung erkundigt. Vielleicht können Sie zunächst einmal sagen, was denn da die verschiedenen Positionen vorher waren oder die Unklarheit.

**Zeugin Franziska Folter:** Wir hatten das Problem, dass im Gesetz steht, dass eine Finanzholding dann als Finanzholding einzustufen ist, wenn ihre Tochterunternehmen hauptsächlich oder überwiegend Institute, ich meine, Finanzinstitute, sind.\* Und mit dieser Auslegung - - Was verstehe ich unter „hauptsächlich“? - Ja, „hauptsächlich“ war jetzt für uns nicht greifbar.

Woran messen wir das? Da hatten wir dann das Problem und haben das dann noch mal nach Frankfurt gegeben. Und in diesem Zusammenhang - - Also, das war der erste Schritt.

Und dann haben wir auch noch mal später unsere finale Stellungnahme, die wir uns erarbeitet haben, den Kollegen zur Abstimmung gegeben, dass die einfach mit ihrem Wissen, das die haben - weil ich speziell dann das Thema Finanzholding auch noch nicht hatte -, auch noch mal mit dem Blick: „Wie wird das bundesweit gehandhabt?“, drüberschauen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das heißt, es gab erst mal eine Stellungnahme von Ihnen bzw. Ihnen und Ihren Vorgesetzten zusammen, sage ich mal.

(Die Zeugin nickt)

Und dann ist es ja nach Frankfurt gegangen. Und dann hatten Sie gesagt, Sie haben die Stellungnahme noch mal angepasst. Also, was war ursprünglich in der Stellungnahme drin? War da „Finanzholding, ja/nein?“, oder was stand da drin? Oder stand da drin: „Wir sind uns unsicher“?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine, die Einstufung Finanzholding waren wir mit - - also, hat die Zentrale dann unsere Stellungnahme bejaht. Ich glaube, unsere Schlussfolgerung war - ich bin mir nicht mehr sicher, ob wir das dann in der ersten Schlussfolgerung hatten -, dass man eine Befreiungsmöglichkeit in Anspruch nimmt. Die hatte die Zentrale dann, meine ich, nicht geteilt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie das noch mal erklären mit der Befreiungsmöglichkeit?

**Zeugin Franziska Folter:** In der CRR gibt es die Möglichkeit, nachgeordnete Unternehmen unter gewissen Voraussetzungen von der Konsolidierungspflicht auszunehmen. Und da hatten wir erst mal mit argumentiert, dass, wenn es ja die Möglichkeit gibt, die AG umzuhängen, man dann ja auch - -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, mit „AG“ ist jetzt die Bank gemeint?

**Zeugin Franziska Folter:** Nee, also die Muttergesellschaft, -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ach so.

**Zeugin Franziska Folter:** - die Wirecard AG. Also, nein, Entschuldigung: die Bank umzuhängen unter die AG, so rum.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau.

**Zeugin Franziska Folter:** Genau. - Wenn es diese Möglichkeit gibt, könnte man ja grundsätzlich diesen Artikel 19 gegebenenfalls auch so auslegen, dass dann so ein Ausnahmetatbestand gegebenenfalls infrage kommt. Und da hat dann die Zentrale gesagt: Nein, das ist von so was nicht erfasst. Wenn, dann muss tatsächlich so eine Umhängung auch erfolgen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber ist das Aufgabe der Bundesbank, das zu prüfen in einem Zeitpunkt, wo das ja noch gar nicht erfolgt ist? Also, ist es nicht eigentlich Aufgabe des Unternehmens - welches jetzt auch immer, ob Bank, Zwischenholding oder Holding -, ich sage mal, gesellschaftsrechtlich etwas zu gestalten, und dann gucken danach Bundesbank und BaFin drauf: „Ist das jetzt eine Finanzholding, oder ist das - - Und ich verstehe das jetzt eher so nach dem Motto: Da kam die Idee auf: „Wir machen gesellschaftsrechtlich irgendwas, verändern etwas“, und dann gab es einen gemeinsamen Überlegungsprozess zwischen Bundesbank, BaFin und dem Unternehmen, ob das dann eine Finanzholding wird.“

**Zeugin Franziska Folter:** Dieser Abstimmungsprozess war zwischen BaFin und Bundesbank; also, da war dann tatsächlich das Unternehmen nicht mit drin. Aber im Prinzip versuchen wir auch bei so einer Stellungnahme und so einer Sachverhaltsaufklärung, das ganze Bild mit aufzunehmen. Und dazu gehören natürlich dann auch so Überlegungen: Was passiert, wenn so eine Umhängung stattfindet? Was würde dann

passieren? Wie würde man damit umgehen müssen?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber es war ja noch gar keine Umhängung erfolgt. Also, auf welcher Grundlage haben Sie das denn dann geprüft?

**Zeugin Franziska Folter:** Die Information vom Institut, dass es diese Möglichkeit ja gäbe, war vorhanden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, die Info kam von der Bank AG. Und dann haben Sie quasi geprüft ab da?

**Zeugin Franziska Folter:** Geprüft haben wir - - Das war über einen längeren Zeitpunkt. Ich habe ja den Sachverhalt vom Kollegen dann schon mit übernommen. Was vor meiner Zuständigkeit dann besprochen wurde oder nicht, das weiß ich nicht. Ich habe die Unterlagen dann bekommen und haben dann angefangen zu prüfen, uns die Listen geben zu lassen mit den Unternehmen. Das war ein - in Anführungszeichen - lebender Prozess mit den Informationen, die wir hatten, und dann zu dem Ergebnis zu kommen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Dann ist diese Runde erst mal zu Ende.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Matthias Hauer. - Dann ist jetzt an der Reihe Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Folter, ich würde gerne einsteigend mal wissen: Wann haben Sie denn zum ersten Mal Kenntnis erlangt, sagen wir mal, von Diskussionen um die Richtigkeit der Bilanzierung bei Wirecard, Geldwäschevorwürfe und anderen noch mal schwerwiegenden Themen, die sich in dem Unternehmen stellen?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wir haben die Pressemeldungen fortlaufend während meiner Zuständigkeit verfolgt. Wir haben natürlich auch die Berichte von „Financial Times“ - und weiß nicht, was noch alles war - dann auch gesehen. Wann das erste Mal war - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Es gibt einen Vermerk von Ihnen. Der ist auf MAT A BMF-4.58, Blatt 15, 26. Februar 2016, also kurz nach Zatarra, Thema: Artikelserie „House of Cards“ von „FT Alpha-ville“. Da schreiben Sie auf sieben Seiten gewissermaßen auf, was man Wirecard so vorwirft. Haben Sie da noch Erinnerungen dran, an diesen Vermerk?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich weiß, ich habe diesen Vermerk geschrieben. Das war eine Zusammenfassung der Artikelserie. Also, inhaltlich - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Müssen wir gar nicht ins Detail gehen. Ich frage mich nur sozusagen: Also, Sie gehören zu denjenigen, die präziser und früher zumindest wussten, worüber gesprochen wurde bei Wirecard, als viele andere Zeugen, bei denen man das auch hätte erwarten müssen, dass sie darüber Bescheid wussten. Nichtsdestotrotz frage ich mich: Hat denn gewissermaßen die Kenntnis von diesen Vorwürfen irgendeinen Einfluss gehabt auf das Aufsichtshandeln, zum Beispiel bei der Finanzholdinggesellschaft? Da hätte man ja auch auf die Idee kommen können, dass vielleicht die Gruppe doch nicht ganz so irrelevant ist für die Bank.

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine, nicht. Also, wir haben natürlich die Artikel zur Kenntnis genommen, haben sie uns auch angeschaut, haben auch mit dem Institut in Aufsichtsgesprächen drüber gesprochen. Nachdem wir aber für das Institut zuständig waren - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Die Frage zum Beispiel, ob eine Befreiung nach Artikel 19 CRR in Betracht kommt, das ist ja eine Einzelfallentscheidung - so steht es auch in der CRR drin -, also wirklich eine Ausnahme. Na ja, bei einem Konzern, der so im Gespräch ist wie Wirecard, da frage ich mich halt, da hätte man ja eigentlich eher das Gegenteil machen müssen, nämlich eher ein bisschen härter hingucken müssen, oder nicht?

**Zeugin Franziska Folter:** Wir haben das Gesetz - - So, wie es war, haben wir die uns vorliegenden Sachverhalte eingestuft, sind zu dem Er-

gebnis gekommen, dass die AG nicht als Finanzholdinggesellschaft einzustufen ist, weil die Sachverhalte waren, wie sie waren. Und dann war einfach nur die Zwischenholding - - Ja, ob es auf dieser Ebene dann Sinn macht, zu konsolidieren oder nicht. Und da war dann einfach so diese erste Überlegung: Ist es dann tatsächlich zielführend, wenn man nicht das Ganze hat, sondern auf dieser Zwischenebene, und ob es da dann - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ganz klar. Also, natürlich, die Befreiung bezieht sich auf die Zwischenholding. Da haben Sie - -

**Zeugin Franziska Folter:** Ja, genau, die Befreiung war auf die Zwischenholding bezogen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ist ganz klar, ja, ja. - Nun ist es aber so - - Können Sie denn bestätigen, dass die Nichteinstufung der Wirecard AG als Finanzholding nur dadurch möglich war, dass man EBA-Guidelines als dispositiv oder nicht bindend eingestuft hat, also davon abgewichen ist? Oder ist das im Einklang, und zwar in vollem Einklang, mit den EBA-Guidelines passiert?

**Zeugin Franziska Folter:** Nach meinem damaligen Kenntnisstand oder auch jetzigen Kenntnisstand, ja. Aber - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Also, Sie haben nicht positiv in Erinnerung, dass man bei der Einstufung von EBA-Guidelines abgewichen ist?

**Zeugin Franziska Folter:** Wäre mir jetzt nicht innerlich.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Dann hatten wir ja das Inhaberkontrollverfahren, das ja auch durchlaufen wurde, und das ja dem Zweck dient, vor allem den Inhaber zu kontrollieren; deshalb heißt es ja auch so. Hat denn die Bilanzierung und damit einhergehend die finanzielle Solidität der Wirecard AG, die ja Voraussetzung dafür ist, dass sie eine Bank haben darf, eine Rolle gespielt bei dem Inhaberkontrollverfahren?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine, wir haben zumindest die Mittelherkunft damals - - ja, wollten wir noch mal - - oder haben wir aufgefordert, dass die näher untersucht werden sollte. Aber - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist Ihnen bekannt, dass im Zuge des Inhaberkontrollverfahrens nicht, wie von der Inhaberkontrollverordnung verlangt, drei Jahresabschlüsse, Konzernabschlüsse vorgelegt worden sind, sondern nur einer?

**Zeugin Franziska Folter:** Da erinnere ich mich im - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie mit der Entscheidung, welche Dokumente vorzulegen sind oder auch nicht, zu tun gehabt im Inhaberkontrollverfahren?

**Zeugin Franziska Folter:** Wir haben eine Stellungnahme an die BaFin adressiert. Ich meine auch, dass wir damals noch mal einen Handlungsvorschlag zur Anforderung weiterer Unterlagen gemacht haben. Dann hat das tatsächlich die BaFin oder dann im Zweifel - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, Sie waren als Institutsbetreuerin auch fürs Inhaberkontrollverfahren zuständig seitens der Bundesbank, richtig?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. Weil bei der BaFin haben wir dann ein anderes Referat, BA 31. Wer war da die Hauptkontaktperson?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine, die Frau Gegg-Wecker müsste das gewesen sein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die Sachgebietsleiterin, ja. Okay. - Sie haben ja auch den Bericht gemacht zum Thema „Kreditvergabe, Kreditprozesse“ aus dem Jahr 2017; ich glaube, Dezember 2017 datiert er.

**Zeugin Franziska Folter:** Von welchem Bericht?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Den - - den Namen korrekt zitieren.

(Abg. Dr. Florian Toncar  
(FDP) blättert in seinen  
Unterlagen)

Das ist ein - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke, Herr Gottschalk.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist ein langer Bericht, 70 Seiten, 80 Seiten. Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung in Bayern: Bericht über die Prüfungsverwaltung in Bayern: Bericht über die Prüfung der Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement. - Ach so, das ist eingestuft. - Aber ob Sie damit zu tun haben, darf ich vielleicht noch fragen. Und die Überschrift war auch noch nicht so, dass hier geheime Tatsachen zitiert wurden. Es ging letztlich ums Kreditgeschäft. Sagt Ihnen das was, oder müssen wir das später näher vorlesen?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, für die Auswertung dieses Prüfungsberichts waren wir dann ja als laufende Aufsicht auch zuständig, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Auswertung, aber nicht Erstellung.

**Zeugin Franziska Folter:** Nicht Erstellung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gut. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Folter, vielen Dank für Ihre Ausführungen bisher. Das ist sehr angenehm. Wir hatten da heute schon ganz andere Erlebnisse.

Ich habe mich eine Sache gefragt: Sie hatten diese Gespräche ja, diese regelmäßigen Gespräche mit der Wirecard Bank AG. Wie sah das aus? Da waren Sie dabei. War da noch jemand anderes vonseiten der Bundesbank dabei?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Franziska Folter:** In der Regel war auf jeden Fall ein Vorgesetzter mit dabei. Ich weiß jetzt nicht mehr, wer dann genau, aber auf jeden Fall noch mit ein Vorgesetzter. Die BaFin war, meine ich, auch meistens mit dabei und dann Bankvorstände.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Und wer war da so Ihr Hauptansprechpartner bei diesen Gesprächen vonseiten der Wirecard? Wissen Sie das noch?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, für die Organisation, das habe ich meistens - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nee, nee, nee. Ich meine sozusagen, wer Ihnen gegenübergesessen hat, quasi so. Wer hat da das Wort geführt vielleicht?

**Zeugin Franziska Folter:** Das kam immer dann mit aufs Thema drauf an. Also, für die Themen, wo sie zuständig waren, haben dann die Vorstände immer geantwortet.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Ich würde gerne auch noch mal, auch wenn das die Kollegen schon angesprochen haben, ein bisschen ins Detail gehen zu der Frage Finanzholding, diese ganze Struktur. Das ist für den Ausschuss eine Frage, wo sich sehr viel darum dreht, wo wir auch verstehen wollen, wie diese Entscheidungen zustande kamen.

Da gibt es ja auch von Ihnen unterzeichnete Unterlagen, Berichte dann an die BaFin, wo Sie das dann mitgeteilt haben, hier vom 17.02.2017: „Wirecard Bank AG, Aschheim aufsichtliche Konsolidierungspflicht ...“Und da ist Ihre gesamte Prüfung, wenn ich das richtig sehe, enthalten. Vielleicht können Sie noch mal, sofern das Ihnen erinnerlich ist, ruhig vielleicht auch ein bisschen en détail erläutern: Was musste abgeprüft werden? Wo haben Sie vielleicht auch sozusagen geschwankt? Und was war dann Ihre finale Beurteilung? - Die haben Sie ja dann zusammen auch - - Das Schreiben ist unterzeichnet: Schmid.

**Zeugin Franziska Folter:** Fachgebietsleiter.\*

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Fachgebietsleiter, genau. - Wir haben das Dokument auch noch mal da.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Also, ich meine, ich habe jetzt auch nur noch zehn Minuten sozusagen.

(Heiterkeit)

Sie haben da ja - - Das ist ja wirklich - - Das könnte man ja irgendwo an der Uni oder so vorlegen, ganz klarer Prüfungsverlauf. Aber wie gesagt, wenn Sie uns noch mal erläutern könnten: Wo lagen da aus Ihrer Sicht sozusagen die kritischen Punkte?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, im Prinzip: Für die Prüfung so einer Konsolidierung schaue ich mir die Inhaberstruktur an, in dem Fall dann die Acquiring & Issuing als direkte Muttergesellschaft, prüfe dann, ob die als Mutterfinanzholdinggesellschaft einzustufen ist. Und da ist mit ein Kriterium, dass keine Mutterfinanzholdinggesellschaft drüber ist. Das heißt, ich muss dann auch prüfen eine Ebene höher: Wie ist die Wirecard AG einzustufen? - Dazu haben wir dann - - also muss man natürlich dann wissen: Welche Unternehmen sind noch mit in dem Konzern drin? Welche sind als Institut und Finanzinstitut einzustufen? Weil eine Voraussetzung für die Einstufung als Mutterfinanzholdinggesellschaft ist, dass die Tochterunternehmen hauptsächlich oder ausschließlich Institute oder Finanzinstitute sind. Dazu muss ich wissen: Was für Unternehmen gibt es? Wie sind die dann einzustufen?

Dann kamen wir in der Prüfung zum Ergebnis, dass die Wirecard AG nicht als Mutterfinanzholdinggesellschaft einzustufen ist. Und deswegen die Prüfung: Ist die Acquiring & Issuing als Finanzholdinggesellschaft einzustufen? - Da kamen wir dann zum Ergebnis: Die ist als Finanzholdinggesellschaft einzustufen, weil sie hauptsächlich oder überwiegend Institute, Finanzinstitute als Tochtergesellschaften hat und damit auf



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Ebene eine Konsolidierungspflicht bestehen würde.

Und dann war die Überlegung: Greift einer der Ausnahmetatbestände? - Da hatten wir erst mal in die Richtung - ich bin mir nicht mehr sicher, welcher Artikel es dann war - - aber ob es aufgrund der Möglichkeit, dass durch die Umhängung einer Konsolidierungspflicht entgangen werden kann - - ob einer dieser Ausnahmetatbestände greift. In dem Entwurf von uns, den wir dann zur Abstimmung an die Zentrale geschickt haben, hatten wir das als Zwischenergebnis erst mal so festgehalten mit dem, was wir auch über - - oder wie wir das dann im Zweifel ausgelegt hätten, haben dann von der Zentrale die Rückmeldung bekommen: „Nein, das ist davon nicht erfasst“, haben uns das dann natürlich alles noch mal angeguckt und haben gesagt: Okay. Mit diesem Blick kommt kein Ausnahmetatbestand in Kraft. Es ist auf dieser Ebene die Finanzholding.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Aber wir halten fest: Sie sind auch nach der Rücksprache mit der Grundsatzabteilung der Bundesbank in Frankfurt, der der Fall vorgelegt wurde - - stand nie im Raum, dass die Wirecard AG an sich eine Finanzholding darstellt.

**Zeugin Franziska Folter:** Ja. Das war nie Diskussion, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Dann: Wenn Sie auf die allerletzte Seite dieses Schreibens der Bundesbank an die BaFin gehen, dann würde ich gerne auf den allerletzten Satz eingehen. Da schreiben Sie:

Das bereits „angedrohte“

- das „angedrohte“ in Anführungszeichen -

Umhängen der Bank unter die Wirecard AG würde das Konsolidierungsproblem lösen, gleichzeitig bestünde in der Zukunft keine Lizenzierungspflicht für die Wirecard Acquiring & Issuing.

Können Sie diesen Satz noch mal erläutern?

**Zeugin Franziska Folter:** Im Prinzip war das darauf bezogen, dass, wenn die Bank direkt unter die AG gehängt wird - - dann haben wir keinen Konsolidierungskreis. Und es gibt jetzt - ich meine, es ist seit Ende 2020 - im KWG diese Pflicht zur Lizenzierung von Zwischenholdings, genau. Ich meine, das war in diesem Zusammenhang dann zumindest - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Aber jetzt erklären Sie uns noch kurz das „angedrohte“, weil das da auch in Anführungszeichen steht. Das heißt, es stand schon - - Also, weil ich konnte mit „angedroht“ nicht so ganz - - Also, angedroht vonseiten der Wirecard quasi, -

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - dass sie das machen wollen?

**Zeugin Franziska Folter:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, im Prinzip: Das hatten wir dann zu einem Zeitpunkt, als wir diese Stellungnahme - - Final auch war das dann schon, genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank. - Also, ich halte mal fest: Die Bundesbank hat die Situation im Februar 2017 geprüft, kam eindeutig zu dem Ergebnis, Wirecard AG keine Finanzholding, und kam sozusagen zu dem - - oder wusste schon, dass die Wirecard überlegt, diese Umhängung zu machen, um dann der Konsolidierungspflicht auf Ebene der Acquiring & Issuing zu entgehen.

Das wäre das zweite Dokument, worüber ich gerne noch mit Ihnen sprechen würde. Das ist eben das Inhaberkontrollverfahren. Das ist ja quasi die logische Konsequenz aus der Geschichte. Da haben Sie dann auch wieder mitgezeichnet: Schmid, gezeichnet Folter, am 30.10.2018 an die BaFin geschrieben - da kommt auch gleich ein Dokument zu Ihnen -, wo Sie im





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Prinzip auch diesen Vorgang Inhaberkontrollverfahren an die BaFin - - sozusagen Ihr Ergebnis Ihrer Prüfung mitteilen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Im Prinzip - habe ich das richtig verstanden? -: Sie prüfen ja jetzt beim Inhaberkontrollverfahren erst mal: Ist quasi diese Akquisition der Wirecard AG von der Acquiring & Issuing zulässig, oder ist das - - Oder wie ist das zu verstehen?

**Zeugin Franziska Folter:** Die handelsrechtliche Zulässigkeit fällt nicht in unseren - - sondern wir überprüfen im Prinzip, ob die Anforderungen, die der § 2c KWG stellt, erfüllt sind.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Und wenn ich mir da dann Ihr Fazit durchlese, das Sie an die BaFin übermitteln, da sagen Sie: Okay, keine Einwände. Wir sehen keine Anhaltspunkte für eine zukünftige wirksame Erfüllung der Aufsichtsanforderungen oder eine wirksame Beaufsichtigung der Wirecard Bank infrage gestellt, insbesondere da die Wirecard AG bereits seit 2005 eine mittelbar hundertprozentige Beteiligung und damit die Möglichkeit der Einflussnahme besitzt, weil das einfach eben Unternehmen waren.

Meine Frage jetzt sozusagen: Mit diesem Inhaberkontrollverfahren war dann für Sie quasi auch abgehakt erst mal im Sinne von - - dass das vollzogen werden muss, dass die Konsolidierungspflicht bei der Acquiring & Issuing sozusagen entfällt?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Dann wäre meine nächste Frage: Jetzt ist es ja nun nie real zu dieser Umhängung gekommen. Haben Sie da irgend- - Also, sozusagen: Februar 2017 haben Sie die Einschätzung an die BaFin gegeben, Oktober 2018: Inhaberkontrollverfahren, und dann, sagen wir mal, bis zur Insolvenz im Sommer 2020 ist das nicht passiert. Also, sprich: Das sind - - Dreieinhalb Jahre lang nach dieser Prüfung 2017 ist diese Umhängung - - hat sie nicht stattgefunden.

Haben Sie irgendwann noch mal bei der Wirecard Acquiring & Issuing angeklopft und gesagt: „Also, Leute, ihr werdet jetzt konsolidierungspflichtig“?

**Zeugin Franziska Folter:** Das hat man dann stillschweigend erst mal hingenommen, weil das Verfahren angedauert hat, genau. Dann hat man gewartet, bis die Entscheidung zur Umhängung da war.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und wissen Sie noch, warum das angedauert hat? Weil im Prinzip ist es ja sozusagen innerhalb des Wirecard-Konzerns gewesen. Das ist ja eigentlich nicht so kompliziert. Oder was hat man Ihnen erzählt - vielleicht auch das -, oder was hat man Ihnen gesagt, warum das andauert?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich weiß, wir haben nachgefragt. Ich erinnere mich jetzt nicht mehr dran, was dann die Antworten damals waren.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber im Prinzip, sagen wir mal, rein hypothetisch, wenn das jetzt irgendwie noch ein Jahr länger gegangen wäre - - Das war ja dann auch nicht mehr Ihr - - Sie waren da ja - - Wann sind Sie - - Wann haben Sie die Zuständigkeit abgegeben?

**Zeugin Franziska Folter:** Am 15. November 2019.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Also, 2020 waren Sie nicht mehr zuständig. Aber sagen wir mal, Ihre Nachfolgerin, die hätte wahrscheinlich, wenn das nicht vollzogen worden wäre, jetzt irgendwann dann mal sagen müssen: Okay, also, jetzt müsst ihr euch mal entscheiden. - Oder wie ist das - - Oder wann, hätten Sie gesagt, hätte man da jetzt noch mal reingehen müssen? Weil ich sage mal so: Sonst würde das ja bedeuten in Zukunft: Ich brauche einfach nur zu erzählen: „Ich hänge das um“, und bin alle Sorgen los.

**Zeugin Franziska Folter:** Das hätte man dann noch mal nachhalten müssen, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Herzlichen Dank.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann ist als Nächstes an der Reihe Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Folter, ich sitze hier, hallo. - Ich möchte Sie Folgendes fragen: Es gibt ja ein sehr zentrales Q&A der European Banking Authority, das bei dieser Frage der Einstufung immer wieder eine zentrale Rolle spielt. Ich glaube, es ist die Nummer 296. Klingelt da was bei Ihnen?

**Zeugin Franziska Folter:** War das dieses „hauptsächlich“ und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau, exakt. - Wenn ich es richtig sehe, war doch auch die Bewertung der Bundesbank, dass, ich sage mal, nach grammatikalischer Analyse dieses Q&A erst mal die Voraussetzungen für die Einstufung als eine Finanzholding zutreffen würden, korrekt? Und dann hat man eben auf andere, weitere Kriterien geachtet.

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und was mich jetzt interessiert: Ein Kriterium ist ja auch, ich sage mal, die Gewichtung der Assets. So, ich frage das jetzt wirklich interessengeleitet - - Nein, aus Interesse, nicht interessengeleitet, sondern aus Interesse: Wenn ich jetzt zugrunde lege, dass ja die Bilanz aufgepumpt war von Wirecard, dann fallen ja womöglich die Assets der Wirecard Acquiring & Issuing viel stärker ins Gewicht gegenüber der Gesamtbilanz, korrekt?

**Zeugin Franziska Folter:** Nachdem ich also die Zahlen jetzt nicht mehr - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber rein von der Logik her. Also, wenn die Bilanz insgesamt, das Bilanzvolumen, geringer ist, müsste ja das, was im engeren Sinne, sage ich mal, Finanzholdingeigenschaften hat, also zum Beispiel diese Acquiring & Issuing, diese Zwischenholding, ein stärkeres Gewicht haben im Portfolio. Deswegen frage ich mich - -

Worauf ich hinauswill: Ist es korrekt, dass die Wirecard teilweise falsche Angaben übermittelt hatte, die noch mal im Wege dieser Überprüfung korrigiert wurden, also zu bestimmten Tochtergesellschaften etc.? Erinnern Sie sich daran, dass man gesagt hat: „Da stimmen ein paar - - Da gab es irgendeine Excel-Tabelle, die stimmte nicht richtig“?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine - - Also, an der Tabelle selber haben wir keine Korrekturen vornehmen müssen. Es war die Zuordnung der Institute als Institute oder Finanzinstitut. Da war ein, meine ich, Rechenfehler drin.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Was ich mich jetzt frage - und das ist wirklich nicht als Vorwurf gemeint -, ist: Wenn ich mit so einer Prüfung da dieser Finanzholdingeigenschaft betraut bin und dann kriege ich mit, da gibt es in der Presse Vorwürfe Bilanzmanipulation und Ähnliches: Wäre es dann nicht auch im Rahmen dieser Einstufungsentscheidung sinnvoll gewesen, noch mal zu gucken: „Ist das überhaupt - - Sind die bilanziellen Werte überhaupt wirklich zuverlässig, die wir hier angeboten bekommen?“, oder ist das üblicherweise nicht Gegenstand einer solchen Einstufungsentscheidung?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, nach meinem Kenntnisstand ist das erst mal nicht üblicherweise Gegenstand der Einstufung, weil, ich meine, auch Prüfungsberichte dann herangezogen werden und das - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also auch nicht vonseiten der BaFin, dass man sagen könnte, die BaFin hätte dann hier - -

**Zeugin Franziska Folter:** Das ist außerhalb von meinem Kenntnisbereich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann würde ich Sie gerne fragen: Ist es korrekt, dass die Wirecard darauf abgezielt hat, auch in ihrer Argumentation, weshalb auch bei Umhängungen sie jetzt nicht unmittelbar in allen Belangen unter die Aufsicht der BaFin fallen und ebendiese Finanzholdingeigenschaft nicht bejaht wird, darauf ab-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gestellt hat, dass irgend so eine Art Gewohnheitsrecht entstanden wäre, weil die BaFin sie da diesbezüglich nie angerührt hat? War das eine rechtliche Argumentation?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wie hat denn die Bundesbank dieses rechtliche Argument bewertet? Weil ich fand das erstaunlich, dass man sagen kann - - Also, ich verstehe zwar, dass ich auch als Unternehmen eine gewisse Verlässlichkeit haben muss. Aber ich übersetze das mal unter dem Eindruck der öffentlichen Debatte: Die BaFin hat uns die ganze Zeit machen lassen, und deswegen können wir jetzt in Zukunft davon ausgehen, die müssen uns auch weiter verschonen. - Das ist doch schon - -

**Zeugin Franziska Folter:** Wir hatten damals damit argumentiert, dass die CRR eingeführt wurde. Also, wir haben das dann gar nicht mehr näher mit der Vergangenheit beleuchtet, sondern die CRR wurde Anfang 2014 eingeführt. Da sind die neuen Regeln dann entstanden. Und auf diese Regeln haben wir uns gestützt und haben gesagt: Die sind neu. Dieser Schutz kommt daher auf jeden Fall nicht infrage.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber für die Vergangenheit hätten Sie es unter Umständen bejaht. Also, das heißt, aus der Untätigkeit der BaFin wäre eine Art Gewohnheitsrecht für Wirecard entstanden?

**Zeugin Franziska Folter:** Würde ich jetzt - - Also, nachdem wir das nicht in die Richtung - - würde ich das gar nicht beantworten können.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und dann würde ich gerne noch wissen: Ist es korrekt, dass Wirecard so ein Stück weit argumentiert hat: „Na ja, also, wenn wir jetzt zum Beispiel die Bank aus dieser Acquiring & Issuing rausziehen, dann hat das Ganze ja noch weniger Substanz im Sinne einer Finanzholdingeigenschaft. Und wenn ihr uns jetzt hier zu streng sozusagen behandelt, dann können wir das auch noch machen“, und dass die Bundesbank im Zuge dessen gesagt hat: „Na ja, die Frage stellt sich auch, ob wir überhaupt

noch mal eine Lizenz erteilen“? Also, hat die Bundesbank das Lizenzierungsargument mit der CRR noch mal eingeführt, dass für bestimmte Bereiche unter Umständen keine Lizenz mehr zu erteilen wäre?

**Zeugin Franziska Folter:** Würde ich mich jetzt nicht erinnern, dass das Lizenzierungsthema behandelt wurde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, guten Abend, Frau Folter! - Ich möchte mal da ansetzen, wo der Kollege Toncar vorhin nachgefragt hat. Sie waren da ja wirklich sehr früh sehr aufgeräumt, haben die Artikel „House of Wirecard“ usw. sehr minutiös gesammelt und zusammengefasst, ich finde, da auch wirklich relevante und gute Fragen gestellt, wichtige Fragen. Und Sie erläutern das ja auch alles sehr ausführlich, warum Sie diese Fragen stellen.

Ich wollte Sie jetzt noch mal fragen: Haben Sie - - Wenn ich es richtig gelesen habe in den Akten, haben Sie diesen Vermerk auch an die BaFin geschickt.

**Zeugin Franziska Folter:** Wenn das in den Akten steht - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, es ist keine Fangfrage. Ich habe das so rausgelesen. Ich - -

**Zeugin Franziska Folter:** Wenn das in den Akten steht, dann haben wir das tendenziell - - Also, mir ist das auch nicht Erinnerung.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Klingt jetzt nicht so, dass Sie es so super präsent hätten. Deswegen bin ich jetzt schon ein bisschen gedämpft mit meinen Erwartungen für die Folgefrage, ob Sie sich nämlich dran erinnern können, ob da irgendwas zurückkam.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Also nicht „Nein, da kam nichts zurück“, sondern nein, Sie wissen es nicht?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich erinnere mich daran nicht mehr.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie irgendwie rekonstruieren, dass der Vermerk zu irgendeiner Aktion oder Reaktion oder dergleichen irgendwie geführt hätte?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich gehe davon aus, dass wir das wahrscheinlich im Aufsichtsgespräch dann erörtert haben, weil wir in der Regel solche Themen im Aufsichtsgespräch erörtern. Für einen konkreten Fall weiß ich das.

Zu dem Vermerk vielleicht noch mal allgemein: Das ist einfach nur die Zusammenfassung der Inhalte, die in diesen Artikeln, also diese Finanz-

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja, genau. Das ist klar. Aber das ist ja schon mal der erste Schritt, mit dem man sich auseinandersetzt; denn - weiß ich nicht - große Bundesbehörden und Ministerium sagen: Wir lesen gar nicht die „Financial Times“ und dergleichen. - Also, Sie waren da schon mal einen Schritt weiter. Deswegen war da auch noch die Hoffnung - - Wie viele Schritte ist man danach noch gegangen? Sehen Sie es mir nach. Das war der Hintergrund meiner Frage.

Ich möchte mal zu einem anderen Thema kommen, und zwar: Können Sie uns mal das vielleicht genauer erläutern, dass wir auch eine Vorstellung bekommen: Wenn Sie sich jetzt als Sachbearbeiterin überlegen müssen, ob ein Konzern als Finanzholding eingestuft wird oder nicht, gibt es da vonseiten der Bundesbank oder der BaFin irgendwie ein klares Handbuch, wie man da vorgehen muss? Geht man da hin und schaut sich die einzelnen Gesellschaften an und bewertet die mit irgendwie einem Prüfungsteam? Ich weiß es nicht. Können Sie das mal beschreiben, wie dieser Prozess abläuft?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wir haben insgesamt zu den Themen dann ein Handbuch, nenne ich es jetzt mal, wo die Arbeitsablaufbeschreibung grob skizziert ist. Im Prinzip lässt man sich Unterlagen kommen, die dann die Einstufung als Institut oder Finanzinstitut - - aus denen die hervorgeht. Und dass man jetzt reingeh in die Unternehmen und prüft, das ist erst mal nicht der Fall.

Das ist auch immer der Unterschied: Wenn es natürlich Institute sind, die eine Lizenz in Deutschland haben, dann weiß die BaFin das, wissen wir das. Dann können wir gucken: Ist es ein Institut, oder ist es ein Finanzinstitut? Teilweise bei Drittländern haben die auch Unternehmenslisten, was lizenzierte Institute sind. Und so versucht man dann, über offizielle Seiten rauszufinden: Gibt es da eine Lizenz, wenn es so eine Homepage von - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber „versucht man“ - das ist ja eine Formulierung, die Sie gerade gewählt haben - heißt also, Sie haben sich dann schon auch einen Prozess überlegt mithilfe dieses Leitfadens, wie Sie jetzt vorgehen, um diese Einstufung dann auch vorzunehmen?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich würde Ihnen gern in dem Kontext mal kurz was vorlegen. Vielleicht können wir kurz die Zeit stoppen, Herr Raue.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Zeit ist gestoppt. Ist das ein stiller Vorhalt?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist er, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann möchte ich die Zeugin darauf aufmerksam machen, dass Sie aus dieser Vorlage nicht zitieren können. Sie können nur Ja und Nein sagen. Und ich würde



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch, wie bei den anderen Zeugen, bitten - ich weiß, das ist etwas umständlich, aber oben auch Kollegen haben - - Vielleicht könnten Sie Einblick nehmen, weil wir laufen eventuell Gefahr - - unter der sozusagen Balustrade, dass Sie sich da kurz diesen stillen Vorhalt angucken. Alle Zeit der Welt. Die Zeit ist gestoppt. Schauen Sie sich das da ganz in Ruhe an, und dann kehren Sie auf Ihren Platz zurück. Der Anwalt darf Sie da gern begleiten. - Wunderbar.

(Der Zeugin werden am Rande des Sitzungssaales Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jawohl. Sie müssen es nicht auswendig lernen. Ich wollte Sie auch nur zu der grundsätzlichen Struktur etwas fragen, und zwar: Sie erkennen diese Matrix, nehme ich an. Die haben Sie gebaut, wenn ich das richtig sehe.

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das heißt, da gibt es auch kein Template oder keine Vorlage, sondern Sie haben die eigenhändig gebaut. Und ich kann das jetzt erwähnen, ohne hier, glaube ich, gegen geheime Dinge zu - - die auszulaudern. Das ist eine Matrix, bei der sieht man sozusagen die Tochtergesellschaften oder die Gesellschaften von Wirecard und dann einfach nur eine Matrix: Ist das ein Institut, oder ist das keines? Und das haben Sie gebaut, um diese Einstufung vorzunehmen, gesamthaft?

(Die Zeugin nickt)

Wenn ich das richtig verstehe: Um jetzt zum Beispiel zu entscheiden, „Tochtergesellschaft X ist jetzt ein Finanzinstitut oder keines“, haben das nicht Sie vorgenommen, sondern Sie haben Wirecard gebeten, eine Einstufung vorzunehmen. Sehe ich das richtig? So habe ich das aus den Unterlagen rekonstruieren können.

**Zeugin Franziska Folter:** Genau. Wir haben die Informationen abgefragt, wie die Wirecard selber

die Einstufung der Tochterunternehmen vornehmen würde, haben dann auch unter anderem das Geschäftsmodell mit abgefragt stichpunktartig, auch in dieser Tabelle, und haben das dann plausibilisiert und, wie schon erwähnt - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie haben Sie das plausibilisiert?

**Zeugin Franziska Folter:** Das beschriebene Geschäftsmodell uns angeguckt und bei den Unternehmen - Also, wie schon gesagt: Bei einzelnen hat man die Möglichkeit, dann bei der Aufsichtsbehörde des jeweiligen Landes zu gucken: Gibt es eine Lizenz? Gibt es keine Lizenz?

Haben dann auch im Konzernprüfungsbericht geguckt oder im Konzerngeschäftsbericht - nicht Prüfungsbericht, Geschäftsbericht. Haben da geguckt, was zu den Unternehmen noch mit dazu steht. Haben wir Zweifel daran, an der Einstufung oder - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und erinnern Sie sich? Gab es da Zweifel, oder gab es da größeren Korrekturbedarf, oder hat man das eins zu eins übernommen, wie es von Wirecard kam?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine, man hat es übernommen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber das heißt, auch mit Blick auf die Uhr, ich würde das jetzt so zusammenfassen: Wirecard hat sich da selbst bewertet. Die haben sich selbst eingestuft und damit auch maßgeblich zu dem Ergebnis beigetragen. Würden Sie das teilen?

**Zeugin Franziska Folter:** Das Problem ist: Wir brauchen erst mal diese Informationen. Die fragt man in der Regel beim Institut oder beim Konzern - je nachdem, was man als Ansprechpartner hat - ab. Und anhand dieser uns zur Verfügung gestellten Unterlagen nehmen wir die Plausibilisierung dann vor.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Ich hätte ein paar Nachfragen. Leider ist meine Zeit abgelaufen. Aber vielleicht sprechen





## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir uns noch mal in der nächsten Runde. -  
Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Dann würde ich da gerne noch mal aufsetzen, was Kollege Toncar und Bayaz gesagt haben. Weil letztlich, finde ich, haben Sie, das sage ich mal, Großartiges hier geleistet. Ich zitiere mal aus diesem Bericht, der ja von Ihnen stammt, und zwar eben „House of Cards“, Ihre Analyse vom Februar 2016. Da schreiben Sie unter arabisch 2:

Der Autor will durch seine Recherchen folgende Fragen beantworten:

- Warum bezahlt Wirecard Monate vor Vertragsabschluss freizügig hohe Summen im Zusammenhang mit Unternehmenserwerben?

- Warum werden Schlüsselkomponenten der Transaktionen nicht vollumfänglich transparent gemacht?

- Warum werden Millionen für strauchelnde asiatische Unternehmen ausgegeben?

So auf Ihrer Seite 1. Auf Seite 3 fast schon seherische Qualifikationen:

Was sind die in der Bilanz ausgewiesenen 670 Mio. EUR immaterielle Vermögenswerte tatsächlich wert?

Unternehmenszukäufe

- ich habe es mir extra dick hier gemarkert -

müssen von der Wirecard bilanziert werden, typischerweise werden die meisten Werte den „Kundenbeziehungen“ zugeschrieben [sic!], eine buchhalterische Alternative zum immateriellen Sammelbegriff „Goodwill“.

Wirecard behandelt ihre Kundenbeziehungen als wirkliche Vermögenswerte, da aufgrund des transaktionsbasierten Unternehmensgegenstandes der Erwerb von Kunden mehr Umsatz bedeutet.

Und ich könnte jetzt noch - - Sie haben Wirecard Gibraltar analysiert usw. usf. und haben da entsprechend sehr frühzeitig den Finger in die Wunden gelegt.

Nun haben Sie gesagt, Ihnen ist nicht mehr erinnerlich, ob es die BaFin bekommen hat. Ist Ihnen denn noch erinnerlich - - Weil ich finde, das Papier im Nachhinein sowieso, aber auch schon in der damaligen Ausführung in Ihrer Expertise ist Dynamit. Was ist denn im Hause der Bundesbank damit passiert? Wer hat denn das dort bekommen, dieses Papier?

**Zeugin Franziska Folter:** Der Sachgebietsleiter bekommt so was - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist wer? Namen wären uns immer sehr - -

**Zeugin Franziska Folter:** Michael Schmid.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte?

**Zeugin Franziska Folter:** Michael Schmid.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Michael Schmid. - Hat das noch jemand bekommen? Wissen Sie das? Oder ist da mal innerhalb Ihres Hauses eine Reaktion erfolgt? Weil nochmals: Wir haben uns ja von vielen anderen Stellen so mal gewünscht, dass entsprechend auf diese Berichte jemand reagiert hätte. Wir hatten hier Staatsanwälte. Wir hatten hier Wirtschaftsprüfer, werden sie ja noch mal hier sitzen haben, und, und, und. Und Sie, bereits vor sechs Jahren, fast genau sechs Jahre auf den Tag, analysieren und plausibilisieren und legen dar, warum eigentlich das „House of Cards“ dann sechs Jahre später, eigentlich fünf Jahre später, zusammenbricht.

Und jetzt frage ich mich natürlich: Ist das versunken, das Papier, oder was war denn - - Wenn Sie nicht wissen - - eine Reaktion der BaFin: Gab es eine Reaktion in Ihrem Hause? Kann ja auch sein, dass dann Herr Schmid das mal eine Etage höher gegeben hat, weil tolles Papier. Da hat eine junge Kollegin berechnete Fragen gestellt. Oder ist das tatsächlich, ich sage jetzt mal, knicken, lochen, abheften? Gut, im digitalen Zeitalter werden die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

meisten damit nichts anfangen können. Ich sage mal: Tasten drücken, kopieren und abspeichern in einer Datei. - Was ist damit passiert?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich gehe davon aus, dass das noch mal in die Hierarchie, zumindest HV-intern dann an den Referatsleiter, gegeben wird oder gegeben wurde. In der Regel, also um diese Einordnung der Berichterstattung in der Presse, haben wir zumindest auch mit der BaFin uns ausgetauscht. Und nachdem das eher ein Wertpapieraufsichtsthema war, hat sich dann BaFin-intern meines Wissens hauptsächlich die Wertpapierabteilung damit beschäftigt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, Sie haben dann auch nicht noch mal nachgefragt und haben gesagt: „Mensch, was ist denn jetzt aus meinem Memorandum oder meinem Vermerk geworden?“?

**Zeugin Franziska Folter:** Nicht aktiv. Also, wir haben das Thema natürlich weiterhin verfolgt, die Pressemeldungen, die es dann über die Jahre mit gab.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Weil ich habe wirklich gejubelt, als ich das hier gelesen habe. Ich habe gedacht: Mein Gott, diese junge Frau, die möchte ich kennenlernen. Die hat es erkannt.

Was Menschen, die hier vor uns saßen und den Zatarra-Bericht gelesen haben, die sogar Matthew Earl und Dan McCrum zu sich in die Staatsanwaltschaft eingeladen haben - - Das haben Sie sogar schon zwei Jahre vorher analysiert und im Prinzip die Sollbruchstelle - na, Sollbruchstelle ist vielleicht - - aber kann man so nennen - analysiert.

Gut. Dann mache ich da weiter. Ebenfalls vom 26. Februar 16 liegt uns auf MAT A BMF-4.58, Blatt 22 ff. eine E-Mail von Herrn Jochem Damberg, Sachbearbeiter im Referat „Privatbanken-aufsicht“ bei der BaFin, an einen Kollegen aus dem Referat Organisationspflichten bei Privatbanken der BaFin vor. Anlass waren Hinweise von All Capital bezüglich volatiler Kursbewegungen der Wirecard-AG-Aktien vom 24. Februar

2016, auch auffindbar auf MAT A BMF-4.58, Blatt 8. Sie waren in der E-Mail von Herrn Damberg in cc aufgeführt. Können Sie uns erläutern, wie es dazu kam? Und gab es im Vorfeld oder Nachgang zu dieser Mail einen weiteren Austausch mit der BaFin?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, ich weiß, wir haben diese E-Mail in Kopie erhalten, die der Kollege dann weitergeschickt hat BaFin-intern. Ich meine, wir haben auch die Antwort der anderen BaFin-Stelle mit in Kopie bekommen. Ich meine, dass uns - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber waren noch weitere Reaktionen Ihrerseits oder der Bundesbank jetzt aufgrund dieser Mail seitens der BaFin an Sie in cc erfolgt, oder wurde das genauso erst mal wie Ihr Vermerk abgelegt?

**Zeugin Franziska Folter:** Mir wäre nicht bekannt, dass das zumindest bei uns dann, also HV-intern, noch mal - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Gab es denn sonst einen anderen Austausch zu dieser Mail, vielleicht noch mal innerhalb der Bundesbank? Das kann ja durchaus zu Konsequenzen führen. Und kurioserweise drei Jahre später, fast auf den Tag, führte das ja dann zu einem Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Franziska Folter:** Wir haben - - Innerhalb der Bundesbank gibt es in der Zentrale eine Stelle, die über wesentliche Vorkommnisse unterrichtet wird. Ich weiß nicht mehr, ob wir diesen Sachverhalt dann auch weitergegeben haben. Aber gerade, wenn wir unsere größeren Pressemeldungen auch kriegen, informieren wir die Kollegen darüber, was - - also dass es diese Pressemeldungen gab. Je nachdem, wenn man schon was dazu sagen kann, geben wir eine Einschätzung ab und halten die Kollegen dann auf dem Laufenden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Was ich mir so wünschen würde, ist, dass man aus solchen Informationen sich [sic!] nur auf dem Laufenden hält oder sie hat, sondern dann vielleicht auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die richtigen Maßnahmen, also sozusagen tatsächlich auch ein Aktionsmanagement ableitet; denn ich habe den Eindruck, dass innerhalb der Bundesbank zumindest - und das macht mich, wenn man das in der Situation sagen kann, zumindest ein wenig zufriedener; glücklich allemal nicht - - Aber immerhin innerhalb der Bundesbank schienen ein paar Köpfe ja schon 2015, 2016 was erkannt zu haben.

Dann: Wer möchte? - Dann der Kollege Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, Frau Folter, vielen Dank für Ihre konstruktiven Beiträge, die Sie hier leisten. Sie begünstigen damit, unseren parlamentarischen Auftrag auch konstruktiv anzugehen. Und das ist doch sehr erhellend, was Sie sagen. Also, Sie sollten bei der Bundesbank eher gefördert werden.

(Heiterkeit)

Ich darf mal feststellen, dass Sie ja geprüft haben, ob die Wirecard AG respektive die Wirecard Acquiring & Issuing und die Wirecard Bank AG eingebunden war - - als Finanzholding eingestuft werden musste. Und da haben Sie, wie der Kollege gerade gesagt hat, sehr gute Analysen gemacht. Verstehe jetzt natürlich auch, dass Frankfurt und die BaFin letzten Endes die Entscheidung gefällt haben, die Sie aufgrund Ihrer Kompetenz nicht alleine entscheiden durften. Ist das richtig?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich würde jetzt nicht sagen: aufgrund unserer Kompetenz. Aber um einfach die Gleichheit in der Aufsicht bundesweit zu gewährleisten, sind in solchen Grundsatzen die Kollegen der Zentrale mit einzubeziehen. Deren Informationen, die wir bekommen, deren Einschätzungen schauen wir uns dann an. Und wenn wir mit was nicht einverstanden wären, weil wir es anders sehen, würden wir auch im Zweifel in Dialog treten. In dem Fall war es für uns nachvollziehbar. Und dann haben wir unsere Stellungnahme an die BaFin abgegeben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Die Wirecard Bank AG hat ja am 28. Mai 2014 ein Gutachten von EY vorgelegt, in dem die Einstufung als Finanzholding in Abrede gestellt wurde. Und am 25. Juli 2016 folgte im Nachgang zu einem Aufsichtsgespräch mit der Wirecard Bank AG vom 24.02.2016 neuerlich ein weiteres negatives Gutachten im Auftrag der Wirecard Bank AG zur Klassifizierung der Wirecard AG als Finanzholding.

Jetzt ist das natürlich, wenn da zweimal Gutachten kommen von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die auch gleichzeitig die Bilanzprüfung durchführt, doch zu hinterfragen. War das nicht kritisch zu betrachten, misstrauisch zu sehen, dass da zweimal hintereinander Gutachten von der Bilanzprüfungsgesellschaft EY kamen?

**Zeugin Franziska Folter:** Das zweite Gutachten ist mir jetzt gerade nicht bekannt. Also, ich kenne dieses erste Gutachten, was Sie erwähnt haben. Das war - - Also, das Thema, dass es EY verfasst hat, war nicht Gegenstand unserer Analyseuntersuchung.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Das wurde ja - - Sowohl bei den Arbeitsgesprächen mit der BaFin wie mit der Bundesbank wurden diese Gutachten besonders hochgehalten vonseiten der Wirecard Bank. Jetzt, letzten Endes hat das natürlich nicht zu Misstrauen und zur Ausweitung der Aufsicht geführt, was natürlich uns als Finanzplatz Deutschland sehr viel Schaden verhindert hätte.

Jetzt haben wir aber im Aufsichtsgespräch am 16. Februar 2017 die Grundlage, dass das beabsichtigte Umhängen der Wirecard Bank direkt unter die Wirecard AG ein Inhaberkontrollverfahren nach § 2c KWG unter Beteiligung der EZB auslösen wird. Da hat man darüber sich unterhalten. Die Wirecard hat dann - - Die Wirecard AG versprochen, eine Konzernreorganisation stattfinden zu lassen. Aber wie so vieles bei denen war das ein leeres Versprechen. Warum haben die Bundesbank und die BaFin da nicht noch mal nachgehakt und sind, wie Sie ja auch schon festgestellt haben, dreieinhalb Jahre vergangen, ohne



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass man da noch mal hartnäckig drauf zurückkam?

**Zeugin Franziska Folter:** Es gab Nachfragen, wie denn der Stand zur Umhängung ist. Wir haben auch Antworten drauf bekommen, haben die damals auch akzeptiert. Ich bin mir nicht mehr sicher, wann genau der Antrag nach § 2c kam, wie lang der dann auch gebraucht hat. Ich weiß, dass im Januar 2019, müsste das gewesen sein, die Erlaubniserteilung durch die EZB erfolgt ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Da gab es ja dann noch mal die Sonderprüfung nach § 44 KWG durch die BaFin. Da wurde das auch leider nicht weiterverfolgt. Das war im Juli 2017. Das heißt also, das hat keine Ergebnisse bei der Prüfung - - zur Prüfung geführt. Und auch die Mindestanforderungen an - - Das MaRisk wurde hier gar nicht mehr angesprochen. Warum das denn eigentlich?

**Zeugin Franziska Folter:** Die Frage habe ich jetzt leider nicht ganz verstanden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, es ist also versprochen worden im Februar 2017, und dann im Juli 2017 ist man trotz Sonderprüfung nach § 44 KWG auch darauf, Sonderprüfung, nicht zurückkommen. Das hängt ja doch alles miteinander zusammen.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, Sonderprüfungen haben, weil die ja auch zeitlich begrenzt sind, ein begrenztes Themengebiet, was die BaFin unsere Prüferkollegen auffordert, was zu prüfen ist. Und da war diese Einstufung oder auch diese Umhängung, Einstufung Finanzholding, nicht Prüfungsgegenstand.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Jetzt hat man natürlich bei einer solchen Prüfung auch die Möglichkeit, forensisch vorzugehen, mal hinter die Fassade zu schauen. Wir haben ja da ein Täuschungskonglomerat ohne Ende jetzt vorgefunden. Und können Sie sich vorstellen, dass man eigentlich als Prüfungsinstanz, als Aufsicht, Bankenaufsicht, wie aber auch Bundesbank nicht mal hätte schauen können: „Ist da ein Versteckspiel im Gange?“

Wirecard Bank in Schaufenster, 58 Gesellschaften bei der Wirecard AG hintendran: Soll hier nicht quasi die Prüfung bei den 58 Gesellschaften verhindert werden? War das nie ein Gedanke, der Ihnen da kam oder der insgesamt mal in der Betrachtung hätte sein können?

**Zeugin Franziska Folter:** Das war in diesem Zusammenhang nie Thema. Und was das Prüfungs handeln angeht, da war ich nicht mit involviert. Das machen die Kollegen aus den Prüferreferaten bei uns.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, verstehe ich, also, dass Sie dann natürlich - - Haben ja viele nicht genau hinschauen können, ne? Aber wenn man da vor Ort im Haus ist, muss man ja eigentlich auch sehen: Es gab totale Verflechtungen zwischen diesen beiden, der Bank und der AG. Es gab gemeinsame Entscheidungsprozesse. Es gab identische Personen sogar in den Vorständen, was ich eigentlich für völlig undenkbar halte, dass also hier so eine Art Selbstbedienungsladen zwischen Vorständen entstehen kann und mehr oder minder In-sich-Geschäfte stattgefunden haben mit dem Herrn Häuser, der Mitarbeiter der Wirecard AG war und dann aber auch Kreditnehmer in Singapur. Also, da gab es ja schon ganz außergewöhnliche Vorfälle, die man, wenn man vor Ort tätig war, eigentlich doch hätte erkennen müssen. Oder sehen Sie das anders?

**Zeugin Franziska Folter:** Nachdem ich nicht den Prüfungsablauf kenne und auch nicht weiß, was die Prüfer vor Ort tun, kann ich leider nichts dazu sagen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Okay. - Dann sehe ich: Sie waren natürlich in der Prüfung vor Ort nicht zuständig. Aber die allgemeine Institutsaufsicht ist natürlich die generelle Frage. Und wir haben natürlich bei der Bundesbank eigentlich die Aufgabe, dass so etwas auch ganzheitlich geprüft wird. Aber leider ist dies nicht geschehen.

Können Sie sich vorstellen oder ist Ihnen mal passiert, dass da versucht wurde von Wirecard, Einflussnahme zu machen? Weil die haben sich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vor nichts gescheut. Die haben Journalisten und andere kritische Leute alle angegangen, Lobbying auf allen Ebenen mit Beratern und Beraterverträgen gemacht. Ist Ihnen da irgendwas mal bekannt geworden, auch, ich sage mal, hinter der vorgehaltenen Hand, dass mit Wirecard nicht zu spaßen ist und dass Wirecard also auf allen Ebenen da sehr ernst zu nehmen ist, um das mal so auszusprechen?

**Zeugin Franziska Folter:** In die Richtung ist während meiner Tätigkeit mir nichts bekannt geworden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Vielleicht waren Sie für die dann eine untergeordnete - - haben Sie eine untergeordnete Rolle gespielt; denn andere haben da gewichtige - - Und die haben 44,7 Millionen für Beraterverträge ausgegeben. Also, auch das ist stattlich - der Rechtsbeistand wiegt den Kopf -, ist beachtlich. Aber ich will damit nur sagen: Also, da ist Ihnen gar nichts bekannt in diesem Bereich?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Dann komme ich zu dem Punkt „Prüfung des Kreditengagements“. Hier haben wir ja ganz auffällige Dinge gesehen, insbesondere das Kreditengagement, das mit Asien geführt wurde. Ist es nicht ungewöhnlich, dass so eine kleine Bank in Singapur, in Asien derartige Kredite vergibt? Und ist das also nicht aufgefallen, oder hätte das auffallen müssen bei den Prüfungen?

**Zeugin Franziska Folter:** Bei der Vor-Ort-Prüfung oder unseren Prüfungen - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, generell. Also, ich will da jetzt gar keinen Unterschied machen, sondern generell suchen wir ja. Es ist unsere Aufgabe, dass wir - - Natürlich hätte man Schaden verhindern können. Und die Frage ist ja immer Aufsichtsversagen, Staatsversagen, für die uns ja - - Das ist ja unser Aufklärungsauftrag. Und wenn man sieht, dass also eine Wirecard Bank AG praktisch Kredite

vergeben hat an asiatische Unternehmen, bei denen ständig die Gesellschafterstruktur gewechselt ist, teilweise nur Briefkästen entstanden waren, gar keine operative Tätigkeit, da muss man sich doch eigentlich wundern, wenn das nicht auffällt.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wir hatten die strategischen Kreditvergaben auch im Aufsichtsgespräch thematisiert, hatten jetzt in unserer laufenden Tätigkeit auch aus dem, soweit ich mich erinnere, Ergebnis der Prüfung keine Anhaltspunkte, zumindest während meiner Zuständigkeit - ich weiß nicht, was gegebenenfalls danach noch passiert ist -, dem jetzt im Detail dann nachzugehen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, da gibt es ja diesen berühmten Kredit von Senjo Trading alias Ocap in Singapur. Wurde im Rahmen der Aufsicht die Ausgestaltung der Geschäftsbeziehungen zwischen der Wirecard AG und der Ocap als Kreditnehmer überprüft? Weil das war ja auch ein In-sich-Geschäft, wenn man so will.

**Zeugin Franziska Folter:** Wäre mir jetzt nicht bekannt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Und war für Sie nicht ersichtlich, warum dieses Unternehmen Ocap - - betriebene Finanzierungsgeschäft gar nicht von Wirecard selbst, wie vorgegeben, betrieben worden ist? Also, es war im Grunde genommen wirklich nur eine Geldwaschmaschine mit einem Briefkasten.

**Zeugin Franziska Folter:** Dazu ist mir nichts bekannt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Also, dann ist die Frage natürlich ganz intensiv mit zu stellen, inwieweit wir bei den Kreditaufstockungen letzten Endes ganz auffällige Dinge haben. Da wurden zum Beispiel natürlich keine Sicherheiten durchgeführt. Am 31.12.2018 wurde der Kredit fällig, und es gab keine Rückzahlungen. Am 25. März 2019 wurde dann trotz fehlender Sicherheit rückwirkend zum 1. Januar 2019 eine Prolongation dieses Kredits





## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgeführt. Ist doch ein ungewöhnlicher Vorgang: Die Zinsen wurden nicht bezahlt, und trotzdem wurde prolongiert.

**Zeugin Franziska Folter:** Ich erinnere mich dran, dass es diesen Vorfall gab, wenn Sie das jetzt - - diesen Vorgang gab, wenn Sie das jetzt so sagen. Ich meine, es stand mit im Prüfungs-

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das ist dieser Ocap-Kredit, wenn Sie sich erinnern.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, der Name tatsächlich nicht mehr. Ich weiß, dass es diesen Fall mit der Prolongation gab. Aber ich weiß nicht mehr, was und ob wir damit dann was gemacht haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Vielleicht wurde es Ihnen gar nicht gemeldet, oder den Prüfern ist es nicht aufgefallen.

Es gab also ein Eigenmittelvolumen in der Wirecard Bank AG von 160 Millionen Euro. Die Vorgabe, 10 Prozent des Eigenkapitalvolumens nur in Krediten zu vergeben, wurde ja nie eingehalten. Die haben ja immer mehr gemacht, einmal 13 Millionen, einmal 14 Millionen, einmal 12 Millionen als Kredit. Da haben sie Kredite prolongiert. Also, das Kreditbuch war ja weit über der Regulierung hinaus. Ist das aufgefallen?

**Zeugin Franziska Folter:** Soweit ich mich erinnere, hatten wir keine Großkreditüberschreitungen, die - - Also, wir hatten, aber nicht zu diesem Ocap, und die waren auch schon länger zurück.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Das heißt also, es wurde nicht erkannt oder konnte nicht erkannt werden, dass also hier die Wirecard Bank AG über ihre regulatorischen Auflagen hinaus Kredite vergeben hat. Teilweise fällt auch auf, dass die teilweise in Euro und teilweise in US-Dollar vergeben wurden. Ist das wenigstens aufgefallen? Hat man da Währungsgeschäfte noch mit gemacht oder was mit Krediten? Man muss ja an alles denken bei der Firma. - Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass die Kredite teilweise in Euro, teilweise in US-Dollar vergeben wurden?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Dann: Die Tatsache, dass weitere Kredite an die Ocap vonseiten der Wirecard Asia Holding in Höhe von insgesamt 115 Millionen Euro vergeben worden sind, wurde als Argument natürlich zur Aufstockung herangezogen. War es kein alarmierendes Zeichen, dass immens hohe unbesicherte Kredite an ein Unternehmen in Singapur mit verschachtelter Gesellschafterstruktur und nicht erkennbaren wirtschaftlich Berechtigten vergeben wurden?

Das heißt also, man hat einmal Kredite gehabt, wo eine selbstschuldnerische Bürgschaft der Wirecard AG war, die natürlich gar keine Werthaltigkeiten hatten, wie sich heute herausstellt. Und auf der anderen Seite hat man ein großes Rad in Singapur gedreht, Wirecard Asia Holding, Kredit: 115 Millionen Euro. Das waren Größenordnungen, die mit der Bank da nicht gemacht werden durften.

**Zeugin Franziska Folter:** Diese Details zu diesen ganzen Themen weiß ich gar nicht, ob die mir zu meinem Zeitpunkt damals vorgelegen haben oder ob die dann nicht erst irgendwann später - - Weil das sagt mir jetzt tatsächlich in - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** 2018 wurde das an die Ocap vergeben.

**Zeugin Franziska Folter:** Die Frage ist, wann uns dann die Unterlagen vorgelegen haben oder ob das Unterlagen sind, die aus der bankgeschäftlichen Prüfung kommen, die ich dann tatsächlich nicht - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Also, das waren alles unbesicherte Kredite zum Zwecke des Merchant-Cash-Advance-Geschäfts. Und da wurden fällige Zinsen über 2,375 Millionen Euro auch nicht beglichen. Also, die wurden aufgelaufen. Das war so eine Art Schneeballsystem. Man hat die Zinsen immer wieder auf die Kredite aufgepackt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Franziska Folter:** Ich glaube, da hatten wir zu meinem Zeitpunkt damals die Information - - Also, ist mir zumindest jetzt nicht bekannt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ich bin jetzt mit meiner Frage am Ende. Aber abschließend: Können Sie sich jetzt schon vorstellen, dass mit Ihnen da ein bisschen Katz und Maus gespielt wurde in der Täuschungsvariante wie vielen anderen gegenüber? Konnten Sie das nicht erfassen oder - -

**Zeugin Franziska Folter:** Die Frage ist immer: Welchen Informationsstand hat man zu dem Zeitpunkt? Und natürlich haben wir jetzt wahrscheinlich diverse andere Informationen, die uns damals nicht vorgelegen haben. Die Beurteilung mit den damals uns zur Verfügung gestellten Unterlagen haben wir gemacht, wie wir es gemacht haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Wir wissen alle heute mehr. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das stimmt. Vielen Dank. - Ich mache darauf aufmerksam: Ich mache jetzt ganz schnell meine Fragen, würde dann los-sprinten, weil wir nähern uns laut Lichtzeichen der Namentlichen. Das alles so als Hinweis.

Ja, ich würde noch mal gerne fragen wollen zu möglichen Fragen zu Kontakten zu Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern der Wirecard Bank. Aus einer Mail vom 19. Juli 2019 von Rainer Wexeler an Alexander Knoop, beide ehemalige Vorstandsmitglieder der Wirecard Bank AG, geht hervor, dass Sie bei einem Gespräch zwischen Bundesbank, BaFin, Wirecard Bank AG bezüglich des Jahresabschlusses 2018 anwesend sein sollten. Ich zitiere da mal aus der Mail, die ich auch so für ganz interessant halte:

Hallo Alexander,

- also, hier ist dann gemeint von Herrn Wexeler an - die duzen sich dort alle im Unternehmen - den Kollegen Knoop, von Herrn Wexeler -

Daniel und ich halten es für sinnvoll und vor allem zweckmäßig, eine andere Person als dich mitzunehmen. Es handelt sich hier um ein Aufsichtsratsgespräch der Bank. Wir sollten nach außen hin zeigen, dass diese unabhängig agiert.

Den Satz kann man auch schon mal interpretieren.

Heute Morgen fand auch ein Gespräch mit Herrn Pfeiffer, KPMG, statt, der uns ein paar wertvolle Hinweise für das Gespräch gegeben hat. Er ist der gleichen Meinung wie wir und empfiehlt keine weiteren Personen aus dem Konzern. (?)

Typische Mail. Geht dann weiter:

Hallo Rainer,

leider bin ich auf einer Roadshow in Paris.

Und jetzt kommt die entscheidende Passage nochmal, Freitag, 19. Juli:

Hallo Alexander,

Daniel und ich wenden uns an dich wegen des oben genannten Gespräches. Die Aufsicht ist wie folgt vertreten: Deutsche Bundesbank, Herr Schmid, noch eine Dame ...

Und Sie sind hier genannt, Frau Folter. Und von der BaFin werden zwei Damen genannt und eben Herr Damberg, den wir ja morgen als Zeugen haben. Dann wird noch mal geschrieben:

Also volles Auditorium und unterm Strich ein Aufsichtsratsgespräch.

Den Satz kann ich auch noch nicht so ganz interpretieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Unabhängig von einer sehr guten Vorbereitung fragen wir an, ob du auch ... (?)

Und so weiter. - Jetzt meine Frage: Fand dieses Gespräch statt, und, wenn ja, was wurde denn in diesem Gespräch besprochen?

**Zeugin Franziska Folter:** In welchem Zeitraum, in welchem Monat soll - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich spreche vom Zeitraum Juli 2019. Da sind diese Mails geschrieben worden. Und gezielt, dass Sie dran teilnehmen sollen, ist die Mail vom 19. Juli 2019, 11.23 Uhr. Ich könnte Ihnen die Mail sonst auch noch mal vorlegen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

**Zeugin Franziska Folter:** Das müsste - - Wenn ich mich richtig erinnere, müsste das ein Gespräch in Bezug auf die Abarbeitung der Mängelbereinigung sein, wo es drum ging, dass wir anderer Ansicht waren, meine ich, als das Institut und die Jahresabschlussprüfer. Und da hatten wir dann noch mal ein Gespräch - in Anführungszeichen - außerhalb des Routineaufsichtsgesprächs mit dem Institut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie zu den Mängeln was sagen, und sind diese Mängel denn nach diesem Gespräch in Ihrem Sinne oder im Sinne des Instituts behoben worden? Und wer war denn vielleicht sonst noch aus Ihrer Erinnerung dann tatsächlich bei diesem Gespräch anwesend? Können Sie sich an die Mängel noch erinnern?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, im Detail nicht. Wir haben - - Ich weiß, wir haben dem Institut unseren Standpunkt erklärt, wie wir das sehen, warum unsere Meinung anders ist als die vom Institut. Also, von unserer Seite waren ich und die Kollegin anwesend. Beim Herrn Schmid: Das weiß ich tatsächlich jetzt ad hoc nicht mehr. Von der BaFin waren auf jeden Fall ein oder zwei Kollegen anwesend. Im Detail - - Also, es waren auf jeden Fall BaFin-Kollegen anwesend. Wer

von den drei Genannten tatsächlich mit dabei war, das müsste ich dann - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie können also auch nicht mehr sagen, ob dann der Wunsch des Kollegen Wexeler in Erfüllung ging, um Unabhängigkeit zu demonstrieren vom Konzern, ob nicht vielleicht doch jemand aus der Wirecard AG, Herr Marsalek oder Herr Braun oder irgendjemand anders, zugegen waren. Herr Ley?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein. Also, auf jeden Fall die zwei Genannten nicht. Ich meine auch, dass der Herr von Knoop nicht mit dabei war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und Herr Wexeler war auch dabei?

**Zeugin Franziska Folter:** Der Herr Wexeler war mit dabei, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und von der BaFin Herr Damberg?

**Zeugin Franziska Folter:** Da bin ich mir nicht mehr sicher, ob der Herr Damberg eigentlich dabei war oder nicht. Also, ich möchte es jetzt nicht ausschließen. Aber ich erinnere mich jetzt - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, ich weiß, es waren BaFin-Vertreter mit dabei. Aber ob es der Herr Damberg war, das weiß ich jetzt nicht mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gab es denn weitere Treffen mit Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, zu denen Sie etwas berichten können, im Untersuchungszeitraum in dieser Art, und, wenn nicht oder wenn doch, wie haben Sie diese Treffen wahrgenommen? Und können Sie da vielleicht noch sich an das eine oder andere Thema oder ein Problemfeld erinnern?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wir haben jährlich mindestens ein Routineaufsichtsgespräch, nennt sich das, wo wir mit dem Institut über diverse Themen, hauptsächlich auch mit geschäftlicher Entwicklung, Ertragslage, Abhängigsein vom Geschäftsmodell - - Wie entwickelt sich das?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn wir dann Themen haben, die im Vorfeld angefallen sind, haben wir die dann mit aufgenommen, diskutieren die dann oder gehen ins Gespräch mit dem Institut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** War da die Wirecard Bank AG - ich würde es mal - - wenn Sie einen Maßstab haben oder eine Benchmark - auffälliger oder im Mittelfeld oder, also, sagen wir mal, im Normalfeld? Oder würden Sie sagen: „Da gab es gehäuft Auffälligkeiten in diesen jährlichen Gesprächen“? Und fanden die dann immer im Hause der Wirecard Bank AG statt, oder wo fanden die dann regelmäßig statt, diese jährlichen Treffen?

**Zeugin Franziska Folter:** Wir haben probiert, das abwechselnd bei uns in der Hauptverwaltung und beim Institut dann darzustellen, also so. Ob es jetzt wirklich jedes Jahr im Wechsel dann war - - Aber man hat probiert, das dann einfach, ja, so darzustellen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und nochmals die Frage: War da die Wirecard Bank aus Ihrer Sicht innerhalb der Benchmark, außerhalb, nach oben oder nach unten oder eben im Mittelfeld?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich hätte jetzt gesagt - nach meinem Empfinden -, im Mittelfeld.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Meine Zeit ist auch schon wieder um. Das geht immer fix. Und ich laufe dann auch los. - Dann Frau Kiziltepe, und Dr. Michelbach übernimmt; ich gehe dann schnell zum Wählen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. - Frau Folter, können Sie bitte noch mal darlegen, was Zweck des Inhaberkontrollverfahrens ist? Also warum macht man das?

**Zeugin Franziska Folter:** Der Zweck des Inhaberkontrollverfahrens ist die Überprüfung der Solidität und Zuverlässigkeit des Inhabers einer bedeutenden Beteiligung, so wie es auch im Prinzip im § 2c KWG drinsteht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und der Anlass waren ja die Umstrukturierungspläne der Wirecard AG. -

Jetzt haben Sie in Ihrem Bericht an die BaFin - der ja relativ kurz ist, muss man ja sagen - auf der zweiten Seite auch eine Übersicht: bisher, künftig; da ist jetzt eine Zwischengesellschaft eingeschaltet; aber der erste Fall 100 Prozent, der zweite auch; und bei dem anderen ist nur die Zwischengesellschaft nicht vorhanden. - Ist da eigentlich klar, dass bei dem Inhaberkontrollverfahren dann eigentlich der Befund so ausfällt, wie Sie ihn in Ihrem Fazit getroffen haben, schon im Vorfeld, also dass man eigentlich nicht so tief prüfen müsste oder so, kann man das sagen?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, man wusste in dem Fall natürlich, dass bisher schon diese 100-Prozent-Beteiligung besteht und man den Inhaber - - also, im Prinzip der Inhaber ja schon eine Beteiligung am Institut hat. Das ist natürlich dann ein bisschen was anderes, wie wenn man den Inhaber komplett gar nicht kennt und im Prinzip dann auch noch mal in das Thema sich - - oder in den Inhaber dann noch mal einarbeiten muss. Nichtsdestotrotz haben wir uns die Unterlagen natürlich angeguckt, genau, und darauf aufbauend dann die Stellungnahme an die BaFin abgegeben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Jetzt steht in Ihrem Fazit ja: keine Einwände, alles prima. - Und in den Unterlagen, die Sie angefordert haben, ist jetzt auch nichts Außergewöhnliches. Marsalek soll seinen Lebenslauf überarbeiten, dann ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister usw. Sie haben aber eingangs gesagt, man prüft auch die Solidität des Vorstandes, die Zuverlässigkeit. Dieser Bericht, der hat ja zeitlich nicht so lange gedauert. Wie lange haben Sie für diesen Bericht gebraucht?

**Zeugin Franziska Folter:** Das weiß ich im Nachhinein jetzt nicht mehr, wie lang das - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mir liegt nämlich eine Korrespondenz zwischen Ihnen und Ihrem Kollegen Herrn Schmidt vor, in der es heißt oder Sie darauf hingewiesen werden, dass ein mögliches Risiko für ein §-2c-Verfahren eventuelle staatsanwaltschaftliche Ermittlungen oder gravierende aufsichtliche Maßnahmen wegen der Online-Spiele-Sache sein könnten. Das ist aus dem Jahr - - Ende 2017. Und die Staatsanwaltschaft



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hat ja auch ermittelt, 2018, auf Grundlage der Panama Papers, im Glücksspielbereich. Haben Sie in Ihrer Prüfung im Rahmen des Inhaberkontrollverfahrens diese Hinweise mitberücksichtigt?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, eine Anforderung ist mit - bei der Zuverlässigkeit -, dass uns Ermittlungen angezeigt werden müssen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Durch wen?

**Zeugin Franziska Folter:** Inwieweit ich dann diese Themen mit einbezogen habe - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben ja gesagt, Sie müssen im Rahmen des Inhaberkontrollverfahrens auch die Zuverlässigkeit überprüfen, laut § 33 KWG. Wie wird das gemacht, und wer muss das anzeigen? Sie haben gesagt, das hätte angezeigt werden müssen. Durch wen?

**Zeugin Franziska Folter:** Durch den Inhaber. Ich meine, dass die Anzeigepflicht beim Inhaber oder bei dem, der beabsichtigt, eine bedeutende Beteiligung zu erwerben - - dass der die Unterlagen einreichen muss. Und da ist unter anderem die Pflicht zur Angabe von Ermittlungen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, das heißt, bei der Prüfung, Sie schreiben dann praktisch Wirecard an und sagen, Sie brauchen für die Prüfung, auch bei der Zuverlässigkeitsprüfung, bestimmte Unterlagen, und das sollen die dann leisten.

**Zeugin Franziska Folter:** Da gibt es - ich meine, es ist auf der BaFin-Homepage - schon vorgefertigt Formulare, wo dann auch genau dransteht, welche Unterlagen einzureichen sind, was notwendig ist, damit so ein Antrag vollständig ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Und Sie sagen, es gab keine Anzeige durch die Wirecard AG, dass Ermittlungen laufen im Jahr 2018?

**Zeugin Franziska Folter:** Nachdem das - - Wann war der Erlaubnis Antrag? Ich weiß nicht, inwiefern sich das dann zeitlich überschneiden hätte oder nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ach so, Sie meinen die Prüfung, die Grundlage der Prüfung bezieht sich auf einen anderen Zeitraum als - -

**Zeugin Franziska Folter:** Da bin ich mir jetzt - - Also, wann der Antrag auf das §-2c-Verfahren dann eingereicht wurde und wann die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Ausschusssekretär, ich sehe meine Zeit gar nicht. - Okay.

Dann aber die Zuverlässigkeitsprüfung: Wie prüfen Sie denn die Zuverlässigkeit?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, es gibt einerseits den Auszug aus dem Gewerbezentralregister, der uns einzureichen ist. Es gibt ein Führungszeugnis, was aber nur die BaFin bekommt und nicht wir als Bundesbank, weil das dann direkt an die BaFin versendet wird. Es gibt die Selbsterklärung der beteiligten Personen und Unternehmen mit einem Formular mit Fragen, die zu beantworten sind. Und da ist, meine ich, unter anderem die Frage auch, ob es Maßnahmen und Ermittlungen gab. - Genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Die Unterlagen, die noch mal angefordert wurden, wurden die eigentlich eingereicht im Nachhinein, wissen Sie das?

**Zeugin Franziska Folter:** Die ich in meiner Stellungnahme dann - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeugin Franziska Folter:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil die BaFin ab diesem Zeitpunkt dann das Verfahren betreut hat. Und inwiefern - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, weil wir wissen ganz - -

**Zeugin Franziska Folter:** Dann war die EZB eingebunden, und das ist ja dann eh - -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja, okay. Vielen Dank. - Dann wollte ich fragen: Hätte im Inhaberkontrollverfahren auch Bilanzmanipulation festgestellt werden können? - Okay, Sie wissen es nicht.

**Zeugin Franziska Folter:** Würde ich jetzt - - Also, würde ich jetzt aus - - meinem Standpunkt aus sagen: Nein. Also, mit den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen und - - glaube ich nicht, dass wir das hätten sehen können.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay. - Dann wollte ich noch mal fragen - und zwar hat Herr Michelbach das schon erwähnt gehabt -: Sie haben ja auch Vermerke vom Prüfling - - also von EY, zugeschickt bekommen. Hat das Berücksichtigung in der Entscheidung - - Oder: War das Grundlage Ihrer Entscheidung, oder fand das Berücksichtigung?

**Zeugin Franziska Folter:** Sie meinen, in Bezug auf die Finanzholding?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wenn wir so ein Gutachten bekommen, dann lesen wir das natürlich auch, schauen uns die Sichtweise des Instituts oder in dem Fall dann der Kanzlei des Wirtschaftsprüfers an und beziehen das natürlich auch mit in unsere Stellungnahme dann ein. Entweder sagen wir: „Okay, die Sichtweise ist mit dem, was das Gesetz gibt, vertretbar“, oder wir sagen dann: „Nein, also, dieser Argumentation können wir nicht folgen, weil wir sehen das aus den und den Gründen anders.“

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Dann wollte ich auch noch mal bei diesem Themengebiet bleiben. Die letzte Einstufung war ja 2017. Können Sie sagen, wie oft - - ob das so einen regelmäßigen Zeitraum der Überprüfung der Einstufung gibt?

**Zeugin Franziska Folter:** Die Einstufung als Finanzholding?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Genau, war ja 2017. Also: Gibt es da einen festen Zeitraum, oder alle paar, alle drei Jahre muss das überprüft werden? Gibt es da ein - -

**Zeugin Franziska Folter:** Also, es gibt keine festen Vorgaben im Prinzip. Wenn eine Änderung innerhalb von so einer Holdingstruktur sich ergibt, ist im ersten Zug das Institut oder die Finanzholding dann dran, zu überprüfen: Ändert sich was am Konsolidierungskreis oder ändert sich nichts? - Aber so einen festen Turnus, dass man das alle drei Jahre macht - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay. - Jetzt war Ihr Bericht zum Inhaberkontrollverfahren ein Jahr später etwa. Hätte sich daraus was ergeben können, was für die Neueinstufung relevant sein könnte? Oder hat sich daraus was ergeben?

**Zeugin Franziska Folter:** Nicht dass ich wüsste.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Herr Hufeld hat nämlich in einer unserer Sondersitzungen im Finanzausschuss gesagt, man hätte das auch anhand des Inhaberkontrollverfahrens erkennen oder vielleicht Anhaltspunkte für eine Neubewertung ersehen können.

**Zeugin Franziska Folter:** Ich sage mal so: Nachdem dieses Inhaberkontrollverfahren der Ausfluss dieser Finanzholdinggesellschaftsprüfung war, hat man vermutlich dann da nicht mehr das primäre Augenmerk drauf gelegt. Wenn das jetzt ein Inhaberkontrollverfahren wäre, wo es noch keine solche Prüfung im Vorfeld gegeben hätte, wäre das mit ein Teil, zu gucken: Gibt es eine Konsolidierungspflicht oder nicht?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ist diese Einstufungsfrage mittlerweile eigentlich geklärt?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich war das letzte Mal im November 2019 zuständig. Ich weiß nicht, was danach dann tatsächlich noch passiert ist.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay. - Dann gebe ich weiter an meinen Kollegen Jens Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Genau. - Ganz kurz noch: Wer war Ihr Ansprechpartner zu Beginn Ihrer Tätigkeit aufseiten der BaFin?

**Zeugin Franziska Folter:** Herr Damberg und Herr du Buisson.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und haben Sie mit Herrn du Buisson diese Einstufungsfragen, Ihre Sichtweisen diskutiert?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wie hat Herr du Buisson darauf so reagiert? Also, war der Ihrer Meinung oder war der eher anderer Meinung?

**Zeugin Franziska Folter:** Die Überprüfung - - Also, unsere Idee oder unser Vorschlag, die Wirecard AG - - die Finanzholdingeigenschaft noch mit den erforderlichen Unterlagen zu überprüfen - - war er nicht sehr davon angetan, weil er meint, also, weil er davon überzeugt war, die Acquiring & Issuing ist als Finanzholding einzustufen und die AG nicht, und wir dann der Meinung waren: Aber wir müssen ja die entsprechenden Unterlagen haben, um das einzustufen zu können.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Aber Sie haben gesagt, er war nicht so begeistert. Sind Sie der Meinung, er wollte das eher kritischer sehen als Sie? Oder war er kritischer eingestellt gegenüber vielleicht der Wirecard AG?

**Zeugin Franziska Folter:** Er hätte auf diese Prüfung - - Also, er hätte die Überprüfung der Einstufung der AG in dem Fall für nicht zwingend notwendig erachtet, weil die Einstufung der Acquiring & Issuing für ihn - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, ja, gut. Wir haben nämlich eine E-Mail von ihm vorliegen. Die ist eingestuft; deswegen kann ich sie nicht vorlesen. Aber die liest sich so ein bisschen anders. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann habe ich als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Da will ich gerade noch mal nachhaken, um sozusagen den Punkt von Herrn Zimmermann fertig zu machen. Also, wenn ich das richtig zusammenfasse und Sie richtig verstehe, war sich Herr du Buisson sicher, dass die Wirecard AG keine

Finanzholding ist, und Sie haben gesagt: Wir wollen noch weiter prüfen. - War das so?

**Zeugin Franziska Folter:** Ja. Wir haben gesagt: Wir müssen die Unterlagen anfordern, um das überprüfen zu können, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau. Also es war letzten Endes so, dass die Bundesbank den etwas strengeren Blick auf die Thematik hatte als die BaFin.

Sie haben sich mit dem Thema „strategische Kreditvergabe“ ja beschäftigt in Bezug auf die Wirecard Bank AG. Ist Ihnen dabei aufgefallen, dass auch die Wirecard AG selbst unmittelbar an oft auch dieselben Adressen strategische Kredite vergeben hat?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein. Nachdem die AG nicht unter unsere Aufsicht gefallen ist, hatten wir da keine Info darüber.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist denn jemals erwogen worden, mal zu prüfen, ob die Wirecard AG eigentlich unerlaubte Bankgeschäfte betreibt?

**Zeugin Franziska Folter:** Nicht dass ich wüsste.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aus meiner Sicht hätte das ausgesprochen nahegelegen. Wenn wir uns die Volumina und die Vielzahl an Krediten anschauen, die die Wirecard AG vergeben hat, halte ich da auch noch weitere Straftaten für sehr naheliegend.

Aber Sie haben nie damit zu tun gehabt, Erlaubnispflichten auf der Ebene der Wirecard AG zu prüfen?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Gab es nach der Prüfung Kreditgeschäft 2017 noch eine Nachschauprüfung zu dem Thema?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Franziska Folter:** Also nicht während meiner Zuständigkeit. Ich weiß nicht, was im Zweifel letztes Jahr - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, also, das ist vorausgesetzt, klar, selbstverständlich.

Haben Sie mal - - Es gab ja auch geldwäsche-spezifische Prüfungen bei der Wirecard Bank AG im, wie wir gehört haben, Großen und Ganzen jährlich. Hat da die Bundesbank auch eine Rolle gespielt, oder hat das die BaFin selbst gemacht?

**Zeugin Franziska Folter:** Das Geldwäschethema ist primäres Thema der BaFin. Da werden wir, wenn, dann übers Ergebnis informiert. Aber das ist die BaFin, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Nun gibt es ja nicht nur das Inhaberkontrollverfahren, wo der Inhaber kontrolliert wird, sondern es gibt ja auch die Möglichkeit, nach § 44b KWG, laufend den Inhaber einer bedeutenden Beteiligung zu prüfen, über eine § 44er-Prüfung, und das muss ja auch dann gemacht werden, wenn gewissermaßen Gründe auftauchen zwischenzeitlich, die eine Versagung eines Erwerbs rechtfertigen würden. Kurzum, es hätte nach meiner Lesart jederzeit die Möglichkeit gegeben, bei Zweifeln an der Bilanz der Wirecard AG nach § 44b KWG in Verbindung mit § 44 zu prüfen, und zwar auf Ebene der Wirecard AG zu prüfen. Hat der Gedanke jemals eine Rolle gespielt während der ganzen letzten Jahre?

**Zeugin Franziska Folter:** Wir hatten, als das - - 18 oder 19 waren noch mal Presseartikel dann drin. Da hatten wir dann ja irgendwann mal eine E-Mail, meine ich, an die BaFin auch geschrieben, dass es ja diese Möglichkeit gibt. Nachdem aber hauptsächlich WA, also die Wertpapierabteilung der BaFin, an diesem Thema dran war, meine ich, hat die BaFin damals dann erst mal Abstand davon genommen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber es gab - - Haben Sie die E-Mail verfasst oder ein anderer Mitarbeiter der Bundesbank?

**Zeugin Franziska Folter:** Wahrscheinlich war das dann ich oder mein Vorgesetzter. Aber wahrscheinlich war das ... (akustisch unverständlich)

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist aber hochinteressant, weil die Verteidigungslinie der BaFin ja immer war - die ich nie geglaubt habe -, dass man an die AG nicht ran gekommen wäre. Und ich glaube in der Tat, § 44b KWG wäre ein Weg gewesen. Wenn Sie die BaFin auf diesen Weg noch hingewiesen haben, dann macht das die ganze Sache ja noch eindeutiger. Okay, also dann müssen wir nach der E-Mail mal suchen. Ich glaube, das ist wirklich ein Schlüsselstück, weil es an einem entscheidenden Punkt auch der Argumentationslinie der BaFin ansetzt. 2018, schätzen Sie, oder wann war das?

**Zeugin Franziska Folter:** Wahrscheinlich 18 oder Anfang 2019; da bin ich mir jetzt aber nicht mehr - - Also, es war in diesem Thema, es gab Presseartikel.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich hätte es für naheliegend gehalten, Sie scheinbar auch ein bisschen. Und anordnen muss es die BaFin - das ist auch klar -, das kann die Bundesbank nicht.

Die Bundesbank wurde ja auch beteiligt von der BaFin, im Zuge der Verhängung des Leerverkaufsverbots, mit dem Blickwinkel vor allem Finanzmarktstabilität. Hat man da bei Ihnen auch mal nachgefragt, wie Sie das einschätzen, das Thema?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie sind in dem Arbeitsstrang gewissermaßen nicht involviert gewesen?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es gab zwei Exit-Gespräche mit Herrn Wexeler. Es ist auch schon mal angesprochen worden heute. Herr Wexeler hat uns ein bisschen geschildert, wie er die Sache dargestellt hat damals und auch vor allem auf ein paar Probleme hingewiesen hat. Haben Sie ir-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gendeine Erinnerung an, sagen wir mal, Probleme, die durch die Auskünfte von Herrn Wexeler in diesen Gesprächen 22.10.19 und 02.12.19 - - also dass Probleme, die durch die Auskünfte von Herrn Wexeler gerade in den Gesprächen Ihnen bekannt geworden sind oder der Bundesbank, der BaFin bekannt geworden sind?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, das zweite Gespräch war ja dann im Dezember, haben Sie gesagt. Da war ich ja dann nicht mehr mit dabei.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie waren nur im Oktober dabei?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich war nur im Oktober dabei. Da hatte man dann - - Also, wie war denn das? - Ja, man wusste dann, dieses - - also, es macht auf jeden Fall Sinn, noch mal mit ihm dann zu sprechen. Aber was da im Oktober - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, okay. Also, es muss ja jetzt nicht - - Wenn die Erinnerung nicht da ist, hat es keinen Sinn, jetzt eine zu erzeugen.

**Zeugin Franziska Folter:** Genau. Also, wir wussten, es macht dann auf jeden Fall Sinn, noch mal mit ihm zu sprechen. Da war aber ich dann nicht mehr zuständig und - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das war schon im Übergangsprozess.

**Zeugin Franziska Folter:** Genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann wäre jetzt der Kollege Fabio De Masi an der Reihe. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Folter, bei diesem Gespräch am 25. Juli 2019 mit Herrn Wexeler und Herrn Vinke, da wurde ja eine gewisse Unzufriedenheit von Herrn Wexeler mitgeteilt mit den Feststellungen durch den Abschlussprüfer EY. Und Herr Wexeler hat das hier so dargestellt, als sei das durch BaFin und Bundesbank eigentlich begrüßt worden, dass man

diese Meinungsverschiedenheit, sage ich jetzt mal, zu dem Abschlussprüfer noch mal anderweitig begutachten lässt. Können Sie das so bestätigen, dass das begrüßt wurde von der Bundesbank?

**Zeugin Franziska Folter:** Ob man das jetzt begrüßt hat, das erinnere ich nicht mehr. Ich weiß, man hat den Vorschlag angenommen und sich darauf verständigt, dass noch mal eine andere Gesellschaft sich das anschaut und das dann noch mal in die Beurteilung mit einbezieht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und im weiteren Prozess? Gab es bei der Bundesbank die Auffassung, dass diese Feststellungen von EY durch die Wirecard Bank zufriedenstellend adressiert wurden?

**Zeugin Franziska Folter:** Wie an wen adressiert wurden?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, ich sage mal: Wenn es solche Feststellungen im Raum gibt, wäre es auch eine Möglichkeit, zu sagen: „Liebe Wirecard Bank, wie verhaltet ihr euch dazu und welche Maßnahmen ergreift ihr?“, um vielleicht auch, ich sage mal, maßnahmenbezogen EY die Gründe zu nehmen für solche Feststellungen.

**Zeugin Franziska Folter:** Im Prinzip ist es ja erst mal Aufgabe des Institutes, die Feststellungen des Abschlussprüfers anzunehmen, abzustellen. Wir schauen uns die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers dann auch mit an. Das Problem ist dann: Wenn das Institut die Feststellung, wie in diesem Fall - in Anführungszeichen - nicht anerkennen möchte, sondern eine andere Meinung vertritt, hat man ja die Möglichkeit, man spricht dann mit den Parteien. Oder in dem Fall war dann die Überlegung, der Vorschlag der Bank, man könne ja noch einen unbeteiligten Dritten da sich die Feststellung anschauen lassen und dann zum Ergebnis kommen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und haben bei dieser Unterredung am 25. Juli nach Ihrer Erinnerung Vorwürfe bezüglich Zahlungsverkehrsabwicklungen aus Onlineglücksspiel eine Rolle gespielt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Franziska Folter:** Daran - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist Ihnen nicht erinnerlich.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, ich erinnere mich nicht mehr, ob wir das da als Thema hatten oder nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Was mich noch interessieren würde: Der Herr Hufeld, der hat mal hier ausgeführt, er habe noch im Mai letzten Jahres, Mitte Mai, mit Herrn Eichelmann ein Gespräch geführt und da habe er ausgeführt: „Also jetzt, noch mal nach dem Motto, kommt ihr nicht so raus aus der Einstufungsentscheidung. Das heißt, wir gehen da anders heran“, was ich eine bemerkenswerte Feststellung fand, weil eigentlich darf es ja nur nach objektivierbaren Kriterien gehen. Er würde wahrscheinlich sagen, Herr Hufeld - jetzt ist er nicht da, aber - -: Ja, es gab Zukäufe, Wachstum, sodass man jetzt vielleicht eine andere Entscheidung vornehmen würde hinsichtlich der Einstufung.

Würden Sie mir zustimmen, dass die wesentlichen Zukäufe und das Wachstum der Wirecard AG doch schon davor waren, also in den Jahren davor? Also, zu dem Zeitpunkt, wo Sie ja damit befasst waren, hatte schon ein sehr wesentliches Wachstum stattgefunden - oder? - der Aktivitäten. Oder würden Sie jetzt spezifisch, sage ich mal, Schwerpunkte in Zeiträumen danach sehen, die einfach noch mal eine solche erhebliche Auswirkungen gehabt hätten auf die Einstufungsentscheidung?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, ich habe nach meiner Zuständigkeit das Thema dann auch nicht mehr verfolgt, ob es da dann noch größere Zukäufe und so gab. Aber - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ist es zutreffend, dass Sie von der BaFin hinsichtlich der Einstufung als Finanzholding über sehr lange Zeiträume keine Rückmeldung erhalten haben? - Also, ich sage mal: Waren da - - Mussten Sie mehrmals nachgehen bestimmten Vorgängen,

weil vielleicht nicht wirklich aus der institutionellen Zusammenarbeit heraus dort reagiert wurde?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wüsste ich jetzt nicht, dass wir dem - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** War alles normal, relativ normal?

**Zeugin Franziska Folter:** Würde mich jetzt nicht mehr an Probleme erinnern.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und in diesem European-Banking-Authority-Q&A, ich glaube, 296, legen Sie mich nicht drauf fest, da wird ja auch drauf abgestellt: Wenn man abweicht von der dortigen Einstufung, dann muss man ja so ein bisschen definieren: Was ist eigentlich der Hauptzweck einer Gesellschaft? - Und wenn Sie jetzt auf die Wirecard AG insgesamt gucken, wie würden Sie denn aus heutiger Sicht - jetzt mal abgesehen davon, dass sie insolvent sind - den Hauptzweck charakterisieren?

**Zeugin Franziska Folter:** Also - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also der AG, der Wirecard AG.

**Zeugin Franziska Folter:** Dieser Hauptzweck in dieser Q&A bezieht sich ja nicht auf das einzelne Institut, sondern bezieht sich ja tatsächlich dann auf die einzelnen Tochterunternehmen. Also, da bin ich jetzt in der aktuellen Struktur einfach nicht mit drin, weil das nicht mehr meine Zuständigkeit dann war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hat denn jemals eine Rolle gespielt - - Ich weiß; es ist nur noch diese Frage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hat denn jemals eine Rolle gespielt - - Also, in der Leerverkaufsverfügung der BaFin - da bin ich immer drüber gestolpert -, da stand drin: Wirecard ist ein Anbieter von Zahlungsdiensten. - Ich habe das immer verstanden als eine Referenz. Also, es gibt ja





## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch eine andere Möglichkeit als die Finanzholding, nämlich Einstufung gemäß ZAG-Register, wo sich ja auch eine Zuständigkeit der BaFin ergeben hätte. Hat das jemals eine Rolle gespielt in Ihren Erwägungen, Gesprächen?

**Zeugin Franziska Folter:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Niemals. Okay.

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wäre mir nicht bekannt, dass das eine Rolle gespielt hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und die BaFin hat immer gesagt, sie habe diesen Begriff untechnisch verwendet in einer Leerverkaufsverfügung - was ich beachtlich fand für eine Behörde mit doch einer hohen Juristendichte. Ist es üblich, in der Bundesbank solche Begriffe - - Oder wäre es üblich, in der Bundesbank solche Begriffe untechnisch zu verwenden?

**Zeugin Franziska Folter:** Das kann ich aus meiner Position nicht sagen, ob - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie verwenden solche Begriffe nicht untechnisch, also insbesondere bei Einstufungsentscheidungen, vermute ich, nicht? - Da gibt es: Entweder man hat den juristisch zutreffenden Begriff, oder man hat ihn nicht.

**Zeugin Franziska Folter:** Wahrscheinlich ja. Aber das ist - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, brauchen wir nicht vertiefen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Frau Folter, wir sind vorhin stehen geblieben oder wir sind unterbrochen worden bei der Matrix; Sie erinnern sich.

**Zeugin Franziska Folter:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich lege Ihnen die jetzt nicht mehr vor, weil so im Detail will ich es nicht genau wissen. Aber ich würde schon noch mal besser verstehen, womit wir es da zu tun haben.

Ich fasse es jetzt mal in meinen Worten zusammen: Das ist ja ein Prozess, Einstufung von einer AG oder von einer Holding, etwas, was sozusagen Kerngeschäft und Routinegeschäft ist. Und trotzdem geht man so individuell vor, dass sozusagen Ihnen anvertraut wurde, da ein eigenes Template, ein eigenes Verfahren zu bauen. Das finde ich seltsam. Ich hätte gedacht, das wäre hochstandardisiert. Können Sie noch mal die Logik ... (akustisch unverständlich) erläutern und wie am Ende auch das Resultat dabei herausgekommen ist?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, im Prinzip war die Idee hinter dieser Tabelle, eine Übersicht aller Unternehmen innerhalb des Konzerns zu bekommen mit der Haupttätigkeit, also einer Beschreibung, einer kurzen Beschreibung der Haupttätigkeit, mit einer Einschätzung - ich vermute mal, die hat die AG gemacht; aber wir haben es ja bei der Bank angefordert -: Wie würden Sie selber das - als Institut oder Finanzinstitut? - einstufen oder nicht? Dann haben wir noch diverse Kennzahlen mit abgefragt. Unter anderem war die Bilanzsumme dabei. Was dann noch - - habe ich jetzt auf die Schnelle nicht mehr im Kopf. Aber haben wir dann auch noch Zahlen mit abgefragt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wurden da Dokumente mitgeliefert, oder haben die einfach Ihnen das Excel mit ein paar Kreuzchen zurückgeschickt und ein paar Zahlen?

**Zeugin Franziska Folter:** Das war hauptsächlich das Excel mit ein paar Kreuzen und ein paar Zahlen und die Geschäftsberichte oder den Geschäftsbericht des Konzerns.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wurde Ihrerseits noch mal etwas nachgefordert - weil Sie gesagt haben: „Diese Einstufung würden wir gern noch mal besser verstehen oder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachvollziehen; können Sie uns da noch was liefern?“?

**Zeugin Franziska Folter:** Ich meine, nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Also, ich fasse das mal zusammen: Sie haben sozusagen manuell dieses Excel gebaut. Sie haben die Wirecard AG gebeten, sich da selbst einzutragen. Und Sie sagten vorhin in der ersten Runde, es gab dann auch keine Korrektur Ihrerseits. Das heißt, es wurde auch mehr oder weniger so übernommen. So würde ich das jetzt mal zusammenfassen in meinen Worten. Würden Sie dem zustimmen?

**Zeugin Franziska Folter:** Genau. Wir haben halt dann plausibilisiert anhand noch mal des Geschäftsberichts, anhand, wie ich vorher schon erwähnt habe, von Behördeneinträgen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wer ist eigentlich „wir“?

**Zeugin Franziska Folter:** Also, wir als Bundesbank. Also, in dem Fall dann ich in meiner Person. Aber im Prinzip wir als Bundesbank haben das dann - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und hat Ihnen jemand - ich sage das jetzt mal ein bisschen flapsig und uncharmant - dabei auf die Finger geschaut, also bei diesem ganzen Prozess, beim Bauen des Excels, bei der Kommunikation mit Wirecard und bei dem Plausibilisieren?

**Zeugin Franziska Folter:** Mit dem Sachgebietsleiter habe ich den Prozess eigentlich immer dann mit abgestimmt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und der war damit einverstanden, der hat das quasi abgesegnet und hat dann sein Okay dazu gegeben?

**Zeugin Franziska Folter:** Genau. Also, mit dem habe ich die Tabelle im Vorfeld abgestimmt, habe dann den Ausfluss danach, also den Vermerk, abgestimmt, der hat es mit abgezeichnet, genau.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Herr Zimmermann hatte ja vorhin, glaube ich, auch auf eine E-Mail referenziert. Die kann ich jetzt auch nicht ganz zitieren. Da schildert sich das oder stellt sich das ein bisschen anders dar. Aber ich lasse es trotzdem mal so stehen.

Hat sich nach Ihrer Erkenntnis an diesem Vorgehen, an dem grundsätzlichen Vorgehen etwas geändert in der Zwischenzeit, oder ist das der Modus Operandi von heute?

**Zeugin Franziska Folter:** Das kann ich Ihnen gar nicht sagen, weil ich den - - also danach dann nicht mehr - - so eine Überprüfung, glaube ich, nicht mehr vornehmen musste. Deswegen habe ich mich da damit auch nicht mehr dann beschäftigt, wie - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und war das das erste und auch einzige Mal, dass Sie so eine Einstufung vorgenommen haben?

**Zeugin Franziska Folter:** Es war auf jeden Fall das erste Mal, dass ich das vorgenommen habe.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was ich schon krass finde. Also, ich traue Ihnen das total zu - verstehen Sie mich nicht falsch -; aber dass man Ihnen gleich so eine Riesebude sozusagen auf den Schreibtisch kippt mit x Tochtergesellschaften, komplexen Geschäftsmodellen, überall auf der Welt, und sagt: „Machen Sie mal, Frau Folter!“ - Respekt!

**Zeugin Franziska Folter:** Ja, also, war damals dann eine Zuständigkeit in dem kleineren Fall; aber das war nicht mit so groß und war jetzt auch unter neuer Rechtslage; habe ich dann mich noch mal mit der Thematik Finanzholding befasst. Aber da war nicht diese Prüfung in dem Zusammenhang dann ... (akustisch unverständlich)

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir haben eine schriftliche Frage vor ein paar Wochen auch noch mal an die BaFin gestellt, auch im Lichte der Ereignisse um Wirecard, ob dieses Verfahren oder diese Einstufung noch mal irgendwie zu Veränderungen geführt hat. Und in der Tat wurden sich 16 Unternehmen unter der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage „Holding, ja oder nein?“ noch mal genauer angeschaut. Sie wissen jetzt nicht, ob da sozusagen die gleiche Methode angewandt wurde, so wie das bei Ihnen der Fall war?

**Zeugin Franziska Folter:** Das übersteigt meine Kenntnis.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Die Koa hatte mir jetzt mitgeteilt, sie hat keine weiteren Fragen. Wir von der AfD-Fraktion haben auch keine weiteren Fragen an Frau Folter. Ich schaue jetzt mal zur FDP-Fraktion.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Nein!)

- Nein. Ich schaue Herrn De Masi an. - Nein. Ich schaue zu Bündnis 90/Die Grünen. Besteht da noch Bedarf? - Nein. Gut, dann stelle ich zunächst fest, dass in öffentlicher Runde kein Bedarf mehr besteht.

Ich frage: Gibt es Bedarf, die Kollegin Folter in einer eingestuften Sitzung noch mal zu befragen?

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Nein!)

- Nein. Dann stelle ich fest - sofort -, dass es bei keiner weiteren Fraktion noch Fragen gibt.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Ich möchte mich ganz rechtlich herzlich bei Ihnen bedanken, auch für die hohe Kooperationsbereitschaft, ich möchte mich auch bei Ihrem Rechtsbeistand herzlich bedanken, wünsche Ihnen beiden nun eine angenehme Heimfahrt, wenn Sie das heute noch schaffen, wenn nicht, einen angenehmen Aufenthalt, und bleiben Sie in der schwierigen Zeit vor allem gesund! Vielen Dank.

**Zeugin Franziska Folter:** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ah! Dann höre ich - - Bevor ich Sie entlasse: Das müssen Sie mir noch zusagen, weil Ihnen stille Vorhalte gemacht worden sind - wenn ich meinen Herrn Dr. Raue nicht hätte - -

Frau Folter, Herr Egle, Ihnen sind eben als Geheim gestufte Inhalte zur Kenntnis gelangt. Das waren die beiden stillen Vorhalte, als Sie dann unter der Balustrade standen. Sie müssten daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung - und höre und sehe keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen. Ich stelle fest: Der Ausschuss macht Frau Folter, Herrn Egle die Geheimhaltung der als Geheim eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die durch die Vernehmung in der Sitzung Ihnen zur Kenntnis gelangt sind. - Sie nicken beide und lächeln; wunderbar; dann ist das so.

Und jetzt sind Sie in den Abend entlassen. Und nochmals: Bleiben Sie gesund! Vielen Dank.

**Zeugin Franziska Folter:** Danke.

**RA Wolfgang Egle:** Wiederschauen!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wiederschauen! - So. Dann haben wir eben schon intern besprochen, dass wir, bevor wir den nächsten Zeugen zu uns zitieren, eine ganz kurze Beratungssitzung machen. Ich bitte daher, die Öffentlichkeit kurz sozusagen außen vor zu lassen, damit wir jetzt hier entsprechend tagen können. Es geht um einen Sachverhalt, den wir nur ganz kurz klären müssen; ich glaube, das nimmt nicht viel Zeit in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Anspruch. Und Herr Fleischer gibt mir dann gleich das Zeichen, wenn wir hier entsprechend nichtöffentlich sind. - Ich bitte auch die Kollegen der schreibenden und fotografierenden Kunst und Zunft, kurz die Tribüne zu räumen. Das geht sehr schnell.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
19.28 Uhr - Folgt  
Sitzungsteil Beratungs-  
sitzung)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
19.37 Uhr)

### Vernehmung des Zeugen Joachim du Buisson

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann stelle ich fest: Wir sind öffentlich. Der Zeuge hat Platz genommen.

Herr du Buisson, jetzt noch mal ganz offiziell: Ich heiße Sie recht herzlich willkommen, hoffe, Sie hatten hier, soweit das möglich ist, einen angenehmen Aufenthalt bei uns im Hohen Hause.

Herr du Buisson, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür erst mal vielen Dank auch hier vom Ausschuss, weil uns das immer und vor allen Dingen in der Summe noch mehr Zeit spart, und die ist ja bekanntlich sehr kostbar und beschränkt.

Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würden, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu befinden. - Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den  
Kopf)

Dann möchte ich Sie noch bitten, dass Sie immer darauf achten, das Mikrofon einzuschalten - weil wir neben unserem hervorragenden Stenografischen Dienst auch ein Tonprotokoll anfertigen -; das geht relativ einfach: den Knopf drücken mit dem Zeigefinger, das Licht hier leuchtet, und dann funktioniert Ihr Mikro.

Wenn Sie möchten - das ist Ihnen überlassen -, können Sie die Maske auch abnehmen. Wenn Sie die aufbehalten möchten, ist das auch Ihr gutes Recht. - Ich wollte Ihnen nur diesen kleinen Hinweis der Erleichterung geben.

Herr du Buisson, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Mein Name ist Joachim du Buisson, Alter 52, Dienstort Bonn, und beruflich bin ich Verwaltungsbeamter im höheren Dienst.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann haben Sie jetzt die Möglichkeit - wenn Sie dies wünschen -, im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja; vielen Dank. - Ich habe mir hier so ein bisschen was vorbereitet. Aber ich möchte die Zeit kurz jetzt noch mal dazu nutzen, zu sagen, dass ich um 12 Uhr hier geladen war, schon gestern. Das ist auf 14 Uhr verlegt worden. Und seit 13 Uhr bin ich hier im Hause. In der Tat, ich bin hier gastfreundlich aufgenommen worden. Aber es ist natürlich misslich für einen Zeugen: Ich habe kein Hotel. Es gibt heute Abend keinen Zug mehr zurück. Also, von daher ist die Frage: Lässt sich das nicht besser organisieren? Sie machen hier eine wichtige Arbeit, die man auch gerne unterstützt. Aber es sind vielleicht Möglichkeiten da, die Umstände für die Zeugen hier etwas zu verbessern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zunächst vielen Dank für den Hinweis. Wir möchten in der Tat nicht, dass Sie hier heute in die Verlegenheit





## Nur zur dienstlichen Verwendung

kommen, schlecht zu nächtigen. Deswegen bitte ich mein Ausschussesekretariat vielleicht, dass wir Ihnen nachher - das kriegen wir hin - ein Hotel zur Verfügung stellen, damit Sie hier auch entsprechend adäquat übernachten können. Insoweit vielen Dank, dass Sie dennoch jetzt uns hier zur Verfügung stehen. Es ist sicherlich manchmal auch der Knappheit der Zeit geschuldet und eben auch den Umständen, dass wir auch sehr unter Zeitdruck ermitteln. Aber vielen, vielen Dank. Nehmen Sie da meine Entschuldigung zur Kenntnis. Und wir sind da auch bemüht, stetig und ständig besser zu werden. Also insoweit: Den Hinweis haben wir zur Kenntnis genommen, und es wird sich gleich jemand aus meinem Ausschussesekretariat mit Ihnen entsprechend in Verbindung setzen, zu Ihnen kommen, und dann werden wir Ihnen ein wirklich gutes Hotelzimmer auch organisieren - da haben Sie mein Wort -, natürlich auch zu unseren Lasten.

Möchten Sie dennoch - nach der kurzen, berechtigten Manöverkritik - einige Einlassungen zum Verfahrensgegenstand machen? Dann wäre jetzt die Gelegenheit. Sie haben noch mal das Wort. Bitte schön.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, als einleitende Worte würde ich noch gerne ausführen, dass ich entsprechend meiner Ausbildung als Jurist vor allen Dingen mit der Bearbeitung von Rechtsfragen befasst war und von Beginn des Untersuchungszeitraumes bis zum April 2019\* zuständiger Referent im Referat BA 37 „Privatbanken III“. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums war ich für circa 30 kleine, auf Nischen spezialisierte Banken zuständig. Die Zeit war durch Umbruch bestimmt, sowohl in wirtschaftlicher wie auch in regulatorischer Hinsicht. Aufgrund des Finanzmarktumfeldes hatten viele Institute Probleme mit der Rentabilität der Geschäftsmodelle, woraus sich etliche Folgeprobleme ergaben. Die Bankenaufsicht der BaFin hat mit Einführung des SSM ihre wesentlichen hoheitlichen Zuständigkeiten an die EZB verloren, im Jahr 2014. Ferner wurden durch interne Umstrukturierungen meine Zuständigkeiten aus dem Referat entfernt, sodass ich dann die Bankenaufsicht verlassen habe.

Vorher war ich, in den Jahren 2016 bis 18, noch in größerem Umfang mit Grundsatzarbeit bei der EBA zur Vorbereitung eines größeren Regulierungsvorhabens beschäftigt, was nachher auch in Brüssel verhandelt wurde und was ich unterstützt habe. Ich habe auch bei der EZB in Arbeitsgruppen gearbeitet und bei der Vorbereitung der BaFin auf den Brexit geholfen.

Zur Abrundung des Bildes ist es, glaube ich, auch wichtig, zu wissen, dass der Geschäftsbereich „Bankenaufsicht“ im Laufe der Zeit immer stärker arbeitsteilig aufgestellt worden ist. Also, BA 37 kümmerte sich um die Themen allgemeine Bankorganisation und die Anwendung des Kapitalregimes CRR.

Die Durchführung von Inhaberkontrollverfahren war Aufgabe eines anderen Referates, welches auch Erlaubnisverfahren führte und Aufsichtsräte sowie einige Zeit auch Geschäftsleiter prüfte. Dann gab es noch eine weitere Anzahl weiterer fachzuständiger Referate. Diese Aufspaltung der Zuständigkeit vollzog sich vor dem Hintergrund der Zunahme der Komplexitäten in der Regulierung, die eine weitergehende Spezialisierung erforderlich machten. In Bezug auf die Aufsichtsobjekte nahm BA 37 aber keine koordinierende Funktion ein, sondern die Federführung lag in der Regel bei den Spezialisten und nicht bei uns als den Generalisten.

Die Referenten haben nach der Geschäftsordnung der BaFin unterstützende Funktionen zu den Referatsleitern. Über diese sowie die übergeordneten Abteilungsleitungen läuft auch der gesamte Posteingang, wo die Vorgesetzten die Möglichkeit haben, Bearbeitungsvorgänge durch Sichtvermerke zu beeinflussen.

Ich habe mich vor allen Dingen für das Untersuchungsthema 7 vorbereitet, nämlich die Implikation der bankaufsichtlichen Vorschriften über die Inhaberkontrolle und die Konsolidierung von Finanzholdinggruppen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ich würde, wie üblich, dann mit ein paar allgemeinen Fragen, auch zum Abräumen für die anderen Kollegen, beginnen. Insooweit: Sie haben ja eben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon sehr ausführlich ausgeführt. Wie haben Sie sich des Weiteren jetzt auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie Gelegenheit, noch mal in entsprechende Unterlagen zu schauen, oder werden Sie das meiste aus der Erinnerung heraus bestritten?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Sowohl als auch. Also, ich habe natürlich die Presseberichterstattungen weiter verfolgt. Ich habe auch selbst quasi noch einen Handaktenbestand, den ich konsultiert habe. Ich habe auch, natürlich, die Antworten der Bundesregierung auf die parlamentarischen Anfragen zur Kenntnis genommen. - Ja, das war meine Vorbereitung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Können Sie uns zunächst mal allgemein schildern, wie und mit wem die maßgebliche Kommunikation - wir hatten ja heute auch schon einige Zeugen befragt - mit der BaFin, der Wirecard AG und insbesondere hier natürlich auch mit der Wirecard Bank ablief? Also, können Sie da vielleicht maßgebliche Ansprechpartner auch seitens der Wirecard Bank AG nennen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nach der Aufsichtsrichtlinie auf der Grundlage von § 7, ist es, glaube ich, des Kreditwesengesetzes ist ja die laufende Aufsicht Aufgabe der Bundesbank. Die BaFin ist quasi die Behörde, um Entscheidungen zu treffen, wobei - - vorbehaltlich dessen, dass eben für viele Funktionen seit 2014, wie gesagt, die EZB jetzt zuständige Bankenaufsichtsbehörde in Deutschland ist. Insofern hat die BaFin dann an der Stelle keinen dauerhaften unmittelbaren Kontakt mit der Bank gepflegt. Aber es war gute Übung, dass, wenn die Bundesbank ihr Jahresgespräch durchgeführt hat, dann sowohl - - also Personen aus der BaFin herzlich willkommen waren. Also, das habe häufig ich übernommen bzw. mein Kollege, der morgen noch da ist, der Herr Damberg.

Im Übrigen hatte man natürlich sonst im Rahmen seiner Zuständigkeiten, wenn Fragen von anderen Stellen aus der BaFin kamen - - natürlich war man auch dann mit Themen der Bank befasst, also sozusagen eigentlich nicht so unmittelbar,

aber doch sozusagen; man hat die laufende Aufsicht mitbegleitet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und den Austausch wiederum mit der Bundesbank bezüglich überschneidender Themenkomplexe, wie würden Sie den beschreiben aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Konstruktiv, ja. An der Basis weiß man, dass man aufeinander angewiesen ist. Sie wissen, die BaFin hat keine - - hat zwar Flächenzuständigkeit als Bundesbehörde, aber keinerlei Verwaltungsunterbau. Insofern geht es nicht ohne die Bundesbank. Und umgekehrt: Bei der Bundesbank ist es natürlich auch gute Gepflogenheit, sich in vielen Dingen mit der BaFin abzustimmen. Das passiert, wenn es um Tagesarbeit geht, dann mit den aufsichtsführenden Kollegen von der Fachaufsicht, sprich: BA 37, aber natürlich auch, wenn es Grundsatzthemen zu beantworten gibt, dann mit den entsprechenden Grundsatzabteilungen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann würde ich eine Fachfrage jetzt schon mal - - Wir hatten vorhin die Kollegin Folter, und die hat im Februar 2016 einen Vermerk geschrieben zu der Artikelserie „House of Cards“. Und wir haben hier allgemein so empfunden, da hat sie, ja, fast schon in einer Art vorgegriffen, an welchen Dingen unter Umständen dieser große Konzern scheitert respektive das Scheitern vorprogrammiert ist. Zu finden ist dieses auf MAT A BMF-4.58, Blatt 15 ff. Und sie hat diesen Vermerk auch entsprechend, so sagt sie, innerhalb der Bundesbank weitergegeben und auch an die BaFin.

Jetzt ist meine Frage: Erinnern Sie diesen Vermerk oder nicht? Und, wenn ja: Wann hatten Sie das erste Mal Kenntnis von diesem Vermerk, wo sie sich sehr kritisch und auch sehr konstruktiv mit dieser Artikelserie der „Financial Times“ auseinandersetzt, durchaus auch mit Fragen, die sie da stellt?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da kann ich mich nicht erinnern. Ich habe mich darauf auch nicht vorbereitet. Und so jetzt im Laufe der Zeit verschwimmt bei mir so ein bisschen - - Das eine war Zatarra, das andere war dieses „Financial



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Times Alphaville“ oder was. Also, ich weiß nicht mehr genau, um welche Vorgänge - - Sie sagten, 2016?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, im Februar.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein. Also, konkret jetzt nicht mehr. Aber es klingt - - Also, das wird so sein. Also, wenn sie es geschrieben hat, haben wir das natürlich zur Kenntnis genommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann habe ich zunächst keine weiteren Fragen. Wer möchte? - Matthias Hauer für die Union. Bitte schön.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Herr Vorsitzender! Herr du Buisson, ich würde gerne zu der Sonderprüfung nach § 44 KWG im Jahr 2017 zu sprechen kommen. Da fand bei der Wirecard Bank AG eine MaRisk-Sonderprüfung nach § 44 KWG statt. Hintergrund waren Feststellungen der Abschlussprüfer bei der Prüfung der Wirecard Bank. In den Jahren 2014 bis 2018 hat die BaFin ausweislich der eigenen Statistik zwischen 153 und 203 Prüfungen nach § 44 KWG durchgeführt. Da würde mich interessieren: Können Sie sagen, wie hoch der Anteil der anlassbezogenen Prüfungen an den Prüfungen nach § 44 KWG war?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee. Der Überblick fehlt mir. Da allerdings der Prüfungsplanungsprozess ein sehr aufwendiger ist, bei dem quasi im Vorherein Kapazitäten bei der Bundesbank gebucht werden müssen, ist so der Anteil der Ad-hoc-Prüfungen mit Sicherheit geringer. Also, das ist halt - - Wir führen die Prüfungen regelmäßig durch. Das entspricht der Rechtsprechung, die der BaFin quasi an der Stelle die Auflage gemacht hat - wenn man sagt, man macht Prüfungen ohne besonderen Anlass -, dann entsprechende Turni für sich selber einzuplanen. Insofern sind im Wesentlichen dann diese Turni das treibende Moment der Prüfungsplanung der BaFin.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wie waren Sie persönlich an der Prüfung beteiligt? Die konkrete Durchführung war ja bei der Bundesbank, übertragen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Es war ja eine bankgeschäftliche Prüfung, für die die BaFin regelmäßig oder im Regelfall auf die Bundesbank zurückgreift. Ich war insofern beteiligt, als ich ja die Prüfungsanordnung geschrieben habe und quasi das Thema mit ausgewählt habe.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie dazu Näheres sagen, zum Inhalt und was Ihnen da noch rememberlich ist?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, also, bei der bankgeschäftlichen Prüfung, das ist erst mal grundsätzlich die Prüfung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken - das ist allerdings inzwischen auch ein recht stattliches Regelwerk -, und da geht es im Wesentlichen auch sozusagen um die übergeordnete Risikosteuerung der Bank. Aber es gibt die Möglichkeit, quasi an der Stelle durchaus Schwerpunkte zu setzen, und von dieser Freiheit quasi, von der habe ich Gebrauch gemacht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und die waren, die Schwerpunkte?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das waren im Wesentlichen quasi die Abläufe im Kreditgeschäft.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Im Ergebnis der Prüfung stellte die Bundesbank ja bei dieser Kreditvergabe im Bereich strategischer Kredite keine schwerwiegenden Mängel fest, traf aber gewichtige Feststellungen, also keine F4, nur F3. Wie häufig kommen denn bei diesen § 44er-Prüfungen solche gewichtigen Feststellungen, die getroffen wurden, normalerweise vor?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, also, auch hier habe ich keine Statistik im Kopf. Insofern kann ich da nur auf meine persönliche Erfahrung - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, es ist üblich, dass - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, sagen wir so: Es ist jetzt kein extraordinärer Vorgang. Hier war es, denke ich - - Gefühlsmäßig war die Prüfung schlechter ausgefallen, als man es erwartet hätte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Andererseits: Es war meines Erachtens eine Erstprüfung nach der MaRisk. Von daher war das jetzt nichts, was sozusagen herausstach.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Aber Sie sagen: schlechter als erwartet. - In welchen Bereichen gab es diese gewichtigen Feststellungen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da verlässt mich jetzt meine Erinnerung. Aber ich denke, das war im Bereich des Kreditgeschäftes. Aber wie Sie sagen: Es waren damals im Vordergrund andere Kreditengagements der Bank, nicht die strategischen, sondern die Zusammenarbeit mit Plattformen, also Kreditersatzgeschäft.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, es gab keine Feststellungen zum strategischen Kreditportfolio?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Kann ich mich nicht mehr dran erinnern.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie aber auch nicht ausschließen? - Wenn Sie sich nicht erinnern können.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee. Wenn ich mich nicht erinnern kann, kann ich es nicht ausschließen, nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und das strategische Kreditportfolio, ist Ihnen dazu noch irgendwas erinnerlich, unabhängig davon, ob es da jetzt Feststellungen gab? An was erinnern Sie sich da noch?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, also, das Einzige ist, glaube ich, die Bürgschaft. Oder, ich glaube, es war gesichert mit - - Also, die Sicherheiten kamen aus dem Konzern. Also, ich glaube das; aber ich weiß nicht mehr, ob ich diese Information jetzt noch in Erinnerung habe oder ob meine weiteren Kenntnisse quasi durch die Verfolgung der Presse gekommen sind. Aber es ist die Möglichkeit, dass mir das aufgefallen war. Aber es hatte ja zu dem damaligen Zeitpunkt keine kritische Größenordnung. Also, von daher nehme ich jetzt einfach an, dass das da nicht im Vordergrund stand.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wie ist es dann weitergelaufen nach diesen gewichtigen Feststellungen mit diesen Mängeln? Wie ist dann mit diesen Mängeln umgegangen worden? Sie prüfen ja dann, ob die abgestellt sind.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Richtig. Also, dann wird das Unternehmen aufgefordert, die Mängel abzustellen, und das ist meines Wissens im Laufe der Zeit auch geschehen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sagt Ihnen die Firma Senjo Trading etwas?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Die sagt mir was, aber nur aus meiner Eigenschaft jetzt als Zeitungsleser.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, Sie können ausschließen, dass Sie da mal drüber gestolpert sind im Zuge Ihrer dienstlichen Tätigkeit.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Weitgehend ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie erinnern sich nicht daran, dass Sie das mal gesehen haben.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das kann ich bejahen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und Ocap: Sagt Ihnen das was?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Auch nur, weil ich es jetzt weiß. Aber ich kann mich nicht erinnern.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. EMIF 1A?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Auch nur, weil ich es jetzt weiß.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber dann sind Sie ja aufmerksamer Zeitungsleser; das ist ja erst mal gut. Haben Sie sich da mal nach der Zeitungslektüre noch mal Gedanken gemacht und sich gedacht: „Oje! Das Thema hatte ich ja“? Was geht einem da so durch den Kopf?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim du Buisson:** Dass man da als Aufseher natürlich überlegt und dass es einen quasi interessiert, das ist ja völlig klar; ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mich interessiert dieses Thema „Einstufung Finanzholding“. Da würde ich noch mal auch gern drauf zu sprechen kommen, und zwar: Können Sie da mal den Prozess schildern, wie das dazu kommt und wer da welche Entscheidungen trifft, ob jetzt ein Unternehmen eine Finanzholding ist oder nicht?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da hatte ich mich ja drauf vorbereitet.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

Also, die Beurteilung der Eigenschaft des Mutterunternehmens auf eine mögliche Finanzholdinggesellschaftseigenschaft hin ist Bestandteil der laufenden Aufsicht. Wenngleich derartige Beurteilungen so vorgenommen werden müssen, dass sie prospektiv auch mittelfristigen Bestand haben, müssen sie im Zeitablauf an Veränderungen angepasst werden.

Im Rahmen förmlicher Inhaberkontrollen nach § 2c KWG betreibt die BaFin die Beurteilungsverfahren, was im Hinblick auf die Anwendung der Inhaberkontrollverordnung auch erforderlich ist. Und im Rahmen der laufenden Aufsicht kümmert sich dagegen die Bundesbank um die Klärung. Die Arbeitsteilung ist in der Aufsichtsrichtlinie, wie bereits erwähnt, beider Häuser zugrunde gelegt. In der Praxis erfolgt jedoch immer eine Absprache beider Häuser mit dem Letztentscheid der BaFin.

Nach § 7 Absatz 2 KWG legt die BaFin allerdings im Regelfall die von der Deutschen Bundesbank getroffenen Wertungen ihrem aufsichtlichen Handeln zugrunde. Ein besonderes Verfahren für die Überprüfung ist nicht vorgesehen. Es gilt unmittelbar das Gesetz, unbeschadet dessen Auslegungsbedürftigkeit. Eine vorgenommene Beurteilung erzeugt bei Rechts- oder Sachverhaltsveränderungen keinerlei Bindungswirkung. Also, es handelt sich nicht um einen Verwaltungsakt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. Also, erst mal freue ich mich, dass ich das gefragt habe, worauf Sie sich vorbereitet haben.

(Heiterkeit des Zeugen)

Dann frage ich nachher noch mal, was Sie noch so vorbereitet haben. Dann haben wir das auch abgehandelt. Nein, Scherz beiseite!

Also, ich glaube Ihnen, dass das alles so rechtlich maßgeblich ist, was Sie jetzt vorgetragen haben. Aber jetzt interessiert mich natürlich, wie es wirklich war. Also, wer hat mit wem gesprochen, und wie läuft das üblicherweise? Ein Sachbearbeiter fragt bei dem Unternehmen nach, und dann gibt es da eine Korrespondenz, und dann fragt man den Vorgesetzten, und dann ist man sich unsicher, und dann schickt man es irgendwo hin. Also, wie ist das gelaufen bei Wirecard?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, historisch gelaufen ist es, dass - das also jetzt aufgrund meiner Einsichtnahme noch mal in meinen eigenen Unterlagen - im Nachgang zum Jahresgespräch 2014 die Bundesbank eine Überprüfung der Konsolidierung angekündigt hat. Also, das dürfte sich ja auch aus den Akten ergeben. Die Bundesbank hat dann quasi für die Übergangszeit eine Marschlinie getroffen. Denn sie haben ja mitbekommen: Es gab sozusagen zwei Kandidaten, die für die Konsolidierung anstanden oder für die Überprüfung anstanden. Und dann hat im Mai 20-

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie einfach noch mal diese zwei Kandidaten nennen, damit wir hier von denselben reden?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, das sind die Wirecard AG und die Wirecard Acquiring & Issuing.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also die Holding und die Zwischenholding. Und darunter war die Bank.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Richtig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nur damit wir alle hier Bescheid wissen.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim du Buisson:** Richtig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Und die Acquiring & Issuing, die hatte irgendwie eine Newcastle Building Society in UK erworben, die dann umbenannt wurde in Wirecard Card Solutions oder irgendwas. Und insofern war dann für uns auf dem Schirm: Aha, jetzt gibt es zwei Institute. Jetzt macht es Sinn, so eine Prüfung durchzuführen. - Und jetzt ging es aber im Wesentlichen - Sie sagten „Verfahren“ - erst mal um die Frage: „Wie vergewissert man sich des Sachverhaltes?“; denn das ist quasi ja die Beurteilungsgrundlage.

Und hier war es so, dass ich dann noch mal Ende 2014 nachgefragt habe. Da war die Bundesbank aber noch nicht so weit. Es kam dann auch wohl zu einem Bearbeiterwechsel, und dann kam eben die Frau Folter auf den Posten. Und dann war das Thema Konsolidierung noch mal Gespräch 2016. Und da ist dann quasi noch mal ein offizieller Prüfungsauftrag besprochen worden für die Bundesbank auf Ebene der Wirecard AG, sich noch mal, wie gesagt, des Sachverhalts zu vergewissern. Und die Bundesbank hat mit mir quasi das Verfahren abgestimmt, nach welchen Gesichtspunkten man die Überprüfung zu machen hat.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wie ist das Unternehmen selbst darin involviert, in diese Überlegungen? Also, damit meine ich jetzt vor allem die Bank. Ist die gefragt - - Befragen Sie die?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, gute Frage.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Weil gewisse Sachverhaltsangaben brauchen Sie ja wahrscheinlich von denen. Oder fragt die Bundesbank?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ach so, ja, gut. Also, 2016 im Aufsichtsgespräch ist das Thema offensiv besprochen worden. Also, da muss auch die Bank was davon mitbekommen haben. Und dann hat die Bundesbank eben, wie ich vorhin gesagt habe oder halb abgelesen - - Wie gesagt, das ist dann nach der Aufsichtsrichtlinie Aufgabe der

Bundesbank, die Daten einzusammeln. Also, insofern hatten wir da an der Stelle oder die BaFin keinen Kontakt mit der Bank.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das heißt, dieser Erwerb dieser UK-Beteiligung hat sozusagen das in die Wege gebracht. Und daraufhin ist dann erst mal ausgelöst worden ein Tätigwerden der Bundesbank, und die haben sich dann mit Ihnen in Verbindung gesetzt. Oder habe ich das falsch verstanden?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Doch, so kann man es sagen. Ja. Also, die BaFin und die Bundesbank tauschen Informationen über die Bank aus, und dann wird das weitere Vorgehen besprochen. Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, und können Sie was zu der Entscheidungsfindung sagen? Wer war der Auffassung, dass eine der Gesell- - der Holding, der Zwischenholding eine Finanzholding ist? Wer war anderer Meinung? Oder waren sich alle einig? Oder gab es gar keine Zweifel daran, weil das alles auf der Hand liegt?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, meiner Erinnerung nach kann man sagen, dass eigentlich die Wirecard Acquiring & Issuing eine Finanzholdinggesellschaft war, die nicht - ich muss aufpassen - groß kontrovers betrachtet wurde. Die Frage war nur - die ergab sich jetzt quasi aus der gesetzlichen Definition, aus der CRR -: Sie würde diese Eigenschaft quasi verlieren, wenn die Wirecard AG über ihr auch eine Finanzholding gewesen wäre. Also, insofern blockierte quasi die Entscheidung oder die Sachverhaltsaufklärung bezüglich der Finanzholdinggesellschaftseigenschaft Wirecard AG die Konsolidierung auf Ebene der Zwischengesellschaft, wenn es das ist, was Sie meinen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie haben gerade gesagt, da müssen Sie aufpassen. Ist das irgendwie so ein sensibles Thema?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, jetzt nur nicht, dass ich was Falsches aus der Erinnerung sage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, weil Sie es gerade bei *dem* Thema sagen, was uns hier alle auch sehr interessiert; deshalb.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, aber vielleicht wollen Sie dann jetzt hinaus auf die Entscheidungsfindung auf der Ebene der AG.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, sehr gerne.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut. - Und da haben wir ja, wie den Akten ja auch zu entnehmen, das Gutachten letztlich von der Bundesbank bekommen, was ein großes Zahlenwerk war, wo man sich auch quasi hat zusammenreimen können jetzt im Rückblick, dass es doch einige Zeit gedauert hat, um diese ganzen Daten zu erfassen. Dann kam die Bundesbank zu einem Ergebnis. Und, wie ich gesagt habe, das haben wir unserem weiteren Auftreten gegenüber der Bank auch zugrunde gelegt. Ich halte das Gutachten auch für richtig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist Ihnen klar, dass die Bundesbank dann auch bei der Bank Dinge abgefragt hat im Zuge dieser Prüfung?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, ja. Also, wo hätten die die Zahlen herbekommen?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, das ist Ihnen schon klar, dass es da auch eine Kooperation gibt zwischen der Bundesbank und dem Unternehmen, ne?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, ja. Also, es ist ja so - also, ich weiß nicht, wie tief wir jetzt in die technischen Einzelheiten kommen oder wie tief Sie es mit Frau Folter diskutiert haben -: Es vollzieht sich ja - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wissen Sie, wir wollen verstehen, wie der Entstehungsprozess läuft und wer am Ende - - oder wie auch unterschiedliche Auffassungen zu so einer rechtlichen Einschätzung, auch zu tatsächlichen Einschätzungen kommen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, aber die hat es ja dann nicht gegeben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, es waren sich alle einig in dieser Frage: von Frau Folter bis zu Ihnen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, gut, die Wirecard AG war natürlich anderer Ansicht. Also, die wollte ja auch nicht auf Ebene der Acquiring & Issuing konsolidieren. Aber sonst: Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wie hat man sich dann mit der darüber ausgetauscht?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das Ergebnis ist dann im Aufsichtsgespräch 17 der Bank mitgeteilt worden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wie haben die darauf reagiert?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Die haben gesagt, dass sie nicht konsolidieren wollen auf Ebene der Zwischenholding und deswegen die Bank unter die AG hängen werden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und das hat man da mit Ihnen diskutiert. Das haben sie Ihnen mitgeteilt, die Vertreter der Bank.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was haben Sie dazu gesagt? „Dann ist das so“ oder - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber ist das nicht unüblich, dass man so was im Vorfeld diskutiert? Müsste nicht eigentlich erst mal die Gesellschaft das Gesellschaftliche selbst klären, und danach erst gibt es dann eine Bewertung von Bundesbank und BaFin und nicht schon so, dass man in dem Prozess mitgenommen wird so nach dem Motto: „Wie können wir es gestalten gesellschaftsrechtlich?“?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, das hat ja die Bank für sich selber entschieden bzw. der Konzern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber da gehören ja immer zwei dazu: einer, der es anspricht, und einer, der es mit ihm diskutiert. Und das war ja dann die BaFin und die Bundesbank.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, das ist ja nicht diskutiert worden. Es ist einfach die Entscheidung bekannt gegeben worden, dass wir der Ansicht sind, dass die Acquiring & Issuing eine Finanzholdinggesellschaft ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Die Zeit jetzt in der Runde ist um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann hat das Wort der Kollege Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, vielen Dank. - Es gab ja mit dem ausscheidenden Vorstand Wexler zwei Exit-Gespräche, eines vor allem, das letzte, war am 02.12.2019. Und die Bundesbank hat dann sozusagen das Ergebnis dieses Gesprächs am 12.12.2019 an die BaFin geschickt, an BA 37. Haben Sie Erinnerungen an den Inhalt und die Themen, die in diesem Exit-Gespräch angesprochen worden sind?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, zu dem Zeitpunkt war ich nicht mehr in BA 37 tätig.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Da waren Sie gar nicht mehr in BA 37 tätig; okay. Sie haben sich dementsprechend wahrscheinlich auch nicht mit dem Thema „strategische Kreditvergabe“ beschäftigt - oder doch? - oder davon schon gehört.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nur das, was ich eben Herrn Abgeordneten Hauer gesagt habe.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Wussten Sie oder, ich sage mal, wissen Sie heute, dass auch die Wirecard AG selbst Kredite vergeben hat an Kreditnehmer in erheblichem Umfang?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Habe ich jetzt der Presse nicht groß entnommen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Also, Sie haben davon noch nicht gehört, dass die Wirecard AG selber

auch in der Kreditvergabe tätig war. - Nein, okay. Gut.

Wer wäre denn innerhalb der BaFin zuständig für Sonderprüfungen nach § 44b KWG beim Inhaber einer bedeutenden Beteiligung? Macht das BA 31 oder BA 37?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, das ist ein gutes Stichwort. - Also, es sind zwei Dinge zu unterscheiden. Also, das eine ist ja quasi jetzt die - - unter Bejahung einer Finanzholdinggesellschaft. Also, dann sind ja im § 44 entsprechende Prüfungskompetenzen der BaFin aufgelistet, die eben, also zweierlei, zum Zwecke haben: Erstens. Überprüfung: Besteht ein Konsolidierungskreis? Das ist jetzt die Rechtsgrundlage auch dessen, was die Bundesbank bei der Wirecard damals angefordert hatte. Und das andere ist die Frage: Werden denn jetzt hier auch die richtigen Daten gemeldet? Solche Prü- -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Genau, aber das ist ja § 44 unmittelbar; aber ich habe jetzt ja nach § 44b gefragt.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Okay, also ja. Also - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): § 44b erlaubt - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, auf diese Trennlinie wollte ich quasi dann raus.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, okay.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, § 44 wäre BA 37, und § 44b wäre dann quasi im Zuge einer Inhaberkontrolle.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, aber das ist eben die Frage, ne? Das ist ja dann kein §-2c-Verfahren, sondern das ist eine Prüfung des Inhabers einer bedeutenden Beteiligung, die über § 44b in Verbindung mit § 44 läuft, also aus meiner Sicht eher eine laufende Aufgabe. Aber würden Sie sagen, §-44b-Prüfungen sind Sache von BA 31? Dann müssten wir da vielleicht noch mal nachfragen. Oder würden Sie die in BA 37 machen? Oder ist die Zuständigkeit schlichtweg gar nicht klar?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, also, Sie müssen auch ins Kalkül nehmen, dass ich jetzt schon einige Zeit aus der Bankenaufsicht - - nicht mehr da arbeite.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, insofern weiß ich nicht genau, wo die Linie da liegt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie können die Frage nicht beantworten.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ich wüsste jetzt auch nicht, dass ich in meinem Aufsichtsleben jemals eine Prüfung nach § 44b gemacht habe. Letztlich ist es ja auch so - ich glaube, das ist ja auch noch wichtig, zu wissen, oder mir wichtig, zu betonen -, dass ja die Bankenaufsicht bezüglich der Inhaber keine Aufsichtsfunktion hat. Also, die ganzen Sanktionen, die letztlich sich an die Dinge knüpfen würden - - wäre ja quasi eine Abspaltung des Inhabers von der Bank.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, nö. Also gut. Das ist eine Rechtsfrage, ne?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Der Gesetzgeber hat den § 44b geschaffen nicht dafür, dass er nie angewandt wird. Und, ich glaube, so einen Fall mit Bilanzbetrug bei einem Mutterunternehmen einer Bank ist eigentlich so unter den Ausprägungen des § 44b meines Erachtens eher einer der eindeutigeren Fälle. Aber das müssen wir hier gar nicht vertiefen, weil Sie haben sozusagen mit dem § 44b nichts zu tun gehabt in dem Kontext und können auch nicht direkt sagen, wer jetzt sozusagen so was anstoßen müsste, welches Referat exakt.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, aber ich habe meine - - an der Stelle - - Sehen Sie es mir nach, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich sehe Ihnen das nach.

**Zeuge Joachim du Buisson:** - dass ich an der Stelle juristisch bleiben möchte. Aber es ist halt

die Aufsicht nach § 6 KWG. Der Auftrag ist, die Gefährdung der Sicherheit der Instituten anvertrauen Vermögenswerte und die ordnungsgemäße Durchführung der Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles richtig.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das ist die Aufgabennorm. Und natürlich muss sich die Ermächtigungsgrundlage im Rahmen auch der Aufgabennorm halten.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, Sie provozieren mich - zum Entgegenen; jetzt nicht persönlich. Aber, ich meine, das ist aus meiner Sicht ein eindeutiger Fall, da das Mutterunternehmen faktisch pleite ist, und zwar über Jahre hinweg, weil Gelder nicht existieren. Egal.

Ich will noch mal was anderes fragen: Es gab das Leerverkaufsverbot, das natürlich im Rahmen der Wertpapieraufsicht entschieden worden ist. Hat man da BA 37 mit einbezogen in die Fragen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Auch das weiß ich nicht aus eigener Erinnerung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gut, wissen Sie nicht. - Dann, glaube ich, können wir diese Runde erst mal abschließen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann hat als Nächstes das Wort Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich hätte zu Beginn - - Also, wir drehen ja immer wieder jetzt um diese Frage der Einstufung, und ich will nur mal so ein bisschen einfacher verstehen: Wie muss ich mir das vorstellen? Es sind ja mehrere Institutionen beteiligt an dieser Frage. Trifft eine dieser Institutionen am Ende die finale Entscheidung? Also, sind Sie das, ist das die Bundesbank bei der Frage? Jetzt nehmen wir die Acquiring & Issuing bei dieser Frage: Wer trifft da am Ende die finale Entscheidung?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim du Buisson:** Die finale Entscheidung, das ist Aufgabe der BaFin oder Verantwortung der BaFin.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und, das heißt, Sie haben das, was die Bundesbank Ihnen zuguliefert hat, als Grundlage genommen sozusagen und haben dann noch - - Was haben Sie dann noch weitergemacht? Nur um das noch mal zu verstehen. Also, wir hatten ja - das wissen Sie ja - Frau Folter vorher gehabt, und wir haben ja auch die Unterlagen. Die hat Ihnen dann, vermute ich, 2017 die quasi abschließende Einschätzung der Bundesbank geschickt. Und wie ging es dann weiter?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, jetzt idealtypisch ist es natürlich, dass die BaFin das überprüft oder verplausibilisiert. Und dann eben: Sprachrohr kann sowohl die Bundesbank als auch die BaFin sein. Nur, hier war es ja so, dass eben am Tag darauf dann gerade ein Aufsichtsgespräch in München stattgefunden hat, wo ich auch zugegen war. Und insofern ist dann die von beiden Häusern quasi abgestimmte Entscheidung der Bank mitgeteilt worden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und, ich sage mal, wie oft haben Sie sich dann in dieser Frage noch mit der Bundesbank ausgetauscht? Oder haben Sie das genommen, haben das irgendwie überprüft und sich dem angeschlossen? Wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, also, so müssen Sie sich es vorstellen, wobei ich hier - - Also, Sie haben ja das Werk vor sich liegen. Es ist quasi: Das Fußballspiel ist 4:1 ausgegangen. Und dann hat die Bundesbank noch überlegt: Kann man dieses eine Tor denn möglicherweise noch - - Sollte man das geben? Aber vier zu eins spricht eine klare Sprache.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt auch - um das vielleicht sozusagen noch mal zusammenzufassen -: Es war aus Ihrer Sicht jetzt auch eigentlich ein eindeutiges Ergebnis.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jetzt ist das ja für diesen Ausschuss - - sozusagen diskutieren wir sehr viel hin und her: Was wäre gewesen, wenn? Wenn die Wirecard AG als Ganzes als Finanzholding eingestuft worden wäre, dann wären Sie in der Aufsicht, also nicht Sie persönlich, aber die BaFin wäre ganz anders in der Aufsicht drin gewesen. Ist das in den darauffolgenden Jahren, wo Sie dabei waren, noch mal Thema gewesen, also die Frage „Wirecard AG als Finanzholding“?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein. Aber ich war jetzt auch nicht mehr sehr lange dabei. Also, man muss ja immer gucken, man muss ja dann neue Zahlen herbekommen. Also, ich sagte ja, es sei ein imponantes Zahlenwerk, weil es eben maßgeblich ist, die Daten auf Einzelunternehmens-ebene - - Und das alles überhaupt erst mal zusammenzubekommen, hat ja dann doch seine Zeit gedauert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jetzt ist ja ein wesentlicher Punkt gewesen: das Inhaberkontrollverfahren, die Umhängung der Wirecard Bank AG. Auch wenn das dann sozusagen nach Ihrer Zeit war, aber: Wie würden Sie das einschätzen? Weil, ich sage mal, die Bundesbank hat sich dann quasi bis zur Pleite der Wirecard mit dieser „Ankündigung“ - in Anführungszeichen - zufriedengegeben. Also, 2017, Februar 2017, war diese Entscheidung: Die Acquiring & Issuing ist Finanzholding mit der Wirecard Bank untendrunter. Die Ankündigung war aber: Okay, wir machen Inhaberkontrollverfahren. Wir verändern das. - Nur das ist de facto dann nie vollzogen worden. Und darüber, erscheint es mir, hat die Wirecard es geschafft, sich über einen doch interessanten Zeitraum von drei Jahren diesem faktischen Zustand, dass die Acquiring & Issuing eine Finanzholding war, zu entziehen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, so kann man es sehen. Allerdings ist es ja nun, glaube ich, aus den Akten auch mehrfach zu lesen, dass irgendwie so der große Nutzen der Konsolidierung auf Zwischenebene nicht gesehen wurde. Also, wenn man sich die Konsolidierungszwecke als solche anguckt - deshalb wird es ja quasi auch so besonders interessant in einem Inhaberkontrollverfahren -, dann geht es ja um die Vermeidung von





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kreditpyramiden bzw. auch ganz platt, dass man sagt: Es soll keiner eine Bank kaufen können, wenn er selbst nicht das Geld hätte, selbst eine Bank zu werden. Also, das sind quasi die Zwecke oder der wirkliche Mehrwert der Konsolidierung. Aber hier die Zahlen auf Zwischenholdingebene, wo noch die Engländer und, ich glaube, noch irgendein Unternehmen weiter mit drin gewesen wäre, also, das hätte jetzt quasi den Gang der Geschichte auch nicht verändert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, der letzte Satz ist natürlich eine interessante Frage, weil jetzt haben Sie über die ganzen Töchter, die unter der Acquiring & Issuing hingen, gesprochen, aber natürlich nicht über die Acquiring & Issuing selbst.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das war aber eine leere Holding. Da war nichts anderes drin als die Beteiligungen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Also, Sie sagen, das hätte - gut, das war ja eine klare Aussage - den Gang der Geschichte aus Ihrer Sicht nicht verändert.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, die Frage ist auch: Hätte es den Gang der Geschichte verändert, wenn man auf Wirecard-AG-Ebene konsolidiert hätte? Und da muss man eben wissen: Die bankaufsichtliche Konsolidierung ist nicht gleichbedeutend mit der handelsrechtlichen. Also, deshalb hatten wir ja auch gesagt: Es ging nicht so einfach, dass man einfach nur den Konzernabschluss genommen hätte und dann gesagt: „Jetzt kann ich determinieren, ob es eine Finanzholdinggesellschaft ist oder nicht“, sondern man hat quasi nur eine Aggregation der Einzelabschlüsse vornehmen müssen.

Und ein weiterer Unterschied zwischen handelsrechtlicher Konsolidierung und bankaufsichtlicher Konsolidierung ist eben, dass man aus dem Konzernabschluss, der dann durchaus Grundlage der Konsolidierung ist, aber sämtliche Unternehmen rauskonsolidieren muss, die weder Institute, Zahlungsinstitute, Finanzinstitute und Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten sind. Und

insofern jetzt wäre dann Tatsachenfrage: Was waren diese Unternehmen, wo die Gelder lagen?

Aber ich persönlich sehe es ja - - Also, ich habe mir jetzt nur einfach im Rückblick die Gedanken dazu gemacht. Aber ich sehe es nicht, dass es sich dabei um Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten gehandelt hat. Also, von daher würde ich mutmaßen, dass also die Konsolidierung auf Ebene der AG nicht mal dazu geführt hätte, dass Meldungen von den anderen Tochterunternehmen noch gekommen wären.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich meine, das ist ja „Hätte, hätte, Fahrradkette“, ne? Aber was hätte das, sage ich mal, compliancemäßig bei der Wirecard AG nach sich gezogen, wenn auf Ebene der AG die Konsolidierung hätte stattfinden müssen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Die Rechtsfolgen habe ich mir irgendwie auch mal notiert.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Also, in der Konsequenz wäre es dazu gekommen: die Erstreckung der bankaufsichtlichen Anforderungen an Kapitalliquidität, Großkredite unter Verschuldung auf diese regulatorische Gruppe (?) - das ist quasi die sogenannte bankaufsichtliche Konsolidierung -, erhöhte fachliche Anforderungen an die Geschäftsleiter und Aufsichtsräte und erweiterte Vorgaben an die Ausgestaltung des gruppenweiten Risikomanagements. Das wären die Rechtsfolgen gewesen. Und vorbehaltlich einer geringfügig abweichenden Definition im Handelsgesetzbuch hätte der Konzernabschluss nach HGB auf das besondere Format für Banken umgeschrieben werden müssen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. - Dann habe ich noch eine Frage. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern können sozusagen: Seit wann waren Sie zuständig quasi für die Wirecard-Geschichte?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Seit Beginn.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt, im Jahre ...?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da habe ich mich jetzt nicht vorbereitet, weil außerhalb des Untersuchungsgegenstands.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, aber vor 2016.

**Zeuge Joachim du Buisson:** 2007 oder - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay. - Und als die Frau Folter quasi Ihr Counterpart oder die Zuständige da bei der Bundesbank wurde, da hatten Sie sich auch mal mit ihr ausgetauscht. Also, uns liegt auch eine E-Mail irgendwie vor. Und da hatten Sie ja fachlich so ein bisschen eine andere Einschätzung. Um was ging es da, wenn Sie das sagen können?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Der Hintergrund war natürlich, dass - - Wie wir jetzt schon gesagt haben: Es stand ja im Raume, dass man die Acquiring & Issuing hätte konsolidieren müssen, ja, und nur sozusagen dieses Klärungsverfahren stand dem noch entgegen. Und insofern war ich eigentlich an schnellen Lösungen interessiert und hatte durchaus überlegt, ob man nicht quasi doch auf anderem, weniger aufwendigem Wege schon zu Ergebnissen kommen könnte. Aber die Bundesbank hat letztlich sozusagen den großen Weg beschritten. Rückwirkend muss ich sagen: durchaus sachgemäß. Also, insofern würde ich hier meine damaligen Äußerungen rückblickend mehr so als Ungeduld interpretieren.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber sie sind nicht so zu interpretieren, dass Sie im Grundsatz unterschiedlicher Auffassungen waren.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie hatten unterschiedliche Auffassungen über den Weg.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Genau, die methodische Herangehensweise. Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Sie waren ja bei diesen turnusgemäßen Gesprächen auch mitunter dabei. Welchen Eindruck hatten Sie da von den Akteuren von Wirecard, die Sie da getroffen haben?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Auf was wollen Sie - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das sind zum Teil sehr schillernde Persönlichkeiten. Ich habe mich einfach nur gefragt, wie das wohl so war mit Herrn von Knoop da. Sie hatten Frau Folter - die war damals irgendwie 25, 26 - dabei. Wir haben sie da eben nicht drauf angesprochen, aber die Wirecard-Machos intern hatten da so Spitznamen dann auch noch für sie. Ich habe mich einfach nur gefragt, was das wohl für ein Aufeinandertreffen war, wie das so abgelaufen ist.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Eigentlich sollten Sie ja auch in den Akten gefunden haben die Protokolle der Aufsichtsgespräche. Also, da ist immer ein großer Themenkatalog durchzubeten. Und auch von der Bundesbankseite waren ja nun auch Personen mit entsprechender Seniorität vorhanden. Also, das ist nicht so, dass die uns irgendwie alles hätten erzählen können, sondern da wurden vorbereitete Fragen gestellt. Und, wie gesagt, wenn Sie sehen, was da alles an Themen zu behandeln war: Damit war man durchaus ausgelastet.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Alles klar. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann hat als Nächstes das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr du Buisson, wenn ich es richtig sehe, stellen Sie ja in Ihren Einstufungsentscheidungen auch auf die Gewichtung bestimmter Assets zum Beispiel ab, also aus den Finanzaktivitäten im engeren Sinne im Verhältnis zur Bilanz. Besteht denn eine Verpflichtung bei Ihren Einstufungsentscheidungen - - Also, ich sage mal: Jetzt, wo man weiß, dass ja die Bilanzen von Wirecard völ-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lig aufgebläht waren, wäre ja auch die Gewichtung der verschiedenen Assets völlig anders zu bewerten. Ist das auch Gegenstand sozusagen Ihrer Einstufungsentscheidung, dass man, wenn man Hinweise darauf hat, dass vielleicht die Bilanzierung nicht ganz korrekt ist, da noch mal nachfasst?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ist aber jetzt auch eher eine hypothetische Frage.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, so hypothetisch ist es nicht, weil es gab ja diesen entsprechenden Zeitungsartikel. Und das ist ja auch der Frau Folter aufgefallen. Deswegen frage ich noch mal nach.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, Zeitungsartikel darüber, dass die Bilanz aufgebläht war - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, dass TPA-Geschäft und viele Dinge nicht - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, TPA, das ist dann nach meiner Zeit gewesen. Das war kein Begriff aus meiner Zeit. Den hätte ich behalten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Aber theoretisch - - Ich will jetzt erst mal nur wissen: Es würde schon berücksichtigt werden. Also, wenn es Hinweise darauf gibt: „Wir haben hier nicht die korrekten Bilanzzahlen“, dann ist das auch beim Einstufungsprozess sozusagen zu berücksichtigen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee, eigentlich ist ja der Einstufungsprozess eher technisch. Also, man - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, gut, aber ich muss doch technisch - - Also, wie ist das dann? Greifen Sie dann zum Hörer und rufen die Kollegen an, die jetzt vielleicht in dem zweistufigen Bilanzkontrollverfahren sozusagen am Ende der Kette dann auch sich mit den Bilanzen befassen, oder wie läuft das denn? Sie können ja nicht einfach etwas akzeptieren. Sonst könnte ich ja mir da auch irgendwas selber hinbasteln, wenn ich will.

**Zeuge Joachim du Buisson:** In der von Herrn Dr. Zimmermann erwähnten Mail habe ich das beispielsweise ja auch geschrieben, dass ich sage: Man muss die Bank oder man muss den Konzern an der Stelle auch irgendwie herausfordern können. - Aber wirkliche Möglichkeiten bestehen dazu nicht. Also, die Aufsicht fußt schon auf den Zahlen. Und wenn man dann wirklich sagen würde: „Die Zahlen stimmen nicht“, dann würde man quasi den Prozess völlig unterbrechen; dann geht es um ganz andere Dinge.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber es gab doch zum Beispiel eine Excel-Tabelle, wo auch bemerkt wurde - ich glaube, von der Bundesbank -, dass hier ein paar Zuordnungen nicht stimmen. Also, da hat man ja auch die Zahlen korrigiert. Da wurde irgendein Tochterinstitut anders klassifiziert.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, die waren falsch klassifiziert. Das stimmt, ja, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Gut. - Ich will noch mal fragen: Sie haben vorhin hier von Einigkeit gesprochen bei der Behandlung der Acquiring & Issuing. Da war, glaube ich, noch ein türkisches E-Geldinstitut oder so dabei. Und jetzt haben Sie aber gerade ausgeführt, Sie haben darin gar keinen aufsichtsrechtlichen Mehrwert gesehen, quasi diese Hülle so zu klassifizieren. Das finde ich einen Widerspruch. Also, einerseits sagen Sie: „Wir waren uns einig: Die müssen eigentlich als Finanzholding eingestuft werden“, aber dann wollten Sie es ja doch nicht.

Weil Sie haben von Einigkeit gesprochen, und in diesem Mailverkehr, den Sie angesprochen haben, erkenne ich einen ganz klaren Disput über diese Frage zwischen Ihnen und Frau Folter. Also, ist es zutreffend, dass Sie zum Beispiel gesagt haben - ich sage jetzt mal sinngemäß; ich darf ja nicht zitieren -: „Da kommt dann zu viel Datenträffic auf einen zu, mit dem man sich befassen muss“?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, das hatte ich ja gerade erläutert, dass ich sage - ich bin ja erst mal juristisch rangegangen -: Zu prüfen war die Wirecard AG, deren Eigenschaft Finanzholding. Und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

da war es für mich jetzt erst mal überraschend, zu sehen, dass man jetzt sämtliche Tochterunternehmen habe anschleppen müssen, weil man sonst sagen würde: Na ja, das kann man doch wohl auf der Grundlage dieser Bilanz beurteilen. - Das war für mich quasi dann an der Stelle das, was für mich erst mal schwer zu verstehen war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie ist es eigentlich - - Ich weiß, das sind unterschiedliche Sachen, KWG und geldwäscherechtliche Aufsicht. Aber wenn Sie jetzt, sage ich mal, die Acquiring & Issuing als Finanzholding eingestuft hätten, wären Sie dann auch geldwäscherechtlich für das britische Institut mit zuständig gewesen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee, bei - - Ich bin da nicht ganz so beschlagen, aber meines Erachtens ist im Bereich Geldwäsche - - macht jedes europäische Land dann doch letztlich seins, also eine - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und ist es zutreffend, dass die Wirecard argumentiert hat - unter anderem bei diesen verschiedenen Umhänge- und Einstufungsentscheidungen -, dass ihr so eine Art Gewohnheitsrecht daraus erwachsen ist, dass die BaFin bisher eben keine solche Einstufungsentscheidung vorgenommen hat und sich nicht zuständig gefühlt hat? Ist das korrekt?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da weiß ich nicht, auf was Sie hinauswollen. Aber ich hatte ja eingangs gesagt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Die Kollegin von der Bundesbank hat das bestätigt; deswegen möchte ich Sie noch mal fragen. Und ich habe es irgendwo gelesen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Können Sie es denn noch mal wieder- -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, ich meine mich zu erinnern: eine Unterlage, dass Wirecard argumentiert habe, ihr sei quasi daraus, dass die BaFin bisher nicht gezuckt habe, so eine Art Gewohnheitsrecht schlicht - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, okay. Also, so was kann man ja gern vertreten, aber hat keinerlei juristische Grundlage.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na, die haben sich da auf irgendein Gerichtsurteil gestützt. Und das wurde, glaube ich, sogar bejaht von der Bundesbank, diese Einschätzung. Es hätte nur durch eine Gesetzesänderung - - sei sie nicht mehr zu halten, also durch CRR-Anpassung. Deswegen frage ich noch mal: Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee, also anscheinend jetzt nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Aber wie gesagt, ansonsten würde ich sagen - - Oder wie ich schon gesagt habe: Es ist immer so, wie es ist, und insofern kann man es jederzeit auch neu prüfen. Also, da gibt es dann auch keinen Vertrauensschutz, ja, weder bei Sachverhaltsänderungen noch bei Rechtsänderungen. Wie gesagt: Ist ja kein Verwaltungsakt, der dann erst mal zurückgenommen werden müsste, sondern ist so, wie es ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Meine Zeit ist abgelaufen. Nur zur Einordnung: Es steht auch in einem Gutachten von EY, dass hier der Bestandschutz - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, gut.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da haben Sie vielleicht meinen Kommentar den Akten auch entnommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ihre Zeit ist nicht abgelaufen, aber Sie haben jetzt gerade kein Fragerecht mehr.

(Heiterkeit des Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE))



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das geht jetzt über an Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Guten Abend, Herr du Buisson! - Ihre Vorgängerin auf dem Sitz, auf dem „heißen Stuhl“, die Frau Folter, hat uns berichtet, wie es damals auch zu dieser Einstufungsgeschichte kam, und hat uns sozusagen den Prozess erläutert, dass sie damals eine Matrix eigenständig gebaut hat mit den ganzen Tochtergesellschaften und dann Wirecard quasi gebeten hat, sich da selbst einzugruppieren, und dann irgendwie plausibilisiert hat das Ganze, aber am Ende keine Korrekturen vorgenommen hat, sondern das mehr oder weniger so eins zu eins übernommen hat. Wie haben Sie dieses Vorgehen, diesen Prozess damals erlebt?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wie ich schon ausführte: Also, es war abgesprochen, und ich war natürlich sehr beeindruckt von dem, was Frau Folter letztlich hier zusammengetragen hatte. Und für mich war das eine Grundlage dann für unsere Beurteilung.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich fand das deswegen bemerkenswert, weil sie uns sagte, das sei das erste und einzige Mal, dass sie das gemacht hat, und dass man ihr gleich so eine Riesebude wie Wirecard, extrem komplex, extrem global und international aufgestellt - - und sie dann sozusagen in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen diese Einstufung vornimmt, auch aufgrund - - Ohne ihr zu nahe zu treten - ich finde, die hat das hier sehr gut und sehr authentisch dargestellt -: Aber ist das angemessen auch nach ihrer Besoldungsstufe sozusagen, das vorzunehmen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja. Ja. Ob Sie mir glauben, ist letztlich Ihre Sache. Insofern bin ich an der Stelle ein wenig befangen. Aber nichtsdestotrotz, ich kann Ihnen einfach nur sagen: Es ist eine technische Angelegenheit, die eben die von mir benannten Rechtsfolgen nach sich zieht. Das führt, wie gesagt, nicht dazu, dass man da die Entscheidung trafe: Muss man jetzt noch weitere - - oder kommen andere Unternehmen

noch unter Aufsicht? Also, diese Dimension hatte es nicht. Und insofern ist das an der Stelle - -

Ja, es ist herausfordernd. Das Bankenaufsichtsrecht ist an der Stelle hochkomplex. Aber, wie gesagt, wenn man sich die beschränkten Rechtsfolgen anguckt und auch den Umstand - - Gut, ich weise natürlich von mir, dass so die Suggestion, als hätten wir quasi mit der Bank besprochen, dass die sich da raus aus der Konsolidierung - - oder den Konsolidierungskreis auflöst, aber - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist das denn erfolgt? Gab es denn da - ich sage jetzt mal ein bisschen flapsig, auch provokant - Beratungsgespräche gegenüber der Bank oder der AG?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, nein. Also, wie gesagt, das ist nicht unsere Sache, aber - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wenn Sie sagen: „Die Rechtsfolgen waren irgendwie unerheblich“ - ich sage es jetzt mal ein bisschen flapsig -, dann kann man sich ja so einen Prozess auch sparen. Dann braucht man diese Einstufung nicht, wenn es keinen Unterschied macht am Ende des Tages.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Na, doch, es hat ja Rechtsfolgen, aber jetzt nicht, dass man sagt: Das wäre der Eingang in eine forensische Bilanzprüfung.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, es hätte eindeutig einen Unterschied gemacht. Ich will noch mal nachfragen, weil ich es bemerkenswert finde, dass es eine Art - ich übersetze das jetzt mal - Selfassessment von Wirecard war, dass sie sich da sozusagen selbst eingerankt haben, und am Ende das mehr oder weniger eins zu eins so übernommen wurde. Ist das üblich?

**Zeuge Joachim du Buisson:** So ist es ja nicht. Die Konzerndaten der Wirecard waren ja geprüft, also insofern: Da wäre jetzt - - Wenn die da sozusagen nur für uns die Zahlen gefälscht hätten, das wäre aufgefliegen. Also, das hätte natürlich Konsequenzen





## Nur zur dienstlichen Verwendung

zen nach sich gezogen. Von daher war es ja letztlich - - Also, die Zahlen, da konnte man schon davon ausgehen, dass die ihre Richtigkeit hatten. Und die Beurteilung, wie gesagt, da hat zwar die Ba- -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weil Sie das überprüft haben oder validiert haben oder weil das einfach plausibel klang, die Zahlen, die die geliefert haben?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Die Frage müssten Sie bei Frau Folter gestellt haben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben wir ja, deswegen stellen wir sie Ihnen jetzt noch mal. Manchmal ist es gut, -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, okay.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - zweimal dieselbe Frage an verschiedene Menschen zu stellen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wir haben das nicht noch mal geprüft.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie hatten ja vorhin gesagt, dass es beachtenswert war, was die Dame quasi zusammengetragen hat. Gab es denn auch mal von Ihrer Seite Feedback zu dem Prozess, zu dem Vorgehen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Kann ich mich nicht erinnern.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich darf da jetzt nicht draus zitieren, aber es gibt da durchaus - - Zumindest liegen uns da Unterlagen vor, wo Sie sich damit sehr kritisch auseinandersetzen, gerade mit der Frage: Machen wir hier eigentlich Aufsicht und wir sind der Herr des Verfahrens, oder lassen wir die Bank sozusagen aussuchen, wo sie sich da wiederfindet? - Deswegen bin ich jetzt ein bisschen auf dem Punkt so rumgeritten. Daran erinnern Sie sich nicht.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nur an das, auf was Herr Dr. Zimmermann angespielt hat, dass ich

natürlich an der Stelle auch, ja, meine Ideen mit in das Verfahren einbringen wollte.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist der Prozess heute derselbe?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Kann ich nicht sagen, weil ich kein Bankaufseher mehr bin. Aber ich gehe davon aus.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Meine Zeit ist abgelaufen. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann würde ich noch eine weitere Frage, auch was Berichterstattung angeht, stellen, wenn möglich. Am 26. April 2017 leiteten Sie einen Artikel des „manager magazins“ vom 21. April 2017 per E-Mail mit dem Betreff „Kennen wir den schon?“ an einige Kollegen in der BaFin weiter. - Nachzulesen ist das auf MAT A BMF-4.57, Blatt 76. - In dem Artikel wurde der Vorwurf erhoben, dass ein ehemaliger Wirecard-Mitarbeiter und eine Wirecard-Managerin jahrelang Gesellschafter der Brinken Merchant Incorporations, BMI, gewesen seien. Die BMI soll nach dem Artikel über eine Vielzahl von Tochtergesellschaften in Geldwäscheaktivitäten verwickelt gewesen sein. Wie sind Sie selbst jetzt auf diesen Artikel gestoßen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da kann ich mich nicht mehr erinnern. Vermutlich durch eigene Presselektüre.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Haben Sie in Ihrem Referat auch einen Pressespiegel oder dass Sie dann selbst sagen: Ich erwerbe beispielsweise am Kiosk - - oder Sie haben ein Abo - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wir haben einen Pressespiegel, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Was haben Sie aufgrund der dort erhobenen Vorwürfe veranlasst? Das war ja schon durchaus nicht leichtgewichtig, was da gesagt wurde, zumal wenn man selbst eben mit der Wirecard AG, der Wirecard Bank betraut ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim du Buisson:** Dazu kann ich sagen, dass eigentlich der Vorgängerartikel bei mir größeren Eindruck hinterlassen hatte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Welcher war das?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das war das 250-Millionen-Loch. Den Artikel fand ich offener und nachvollziehbarer geschrieben. Hier, dieser Nachfolgeartikel, der war von uns, glaube ich - - Also, wie gesagt, es verschwimmt so ein bisschen in der Erinnerung. Aber, ich denke, der ist letztlich dann von uns eher dem Bereich zugeordnet worden, dass man sagt: Da ist wieder irgendwie - - wird in der Presse irgendwas gepusht.

Denn wenn man sich diesen Artikel anguckte, dann war das ja wieder auf der persönlichen Ebene mit Leuten, die jetzt keine aktuelle Führungsposition in der Wirecard hatten. Und insofern - - Ich glaube, wir haben da irgendwie gesagt, das sollte sich dann Geldwäsche oder was angucken, weil es jetzt nicht irgendwie weiteren Zweifel nährte am Geschäftsmodell der Wirecard insgesamt. Also, von daher war das ein Artikel, über den wir dann aber letztlich hinweggegangen sind.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. - Sie haben ja gesagt, Sie hatten Kenntnis von dem Artikel mit dem 250-Millionen-Loch. Sie hatten ja auch gesagt: Das war schon ganz beachtlich - ich fand das nämlich auch -, was die Kollegin Folter entsprechend auf „Financial Times Alphaville“ über ein paar Seiten zusammengetragen hat. - Uns alle vereint ja hier ein Wunsch: Wie bekommen wir es hin, dass irgendwie - - Es lagen ja schon irgendwie vielfach Informationen vor. In einigen Abteilungen sind - ich fand das frappant - eigentlich schon die richtigen Schlüsse gezogen worden. Hier steht eigentlich schon, finde ich, in dem Bericht von Frau Folter exakt das drin, worüber Wirecard und damit auch der Finanzstandort Deutschland einen erheblichen Schaden nehmen wird und die Wirecard AG an sich nun Geschichte ist.

Nun frage ich mich natürlich: Sie haben auch diese ganzen Mosaiksteine zur Kenntnis gehabt, gesammelt. Sie landen bei der BaFin, ja, in Ihrer

Abteilung. Jetzt haben Sie den Artikel - - haben Sie gesagt: Der ist schon ein bisschen, weil er ins Persönliche geht, vielleicht präventiv, vielleicht - - Sie haben gesagt: Da wird schon wieder vielleicht irgendwas in eine bestimmte Richtung lanciert. - Wie wäre denn oder wie ist der Ablauf, dass unterschiedliche Abteilungen - - Es gibt ja nun viele Referate. Ich habe das - ich weiß gar nicht -, glaube ich, fast alle Ihre Kollegen in der BaFin gefragt. Wenn die alle, glaube ich, mal ihr Wissen zusammengeschmissen hätten mit dem, was Frau Folter noch geschrieben hat, dann hätte man doch - - nee, dann müsste man oder muss - - hätte man tatsächlich im Februar 2019 doch wahrscheinlich zu einer ganz anderen Bewertung kommen müssen. - Ja, ich weiß. Was soll ich da benutzen als Konjunktiv?

Nur: Was mich an der Sache mittlerweile wurmt - jetzt wirklich, tatsächlich mal kein Vorwurf in Richtung BaFin meinerseits; Dr. Zimmermann wird aufatmen -: Wie kriegt man das denn in Zukunft hin, dass man mit dem Wissen, was da in Ihrem Hause akkumuliert wurde durch kluge Köpfe wie Sie, durch kluge Köpfe wie Frau Folter, die richtigen Schlüsse zieht? Denn ich denke und hoffe, in der BaFin herrscht inzwischen Einigkeit, dass dieses Leerverkaufsverbot jetzt nicht der wahre Jakob war. Und alle haben hier eigentlich gesagt, die wir jetzt auch in den letzten Tagen und auch heute wieder hier hatten: Na ja, das hat man als Begleitschutz halt und als In-Schutz-Nehmen der BaFin empfunden.

Und ich sage das deshalb so ausführlich: Mit all den Dingen, die wir hier jetzt gerade in den Jahren 2015, 17 erörtern, die Sie ja auch angemerkt haben, wäre man doch tatsächlich zu einem anderen Schluss gekommen. Wie bringe ich das zusammen? Oder wen haben - - Haben Sie vielleicht mit anderen im Hause mal das diskutiert, zu sagen: Vielleicht ist da was dran, vielleicht ist das gar nicht so ein Böser, der Dan McCrum, vielleicht ist der Matthew Earl gar kein Böser. - Sie haben den Zatarra Report besprochen und ja auch gelesen. Wie würden Sie das mir jetzt erklären?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, also, Zeit- - Also, das ist vielleicht jetzt auch so ein bisschen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Erklärung für dieses ganze Phänomen. Zeitung hat ja jeder gelesen. Es war ja jetzt nicht nötig, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nicht jeder, aber Sie schon, ja.

**Zeuge Joachim du Buisson:** - die Dinge weiterzuleiten, ne? Also, dann können Sie vielleicht sagen: Dann hat sich vielleicht der eine auf den anderen verlassen. - Aber das ist nun mal die arbeitsteilige - - ist nun mal die Arbeitsteilung.

Also, meine - - Und damit habe ich auch damals im Kontext mit diesem Artikel intern nicht hinter dem Berg gehalten: Für mich war das ein Fall für die Bilanzprüfung, ja, aber das ist dann nicht irgendwie - - Die Bankenaufsicht fußt schon - - Also, die macht keine forensische Prüfung, sondern die fußt auf den Meldungen, die da kommen. Und wir haben diese Aufgabe, und die bezieht sich eben nicht dann auch noch auf die Muttergesellschaften in der Banken- - jetzt nur für die Bankenaufsicht gesprochen.

Ich selbst habe mehrere Tochterunternehmen von DAX-Konzernen beaufsichtigt. Da wäre mir jetzt nicht in den Sinn gekommen, quasi jetzt noch irgendwie die Aufsicht über die DAX-Unternehmen übernehmen zu müssen. Von daher: Meines Erachtens wäre das dann die richtige Stelle gewesen, aber da wissen Sie auch: So, wie diese Stelle konzipiert war, die Bilanzstelle, hatte man extra gesagt, da möchte man das Wenigste machen, was man konnte. Da hat man auf privatwirtschaftliche Lösungen gesetzt.

Und ich war ja im Jahr 2004 schon Bankenaufseher. Da war in der BaFin schon - - Also, es wurde ja diskutiert: Baut man die BaFin zu einer SEC um? Da wurde die Brust natürlich etwas breiter. Und als es hieß: „Nein, nicht“, ja, dann natürlich nicht. - Also, von daher ist das erklärbar.

Aber auch selbst wenn, muss ich sagen: So eine forensische Bilanzprüfung, die ist natürlich auch mit immensen Kosten verbunden. Und da die Verantwortung zu tragen - - Das macht man mal, denn irgendwie - - Es ergeben sich gewisse Verdachtsargumente. Das ist auch eine nicht ganz

einfache Verantwortung, denn ansonsten - - Sie sehen also, es hat sich jetzt nachher als unrichtig herausgestellt, aber die Ba- - Vorher weiß man es ja immer nicht, ne? Und wenn die BaFin - - oder wenn man als Shortseller quasi nur bei der BaFin eine Sonderprüfung bestellen kann, die Millionen kostet und auf diese Weise dann das Unternehmen in Misskredit bringt, dann wäre es auch keine gute Welt.

Und bei Zatarra Report und diese Dinge - - Da war ja auch vieles drin - also, so stand es auch in der Presse; das war für mich jetzt auch mal etwas erleichternd -, dass man sagt: Also, das war ja nun teilweise wirklich ein wildes Geschreibsel. Und diese Herren haben sich ja nicht bei uns mal gemeldet und gesagt: „Können wir das mal erklären?“, sondern es ist einfach mal an die Öffentlichkeit gegeben worden, teilweise noch irgendwelche Konstruktionen mit Herrn Ley von Herrn Kirch, wo man wirklich wusste: „Das hat alles nichts damit zu tun“, teils Sachen, die bereits in der Vergangenheit lagen, mit der Glückspielabwicklung in Florida, wo man auch sagt: Was ist jetzt der Neuigkeitenwert?

Und an der Stelle dann schon umzuschalten, dass man sagt: „So, jetzt muss ich aus dem Bereich normale Aufsicht raus, rüber in die Forensik“, zumindest zu dem Zeitpunkt, wo ich da war, da war das nicht wirklich reell und, ich glaube, auch im Nachgang. Gut, ich kann es nicht beantworten, weil ich die Vorgänge dann nicht mehr so genau weiß. Aber, ich glaube, das ist an der Stelle die Problemlage. Und insofern: Wenn jetzt sozusagen im Bereich der Bilanzkontrolle nachgeschliffen wird, sind da meines Erachtens dann die richtigen Schlüsse an der Stelle gezogen worden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Herr du Buisson, die Frage, die sich uns für diesen Untersuchungsausschuss stellt, ist natürlich: Wie hätte man den Finanzskandal früher erkennen können, und hätte man bei einer Einstufung die Betrugsmöglichkeiten stärker verhindern können als Finanzholding, wenn man das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ganze in der vollen Aufsicht und das Gesamt-konstrukt vor Augen gehabt hätte? Das ist eine grundsätzliche Frage, die man von unserer Seite natürlich stellen muss. Jetzt sagen Sie: Wir haben eine Arbeitsteilung im Grunde genommen BaFin, Bundesbank, BMF, die eigentlich für Aufsicht und Staatsüberprüfung bei solchen Fällen Zuständigkeit und Verantwortung haben. - Und da müssen wir natürlich Licht ins Dunkel bringen.

Wir haben als Tatsache 58 Gesellschaften und eine Bank im Schaufenster. Und die eine ist nur geprüft worden, alles andere in dem Fall nicht. Und das ist natürlich schon schwerwiegend. Es wurde ja geprüft, ob die Wirecard AG respektive die von Ihnen auch schon angesprochene Wirecard Acquiring & Issuing, in der die Wirecard Bank AG eingebunden war, als Finanzholding eingestuft werden müsste. Das war eine klare Fragestellung. Und dazu legte ja die Wirecard Bank am 28. Mai 2014 ein Gutachten von EY vor, in dem beides in Abrede gestellt wurde. Zwei Jahre später, am 25.07.2016, folgte im Nachgang zu Ihrem Aufsichtsgespräch noch einmal ein zweites negatives Gutachten, das das erste Gutachten noch mal voll inhaltlich unterstützt hat. Ist Ihnen da nicht irgendwie dann doch offensichtlich geworden, sind Sie nicht misstrauisch geworden, mit welcher Verve man aufseiten von Wirecard verhindern wollte, dass die BaFin-Aufsicht ausgeweitet wurde und die 58 Gesellschaften mit ins Boot kamen? Das ist doch eine ganz konkrete Ausgangslage für Sie.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, gut, dass Sie es ansprechen. Also, erst mal möchte ich noch mal sagen: Die Frage, sozusagen diese Hypothese, ob die Konsolidierung der AG dazu geführt hätte, dass man die entsprechenden Gesellschaften, wo die fehlen - wo die Bilanzen aufgebläht waren, in die Konsolidierung mit einbezogen hätte: Das sage ich ja, das bezweifle ich. Sie wissen ja, wo die Gesellschaften - die Gelder liegen oder hätten liegen sollen, und Sie haben ja die Liste von Frau Folter und können sehen, ob die irgendwie entsprechend klassifiziert waren. Das sind sie nicht.

Von daher an der Stelle - - Das Bankenaufsichtsrecht ist da meines Erachtens die falsche Stelle;

denn es ist ja so: Wir wollen ja den Schutz des Kapitalmarktes nicht davon abhängig machen, dass zufälligerweise im Konzern eine Bank hängt, ja, sondern der Schutz des Kapitalmarkts muss doch allgemein gewährleistet werden. Und insofern - - Wie gesagt, auch das heißt dann: Die Bankenaufsicht ist da an der Stelle nicht die richtige Stelle, sondern es muss da an der Stelle eine Bilanzpolizei tätig werden.

Und dann haben Sie jetzt eine interessante Frage gestellt. Nein, dieser Eindruck - trotz der Verve, dass die sich dem entwinden wollten -, aus dem waren keine negativen Rückschlüsse zu ziehen. Denn wenn Sie sich - - Also, ich hatte diese Rechtsfolgen ja erwähnt mit der bankaufsichtlichen Konsolidierung. Ich kenne keinen einzigen Mischkonzern - - Und vielleicht kommen wir dann noch auf das Thema Zahlungsinstitute zu sprechen, aber ich - - Es war bankaufsichtlich ein Mischkonzern. Ich kenne keinen Mischkonzern, der unter der Ägide der Bankenaufsicht irgendwie glücklich geworden wäre. Die entsprechenden Vorschriften, die dann Anwendung finden, das sind die Artikel 89 CRR bzw. auch die Großkreditvorschriften. Die bewirken dann eine Pflicht, den Industrieteil des Konzerns extrem runterzukürzen. Und so kann ein Mischkonzern sozusagen in dem Industriegeschäft im Wettbewerb überhaupt nicht bestehen. Also von daher: Dass ein solches Unternehmen aus der Konsolidierung heraus möchte, das ist völlig natürlich.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Herr du Buisson, Sie haben jetzt eine Sprachregelung getroffen, die ich noch von Herrn Hufeld im Finanzausschuss im Ohr habe, der VW als Modell an die Wand gemalt hat, indem er gesagt hat - - VW hat ja auch eine Bank, ne? Und Sie sagen, auch von Industrie- - Dass hier aber gewissermaßen Zahlungs- und Bankverkehre und geldaufsichtliche Dinge eine Rolle spielen, das hat doch mit der normalen Tätigkeit eines Industrieunternehmens wie VW überhaupt nichts zu tun. Haben Sie sich mal mit dem Geschäftsmodell von Wirecard, der Wirecard AG, näher befasst als Aufsicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim du Buisson:** Herr Dr. Michelbach, vielen Dank für die Frage. Ja, denn das war ja auch in der Presse als Vorwurf in die Richtung der BaFin erhoben worden: Man hätte doch die Natur erkennen müssen, dass es sich insgesamt um einen Zahlungsdienstleister gehandelt habe, bzw. im Leerverkaufsverbot sei die AG ja sogar von der BaFin als solcher bezeichnet worden.

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN): Genau!)

Und das ist meines Erachtens nicht richtig.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

Denn wenn Sie in das ZAG reinsehen, dann sehen Sie unter den Ausnahmen - § 2 Absatz 1 Nr. 9 - die Ausnahme: Technologiedienstleistungen sind keine Zahlungsdienste. Dienste,

die von technischen Dienstleistern erbracht werden, die zwar zur Erbringung der Zahlungsdienste beitragen, jedoch zu keiner Zeit in den Besitz der zu übertragenden Gelder gelangen ...

sind eben hier ausgenommen. Und insofern war es auch in Ansehung der Konzernberichte nicht möglich, zum Beispiel das Segment Payment Processing & Risk Management im Gegensatz eben zum Acquiring & Issuing dem Betreiben von Zahlungsdiensten zuzuordnen; denn hier ist eben im Bereich Risikomanagement das Technologiegeschäft enthalten. Und insofern war Wirecard AG jedenfalls kein Zahlungsdienstleister. Und die Charakterisierungen des Gesetzes sind auf Ebene der Einzelunternehmen vorzunehmen und noch nicht mal auf der Konzernebene\*.

Und insofern: Das Gesetz ist sogar an der Stelle sehr, sehr kompliziert. Selbst wenn die Wirecard AG ein Zahlungsdienstleister gewesen wäre, was sie ja nicht war auf Soloebene, dann hätte selbst das nicht mal zwangsläufig zu einer bankaufsichtlichen Konsolidierung geführt; denn die Regelung bezüglich Zahlungsdienste aus der Zahlungsdiensterichtlinie, die hat ein völlig anderes Kapitalregime als die Bankenaufsicht, als das

Aufsichtsregime. Also insofern war der einzige Einstieg, zur Konsolidierung zu kommen, eben die Finanzholdinggruppe und nicht irgendwie Betrachtungen über sozusagen dieses Parallelaufaufsichtsregime Zahlungsdienste.

Es wird, glaube ich, daraus auch deutlich, dass irgendwie - - Die BaFin ist ja zusammengesetzt worden, eine Zufallsgeburt des Jahres 2002. Aber die Fachgesetze stehen alle monolithartig nebeneinander, ja? Da hat jeder seine eigenen Definitionen, jeder seine eigenen Aufgaben. Also, da ist ja nicht mal irgend- - Es wurde überlegt, mal ein Kapitalgesetzbuch irgendwie zusammenzufassen. Das ist nicht geschehen. Insofern muss man immer bei der juristischen Anwendung genau gucken: „Was darf man hier oder nicht?“; denn die Banken, hier auch Wirecard - - Da haben Sie sofort den Rechtsanwalt, der Ihnen was schreibt und sagt, nee, das dürfen Sie an der Stelle nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Also eine berechnete - - Sie haben den Finger in die Wunde gelegt. Das sehe ich sehr wohl, dass es hier Defizite gegeben hat und gibt. Aber Ihr Kollege Lang zum Beispiel, der hat ja hier ausgesagt, er hat das Konstrukt als Finanzholding gesehen. Sie sagen: Nein. Also, der Kollege Lang sieht das als BaFin anders. Also ist innerhalb der BaFin schon wieder der Unterschied.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, aber auch da wissen Sie - § 6 ist es, glaube ich, FinDAG -: Jeder Geschäftsbereich - - Auch da ist jetzt, glaube ich, entsprechend gesetzliche Änderung geplant. Aber hier ist jeder Geschäftsbereich für sich selbst aufgestellt. Und insofern ist natürlich die Seitenkoordination eine erheblich schwierigere als die vertikale Koordination in einer Behörde.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Jetzt ist es aber so: Sie haben jetzt die Gesetzeslage noch mal dargelegt, haben aber natürlich auch nicht gesagt, dass es zur Beurteilung natürlich auch darauf ankommt, wie das Unternehmen als Compliance und insgesamt sich darstellt. Und warum ist es der BaFin nicht aufgefallen, dass ja zum Beispiel identische Personen Vorstand in der Bank, Vorstand in der AG -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

die gleichen Personen - waren? Wo gibt es denn das?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Doch, das ist in § 25\* Absatz 2 leider\* so vorgesehen, dass in Konzernen hier eine Doppelbänderschaft im Zweifel nicht kritisch gesehen wird, ja? Also, es gibt eine Extraausnahme für Konzerne an der Stelle.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, aber das muss doch aufsichtlich geprüft werden so etwas. Wenn Sie - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Man prüft so eine --

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Sonst wird da ein Selbstbedienungsladen entwickelt. Und das war ja dann letzten Endes, wenn wir die Kreditvergaben anschauen, ein Selbstbedienungsladen, mehr oder minder linke Tasche, rechte Tasche.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Vorgänge, die nach meiner Amtszeit liegen, dazu kann ich nichts sagen. Aber ansonsten wird geprüft: Ist genügend Zeit vorhanden? Bestehen offensichtliche Interessensgegensätze? Das ist an der Stelle nicht der Fall gewesen. Und im Übrigen hatte die Bank - Die Bank hatte zwei Vorstände. Insofern war quasi der dritte Vorstand, der noch vom Konzern kam, quasi an der Stelle nicht - - Dem hätte man nicht sagen können: „Du hast hier keine Zeit“, wenn zwei weitere Vollzeitbanker angestellt waren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber Sie müssen ja verstehen, dass Zeugen uns hier beschrieben haben, dass die Banklizenz eine ganz wesentliche Voraussetzung für das letztlich betrügerische Geschäft der Wirecard AG war. In diesem Zusammenhang muss doch auch gefragt werden: Ist diese Gemeinschaft nicht zu unterbinden gewesen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Selbstverständlich, das ist auch ein Untersagungsgrund nach § 2c KWG. Nur: Für derartige Anschuldigungen hätte die Behörde die Beweislast getragen. Also, das

muss ja - - Im Nachhinein sind wir alle schlauer, ja, aber es lagen dazu keine Hinweise vor.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Dann gibt es ja in den Akten die Frage, dass es Bestrebungen der Wirecard AG gab, den Konzern umzustrukturieren mit dem offenkundigen Ziel, eine bankenaufsichtliche Konsolidierung zu vermeiden. Und da war ja das Thema Inhaberkontrollverfahren nach § 2c KWG im Zusammenhang. Da hat man dreieinhalb Jahre quasi diese versprochene Neuorientierung, praktisch Neuordnung, einfach passieren lassen, ist damit quasi in dreieinhalb Jahren weiter ins Problem gelaufen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das war wohl so.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nicht schön, nicht?

**Zeuge Joachim du Buisson:** „Nicht schön“? Meinen Sie, dass die Acquiring & Issuing nicht konsolidiert wurde oder - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, ja, ich meine, die Entwicklung habe ich als nicht schön empfunden. Aber ich möchte - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, wie gesagt, dass ein Unternehmen das hat, ist halt die Gestaltungsfreiheit der Unternehmen, sich so aufzustellen, dass man nicht unter Bankenaufsicht steht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, aber nachdem man was verspricht und dreieinhalb Jahre nichts passiert, da müsste doch die Frage: „Warum hat man da nicht energisch nachgehakt vonseiten der BaFin?“ - - Das muss doch eigentlich einfach notwendig gewesen sein. Man hat was versprochen; dreieinhalb Jahre gehen ins Land, ohne dass was passiert ist.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, aber, wie gesagt: Das Einzige wäre: Sie können uns einen Vorwurf machen, dass wir die Konsolidierung auf Ebene der Acquiring & Issuing nicht erzwungen haben, wobei ich da auch nicht weiß, welches Mittel



## Nur zur dienstlichen Verwendung

man da hätte wählen können, ne? Also, wir haben ja auch nie darauf verzichtet. Aber wie die Wirecard ihren Konzern aufstellt - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Klar. Hat die BaFin den Konflikt mit Wirecard da gescheut, oder hat man - - Ich meine, die waren ja nicht von Pappe, die haben ja immer eine große Armada von Anwälten losgeschickt, Lobbyisten ohne Ende losgeschickt.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das hat uns nicht beeindruckt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nicht beeindruckt.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nö.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ist das so? - Gut. - Also, letzten Endes haben Sie gesagt, dass die Herren McCrum, Matthew Earl sich bei Ihnen nie gemeldet haben. Die haben sehr wohl hier ausgesagt als Zeugen, dass sie sich an die BaFin gewandt haben, aber keine Reaktion stattgefunden hat.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, aber die BaFin hat 2 800 Mitarbeiter. Bei mir haben sie sich jedenfalls nicht gemeldet.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Auch das haben wir zur Kenntnis genommen, gell?

Gut, jetzt noch zur Einstufung - - zu Fragen der Sonderprüfung nach § 44 - nach der Einstufung - KWG. Im Jahr 2017, da hat ja eine MaRisk-Sonderprüfung stattgefunden. Hintergrund waren Feststellungen der Abschlussprüfer bei der Prüfung der Wirecard Bank in den Jahren 2014 bis 18, und da hat die BaFin ausweislich ihrer auf der eigenen Homepage veröffentlichten Statistik zwischen 153 und 203 Prüfungen nach § 44 KWG durchgeführt. Also: Was war der konkrete Anlass für die Prüfung? Welche Feststellungen hatten die Abschlussprüfer bei der Prüfung der Abschlüsse 2016 getroffen? Welche Prüffelder waren Gegenstand der Prüfung? Vielleicht können Sie dazu was sagen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nicht mehr, als ich Herrn Hauer gesagt habe. Also, das war meines Erachtens eine Erstprüfung in Sachen MaRisk, die, glaube ich, verschoben wurde um ein Jahr wegen einer erfolgten Prüfung des Prüfungsverbands. Man muss sich da quasi dann absprechen, dass nicht alle gleichzeitig ins Haus kommen. Und, wie gesagt, im Wesentlichen - ich bin da praktisch veranlagt -: Mir ging es da um das Kreditgeschäft; aber, wie gesagt, Grundsatz ist natürlich so, dass man dem Prüfer vor Ort möglichst viel Beinfreiheit lässt, und insofern ist erst mal grundsätzlich die MaRisk die Spielwiese, die der Prüfer dann risikoorientiert sich anzugucken hat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber, Herr du Buisson, da ist ja auch relativ außer Prüfungsanmerkungen nicht so viel passiert, weil da gab es ja ein strategisches Kreditportfolio, das eigentlich weit über die Eigenmittelsituation der Wirecard Bank hinausging. Warum ist da - - Eigentlich hätte die Bank zugemacht werden müssen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, zum damaligen Zeitpunkt nicht. Also, da werden Sie auch nix in den Akten finden, wo da irgendwie jemand die Größenordnung bemängelt hätte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Da gab es doch Behandlungen von Problemkrediten und Kredite an die Drittpartner. Das sind doch In-sich-Geschäfte, Karussellgeschäfte gewesen. Da hätte man doch eingreifen können und müssen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, das habe ich in dem Bericht nicht gelesen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, dann müssen wir - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Zu meiner Zeit war dieses strategische Kreditportfolio in geringen Größenordnungen, und den Herrn Abgeordneten Hauer habe ich so verstanden, dass da auch an der Stelle durch die Bundesbank keine wesentlichen - - also keine F3-Feststellungen getroffen wurden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Da war es auch so: Da gab es auch Arbeitsteilung; der eine hat auf den anderen verwiesen, stelle ich hier fest. Also, die Mängelbeseitigung hat sehr lange gedauert, und die Mängelfeststellung, die war auch sehr differenziert zwischen Bundesbank und BaFin, stelle ich hier fest. Können Sie sich vorstellen, dass man das auch auf einen Nenner bringen müsste in Zukunft, weil das in der Aufteilung scheinbar nicht funktioniert hat?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das sehe ich jetzt - - sehe ich nicht. Also, das - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Sie haben doch selber von der Aufteilung gesprochen, dass das ein Problem war.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, aber da wüsste ich nicht, dass da, wie gesagt, auf Arbeitsebene was geknirscht hätte. Nur: Völlig unabhängig von der Arbeitsweise der Behörden kommt es natürlich darauf an, dass die Bank entsprechend auch eine Geschwindigkeit an den Tag legt. Also, und da werden dann intern auch Projekte - - Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Wexeler dazu befragt hatten. Aber da müssen natürlich auch erst mal interne Projekte aufgesetzt werden, um die entsprechenden Dinge auf Vordermann zu bringen, ja? Sie befanden sich ja auch in der geschäftlichen Entwicklung noch. Also, von daher, wie gesagt: Es war ein nicht so berühmtes Ergebnis der Prüfung, aber jetzt auch nichts, was irgendwie extraordinär gewesen wäre.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, darf ich nur eine Anmerkung noch machen, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - weil der Zeuge mich gerade zitiert hatte, es seien keine F3-Feststellungen getroffen worden. Das ist nicht zutreffend, sondern wir hatten das ja diskutiert, dass keine F4-Feststellungen getroffen wurden bei den

strategischen Krediten, sondern sehr wohl F3-Feststellungen. - Nur fürs Protokoll!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Ja, jetzt hat der Kollege Michelbach einige meiner Fragen, die ich noch stellen wollte, einfach so abgeräumt.

(Zuruf des Abg. Dr. h. c.  
(Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU))

Aber das ist dann auch in Ordnung; da kann ich mir Spucke sparen.

Ich würde aber noch gerne - - ob Sie von dem Vorgang Kenntnis hatten oder der Ihnen gegenwärtig ist, und zwar: Nach einem Artikel des „Handelsblatts“ vom 31. Mai 2019 soll die Wirecard Bank AG im Rahmen der Zahlungsabwicklung in das Geschäft mit dubiosen Tradingseiten verstrickt gewesen sein. Hier wurde namentlich einmal genannt: Empfängerfirma der Zahlungen in dem Betrugsnetzwerk soll unter anderem Altair Entertainment N. V. mit Sitz in 000 Willemstad, Curaçao, gewesen sein. Die kontoführende Stelle soll die Firma - - laut Überweisungsbeleg eines Opfers die Wirecard Bank, Einsteinerring 35, DE-85609 Aschheim, gewesen sein. - Könnte ich Ihnen sonst auch vorlesen. - Hatten Sie Kenntnis von der Bereitstellung von Konten durch die Wirecard Bank AG für mutmaßliche kriminelle Aktivitäten im Ausland, die unter anderem im Zusammenhang mit Onlinetradingseiten und binären Optionen standen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Uh, das ist eine Information! Also, erst mal: 30.01.19, sagten Sie, glaube ich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** 31. Mai 2019.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Oder 31. Mai 19. - Also, da war ich ja sowieso schon nicht mehr - - in anderen Würden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ah, okay.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Aber grundsätzlich haben Sie da, glaube ich, was erwähnt, was



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchaus - - Wenn Sie es noch mal sagen. Also, von diesen Gesellschaften weiß ich nichts.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm, okay. - Das heißt aber auch, im Vorfeld, vielleicht mal bei einer Innenrevision, ist Ihnen so was auch nicht über den Weg gelaufen, als Sie noch tätig in dem Geschäftsfeld wiederum waren.

**Zeuge Joachim du Buisson:** „Binäre Optionen“: Das sagt mir was. Da hatten wir irgendwie eine Anfrage der Amerikaner oder Kanadier oder irgendwas. Aber, ja, das ist quasi eine der Kinderkrankheiten dieser Unternehmen, die schnell Kontoinhaber gewinnen wollen. Dann war im Zweifel vielleicht die Geldwäscheprävention nicht besonders ausgeprägt. Da war ja jetzt Wirecard auch kein Einzelfall; also, es gibt andere pressebekannte Banken, die auch die hohen Zahlen von Neukontoeröffnungen nicht sauber durchgebetet haben. Das zieht natürlich dann auch Kriminelle an. Aber das ist jetzt nichts, wo man sagt: Das ist jetzt schon ein Indiz dafür, dass man vermuten muss, dass die Bank selbst kriminell agiert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm, okay. - Ja, ansonsten schenke ich Zeit; ich habe jetzt keine Fragen mehr. - Dann wäre jetzt - - Wer möchte von der SPD-Fraktion? - Frau Kiziltepe. Bitte schön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, vielen Dank für das Wort. - Herr du Buisson, ich möchte noch mal auf den 16. Februar 2017 zurückkehren. Sie haben ja auch berichtet, es gab damals dieses Aufsichtsgespräch. Und was sehr auffällig ist: dass Herr Ley im Anschluss an dieses Gespräch dann Ihnen mitgeteilt hat - oder der BaFin -, dass man eine Umhängung favorisiere, und vier Tage oder fünf Tage später kündigt Herr Damberg eine Sonderprüfung nach § 44 KWG an. - Dieser zeitliche Zusammenhang oder diese kurze Frist dazwischen: Wie können Sie sich das erklären? Was war Anlass dieser Sonderprüfung?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, das ist eine zeitliche Koinzidenz; das hat nichts miteinander zu tun. Also, wie ich vorhin schon gesagt habe: Das sind Routineprüfungen, die einen sehr, sehr

langen Vorlauf haben, und insofern ist das, wie gesagt, immer vorher mit der Bundesbank abzustimmen, um die entsprechenden Kapazitäten freizuhaben. Hier: Wie gesagt, es war eine Erstprüfung. Wir haben das - - Das war klar, dass das kommen würde, und, ja, ich glaube, das ist auch immer mal so - also, war durchaus mal - - auch durchaus Gepflogenheit einer Bank, so mal im Vorfeld auch schon mal darauf hinzuweisen, um quasi die zu motivieren, hier entsprechend sich aufzustellen, also dass man sagt: Die nächste Prüfung kommt bestimmt. - Also, das ist Routine.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es gab keinen Zusammenhang zwischen dieser Sonderprüfung -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, gab keinen Zusammenhang.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - und der Umhängung. - Nun wird aber gesagt, dass diese Sonderprüfung das schärfste Schwert der Aufsicht sei. Ist Ihnen das geläufig? Und, wenn ja, warum?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee, das kenne ich nicht. Gut, es ist halt ein Sachverhaltsaufklärungsinstrument. Also, es ist ja jetzt für sich genommen jetzt noch keine Maßnahme - - hat natürlich belastenden Charakter dadurch, dass es das Unternehmen einiges kostet, aber es ist - - Ich würde jetzt nicht sagen, „Schwert“ - also im Sinne von „Richtschwert“ natürlich nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und was will man mit dieser Sonderprüfung erreichen? Wann wird die angesetzt?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wie gesagt, vertiefte Informationen über das Unternehmen vor Ort und die Organisationsstruktur. Hier war es ja - - Herr Hauer würde mich korrigieren, wenn ich es wieder falsch verstanden habe, aber es kommt mir plausibel - - oder ich kann es mit meiner Erinnerung zusammenbringen. Es ist ja durchaus auch immer ein Blick dazu, dass man guckt: Der Jahresabschlussprüfer, was schreibt der? Hat man den Eindruck, dass da ein Thema, was der Abschlussprüfer auf die Tagesordnung setzt, von der Bank ernst genommen wird oder vermutet



## Nur zur dienstlichen Verwendung

man an der einen oder anderen Stelle dann sozusagen noch weitere Missstände organisatorischer Art? Aber, wie gesagt, das ist das bankaufsichtliche Tagesgeschäft.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Da würde ich noch mal gerne näher fragen, detaillierter fragen. Also, die Grundlage der Prüfung im Rahmen § 44 KWG ist das Gutachten des Prüfers oder - - also der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft?

**Zeuge Joachim du Buisson:** § 44 KWG ist die Rechtsgrundlage für uns als anordnende Stelle. Es ist durchaus auch möglich - und wird auch davon Gebrauch gemacht -, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften mit einer Sonderprüfung zu beauftragen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nein, nein, das meinte ich nicht. Also, was ziehen Sie - - Welche Unterlagen - - oder welche Prüfungen, Analysen stellen Sie an, um dieser Sonderprüfung nach § 44 KWG gerecht zu werden? Hat es forensische Elemente? Können Sie mit diesem Instrument Bilanzbetrug aufdecken?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein. Nein. Also, wie gesagt: Hier geht es ja konkret um eine bankgeschäftliche Prüfung. Mit der Überprüfung hält das Unternehmen die in der MaRisk niedergelegten Vorschriften über die Organisation ein. Da guckt man sich überhaupt keine Zahlen - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Keine Zahlen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, vielleicht die Zahlen des Kreditnehmers guckt man sich an, aber nicht der Bank oder des Konzerns.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich frage ja deshalb, weil die Erfahrung ist im Rahmen dieses Untersuchungsausschusses, dass jeder sich irgendwie aus der Affäre zieht. Keiner will verantwortlich dafür sein, -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja. Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - und jeder schiebt die Verantwortung auf eine andere Behörde oder In-

stitution. Und meine Frage ist: Gibt es bankaufsichtliche Regelungen, die Bilanzbetrug aufdecken können? Und wenn mit diesem sogenannten schärfsten Schwert der Sonderprüfung mal ein Unternehmen durchleuchtet wird, ob bestimmte Anforderungen gegeben sind: Was zählt da? Also zum Beispiel der Jahresabschluss, das Testat?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, das kommt darauf an. Also, wenn man tatsächlich einen Anfangsverdacht hätte, dass mit der Bilanz einer Bank was nicht stimmen würde, dann würden wir eine entsprechende Prüfung anordnen, ja. Aber die - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wer müsste das sagen, diesen Anfangsverdacht?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das müsste quasi der Bankenaufseher bejahen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber Sie sind doch bei der BaFin, oder?

(Heiterkeit des Abg.  
Dr. Danyal Bayaz  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN))

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, ja. Ja, ja. Aber - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wer soll den Anfangsverdacht schöpfen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Der Bankenaufseher. Aber wir sprechen ja jetzt hier von keiner Bank. Also, bei der Bank - - Die Bank lebt ja sogar noch.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nein, ich rede erst mal allgemein -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - für die Bankenaufsicht, so, und dann im Speziellen natürlich für die Wirecard.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut. Also, allgemein ist es nicht aus- -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie forensische Instrumente, um Bilanzbetrug im Rahmen der Bankenaufsicht aufzuklären?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, natürlich. Also, das gibt ja § 44 her. Natürlich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Und worauf greift man dann zu?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Auf eine entsprechend spezialisierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Also, dann sucht man aus, oder EU-rechtlich ist das auszuschreiben. Das dauert eine gewisse Zeit.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Können Sie das - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Aber natürlich gibt es Kanzleien, die sind darauf spezialisiert, und dann würde so was angeordnet. Ist aber jetzt ziemlich - - Also, das hat Seltenheitswert.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, ich sage das jetzt nur noch mal, weil ganz viele geschädigte Anleger natürlich auch an uns, an die Politik, -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - herantreten und sagen: Der Staat muss jetzt Schadensersatz zahlen. Wir sind geschädigt. Die Bankenaufsicht hat nicht funktioniert. - So.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, Sie kennen die Strafanzeige; stand irgendwie gestern im „Handelsblatt“.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Welche? Es gibt viele Strafanzeigen. Welche?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gegen die BaFin. - Ja. Also, insofern: Das kann man verstehen, aber es ist ja hochkomplex, das Aufsichtsrecht. Es ist leider so, wie es ist. Und, wie gesagt, einfach jetzt mal vom hinteren Ende gedacht: Das Bankenaufsichtsrecht ist an der Stelle - - kann sozusagen diesen Wunsch der Aktionäre nicht befriedigen, weil das kann mir kein Aktionär sagen, dass er die Wirecard-Aktien nur deswegen gekauft hat,

weil irgendwie die BaFin irgendwie die Wirecard Bank beaufsichtigt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Doch, sagen die uns.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Na gut, aber, ich glaube, diese Kausalität wird - - Es hat bei mir - - Also, das ist immer schön. Es hat ja bei mir im Vorfeld nie einer angerufen und gesagt: Ich habe da aber folgenden Verdacht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, aber bei Kollegen von Ihnen wurde angerufen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, aber da steht auch nur: „Lesen Sie mal Zeitung! Wann macht denn die BaFin was?“, aber nicht, dass man da - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, Sie sagen, die Bankenaufsicht in Deutschland hat keine - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Hat nicht die Aufgabe - - Also, schon mal gar nicht können die einen Konzern - - Ich habe Ihnen das Gesetz vorgelesen. Es hat eine ganz spezielle Aufgabe: Vermögenswerte bei Instituten und Bankgeschäfte und Finanzdienstleistung. - Also, diese Aufgabe war nicht berührt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wer hätte das denn erkennen müssen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, das liegt jetzt wieder - - Die Frage ist jetzt wieder auf einer anderen Ebene, ja? Also, das ist jetzt - - Ich kann nur sagen - oder ich habe es ja schon gesagt -, wer aus meiner Sicht die zuständige Stelle wäre. Aber ob die das erkennen hätten können, das kann ich nicht beurteilen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das haben Sie hier gesagt; das stimmt. Sie haben von der Bilanzpolizei gesprochen, richtig.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber die hat auch gesagt, sie hat überhaupt gar keinen - - gar nicht die Instrumente dafür, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim du Buisson:** Kann ich nicht beurteilen, aber ich habe - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - und sie habe sich auf den Wirtschaftsprüfer und die Testate verlassen.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ich habe Ihnen nur mitgebracht hier die damalige Presseerklärung, wo es hieß:

Das Verfahren basiert auf dem Gedanken der Selbstregulierung der Wirtschaft; nur dort, wo es erforderlich ist, wird der Staat hoheitlich eingreifen.

Darauf werden sich auch die Kollegen von der DPR zurückziehen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das haben sie ja auch getan, ja, -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, aber, wie gesagt, das ist - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - und mussten auch zurückziehen, ja. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann geht es weiter; dann der Kollege Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, vielen Dank. - Ich will gern mal noch mal auf das Thema „Wirecard Acquiring & Issuing“ eingehen, weil Sie vorhin auch gesagt haben, es sei eine leere Hülle gewesen. Ich will Sie mal fragen, ob Ihnen bekannt ist, welche wesentlichen Auslagerungen die Wirecard Bank auf die Wirecard Acquiring & Issuing GmbH übertragen hat. - Gut, ich kann es auch mal vorlesen - MAT A KPMG-1.02 USB.900-951, Blatt 16 -:

Outsourcing Vereinbarung

- der Bank -

mit der Wirecard Acquiring & Issuing GmbH, Aschheim:

... *Treasury*

- Kontoführung/-verwaltung der Wirecard Bank AG
- Konten bei Partnerbanken
- Disposition/Anlage der Guthaben der Wirecard Bank AG
- Kontoführung/-verwaltung des Kontos bei der Deutschen Bundesbank
- Autorisierung/Weiterleitung von Inlands-Zahlungsverkehrsdateien an die Deutsche Bundesbank
- Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs
- Abwicklung Datenfluss zwischen Bundesbank und GAD eG (Kernbankensystem der Wirecard Bank AG)
- Überwachung der Mindestreserve
- Cash Report an den Vorstand der Wirecard Bank AG ...
- Rechtsberatung
- Accounting und Controlling Unterstützung
- Human Resources
- Office- und Facility-Management
- Marketing/Werbung
- IT Infrastructure
- Datenschutzbeauftragter
- Vorstand
- Professional Service
- Product Management und
- Programm Management

Das sind nur die wesentlichen Auslagerungen. Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, wie man sagen kann, dass sozusagen die Holding quasi nur die Beteiligung gehalten hat, wenn man sich mal allein diese Liste anschaut. Könnten Sie das mal einordnen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Dieser Vertrag ist mir nicht bekannt. Es gab mal eine Zeit lang, dass nach dem Gesetz Auslagerungen bei uns anzuzeigen waren; die wurden von uns überprüft. Dieses Gesetz ist geändert worden, und ich weiß nicht, von wann dieser Vertrag datiert, den Sie gerade zitiert haben. Mir sagt das - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielleicht war es nicht ganz fair von mir, das nicht zu erwähnen. Das ist der Abhängigkeitsbericht der Wirecard Bank AG für das Jahr 2018, einzureichen bei der BaFin. Also, insofern - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, also nach meiner Amtszeit.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): 2018. Wir können auch 2017 nehmen; habe ich auch da. Ist die Liste allerdings nicht anders; ich sage es nur. - Also, meines Erachtens - Sie können das gerne, bitte, kommentieren - war die Holding halt schon mit wesentlichen Funktionen betraut: Auslandszahlungsverkehr, ein geldwäscherelevantes Thema, wo man die Einbeziehung in die Geldwäschereaufsicht über die Finanzholding natürlich hätte erreichen können. - Also, das ist jetzt eher sozusagen natürlich eine Wertung, aber ich kann nicht ganz verstehen, wie man da - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein. Also, Auslagerungs- - Also, wie gesagt, ich muss es mit Nichtwissen bestreiten; ich weiß es nicht. Aber wenn es ein Auslagerungsunternehmen - - Also, das wäre im Zweifel auch hier, in dem Fall, den wir gerade besprochen hatten, mit einer MaRisk-Prüfung - - Auch da sind Auslagerungsunternehmen dann selbstverständlich dabei. Die sind also quasi von der Aufsicht mit umfasst, aber nur in Bezug auf die Auslagerungstätigkeit.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das stimmt, aber Sie wissen auch, dass die Geldwäschepräventionsmaßnahmen nach dem KWG natürlich von der Finanzholding erfüllt werden müssen. Das heißt, das, was Sie dann prüfen: Die Hürde liegt deutlich höher, wenn Sie das als Finanzholding einstufen.

Was machen Sie denn mit solchen Abhängigkeitsberichten? Ich meine, das wird ja auch mit viel Liebe erstellt, auch von redlichen Instituten; das ist echt viel Arbeit. Es gibt Berichte, die dann an die BaFin gehen. Was passiert damit? Was folgt aus der Auswertung solcher Berichte?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ist Gesetz. Auswertung ist gesetzliche Aufgabe der Bundesbank,

und die macht im Zweifel Vorschläge, falls aufsichtliches Einschreiten gefordert ist.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Hm. - Nach diesen Prüfberichten - ich kann das sagen, weil die Einstufung das zulässt - ist zum Beispiel zwischen 2017 und 18 der Anteil der Kredite der Wirecard Bank, für die sich die Wirecard AG verbürgt - also strategischen Kredite -, gestiegen von 82 auf 100 Millionen, was keine kleine Größenordnung ist im Kreditportfolio der Bank. Also, letztlich sieht man doch eine Tendenz, dass die Bank sich immer mehr zum, ich sage mal, Finanzierer des Konzerns für ganz andere Zwecke als die der Bank entwickelt hat. Oder ist das niemandem aufgefallen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wie gesagt, den Jahresabschluss 2018 habe ich in meiner Amtszeit nicht gelesen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, das ist der Abhängigkeitsbericht, aber sei's drum. - Ist Ihnen erinnerlich, dass es eine Diskussion gegeben hat in Ihrer Amtszeit über die Frage, ob das Acquiring-Geschäft der Bank als Kreditgeschäft im Sinne der MaRisk zu qualifizieren ist?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, sicher.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Was war denn da der Hintergrund dieser Diskussion sozusagen, und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, das Thema kam auf, weil entsprechende - - die Vorschriften in der MaRisk auf einen Kreditbegriff im KWG abzielen. Der Kreditbegriff ist aber sonst, glaube ich, nur ursprünglich für - verlässt mich so ein bisschen die Erinnerung, aber ich glaube - - nur noch für das Millionenkreditregime und nicht mehr für das Großkreditregime relevant gewesen, weil da sozusagen der Unterschied zwischen EG-Recht und nationalem Recht war.

Also, das Thema kam jedenfalls auf als Vorfrage im Rahmen der MaRisk-Prüfung und, ja, hat sich aber so schnell nicht erledigen lassen, sodass ich dann mit dem Prüfer - - Oder: Dem Prüfer habe ich meine Meinung mitgeteilt, dass er versuchen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sollte, möglichst die Informationen aufzunehmen, ohne sich sozusagen auf diese Definition einlassen zu müssen; denn prima facie kam mir diese Einordnung als Kredit nicht überzeugend vor. Und letztlich hat sich ein Klärungsverfahren angeschlossen, was zwischen den Grundsatzabteilungen der Bundesbank und der BaFin hin- und herging.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und die Bundesbank war derselben Auffassung oder einer anderen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Derselben wie?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, gab es Konsens zwischen der BaFin und der Bundesbank, was die - sozusagen - Einstufung des Acquiring-Geschäfts anging, oder gab es da unterschiedliche Auffassungen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ich weiß ja nicht, was die Auffassung der BaFin ist. Also, ich war dafür nicht zuständig.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay; dann kann man es auch nicht beantworten. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Toncar. - Als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, vielen Dank. - Herr du Buisson, die Nacht ist noch jung; deswegen machen wir mal weiter. Laut einem Bericht der BaFin vom 12. Mai 2020, der an das BMF übermittelt wurde, ging die BaFin dann von einer Konsolidierungspflicht der Wirecard AG aus. Können Sie etwas zu den Motiven sagen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee, nach meiner - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie waren noch mal bis wann dort?

**Zeuge Joachim du Buisson:** April 18 habe ich gewechselt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** April 18 haben Sie gewechselt, okay.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Aber mir ist auch nicht bekannt, dass die BaFin das so schon bejaht hatte, sondern ich glaube, das war nur - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, das hat sogar Herr Hufeld bejaht, ja, mit dem dynamischen Wachstum der Wirecard AG.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Mein Kenntnisstand ist nur, dass es neu geprüft werden sollte; denn, wie gesagt, es müssen ja erst mal neue Zahlen her. Und, wie gesagt, ganz so schnell - - Mein ursprünglicher Irrtum ja auch, dass man sagt: Mensch, blähte ich einfach mal die Konzernbilanz auf, dann habe ich was. - So einfach ging es ja anscheinend nicht, sondern man musste dann die einzelnen Abschlüsse der gruppenangehörigen Unternehmen unter die - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das klingt hier gar nicht so kompliziert. Ich darf vielleicht hier aus diesem Dokument zitieren. Da schreibt die BaFin nämlich:

Nach Durchsicht des Geschäftsberichts 2018 sowie des aktuellen Organigramms der Wirecard AG könnten ca. 28 Tochterunternehmen Finanzinstitute sein und zur Einordnung als Finanzholding führen.

Gut. Das heißt, Sie können auch nichts dazu sagen, welche Rolle etwaige Gesetzesänderungen für diese Neubewertung gespielt haben könnten.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ich glaube nicht, dass es dazu große Gesetzesänderungen - - Also, es ist ja die CRR II in dem Zeitraum in Kraft getreten. Da hat man, glaube ich, den EBA Q&A letztlich in Gesetzesform gegossen. Aber immer so schön: Wenn quasi einer glaubt, es sei was klargestellt, geht aber sozusagen erst mal wieder das Rätselraten los: Ist vielleicht doch jetzt was anderes gemeint? - Also, ich glaube, es geisterte mal dann durch die Flure, ob dann nicht möglicherweise schon durch Erfüllung eines einzigen Kriteriums hier die Einstufung sich ändern würde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Das heißt - also jetzt mal in Kurzfassung -, Sie halten diese,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sage ich mal, gesetzlichen Veränderungen nicht für maßgeblich - sozusagen - für eine Neubewertung.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Soweit ich es überblicken kann, nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das ist interessant; denn tatsächlich ist es so, dass hier die BaFin dazu offenbar sehr viele - je nach Zeitverlauf - unterschiedliche Positionen einnimmt; denn in diesem Schreiben, aus dem ich gerade zitiert habe, wird gesagt:

Die erneute Prüfung der Wirecard-Gruppe könnte nunmehr unter Berücksichtigung der am 27.07.2019 in Kraft getretenen Änderung des CRR zur Einstufung als Finanzholding-Gruppe führen, da der geänderte Artikel ...

- usw. usf. -

jetzt ausdrücklich auf folgende Indikatoren abstellt ...

So. Und dann, in einem anderen Dokument, heißt es:

Maßgeblicher Grund für die Neubewertung seien die wirtschaftlichen Faktoren, nicht die minimale Modifikation des EU-Bankrechts (CRR) ...

Also, offenbar hat die BaFin ein paar Probleme, sich zu entscheiden, was sie da eigentlich meint.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, nur auf der anderen Seite muss man auch sagen: Es ist ja derart komplex. Also, wenn Sie sich die CRR mal auf den Tisch gelegt haben - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut, es ist komplex, und deswegen lese ich Ihnen jetzt mal die Frage, die der Herr Staatssekretär Kukies an die BaFin gerichtet hat, vor. Und vielleicht können Sie die ja beantworten. Er fragt nämlich - und zwar gegenüber Herrn Hufeld -:

Eine weitere offene Frage betrifft die Tatsache, dass die letztendlich genehmigte Übernahme ja nie durchgeführt wurde. Wie kann es dann aber sein, dass die in dem oben zitierten Satz angeführte Qualifizierung der Wirecard Acquiring and Issuing GmbH als financial holding company nicht umgesetzt wurde?

Können Sie dazu etwas sagen? Vielleicht wollen Sie Herrn Kukies Sachen hier antworten.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, ich kann das ja nur für meine Amtszeit sagen; da hatten wir das Thema ja schon, dass - - Was heißt, „nicht umgesetzt“? Also, wir können da ja nicht irgendwie mit Waffengewalt die Bank zur Abgabe von irgendwelchen Meldungen zwingen, ja? Also, grundsätzlich ist es erst mal Aufgabe der Bank, die Meldung einzureichen und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Deswegen - - Ich will Ihnen erklären, worauf ich hinauswill.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, zunächst wurde der Standpunkt - und das war wohl noch zu Ihrer Zeit, wenn ich das richtig überblicke - eingenommen, dass eine Aufsicht über die Tochtergesellschaft Wirecard Acquiring & Issuing GmbH mit Blick auf den laufenden Dialog wegen dieser beabsichtigten Aufwärtsabspaltung, also dass man die Wirecard Bank unter die Wirecard AG hängt - - erst mal unterlässt, ja? Das war - - Damals hat man gesagt: Wir warten jetzt erst mal ab, was da passiert. - So. Und dann wurde diese Aufwärtsabspaltung aber ja nicht fristgerecht durchgeführt. Und darauf will Herr Kukies nach meiner Interpretation heraus.

Und trotzdem hat - und zwar entgegen den Empfehlungen der Bundesbank - die Aufsicht dann eben nicht durchgegriffen. Und das ist bemerkenswert, weil es hier Schriftverkehr gibt, wo die BaFin schreibt: Na ja, wir warten jetzt erst mal ab, und wenn die dann nichts machen, ja, dann überlegen wir, diese §-2c-Maßnahmen einzuleiten. - Aber die haben nix gemacht, und





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben auch nix gemacht. Und das finde ich bemerkenswert.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Gut, aber dass die Bundesbank da was beanstandet hätte, das muss ich mit Nichtwissen bestreiten; denn nach der Aufsichtsrichtlinie wäre es ja erst mal deren Aufgabe, die Meldungen einzusammeln, ja? Also, das können Sie in der Aufsichtsrichtlinie nachlesen, und entsprechend käme das bei der BaFin ja erst mal auf Ebene der Eskalationsrate\* an.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann können wir - - Ich bin jetzt schon über der Zeit; dann brauche ich halt noch mal eine Runde. Dann mache ich einen stillen Aktenvorhalt, und dann zeige ich Ihnen die Korrespondenz, die auch Ihnen bekannt sein müsste, wo die Bundesbank darauf hinweist, dass eben so lange wie möglich die Aufsicht durchzuführen ist und anzustreben ist. Vielleicht können wir das noch mal rausuchen, und dann machen wir das in der nächsten Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So machen wir das. - Und als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Der Kollege wird Ihnen was zeigen; das ist ein Vermerk, den die Frau Folter angefertigt hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist das - wir stoppen kurz - auch ein stiller Vorhalt?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann würde ich bitten gemäß unserer - -

(Zuruf)

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist keiner? - Entschuldigung!

(Zuruf)

- Keiner? - Ich verlasse mich auf unseren Mitarbeiter. Er sagt, keiner, dann wird es keiner sein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist keiner. Okay, wunderbar.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt)

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Das ist der Vermerk, den sie angefertigt hat, und sie konnte sich nicht mehr erinnern, ob und an wen das in der BaFin gegangen ist. Und ich wollte fragen - - Also, es ist offenbar an die BaFin gegangen, und ich wollte fragen, ob Sie der Empfänger dessen waren.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wie gesagt, ich bin ja selbst nie der Empfänger, es sei denn, es ist auf meinen E-Mail-Account geschickt.

(Der Zeuge liest in dem ihm gezeigten Dokument)

- Ach so, nee; das sind wir, ja. Das ist Damberg, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** „Wir“ ist „ich“?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee.

(Heiterkeit des Zeugen)

Nein, der Kollege, der morgen hier ist. Also, dann gehe ich davon aus, dass ich es auch gesehen habe.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber aktiv erinnern können Sie sich nicht mehr.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was Sie mit den Informationen gemacht haben danach, wissen Sie auch nicht mehr? Weil, ich meine, die Bundesbank weist hier auf was hin. Die Kollegin war da sehr akribisch und hat da viele gute Fragen zusammengeschrieben - und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das macht die ja nicht einfach nur aus Spaß, sondern hat ja einen Grund - und hat Sie mit diesen Informationen versorgt. Und die Frage ist: Ist das in den Prozess irgendwo eingeflossen oder in der Tonne gelandet?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, wir führen schon die Akten.

(Heiterkeit des Zeugen)

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann im Aktenordner gelandet?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, wie gesagt, ich kann mich nicht daran erinnern, aber die Bundesbank hat ja - - Ich bin ja einleitend gefragt worden, die Darstellung zu liefern. Also, den Tageskontakt mit der Bank hat doch die Bundesbank, also insofern - - Die Bundesbank hat es dann an der Stelle auch schwer; denn die Bank - - Gut, Sie haben Ihren eigenen Eindruck von Herrn Wexeler sich machen können und können eine Einschätzung für sich selbst abgeben, ob der über die Verhältnisse im Konzern vollumfänglich Bescheid wusste.

Für uns ist es also so: Nach dem Gesetz nennt sich die Bank - selbst im Fall, wenn sie konsolidiert worden wäre - das übergeordnete Unternehmen, obwohl man natürlich genau weiß: Gesellschaftsrechtlich können die da wenig anmelden. - Aber es ist eben Kommunikationskanal, und insofern hätte die Bundesbank diese Fragen anbringen können. Aber, wie gesagt, ich weiß es nicht mehr. Ich kenne nur Zatarra Report, und das war jetzt nichts, wo man sagt: Da kann man jetzt irgendwie was dran anknüpfen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann haben Sie den denn erstmals wahrgenommen, den Zatarra Report? Also nach seiner Veröffentlichung?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das weiß man hier nicht. Also, vieles wurde

nicht nach der Veröffentlichung, sondern im letzten Jahr irgendwie konsumiert. Deswegen frage ich danach.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, also - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hat aber auch zu nichts geführt.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay; deswegen ist das vielleicht an der Stelle auch nicht weiter relevant. - Ich will noch mal auf einen Widerspruch hinweisen oder den vielleicht aufklären - der geht ein bisschen in die Richtung von dem Herrn De Masi -, dass die Einstufung immer so ein bisschen gedreht wird, wie es gerade passt. Ich habe Sie vorhin vernommen, als es noch mal um die Frage ging, ob die BaFin beim Leerverkaufsverbot Wirecard zur Holding quasi deklariert hat. Und als das Leerverkaufsverbot verabschiedet wurde, hat man sich da auf Artikel 24c der Verordnung berufen. Ich zitiere kurz daraus. Da heißt es:

... erheblichen Verkaufsdruck oder ungewöhnliche Volatilität ... die bei Finanzinstrumenten, die sich auf Banken oder andere Finanzinstitute, die als wichtig für das globale Finanzsystem angesehen werden, wie in der Union tätige Versicherungsgesellschaften, Marktinfrastruktur-Anbieter ... Vermögensverwaltungsgesellschaften, und gegebenenfalls auf öffentliche Emittenten beziehen, eine erhebliche Abwärtsspirale in Gang setzen ...

Zitat Ende. - Also, dieser Artikel 24c bezieht sich auf Finanzinstitute, die relevant fürs globale Finanzsystem sind. Für Finanzinstitute, die fürs globale Finanzsystem wichtig sind, haben wir aber eine Bankenaufsicht. Also, entweder ist jetzt Wirecard wichtig fürs globale Finanzsystem - dann muss es auch als Finanzholding betrachtet und behandelt und beaufsichtigt werden -, oder es ist fürs globale System eben irrelevant, aber dann hätte man auch dieses Leerverkaufsverbot



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nach Artikel 24c nicht verhängen dürfen. Und jetzt müssen Sie mir helfen: Was stimmt denn jetzt?

(Heiterkeit des Zeugen)

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, gesetzlich meine ich -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, gesetzlich. Sie sind ja Jurist; haben Sie ja heute schon mehrmals betont.

**Zeuge Joachim du Buisson:** - ja, ja, ja -, dass es eben auf die Ergebnisse der Bundesbank ankommt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber das war jetzt keine Antwort auf meine Frage.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Dann bitte noch mal mir auf die Sprünge helfen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Zeit habe ich nicht mehr. Die Frage hat jetzt, hier vorgelesen - - dauert zweieinhalb Minuten. Also, die Frage war: Ist das jetzt ein global relevantes Finanzsystem und hätte als Finanzholding eingestuft werden müssen und beaufsichtigt werden müssen, oder war es irrelevant? Und hätte man dieses Leerverkaufsverbot dann nicht verhängen dürfen? Fragezeichen!

**Zeuge Joachim du Buisson:** Den zweiten Frage- teil: Da bin ich ja nicht Experte dazu.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber es ist eine rechtliche Frage.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, dazu kann ich nichts sagen. - Aber: Nein, also, es war nun mal ein DAX-Konzern, und der Umstand, dass dieser Untersuchungsausschuss hier tagt, besagt ja schon, dass es ein Unternehmen war, in dem etliche Anleger investiert waren, ja? Aber bankaufsichtlich war an der Stelle nichts gefordert.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was muss die Bundesbank entscheiden?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee, zu entscheiden hat das die BaFin.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also Sie.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Na gut, ich bin Referent; also, ich referiere über Themen, aber ich treffe kraft meiner Gehaltsklasse keine Entscheidung.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, über Gehaltsklassen reden wir jetzt nicht; dafür habe ich jetzt auch keine Zeit mehr. - Aber trotzdem erst mal vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Bayaz. - Möchte die CDU/CSU noch Fragen stellen? - Nein. Möchte die SPD noch Fragen stellen? - Nein. Wir möchten auch keine Fragen mehr stellen. Dann die FDP-Fraktion. Bitte schön, Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ihre Referatsleiterin ist Frau Rahmstorf, nicht wahr?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist richtig, gut. - Können Sie beschreiben, was Sie wissen über den Kontakt von Frau Rahmstorf oder anderen Mitarbeitern des Referats BA 37 zu Burkhard Ley oder anderen? Also, fangen wir mal mit Burkhard Ley an. Der hat sich ja öfter auch mal gemeldet. Was ist Ihnen darüber bekannt? Wie war die Beziehung? Wie oft war der da?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie Herrn Ley mal persönlich getroffen, bei Besprechungen oder so?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, selbstverständlich.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Immer wieder?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): War er die Hauptkontaktperson auf der Vorstandsebene der Wirecard AG oder auch der Bank zur BaFin?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Kann man vielleicht so sagen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Fiel das in sein Ressort auch? Kann ja sein; also, es ist ja gar nicht Schlimmes dabei.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das weiß ich nicht, aber er - - Ich weiß nicht, ob Sie ihn mal kennen - - Also, er ist jedenfalls ein analytischer Redner gewesen, der Dinge gut dargestellt hat. Und außerdem war er ja quasi so ein bisschen das Bindeglied zum Konzern und war am ehesten noch in der Lage, über Vorgänge im Konzern Auskunft zu geben.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Herr von Knoop, war der auch mal präsent bei der BaFin oder in Gesprächen, in Aufsichtsgesprächen? Ist der da in Erscheinung getreten?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, ja; er war vorher auch irgendwie Innenrevisionsleiter oder was, also war schon vor seiner Amtseinführung auch bei uns bekannt. Aber ob - - Also, ob jetzt der Kontakt mit Frau Rahmstorf stärker war als zu uns, weiß ich nicht; würde ich nicht vermuten.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Mhm. - Hatten Sie zu tun mit der Vorbereitung des deutsch-chinesischen Finanzdialogs?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Weil das im Referat durchaus - das kann man anhand der Korrespondenz sehen - bei Frau Rahmstorf auch eine Rolle spielte. Also, die Vorbereitung der - - Das war - - Der Finanzdialog lief 2019; im Referat muss es 2018 eine Rolle gespielt haben. Sagt Ihnen das - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** In meiner Amtszeit nicht.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Alles klar. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann jetzt Kollege De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ich würde gern noch mal diesen stillen Vorhalt machen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das heißt jetzt noch mal was?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt für Sie -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Sie kriegen was gezeigt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - genau - erst mal, dass wir die Zeit stoppen, sonst wird Kollege De Masi immer böser, und zweitens, dass wir Ihnen - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Aber ist das jetzt geheimhaltungsbedürftig?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So ist es. Das heißt, Ihnen wird jetzt unter der Galerie - das wäre nett, wenn Sie zum Kollegen Olschewski gehen - ein Vorhalt gemacht. Den können Sie sich jetzt anschauen; aber Sie sollten nichts inhaltlich daraus entsprechend sagen, sondern mehr oder minder: „Ja“, „Nein“, „Das kann ich bestätigen“, aber keine Namen oder entsprechende Inhalt daraus jetzt wiedergeben. Schauen Sie sich das erst mal ganz in Ruhe an.

(Dem Zeugen werden am Rande des Sitzungssaales Unterlagen auf einem Notebook gezeigt - Der Zeuge nimmt Einblick)

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Das Dokument ist eigentlich gar nicht so umfangreich, aber - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Die Frage wäre jetzt?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Genau, zur Frage komme ich gleich. Setzen Sie sich erst mal hin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Bitte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Also, die Person, die hier wiedergegeben wird, hat ja in Ihrer Abteilung gearbeitet. Korrekt?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wenn ich dieses Dokument jetzt richtig interpretiere, hat diese Person die Auffassung geäußert, dass, wenn eben diese Aufwärtsaufspaltung nicht passiert, dann weitere Handlungen vorzunehmen sind, und zwar in einem Zeitraum, wo Sie damit befasst waren.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und ich will jetzt einfach nur noch mal die Frage wiederholen: Warum ist das dann nicht passiert, obwohl es offenbar eine solche Vereinbarung gab?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, das kann ich Ihnen nicht erklären.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber es muss doch entschieden worden sein von irgendjemand.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie? Verstehe ich jetzt nicht, ehrlich gesagt.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, wie gesagt, meine Sicht der Dinge ist: Es hätte doch durch die Bundesbank bei dem Institut angemeldet werden müssen, dass man sagt: Es stehen jetzt folgende Meldungen noch aus. - Also, das hätte ja erfolgen können. Nur, die Philosophie war natürlich, dass man dann - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber hier in dieser Unterredung ging es doch nur um die Frage: Machen die das jetzt oder nicht? - Und dass die Frist verstrichen ist, das hat man Ihnen doch mitgeteilt. Also, dass da nichts passiert ist, das haben Sie doch mitbekommen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nee, also das war irgendwie - - Ich weiß nicht, wann die EZB das freigegeben hat, dass das - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie haben nicht mitbekommen, dass sozusagen im Rahmen der Frist da nichts weiter passiert ist? Das hätte ja bei Ihnen auf dem Tisch landen müssen, wenn jetzt die Wirecard tätig geworden wäre und gesagt hätte: Wir machen jetzt diese Aufwärtsgespräche.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, aber das ist halt so ein bisschen jetzt - - Das war eine Spezialzuständigkeit. Die haben uns auch nicht über alles informiert. Das war dann erst mal quasi mit dem Jahr 2014 - oder wann war die interne Umstrukturierung? weiß ich nicht mehr - von unseren Schreibtischen verschwunden. Und die EZB hat sowieso ihre eigene Verwaltungspraxis dann aufge-

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie haben da nichts - - Also, bei mir ist es so, in meinem Büro - - Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, aber bei mir ist es so: Wenn jetzt irgendwie so ein Vorgang ist, dann kommt der irgendwann auf Wiedervorlage. So kenne ich das irgendwie selbst. Bei der Uni-Bibliothek, wenn ich meine Bücher vorher nicht zurückgegeben habe, gab es immer Wiedervorlagen; das war teuer. Deswegen will ich mal fragen: Ist bei Ihnen irgendwie nicht so üblich, oder wie?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Doch, aber das macht man ja für etwas, was in die eigene Zuständigkeit fällt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ansonsten, wie gesagt - kurz diese Information noch gegeben -: Die EZB hatte ja eine eigene Verwaltungspraxis aufgestellt. Also, bei uns war es vorher traditionell die Jahre so gewesen: Wenn einer eine mittelbare Beteiligung in eine unmittelbare umgewandelt hat, das wurde bei uns quasi so freigezeichnet,

(Der Zeuge macht eine Handbewegung)

bzw. das hat überhaupt kein Prüfungsverfahren ausgelöst, weil man gesagt hat, das ist die gleiche Definition im Gesetz: Inhaber einer bedeutenden Beteiligung, egal ob unmittelbar oder mittelbar. -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann kam erst im Laufe dieser Zeit raus - die EZB hat, wie gesagt, erst mal ihre eigene Verwaltungspraxis auch erarbeitet anhand der Fälle, die sie bekam -, dass sie gesagt hat: Nein, wir halten ein Inhaberkontrollverfahren überhaupt für erforderlich. - Das hat die Dinge weit rausgezögert, und, wie gesagt, ich weiß gar nicht mehr zu sagen, ob die erste Entscheidung noch während meiner Amtszeit erfolgte oder nicht. Also, das ist - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Gut, dann haben Sie ja jetzt die Antwort auf die Frage von Herrn Kukies gegeben, weil Herr Kukies hatte ja gefragt: Wie kann es dann aber sein, dass die in dem oben zitierten Satz angeführte Qualifizierung der Wirecard Acquiring & Issuing GmbH als Financial Holding Company nicht umgesetzt wurde, obwohl da eben nichts passiert ist in der Frist? - Und das ist, weil das bei Ihnen nicht auf dem Schreibtisch gelandet ist, und Schuld trägt sozusagen die EZB.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Von Schuld möchte ich da nicht sprechen. Ich habe Ihnen eine historische Erklärung gegeben. Ich habe jetzt auch im Vorfeld oder zur Vorbereitung auf die Sitzung - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Historische Schuld?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Hm. - Ich habe in Vorbereitung auf die Sitzung auch noch mal geguckt, ob ich einen Bußgeldtatbestand gefunden habe. Da bin ich auf die Schnelle auch nicht fündig geworden. Also, wie gesagt, was wollen Sie machen? Sie können dann nicht bei der Bank einmarschieren und sagen: Jetzt schicken Sie mir die Meldungen. - Zur Not - - Im Gesetz ist auch für so was - - Es gibt den Paragraphen dafür, dass es heißt, wenn die Bank die Meldung nicht beschaffen kann - wie gesagt, die Bank ist dafür verantwortlich, nicht die Acquiring & Issuing -, dann muss das Unternehmen abgezogen werden von den Kapitalien. Also, das ist alles nicht so, dass da der Gesetzgeber die Bankenaufsicht so auf hohe Ross gesetzt hat, dass die einfach nur sagen müssen: Her damit, oder es passiert was.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber es geht ja hier, ohne dass ich jetzt daraus zitiere, daraus hervor,

dass Sie auf Zeit gespielt haben; das wird ja sogar hier, ich meine, offen angesprochen. Und ich zitiere jetzt noch mal Herrn Kukies:

Das impliziert, dass der Autor der Proposal Decision akzeptiert oder sogar bewusst befördert, dass durch eine Reorganisation, die im Gesamttext ansonsten keine strategische Rechtfertigung erkennen lässt, im Ergebnis die bankenaufsichtlichen Regeln unterlaufen werden.

Ich meine, das ist, worum es hier geht.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Das ist ziemlich klar!)

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, das ist nicht schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, schön ist das nicht.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Aber die bankenaufsichtlichen Regelungen werden häufig unterlaufen, leider.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist ein engagiertes Statement für einen Bankenaufseher. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wie gesagt, was wollen Sie machen? Wollen Sie deswegen dem Inhaber die Stimmrechte untersagen? Also, es muss ja alles verhältnismäßig sein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich kommentiere es nicht. Ist besser so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann wäre jetzt - ich schau mal rüber - von Bündnis 90/Die Grünen - - Frau Paus, bitte schön.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann frage ich da noch einmal konkret nach. Das ist ja die ganze Zeit über ein bisschen frapperend gewesen. Das war ja ganz offensichtlich, dass die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard AG sich bemüht hat, eben möglichst unter der Aufsicht zu bleiben, und Sie haben es ja gerade bestätigt: Das passiert. - Das ist ja auch legitim, dass die Wirecard AG das tut; aber normalerweise würde man jetzt - -

**Zeuge Joachim du Buisson:** Wobei: Das war die Acquiring & Issuing.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, genau. Aber insgesamt sozusagen, die AG und die Issuing usw. - Das ist ja auch legitim; aber man würde jetzt eigentlich von Ihrer Seite vermuten, dass Ihr Impuls sozusagen aus Ihrem Interesse heraus umgekehrt ist, das Sie schon eher möchten, dass Sie mehr beaufsichtigen dürfen. Und das stellt man jetzt durchgängig überhaupt nicht fest, also weder von Ihnen noch von der Bundesbank noch bei dem gesamten Prüfungsprozess, ob es eine Finanzholding ist oder nicht, sondern da stellt man eher fest, dass Sie auch dabei sind, zu sagen: Ist ja auch schwierig. - Und dann haben Sie oft gesagt: „Hat ja sowieso nur begrenzte Rechtsfolgen“ und so. Das ist ein bisschen verblüffend. Da hat man eigentlich die Vorstellung, dass so ein Aufsichtsverständnis ein anderes ist. Könnten Sie dazu vielleicht noch was sagen?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, aber da muss ich wieder darauf hinweisen: Ich war für 30 Banken zuständig. Ich musste quasi Brüssel vorbereiten. Ich habe die Erlaubnisverfahren für den Brexit gemacht, war bei der EZB in Arbeitsgruppen. Da stehen Sie hinter der Ballmaschine und müssen gucken, dass Sie die Verfahren einigermaßen hinbekommen, ja? Also - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Als Sie von den Rechtsfolgen gesprochen haben, die Sie für begrenzt halten, da ist das ganze Thema Geldwäsche nicht aufgefallen. Das stellt man auch ansonsten in den Dokumenten fest, dass die ganze Frage sozusagen der Einstufung, dass das Folgen hat für die Beaufsichtigung im Bereich Geldwäsche, überhaupt keine Rolle gespielt hat. Finden Sie das adäquat?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Da hatte ich Ihnen ja gesagt: Das liegt jetzt an der arbeitsteilig aufgestellten BaFin, ja? Und die Kollegen aus der

Geldwäsche, wenn die was hätten haben wollen, dann hätten sie es für sich selber durchgesetzt.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber die Kollegen von der Geldwäsche haben uns hier gesagt, für die Einstufung - Finanzholding oder nicht? - sind sie null zuständig, da haben sie auch überhaupt keine Zuständigkeitsmöglichkeit. Die obliegt allein, ich weiß nicht, ob der Abteilung 31 oder 36, aber jedenfalls Ihnen.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das nehme ich jetzt mal so hin. Sie sehen mein Schmunzeln. Das kommentiere ich nicht weiter. Aber gut, die Entscheidung ist - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber es stimmt ja.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Einstufungsfrage, die Beurteilung nach den entsprechenden Gesetzen liegt ja bei Ihnen. Aber das Thema Geldwäsche, die Folgewirkungen für andere Rechtsbereiche, spielte bei Ihnen keine Rolle. Das habe ich doch richtig verstanden?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Sagen wir mal so: Es gibt ja manchmal Entscheidungen, die auf der Kippe stehen, wo das eine und das andere vertretbar ist. Und dann ist es sicher legitim, zu sagen: Da guck ich auch mal so ein bisschen auf die Rechtsfolge. - Also, das scheint mir juristisch absolut vertretbar. Nur hier: Es tut mir nun herzlich leid, aber das war eine Entscheidung, wie gesagt, von vier zu eins. Das ist was anderes als das Wembley-Tor, dass man sagt: Mensch, war es denn jetzt ein Tor oder nicht? - Hier war die Entscheidung so was von klar, da kann ich nicht sagen: Nur, weil mir die Rechtsfolge nicht passt, treffe ich eine andere - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Habe ich das so richtig verstanden bei dem Vier-zu-eins? Also, die vertiefte Prüfung hatten Sie ja jetzt nicht gemacht, sondern Sie haben ja gesagt, die Frau Folter, die hat da eine super Matrix gemacht; da hat sie sich sogar mehr Arbeit gemacht, als Sie gedacht hätten, dass man sich machen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

müsste, und Sie wären auch persönlich jetzt nicht so tief in die Tochtergesellschaften reingegangen. Also, vielleicht hätte sich dieses Vier-zu-eins ja doch auch anders dargestellt, wenn man sich das genauer angeschaut hätte, zumal ja die Wirecard selber am Anfang zugegeben hat, dass über 50 Prozent des Bilanzvolumens entsprechend zu klassifizieren sind, und man aber trotzdem das dann nicht haben möchte.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Nein, also das kann nicht sein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aha, gut. Dann halten wir das mal so fest. - Dann wollte ich mal fragen: Sie hatten auf der einen Seite auf Herrn Hauer vor einer halben Stunde gesagt, das mit den begrenzten Rechtsfolgen sei ja so, aber andererseits könnten Sie es schon völlig verstehen; das sei auch kein Widerspruch, dass die Wirecard AG sich mit Händen und Füßen gewehrt hat, weil das ja einen massiven Eingriff in ihre Geschäftsstrategie bedeutet hätte, nämlich sie hätte ihren Industrieteil reduzieren müssen. Können Sie das noch mal erläutern? Das habe ich noch nicht verstanden. Was hätte das für die AG bedeutet?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, das ist Artikel 89 der CRR, der besagt, dass bestimmte Größenordnungen an Beteiligungen nur\* in Industriegeschäften gehalten werden können.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was heißt das?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das habe ich jetzt nicht ausgerechnet; aber es führt dazu, dass sozusagen wie so eine Kette, die so langsam kippt - - wenn man jetzt sagen würde, ab 50 Prozent Bilanz ist es eine Finanzholdinggesellschaft, dass dann der Rest nicht bleiben darf. Denn der nicht konsolidierte Teil - nehmen wir die Großkreditvorschriften - eines Konzerns wird in eine Kreditnehmereinheit zusammengefasst, und diese Kreditnehmereinheit unterliegt der 25-prozentigen Großkreditgrenze. Also, mit anderen Worten: Der restliche Teil muss also mindestens auf ein Viertel des Gesamtkonzernes eingekürzt werden.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das habe ich immer noch nicht verstanden. Können Sie das einfach noch mal vielleicht an einem Beispiel erläutern?

**Zeuge Joachim du Buisson:** Also, der bankaufsichtliche - - Also, Sinn dieses ganzen - - Ich hatte ja gesagt: CRR. - Und einer dieser Bestandteile des Aufsichtsrechts ist halt die Begrenzung von Klumpenrisiken. Das ist das sogenannte Großkreditregime in den Artikeln 395 oder 390 ff. CRR. Und Kredit ist da nicht gemeint im Sinne von, wie hier, Darlehen - was wir ja auch besprochen hatten: es wird ein Darlehen rausgereicht -, sondern es sind sowohl Darlehen als auch sogenannte Eigenkapitalkredite, also Beteiligungen. Es wird dann alles zusammengerechnet, insbesondere, wie gesagt, durch die Konstruktion der Kreditnehmereinheit, wo man sagt: Eine Kreditnehmereinheit besteht dann, wenn ein Risikogleichlauf zu vermuten ist, und das ist im Konzern der Fall.

Also, mit anderen Worten: Die gesamten Nicht-Bankbeteiligungen - ich hatte ja gesagt: was wir nicht in der Konsolidierung drin haben -, da zählt man die Kredite zusammen, die Beteiligungsbuchwerte, und dann guckt man sich das Eigenkapital der Gruppe an - hier in dem Fall haben wir ja die Gruppe, hypothetisch -, und von diesem Eigenkapital dürfen dann nur 25 Prozent außerhalb der Konsolidierung liegen. Da man aber Industriegeschäft nicht freiwillig konsolidieren darf, hat man dann die entsprechenden Probleme.

Und genauso nach dem § 89 KWG\* [sic!], der eben auch sagt: Na ja, die Philosophie ist dahinter, dass eigentlich die Banken sich nicht im Industriegeschäft engagieren sollen. - Wie heißt es in der „Ode an die Freude“? „Was die Mode streng geteilt“. Also, da möchte man quasi klare Verhältnisse haben. Entweder es ist ein Finanzkonzern, oder es ist keiner. So lauten einfach diese Rechtsfolgen an der Stelle.

Von daher - wie gesagt -: Es ist jetzt nicht überraschend, dass es eigentlich diese Mischkonzerne deswegen gar nicht gibt. VW, das Beispiel ist er-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wähnt worden. Gut, das ist halt ein großes Industrieunternehmen mit einer kleinen Bank. Und ansonsten im DAX haben wir noch die Deutsche Bank. Aber gut, das ist im Wesentlichen das Bankgeschäft. Aber Sie werden sonst auf kein Unternehmen stoßen, wo man sagt: Na ja, da hält sich so Bankgeschäft und Industriegeschäft die Waage.

Und jetzt hier war nur diese Besonderheit mit diesem Zahlungsinstitut, wo man sagt: Na ja, das ist doch letztlich auch der Außenauftritt gewesen. - Aber da hatte ich Ihnen ja gezeigt: Das ist aber nicht so, wie das Gesetz funktioniert, weil es dafür eigene Rechtsvorschriften gibt, hier die PSD, und die sind wieder mit dem Bankenaufsichtsrecht nicht vernetzt. Also, wie gesagt: alles hochkomplex. Es gibt keinen, der das Gesamtgebilde noch überblickt, und der deutsche Gesetzgeber kann an der Stelle auch herzlich wenig machen, weil das EG-rechtlich festgeklopft ist.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Beteiligungszuordnung, die wurde ja gemacht nach diesem Vier-zu-eins-Prinzip. Das spielt ja auch noch mal wieder bei dem Thema Geldwäsche eine Rolle, weil bei der Frage der Finanzunternehmen - was ist ein Finanzunternehmen? - spielt ja wiederum eine Rolle: Ein Finanzunternehmen ist ja der Rest, die Resterampe sozusagen, nach dem Konsolidierten auch, und da spielt ja auch eine Rolle, inwieweit es dann eine Unternehmung ist, die Beteiligungen hält, verwaltet und veräußert.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ja, wobei das an der Stelle auch wieder eine Schwierigkeit hat. Das sind diese sogenannten Industrieholdings, wo auch die EBA in einem weiteren Q&A des Jahres 2014 auch gesagt hat: Na ja, also, aus bestimmten Vorschriften können sie sich dann doch abmelden. - Das entsprach auch alter deutscher Rechtslage, weil halt - - In der Wirtschaft sind ja diese Zwischenholdings gang und gäbe; aber letztlich ist dann keine Bank dabei. Und wenn Sie das in einem größeren Konzern haben, auf der einen Seite einen Industriezweig, wo eine Industrieholding ist, auf der anderen Seite den Bankteil, dann beißt es sich.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, mit anderen Worten: Sie sagen, das ganze Ding ist gar nicht anwendbar, und deswegen haben Sie es auch nicht angewendet.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Das habe ich nicht gesagt. Ich habe Ihnen gesagt - oder Frau Folter wird es Ihnen hier gezeigt haben; den Vermerk haben Sie ja vorliegen -, dass für jedes einzelne damalige gruppenangehörige Unternehmen die Zahlen aufgearbeitet wurden zu den fünf Kriterien, die vorlagen. Und bis auf eines sind sämtliche Kriterien - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben ja gesagt, der Industrieanteil war so hoch und der sei strittig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, alles klar; Entschuldigung. Bin am Ende.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Gut, ich schaue noch mal. CDU? - SPD? - Wir nicht. - FDP? - Linke?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nur der Hinweis, dass das Wembley-Tor seit 2006 - eine Untersuchung der Universität Oxford - kein Wembley-Tor war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Keins?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Die MAT-Nummer kann ich jetzt aber nicht liefern.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das haut mich jetzt um. Jetzt habe ich Erkenntnisgewinn. Danke.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):  
Es war ein russischer  
Linienrichter! - Heiterkeit)

Dann schaue ich noch mal zu Bündnis 90/Die Grünen. - Nein, gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann stelle ich zunächst mal fest, dass offensichtlich keine Fraktion mehr Fragen hat. Deshalb frage ich jetzt noch ein letztes Mal: Möchten Kolleginnen und Kollegen noch in eingestufter Sitzung Fragen an den Kollegen du Buisson stellen? - Das kann ich nicht erkennen. Ich stelle fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf ich mich bei Ihnen recht herzlich bedanken, auch für das lange Ausharren.

Des Weiteren muss ich Sie noch darauf hinweisen, dass Ihnen hier heute Unterlagen, die als Geheim eingestuft gelten, zur Kenntnis gelangt sind, die sogenannten stillen Vorhalte eben. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 Gerichtsverfassungsgesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. - Ich sehe und höre keinen Widerspruch, wunderbar. Dann ist das so beschlossen. Ich stelle daher fest: Der Ausschuss macht Herrn du Buisson die Geheimhaltung der als Geheim eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihm durch die Vernehmung in der Sitzung zur Kenntnis gelangt sind.

So, jetzt ist das auch geschehen. Dann bedanke ich mich. Ich habe mein Versprechen - das haben mir meine Kollegen eben gesagt - einlösen können: Für Sie ist eine schöne Bleibe gebucht. Insofern wünsche ich Ihnen jetzt eine angenehme Nachtruhe in Berlin. Kommen Sie morgen gut nach Hause, und bleiben Sie vor allen Dingen in dieser Zeit gesund! - Vielen Dank.

**Zeuge Joachim du Buisson:** Ich bedanke mich herzlich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, danke. - Dann würde ich als Nächstes Herrn Dr. Guericke zu uns bitten. Ich mache auch den Hinweis - darum haben mich die Damen draußen gebeten -: So gegen 12 würde der Service draußen eingestellt werden. Wer sich also noch eindecken will - ich gehöre auch zu denjenigen -, der findet jetzt bitte den Weg nach vorne. - Dr. Zimmermann kommt seiner zweiten Tätigkeit nach, wunderbar. Dann warten wir auf den Zeugen, und ich gehe kurz Getränke fassen.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Dr. Andreas Guericke

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich stelle fest: Wir sind komplett; wunderbar. - Ich sehe den Zeugen Dr. Guericke. Herzlich willkommen!

Herr Guericke, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung einverstanden erklärt. Dafür erst mal mein herzliches Dankeschön, weil uns das natürlich in der Summe unendlich viel Zeit spart. Also, noch mal herzliches Willkommen im Namen des gesamten Ausschusses und auch ein großes Dankeschön, dass Sie so geduldig waren und so lange ausgeharrt haben.

Insoweit kann ich mich jetzt auf einige technische Hinweise beschränken: Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Abschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu entscheiden. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Nein, keine Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Dann möchte ich Sie noch bitten - aber Sie haben es eben schon wunderbar exerziert -, immer darauf zu achten - weil irgendwann ist unser Stenografischer Dienst weg, und dann haben wir nur noch unsere Tonbandaufnahme -, das Mikro entsprechend einzuschalten. Das haben Sie eben schon gemacht.

Insoweit, Herr Guericke, würde ich Sie jetzt zunächst kurz zur Person vernehmen. Ich würde

Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf, Ihren Wohn- oder Dienort mitteilen.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Mein Name ist Andreas Guericke, geboren am [REDACTED]. Ich bin 57 Jahre alt, Dienort ist Frankfurt am Main. Ich bin Jurist, Bundesbankdirektor und seit März 2015 Leiter des Zentralbereichs „Recht“ und des Compliance-Bereichs.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Herr Guericke, Sie können, wenn Sie es nun wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Zu dem Untersuchungsgegenstand Wirecard AG kann ich aus meiner Erinnerung sagen, dass ich das erste Mal in meiner Funktion als Zentralbereichsleiter „Recht“ im Zusammenhang mit dem Leerverkaufsverbot mit diesem Untersuchungsgegenstand in Berührung gekommen bin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wenn das alles ist, würde ich wie immer kurz mit den allgemeinen Fragen schon mal beginnen. Dann haben die Kollegen nachher gleich Zeit, entsprechend tiefer einzusteigen. Insoweit würde ich kurz wissen wollen, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich habe für die heutige Vorbereitung noch mal in die Akten reingesehen, die der Zentralbereich „Recht“ zugeliefert hat, aber auch noch mal die übrigen Akten, habe versucht, mir ein bisschen einen Überblick zu verschaffen, welches die Themen sind, und sollte vielleicht noch dazu sagen, dass der Zentralbereich „Recht“ vom Vorstand der Bank beauftragt worden ist im Oktober des vergangenen Jahres, die Abwicklung der an die Bundesbank gerichteten Beweisbeschlüsse zu organisieren, abzuarbeiten, und ich insofern natürlich schon viel auch mit dem Untersuchungsausschuss und seinem Gegenstand in Berührung gekommen bin, wenngleich ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich nicht alles selber mache und auch delegiere. Aber in meiner Funktion als Zentralbereichsleiter bin ich eben dafür verantwortlich, schon alleine Organisationsverantwortung, und natürlich auch einbezogen in Befassungen des Vorstandes, die ja dann regelmäßig zu erfolgen haben, wenn es um die Beweisbeschlüsse geht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Von meiner Stelle und auch im Namen des Ausschusses vielen Dank schon mal für die Kooperation und das Zurverfügungstellen der Akten. - Ich würde dann eigentlich noch mal wissen wollen: Wie können wir uns oder kann ich mir die Tätigkeit als Leiter des Zentralbereichs „Recht“ - Sie haben einen kleinen Ausschnitt sicherlich eben genannt - und als Compliance-Beauftragter vorstellen? Wie würden Sie es kurz beschreiben, was das alles so beinhaltet?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Der Zentralbereich „Recht“ und der Compliance-Bereich sind zwei voneinander organisatorisch getrennte Bereiche, die von mir in Personalunion geleitet werden. Der Zentralbereich „Recht“ hat um die 65 Mitarbeiter, davon sind etwa 47 Volljuristen, und der Zentralbereich „Recht“ berät den Vorstand in Rechtsfragen. Der Zentralbereich „Recht“ berät den Präsidenten in seiner Funktion als Mitglied des EZB-Rates, und der Zentralbereich „Recht“ berät alle Fachbereiche der Bundesbank, die mit Rechtsfragen auf ihn zukommen.

Insofern haben wir bei uns ein Mandantenprinzip etabliert. Im Zentralbereich „Recht“ gibt es vier Einheiten, drei Abteilungen und eine Stabsstelle, die jeweils, teilweise dann eben auch bereichsübergreifend, aber schwerpunktmäßig einzelne Bereiche betreuen. Vielleicht sollte ich kurz dazusagen: Die Abteilung 1 ist das klassische Justizariat: Personalrecht, Steuerrecht, Handelsrecht, Gesellschaftsrecht, IT-Recht, Baurecht - alles, was so da reingehört. Die Abteilung 2 beschäftigt sich mit Fragen des Europarechts und des internationalen Rechts, also insbesondere geht es um Fragen zum institutionellen Gefüge des Euro-Systems oder aber auch zu IWF-Fragen. Die Abteilung 3 ist verantwortlich für die rechtliche Betreuung der

geldpolitischen Operationen des Euro-Systems - das sind ja Kreditgeschäfte und Ankaufgeschäfte -, aber auch für Marktinfrastrukturen. Und die vierte Einheit, die Stabsstelle, befasst sich mit Fragen der Finanzstabilität und der Bankenaufsicht. Das ist der Zentralbereich „Recht“ in aller Kürze.

Daneben: Der Compliance-Bereich hat 16 Kolleginnen und Kollegen, und in unserem Compliance-Bereich werden die Verhaltensregeln der Deutschen Bundesbank zur Annahme von Belohnungen und Geschenken betreut. Es wird die Geldwäscheprävention betreut, und es wird als Drittes die Wertpapier-Compliance für die privaten Finanzgeschäfte der Mitarbeiter der Bundesbank betreut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann würde ich eigentlich gleich schon zu einer inhaltlichen Frage kommen, die uns alle umtreibt, die sich wie ein roter Faden ja auch durch unseren Untersuchungsausschuss zieht: Laut einer durch die Bundesbank verfassten Chronologie vom 15. Februar 2019 zu Leerverkaufsbeschränkungen der BaFin auf Aktien der Wirecard AG, auffindbar auf MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 70 ff., informierte die BaFin die Bundesbank am 15. Februar 2019 über die Absicht, leerverkaufsbeschränkende Maßnahmen für die Aktien der Wirecard AG zu verfügen. Daraufhin wurden innerhalb der Bundesbank diverse Abteilungen informiert, um eine Stellungnahme vorzubereiten. Auch die Abteilung Recht wurde informiert. Wann wurden Sie - können Sie das erinnern? - persönlich zu diesem Vorgang informiert?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, ich kann Ihnen nicht mehr die genaue Uhrzeit sagen. Ich vermute mal, dass, nachdem die BaFin sich an den Zentralbereich „Finanzstabilität“, der das in der Bundesbank federführend betreut, solche Dinge, gewandt hat, dann auch nach unserem internen Ablaufschema, was ja dazu entwickelt worden ist, alle Bereiche, wenn Sie so möchten, vorgewarnt werden. Der Zentralbereich „Recht“ spielt bei der Beurteilung der Finanzstabilität und des Marktvertrauens keine große Rolle. Das ist eine Sache der Fachbereiche, also insbesondere des Zentralbereichs „Finanzstabilität“.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das heißt, wir sind vorgewarnt worden, dass da was kommt, dass da wahrscheinlich dann auch was über das Wochenende kommen dürfte, und deshalb bereitet man sich dann eben vor, und wir haben uns dann sicherlich im Laufe des Tages noch mal vergegenwärtigt, welche einzelnen Instrumente es gibt, also haben mal ein bisschen den rechtlichen Rahmen für uns noch mal aufgefrischt. Und dann gab es irgendwann gegen Abend einen Entwurf einer Allgemeinverfügung, der dann eben auch dem Zentralbereich „Recht“ übermittelt worden ist, und da war in sehr kurzer Frist - ich weiß es nicht; es war nicht mal eine Stunde - dann eben eine Rückmeldung zu geben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie hatten das jetzt schon gesagt - insoweit brauche ich die Frage nicht zu stellen -, welche Schritte die Abteilung unternommen hat. Und um 19.29 Uhr gab Ihre Abteilung, ich zitiere, folgende Einschätzung ab:

Ohne einer fachlichen Bewertung dieser Ausführungen vorgreifen zu wollen, lässt eine erste Einschätzung der Ausführungen der BaFin - ihre Richtigkeit unterstellt - die Darlegungen der BaFin hinsichtlich des Vorliegens der Tatbestandsmerkmale des Artikels 20 Abs. 1 EU-LVVO zumindest plausibel erscheinen. Grundsätzlich ließen die Ausführungen der BaFin eine Maßnahme auf der Grundlage des Art. 20 Abs. 1 EU-LVVO zu. Allerdings sollte aus unserer Sicht der der Allgemeinverfügung zugrundeliegende Sachverhalt über die abstrakte Darstellung hinaus mit konkreten Einzelheiten angereichert werden.

Können Sie vielleicht kurz ausführen, wie die Abteilung zu dieser ersten Einschätzung - in der Kürze der Zeit natürlich - gelangte? Und hierbei handelte es sich ja um eine erste Einschätzung. Wurde diese später geändert?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Um Ihre zweite Frage vorwegzunehmen: Die wurde danach nicht geändert. Es gab auch gar keine Gelegenheit mehr dazu, etwas zu ändern.

Die Einschätzung sieht so aus, dass wir erstens in der Kürze der Zeit und da wir ja auch nicht die Rechtsaufsicht der BaFin sind - - Wir können ja nur eine Plausibilitätsprüfung machen, und diese Plausibilitätsprüfung machen wir in erster Linie für die Bank für den Fall, dass der Vorstand sich gegenüber der BaFin äußert. Diese Plausibilitätsprüfung bedeutet, dass man sich den gegebenen Sachverhalt als richtig unterstellt ansieht - die BaFin hatte abgestellt auf eine ernsthafte Bedrohung des Marktvertrauens, wenn ich mich recht erinnere - und dass man sich dann eben so eine Sache durchlesen kann.

Man kann feststellen, ob diese Allgemeinverfügung den allgemeinen rechtlichen Anforderungen entspricht, und man kann aber eben nur eine Plausibilitätsprüfung machen, das heißt, man kann nur sehen, ob das nachvollziehbar ist. Und wir haben das Ganze ja unter den Vorbehalt gestellt, dass eben die Fachbereiche, insbesondere natürlich der Zentralbereich „Finanzstabilität“, der ja auch Analysen vorgenommen hat, die wir nicht vornehmen können, begutachten müssen, und hatten hier aber auch unseren Hinweis deutlich aufgenommen, dass das Ganze sachlich noch angereichert werden muss.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann würde ich gern noch dazu ergänzend fragen wollen: In dem Leitfaden zur Beteiligung der Bundesbank bei Maßnahmen nach § 14 Wertpapierhandelsgesetz und Artikel 18 ff. der EU-Leerverkaufsverordnung, welcher uns auf MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 6 ff. vorliegt, steht zur Stellungnahme der Bundesbank:

Anders als die BBk

- abgekürzt für Bundesbank -

vertreten BaFin und BMF die Auffassung, dass bei einem Erlass von leerverkaufsbezogenen Maßnahmen nach der EU-LVVO durch die BaFin keine Benehmensherstellung mit der Bundesbank erforderlich sei. Gleichwohl hat das BMF mit Schreiben vom 31. Juli 2018 darauf hingewiesen, dass der BBk in der Regel die Möglichkeit zur Stellungnahme vor dem Ergreifen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

von Maßnahmen nach Art. 18 ff. EU-Leerverkaufsverordnung gegeben werden sollte.

Zitat Ende. - Können Sie uns die Auffassung der Bundesbank zur Erforderlichkeit der Benehmensherstellung beim Erlass von leerverkaufsbezogenen Maßnahmen nach der EU-Leerverkaufsverordnung erläutern?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Die Frage, in welcher Form die Bundesbank bei solchen Maßnahmen einzubeziehen ist, hat eine Historie, die ja auch den Akten zu entnehmen ist, und zwar geht das zurück auf eine Zeit, in der es noch keine Leerverkaufsverordnung auf EU-Ebene gab. Damals gab es das Wertpapierhandelsgesetz. Also, das gibt es heute auch noch, aber damals gab es noch die alten Vorschriften im Wertpapierhandelsgesetz, und danach wäre bei einem Leerverkaufsverbot nach dem Wertpapierhandelsgesetz eine Benehmensherstellung mit der Bundesbank erforderlich gewesen.

Es gab dann infolge der Finanzkrise die Regelung zu den Leerverkaufsverboten auf EU-Ebene, die Leerverkaufsverordnung, und in der Leerverkaufsverordnung in Zusammenspiel mit dem Ausführungsgesetz in Deutschland ist die BaFin die national zuständige Behörde für die Verhängung, für den Ausspruch von Leerverkaufsverboten in Zusammenarbeit mit der ESMA; da gibt es ja ein Koordinationsprozedere. Und nach der EU-Leerverkaufsverordnung ist es so, dass die BaFin - - Ich glaube, es ist irgendwo in den 30-ern; Artikel 33 der Leerverkaufsverordnung ist es, glaube ich. Da ist vorgesehen, dass die BaFin das auch in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Behörden machen kann.

Wir hatten dann im Zuge der Diskussion über das Ausführungsgesetz zum Wertpapierhandelsgesetz unsere Erwartung geäußert, dass es dabei bleibt, dass es auch eine Benehmensherstellung in Zukunft geben wird, und ich halte das auch für möglich, weil der Artikel 33 der Leerverkaufsverordnung sieht ja vor, dass das in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Behörden gemacht werden kann, wobei man dazusagen muss, dass

ja eine Benehmensherstellung auch nichts Verbindliches ist in dem Sinne, dass das für die BaFin jetzt - - Natürlich muss man nach dem Verwaltungsrecht bei der Benehmensherstellung das, was da geäußert wird, auch irgendwie in seine Erwägungen mit aufnehmen und abwägen; aber es ist nichts Verbindliches.

Also, wir haben in diesem Ausführungsgesetz oder bei der Verhandlung des Ausführungsgesetzes diese Auffassung oder diese Erwartung geäußert, dass das auch in Zukunft so gemacht wird, haben dann aber später, als das dann im Anschluss - - Ich weiß nicht, bei welcher Gelegenheit das war, aber da kam das Thema wieder hoch, und da hieß es dann seitens der BaFin - ich glaube, es war ein Arbeitsgruppengespräch; ich war jedenfalls nicht dabei -: Na ja, also Benehmensherstellung ist nicht vorgesehen.

Das hat mich seinerzeit veranlasst - ich war damals noch Abteilungsleiter -, mit einer Kollegin zusammen an das BMF zu schreiben. Wir haben den Umstand noch mal erörtert und haben dann die Antwort bekommen seitens des BMF, dass das BMF der Auffassung ist, dass die Leerverkaufsverordnung insoweit abschließend sei und dass es dort kein Benehmen gibt auf nationaler Ebene - ein Benehmen müsste ja auch ins Gesetz aufgenommen werden -, dass aber der Bundesbank - und da kommt dann die Formulierung her - regelmäßig die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben werden soll. Das ist die Vorgeschichte dazu.

Wir haben das dann auch auf sich beruhen lassen, weil wir natürlich überlegt haben. Wir haben im Rahmen des Ausführungsgesetzes darüber gesprochen, wir haben hinterher noch mal dann das BMF gesprochen, und letztlich, da auch die Benehmensherstellung nicht verbindlich oder keine verbindliche Sache ist, hat es dann aber auch die Bank darauf beruhen lassen. Ausgehend davon, dass man ja regelmäßig auch zur Stellungnahme aufgefordert werden wird oder die Gelegenheit zur Stellungnahme haben soll, hat man es darauf beruhen lassen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben da auch in einigen Dingen eben ganz genau - - Insoweit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gab es ja schon eine Art von Dissens zwischen BMF, BaFin und Bundesbank. Aber selbst wenn das jetzt klarstellend durch das BMF so entsprechend gewürdigt wurde, heißt das ja am Ende des Tages, es kann durchaus zwei unterschiedliche Meinungen geben von zwei sehr gewichtigen Playern, weil uns nämlich auf MAT A Bundesbank-1.06, Blatt 73 ff. eine Aufzeichnung der Bundesbank über die Einbindung eben in den Erlass der BaFin-Allgemeinverfügung vorliegt.

Danach informierte die Bundesbank immerhin die BaFin am Abend des 15. Februar 2019 informell telefonisch darüber, dass sie keine Anhaltspunkte für Risiken für die Finanzstabilität sehe. Daraufhin habe die BaFin erstmals staatsanwaltschaftliche Ermittlungen als Hintergrund für die geplante Maßnahme genannt. Einzelheiten dazu legte die BaFin jedoch auch auf Vorstandsebene nicht offen. Vizepräsidentin Frau Prof. Dr. Buch habe daraufhin erklärt, dass die Bundesbank sich wegen fehlender Zuständigkeit - jetzt kommen wir ja wieder auf den Punkt - und Informationen nicht zum Sachverhalt äußern könne. Wurde der Bundesbank Ihrer Meinung nach ausreichend Möglichkeit dennoch zur Stellungnahme gegeben, weil - Sie haben es ja geschrieben - eine zweite Meinung oder Stellungnahme zum ersten Punkt konnten Sie gar nicht mehr in der Kürze der Zeit geben? Wie sehen Sie das? Konnten Sie das?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, ich sehe das so: Vielleicht noch der Hinweis zu unserer Stellungnahme, die wir als Zentralbereich „Recht“ gegeben haben: Das ist ja nicht der Kern der Stellungnahme, der erwartet worden ist. Der Kern der Stellungnahme dreht sich ja um die Frage: „Ist die Finanzstabilität betroffen?“, und ich denke, das ist auch unstrittig und das ist auch übermittelt worden an die BaFin, dass das nicht der Fall ist. Und aus diesem Grunde ist dieser - - Dieser Punkt ist, denke ich mir, übermittelt, und der ist auch unstrittig, dass die Bundesbank seinerzeit keine ernsthafte Bedrohung der Finanzstabilität gesehen hat.

Ich denke, der zweite Punkt ist halt der Umstand, dass die BaFin ihre Allgemeinverfügung ja auf eine ernsthafte Bedrohung des Marktvertrauens

gestützt hat. Das Marktvertrauen kann zwar auf die Finanzstabilität auswirken, aber das ist nicht unsere Kernkompetenz. Unsere Kernkompetenz ist die Finanzstabilität; dafür gibt es das Finanzstabilitätsgesetz, da machen wir die Analysen, dafür sind wir verantwortlich. Und wenn die BaFin eine Maßnahme auf Fragen des Marktvertrauens stützt, wo es um Anlegerschutz und um Marktgeschehnisse geht, dann ist das, soweit die Finanzstabilität nicht getroffen ist, nicht unsere Sache.

Es ist ja durchaus möglich, dass man ein Leerverkaufsverbot verhängt ausschließlich mit der Begründung, dass das Marktvertrauen gefährdet ist. Und von daher gesehen war eben die Problematik: Es war klar, es ist nicht Finanzstabilität, es soll Marktvertrauen sein. Da kann die Bundesbank schlecht was sagen zu der Frage: Ist das Marktvertrauen berührt, ernsthaft bedroht oder nicht?

Und dann ist natürlich auch die Frage, dass es schwierig ist, wenn man einen Sachverhalt nicht vollständig kennt, dazu Stellung zu nehmen. Das ist halt einfach, was dann dort am Abend erwähnt wurde, dass es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gebe, zu denen man aber auch nicht sagen könne, die die BaFin offenbar veranlasst haben, die Beeinträchtigung des Marktvertrauens zu sehen. Dann ist das noch ein zweiter Punkt, dass man sagt: Da kann man dann nichts dazu beitragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Matthias Hauer für die Union.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Guericke, vielen Dank für die Antworten bislang. Ich möchte gerne anschließen an diese Frage, die wir gerade diskutieren, und zwar: Wenn es doch um das Thema Marktvertrauen ging bei der BaFin und jetzt weniger um das Thema Finanzstabilität, wieso hat man überhaupt sich mit der Bundesbank dazu auseinandergesetzt? Weil zum Marktvertrauen konnten Sie ja nichts sagen, haben Sie gerade gesagt.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, warum sich die BaFin an uns gewandt hat. Ich denke aber mal, als die BaFin möglicherweise darüber beraten hat, auf welche Tatbestände man ein solches Leerverkaufsverbot gründen könnte, hat sie wahrscheinlich an alle Tatbestände gedacht - ich kann es Ihnen nicht sagen - und hat deshalb auch die Bundesbank gefragt. Es hätte ja sein können, dass die Bundesbank zu dem Ergebnis kommt, dass es auch die Finanzstabilität bedroht. Dann hätte man das Leerverkaufsverbot auf zwei Tatbestände stützen können. Aber ich kann es Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich habe genau diese Antwort erwartet, weil ich auch damit gerechnet habe, dass es natürlich für die BaFin einfacher gewesen wäre, wenn die Bundesbank sagt: Stimmt, Finanzstabilität ist gefährdet. - Alle sind sich einig. Das wäre natürlich ein einfacherer Punkt für die BaFin gewesen. Dadurch wird es jetzt etwas schwieriger. Aber das ist ja auch ein Auftrag dieses Untersuchungsausschusses, da nachzubohren, und das will ich gerne tun, und zwar auch noch mal zu diesem Leerverkaufsverbot weiter.

Sie haben dann diese Allgemeinverfügung bekommen, also diesen Entwurf der Allgemeinverfügung. Was war dem zuvorgegangen? Die ist ja nicht aus dem Nichts gekommen, oder doch? Oder gab es schon vorher eine Ankündigung: „Da kommt was“, oder was ist da passiert vorher?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, wurde im Laufe des Vormittags die Bundesbank von der BaFin verständigt, dass man darüber nachdenkt oder dass man plant - das kann ich Ihnen nicht genau sagen -, ein Leerverkaufsverbot zu erlassen. Das hat dann bei uns - - Und meines Wissens - aber auch das kann ich Ihnen nicht sagen - hat es da noch keinen Entwurf einer Allgemeinverfügung gegeben, sondern das war eine Ankündigung, weil - - Ich habe das erwähnt, es gibt bei uns einen Ablaufplan, und natürlich bereiten sich Behörden darauf vor, auf solche Fälle, durch Ablaufpläne, und dazu gehört es eben auch, dass man möglichst früh Gelegenheit gibt, sich mit der

Sache auseinanderzusetzen, wenn so etwas akut wird.

Und deshalb war eben so meine Vermutung: Morgens erst mal der Hinweis: Wir planen so was. Seht euch das doch mal an. - Man weiß ja, wenn es um ein Leerverkaufsverbot, um eine bestimmte Aktie geht, dass man dann natürlich anfängt, sich die Sachen anzusehen, welche Auswirkungen diese Aktie auf den Gesamtmarkt etc. pp. hat, sodass man dann schon mal mit den Analysen beginnen kann, ob da die Finanzstabilität betroffen ist. Aber diese Allgemeinverfügung - - Ich kenne nur den Entwurf einer Allgemeinverfügung, der dann abends übermittelt worden ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. - Und dann haben Sie eine Stunde Zeit gehabt für die Rückmeldung. Reicht das für die Plausibilitätsprüfung? Das kommt mir jetzt sehr kurz vor, um das auch juristisch einschätzen zu können. Oder sind Sie so geschult in diesen Leerverkaufsthemen, dass Sie da einmal draufschauen und dann sofort wissen, was Sache ist, juristisch?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Na ja, die Zeit darf immer länger sein, gerne. Das ist ganz klar. Und deshalb haben wir ja auch nur eine Plausibilitätsprüfung gemacht, und das sind bedauerlicherweise häufig immer sehr enge Fristen. Ich kann nur dazu sagen: Das kann nur eine erste Einschätzung sein; das haben wir ja auch deutlich gemacht. Wir haben da wahrscheinlich noch den leichteren Part aus der Rechtssicht, weil wenn man so eine Allgemeinverfügung liest, dann guckt man auf ein paar Sachen: Werden Verhältnismäßigkeitsaspekte angesprochen? Ist das ein bisschen begründet? - Also, das sind mehr so die grundsätzlichen Dinge, die man dann durchsehen kann. Aber auch dort muss man ja selbst die Fakten als richtig unterstellen, und dann kann man das für nachvollziehbar halten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, Sie prüfen so lange, wie Sie Zeit haben. Wenn Sie zwei Stunden Zeit gehabt hätten, hätten Sie wahrscheinlich zwei Stunden geprüft. Aber gut, da war jetzt eine Stunde Zeit. Dann hatte ich auch aus dem Text, der dann bei der Bewertung rausgekommen ist,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

so aus jeder Zeile ja auch rausgelesen, dass eigentlich jetzt die Zeit knapp war. Es stand ja auch drin, dass an sich mehr Unterlagen benötigt würden oder mehr Sachverhaltsangaben.

So, und dann ist ja die Frage, wieso die Bundesbank zu dieser Allgemeinverfügung keine förmliche Stellungnahme abgegeben hat. Ist das üblich, dass das nicht abgegeben wird?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das war der erste Fall eines Leerverkaufverbots, und nach der zugrundeliegenden Absprache oder nach dieser zugrundeliegenden Ankündigung, dass Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden soll, ist natürlich die Frage: Was ist eine Stellungnahme? - Eine Stellungnahme ist jedenfalls keine Benehmensherstellung, es ist auch keine Einvernehmensherstellung. Eine Stellungnahme ist: Man räumt jemandem Gelegenheit ein, eine Stellungnahme abgeben zu können; aber es ist ja auch nicht verbindlich. Also, nach Lesart des BMF und der BaFin hätte das auch ohne uns erfolgen können.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Es geht mir jetzt auch nicht um eine Benehmensherstellung, sondern es geht mir um die Stellungnahmemöglichkeit, die Sie haben, und da möchte ich gerne wissen, in welcher Art und Weise da eine Stellungnahme vielleicht erfolgt ist. Förmlich schon mal nicht, aber es gibt ja auch andere Möglichkeiten. Da gab es ja Gespräche. Was ist Ihnen da bekannt?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Genau. Es ist ja der BaFin mitgeteilt worden, dass die Bundesbank keine Beeinträchtigung der Finanzstabilität sieht in diesem Falle, und daraufhin hat ja dann noch, so ist es den Unterlagen zu entnehmen, ein Gespräch zwischen Frau Buch und Frau Roegele stattgefunden. Und in diesem Gespräch sind nach meinem Wissen auch dann das erste Mal diese staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch erwähnt worden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hat die Frau Roegele eigentlich dieses Argument, dass die

Finanzstabilität nicht gefährdet ist, irgendwie bewertet, oder hat die das nur zur Kenntnis genommen, die Position der Bundesbank?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wissen Sie nicht.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich war in dem Gespräch nicht dabei.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Gespräche werden ja schon mal protokolliert, oder man spricht dann vielleicht darüber: Was ist denn da jetzt rausgekommen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Na ja, also, ich denke mal, das Gespräch ist ja überhaupt nur zustande gekommen, weil die Bundesbank auf Arbeitsebene gesagt hat, dass sie die Finanzstabilität für nicht beeinträchtigt erachtet, und dann hat es dieses Gespräch gegeben. Und was dort - das war ein Telefongespräch am Abend - genau gesprochen worden ist, kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass mich im Anschluss an dieses Gespräch Frau Buch angerufen hat und mit mir noch mal darüber gesprochen hat. Und es ging dann um die Frage - - Ich habe ihr dann noch mal gesagt, dass die BaFin nach dem Gesetz nicht verpflichtet ist, eine Stellungnahme einzuholen, dass die BaFin hier auf die Frage des Marktvertrauens abstellt und ich darüber hinaus ein Problem sehe, weil ich nicht weiß, was dort für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen im Hintergrund laufen, und uns damit Informationen fehlen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was wurde Ihnen zu diesen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gesagt, vielleicht dann auch von Frau Buch über die BaFin sozusagen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Nur, dass es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gibt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also nicht so nach dem Motto: „Da gibt es eine Erpressung“ oder so, sondern so abstrakt: „Es gibt Ermittlungen“. Ermittlungen sind ja immer ergebnisoffen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja. Also, mir sind nur die Worte „staatsanwaltschaftliche Ermittlungen“ im Hinterkopf geblieben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Dann möchte ich noch mal einen kleinen Sprung machen zu einem anderen Themenkomplex, nämlich Finanzholding-Einstufung. Können Sie uns sagen, inwieweit Sie da mit der Thematik befasst waren?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Bei der Thematik der Einstufung der Wirecard AG als Finanzholding oder nicht bin ich persönlich nicht einbezogen gewesen und ist nach meinem Wissen auch der Zentralbereich „Recht“ nicht einbezogen gewesen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dann geht es erst mal weiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Keiner von der CDU/CSU? - Gut, okay. Dann Kollege Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Herr Guericke, vielen Dank auch für Ihre Ausführungen schon mal zu dem Thema „Benehmen - ja/nein?“. Ich will aber da schon noch mal ein bisschen einsteigen. Als Sie das Ausführungsgesetz zur Leerverkaufsverordnung angesprochen haben - - Dadurch wurde ja § 30h WpHG geändert. Ich darf zitieren:

Die Bundesanstalt ist zuständige  
Behörde im Sinne der Verordnung  
...

Leerverkaufsverordnung. - Und dann steht aber weiter in § 30h WpHG:

Soweit in der Verordnung ...  
nichts Abweichendes geregelt ist,  
gelten die Vorschriften der Ab-  
schnitte 1 und 2 dieses Gesetzes,  
mit Ausnahme des § 7 ... des § 8  
... und des § 9 ...

Es wird also auf die Abschnitte 1 und 2 des WpHG verwiesen im Kontext Leerverkaufs-

verbote und damit auch auf § 14. Und § 14 wiederum sieht vor, dass auch beim Marktvertrauen das Benehmen mit der Bundesbank erforderlich ist. Und ich frage Sie jetzt, wie man zu einer gegenteiligen Auffassung kommen kann, wo genau das Gesetz, auf das Sie oder das BMF sich ja auch beziehen, nämlich das Ausführungsgesetz zur Leerverkaufsverordnung, exakt auf diesen § 14 mit verweist. Wie kann man da überhaupt anderer Auffassung sein, als dass die Bundesbank ihr Benehmen herstellen muss?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich kann mir das nur so erklären, dass der § 14 Wertpapierhandelsgesetz regelt - - Oder umgekehrt gesagt: Die Leerverkaufsverordnung der EU und die dort vorgesehenen Möglichkeiten gehen ja den nationalen Regeln vor. Das heißt, die BaFin könnte nach der gegenwärtigen Gesetzeslage auf der Grundlage vom nationalen Recht -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** - keine Leerverkaufsverbote mehr erlassen. Das geht ja jetzt nur noch nach - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es geht um die Frage: „Wer ist zuständige Behörde?“, und das ist geregelt in § 30h. Das ist die BaFin; keiner bestreitet das. Die Bundesbank kann kein Leerverkaufsverbot erlassen, das kann nur die BaFin. Aber die Frage, ob ein Benehmen hergestellt wird - Sie haben selbst gesagt, die Leerverkaufsverordnung erlaubt die Beteiligung anderer Behörden -, ist in § 30h in Verbindung mit § 14 aus meiner Sicht geregelt, und zwar zugunsten der Bundesbank, und zwar unabhängig von der Frage „Finanzstabilität oder Marktvertrauen?“. Was ist denn die offizielle Auffassung der Bundesbank? Ist man der Auffassung der BaFin, dass die Bundesbank nur ein Recht zur Stellungnahme hat, oder ist die Hausauffassung der Bundesbank, dass das Benehmen herzustellen ist bei Leerverkaufsverboten?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, die Frage der Beteiligung der Bundesbank bei dem Erlass von Leerverkaufsverboten ist meines Erachtens nicht eindeutig geregelt, und es sind auslegungsfähige Regelungen. Seinerzeit war das Ergebnis, dass die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesbank regelmäßig Gelegenheit bekommt, zu den Dingen Stellung zu nehmen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. Also, da kommen wir nicht ganz weiter. Aber danke, es hat auf jeden Fall mal geholfen, dass Sie das hier aufgerissen haben, das Problem. - Wenn wir jetzt über das Thema Stellungnahme sprechen, dann ist es doch in der Bundesbank so - korrigieren Sie mich -, dass der interne Ablaufplan der Bundesbank - der gilt für die Bundesbank - vorsieht, dass der Vorstand zu befassen ist im Fall einer Stellungnahme - durch das für die Finanzstabilität zuständige Vorstandsmitglied. Ist das richtig?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Wenn es eine Erklärung und eine Stellungnahme der Bank gibt, dann ist die nach diesem Ablauf vom Vorstand zu treffen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und wie ist es zu beurteilen, dass das für Finanzstabilität zuständige Vorstandsmitglied die Entscheidung trifft, dass keine Stellungnahme abgegeben wird? Das heißt ja, dass im Grunde ein Vorstand entscheiden kann, dass der Gesamtvorstand um seine Möglichkeit zur Stellungnahme gebracht wird.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Wenn keine Stellungnahme angefordert wird, dann ist das die Konsequenz.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Der Ablaufplan gilt also nur, wenn eine Stellungnahme angefordert wird? Also, ich zitiere gerne noch mal aus dem Ablaufplan - das ist MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 5 -:

Wegen der Bedeutung eventueller Maßnahmen nach § 14 WpHG und Art. 18 ff. EU-LVVO

- Leerverkaufsverordnung -

ist durch das für Finanzstabilität zuständige Vorstandsmitglied eine **Beschlussfassung über die Benennungsherstellung bzw. eine Stellungnahme gegenüber der BaFin**

**bezüglich derartiger Anordnungen im Vorstand** der BBk herbeizuführen.

„Ist herbeizuführen“, schreiben sie in dem Ablaufplan. Da steht nichts davon, dass das von einer Anforderung abhängt. Also, war das korrekt so, dass ein Vorstandsmitglied allein entscheidet, dass der Rest des Vorstandes auch die Gelegenheit zur Stellungnahme gar nicht erst bekommt?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Entscheidend ist, denke ich mir, ob eine Stellungnahme angefordert wird oder nicht. Und wenn man auf die Stellungnahme verzichtet oder die Stellungnahme nicht haben möchte und es hier vorher ausgetauscht worden ist, dass die Finanzstabilität nicht beeinträchtigt ist, dann gibt es nicht das Erfordernis der Abgabe einer Stellungnahme.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aber ist nicht schon - - Also, sagen wir mal - - Können wir sehr drüber diskutieren. Aber Frau Buch kommt ja vielleicht auch noch selbst, und es ist ja nun völlig klar, dass Sie ihr da auch nicht Probleme machen können.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Nein, Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Darf ich noch einen Satz vielleicht anfügen?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Sie dürfen, natürlich.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Gut. Also, es geht mir nicht darum - - Oder: Die Frage der Stellungnahme ist meines Erachtens insofern entbehrlich gewesen, dass man ja seitens der BaFin, wenn ich mich recht erinnere - - Man wollte eine Indikation haben zu dieser Allgemeinverfügung von uns, und die haben wir ja auch gegeben, und dann gab es das Gespräch. Und ich bin der Meinung, dass man in diesen Fällen, wo erstens die Zuständigkeit nicht gegeben ist mit Blick auf das Marktvertrauen, wo ich den Sachverhalt nicht vollständig kenne - - dass es dann eben auch keine Stellungnahme geben kann.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aber die Bundesbank hat sich mit dem Thema Marktvertrauen ja aus-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einandergesetzt. Ich darf, bevor meine Zeit abgelaufen ist, noch mal eine interne E-Mail zitieren - MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 62. Der Leiter der Abteilung „Market Intelligence“ der Bundesbank, Martin Wieland, schreibt am 15.02. intern:

Eher Skepsis, was die Begründung „Marktvertrauen“ angeht. Wenn man Insider-Verdacht bei einzelnen MT hat, soll man dem nachgehen. Den Bafin-Vermerk finde ich außerdem auch handwerklich nicht gut.

Also, Ihre Mitarbeiter haben sich faktisch mit dem Thema Marktvertrauen auseinandergesetzt, haben das geprüft.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, die Frage ist: Marktvertrauen kann ja, wie ich es eingangs erwähnt habe, auch durchaus einen Einfluss oder eine Auswirkung auf die Finanzstabilität haben. Und die Frage dieses Marktvertrauens - - was hier eine Rolle spielen kann, ist ein solches Marktvertrauen, was die Finanzstabilität berührt. Aber es geht nicht um anlegerschützende Dinge. Dafür besitzen wir keine Zuständigkeit.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wer möchte? - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will eigentlich im Wesentlichen nur noch mal ein paar Dinge vielleicht auch zusammenfassen und noch mal für mich klarstellen. Also, gerade bei dem letzten Punkt „Marktvertrauen versus Finanzstabilität“: Habe ich das richtig verstanden - nur um das auch noch mal klarzustellen -: Das sind die zwei möglichen Begründungen, um ein Leerverkaufsverbot zu erlassen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Nach der EU-Leerverkaufsverordnung sind das die beiden möglichen Gründe, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Und weil der Bundesbank auch explizit mitgeteilt wurde,

dass es um das Marktvertrauen geht, hat das eigentlich - wie soll ich sagen? - in ihren ganzen weiteren Schritten irgendwo dann auch - - Eigentlich ging das so in diese „Das ist nicht unsere Zuständigkeit“-Linie über. Ein bisschen kompliziert ausgedrückt; aber Sie wissen, was ich meine.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja, ich weiß was Sie meinen. Und, natürlich, die eine Seite ist die Finanzstabilität als solche. Wenn man Beeinträchtigungen der Finanzstabilität prüft, dann schaut man immer auch, ob möglicherweise Beeinträchtigungen des Marktvertrauens so stark sein könnten, dass hier auch die Marktstabilität beeinträchtigt ist. Das hat man hier abgelehnt. Aber es kann auch ein Leerverkaufsverbot aus meiner Sicht gerechtfertigt werden alleine auf der Grundlage einer ernsthaften Bedrohung des Marktvertrauens, ohne dass dadurch die Finanzstabilität betroffen sein muss. Das ist durchaus auch möglich.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Sie hatten das, glaube ich, selbst erwähnt, dass Frau Buch Ihnen gegenüber berichtet hat, dass Frau Roegele explizit auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgezielt hatte in ihrer - quasi - Mitteilung, im Telefonat. Gab es da - - Hat Frau Buch da sozusagen noch irgendwas dazu gesagt, oder gab es da irgendwie, sage ich mal, eine Einordnung?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Nein, dazu gab es keine Einordnung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. - Ich halte dennoch mal fest, dass Frau Roegele eben diese staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in diesem Telefonat als wesentliche Begründung offenbar hervorgehoben hat.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich muss sagen - Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, sehr gerne, sehr gerne. Nein, nein.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich weiß nicht, ob sie das als wesentlich - - Es sind dort erstmals





## Nur zur dienstlichen Verwendung

staatsanwaltschaftliche Ermittlungen erwähnt worden, die man uns gegenüber aber nicht offenlegen könne.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das stimmt. Das steht hier auch in meinem Vermerk - oder in Ihrem Vermerk, besser gesagt. - Um das auch noch mal sozusagen - - Das ist jetzt vielleicht auch ein bisschen Wortklauberei; aber das hat dann weniger was mit Ihnen zu tun als mit dem, wie wir uns im Ausschuss selbst über gewisse Vorgänge dann vielleicht streiten. Die Frage: Würden Sie sagen, dass die Bundesbank Gelegenheit hatte, Stellung zu nehmen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Die Bundesbank hat gegenüber der BaFin ihre Meinung zum Ausdruck gebracht, dass sie die Finanzstabilität für nicht beeinträchtigt erachtet.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt, das konnten Sie ja nur, weil Sie Gelegenheit hatten, Ihre Stellungnahme abzugeben.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich bin insofern etwas zurückhaltend, weil Sie den Begriff der „Stellungnahme“ in den Mittelpunkt stellen, und ich weiß nicht genau, was wir - - was man da aus der Stellungnahme macht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich auch nicht.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das ist ein Gespräch gewesen erst mal auf der Fachebene, in der das mitgeteilt worden ist, die Bedenken, und dann wurde hinterher noch einmal darüber gesprochen. Und da es keine Verpflichtung gibt, eine gesetzliche Verpflichtung, diese Stellungnahme einzuholen - - Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, ich meine, ich habe mir den Begriff „Stellungnahme“ ja auch nicht ausgedacht, sondern den hat sich Herr oder Frau Franke irgendwann mal ausgedacht - Herr Franke, glaube ich; ja, den kenne ich sogar -, als er an die Bundesbank irgendwann mal diesen Brief geschickt hat. Und da steht dann dieser Satz drin:

Dennoch sollte der Deutschen Bundesbank in der Regel

- das mit „Regel“ haben Sie immer schon mal verwandt -

die Möglichkeit zur Stellungnahme ... gegeben werden.

So, und deswegen taucht dieser Begriff auf. Ich glaube, der ist nirgends jetzt genau definiert. Aber ich verstehe ihn so - korrigieren Sie mich bitte -: Also, die BaFin hat die Bundesbank über die geplanten Schritte informiert. Es gab nicht nur einmal einen Austausch; es gab E-Mails, es gab ein Telefonat. Und insofern würde ich jetzt interpretieren, dass Sie die Gelegenheit zur Stellungnahme hatten. Und Sie haben sich ja - korrigieren Sie mich da bitte auch - im weiteren Verlauf dann auch intern, sage ich mal, dagegen ausgesprochen, eine, sage ich jetzt mal, formale Stellungnahme abzugeben.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja - Herr Toncar hat es ja zitiert -, wenn es eine formale Stellungnahme der Bank gegeben hätte, dann hätte die auch der Bundesbankvorstand abgegeben. Das heißt, wenn man beispielsweise zu dem Ergebnis gekommen wäre: „Die Finanzstabilität ist hier betroffen“, dann hätte es mit Sicherheit eine formale Stellungnahme gegeben, die dann vom Vorstand an dem Wochenende beschlossen worden wäre.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, auch da will ich zumindest andeuten, weil es hier in unseren geheim gehaltenen Unterlagen drinsteht - - Aber offenbar gab es ja innerhalb der Bundesbank auch Diskussionen darüber sozusagen, ob man dann keine Stellungnahme abgegeben hat oder ob die BaFin keine einholen wollte. Und es geht dann auch ganz viel darum, sozusagen so unter dem Motto „für die Unterlagen“ - - Also, das habe ich auch gelernt: Es ist immer wichtig, dass die Buchhaltung stimmt.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja, es ist aber wirklich - - Ob man jetzt diese förmliche Stellungnahme, ja oder nein - - Man hat sich darüber aus-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

getauscht. Die Meinung der Bundesbank ist bekannt gewesen. Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung, diese Stellungnahme einzuholen. Es waren die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Hintergrund, deren Einzelheiten uns nicht bekannt waren. Schon aus diesem Grunde hätte man wahrscheinlich gesagt, dass man keine Stellungnahme abgeben kann. Aber ich kann das alles nicht beurteilen, weil ich auch an dem Gespräch nicht teilgenommen habe. Ich kann Ihnen nur sagen, wie ich das wahrgenommen habe hinterher.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ich würde sagen, genauso wie wir das aus den Unterlagen auch wahrgenommen haben. - Insofern erst mal herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann schaue ich zum Kollegen Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Guericke, ich möchte Sie zunächst fragen: Ist das denn nach Ihrer Kenntnis - also diese Wechselwirkung zwischen Finanzstabilität und Marktvertrauen - ein rechtlich etabliertes Prinzip?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Da muss ich ganz offen gestehen: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist eine Sache derjenigen, die die Analysen dazu anstellen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Weil ich habe jetzt hier zum Beispiel vor mir einen rechtlichen Aufsatz liegen. Ich weiß natürlich: Zwei Juristen, fünf Meinungen usw. - Da steht drin, dass Marktvertrauen nicht als allgemeiner Aufgangtatbestand dienen kann, und es wird konkret davon gesprochen, dass es sich bei der Finanzstabilität gegenüber dem Marktvertrauen um ein Aliud handelt - Lateinisch -, also um etwas anderes handelt. Das wollte ich einfach nur noch mal hier feststellen. Deswegen habe ich das hier noch mal angesprochen.

Aber ich würde Sie zunächst gerne fragen: Es gab ja dieses Telefonat, und dann sind Sie auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hingewiesen worden. Aber bis dahin - - Gab es bis dahin

Prüfungshandlungen der Bundesbank, bis dieser Hinweis erfolgt ist?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, meines Wissens nach sind im Laufe des Tages Analysen angestellt worden, ob hier die Finanzstabilität betroffen sein könnte. Und die sind ja, denke ich mir, auch bei den Unterlagen, die der Ausschuss hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wusste die BaFin, dass Sie in Bezug auf die Finanzstabilität bereits konkrete Prüfungshandlungen vornehmen, und hat die BaFin davon erfahren, dass Sie diese eher abschlägig bewerten, bevor sie dann noch mal mit der Information mit der Staatsanwaltschaft auf Sie zukam?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich nicht weiß, wer wann aus dem federführenden Fachbereich mit der BaFin Kontakt hatte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Für mich stellt sich die, wenn ich das sagen darf - - Aber das ist eine reine - - Jetzt aus dem Aktenstudium heraus hat sich das erst abends ergeben, weil ja dann die Mitteilung erfolgte. Das braucht ja auch ein bisschen, bis man diese Analysen gemacht hat und dass man dann erst abends mitgeteilt hat auf Fachebene, dass wir dort ein Problem sehen. Aber ich kann es Ihnen wirklich nicht genau sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Weil es wirkt für mich so ein bisschen wie „Madrid oder Mailand, Hauptsache Italien!“, also „Finanzstabilität oder Marktvertrauen, Hauptsache ein Leerverkaufsverbot!“. Deswegen will ich auch noch mal fragen: Wenn Marktvertrauen sozusagen einschlägig wäre, dann müssen ja auch bestimmte Tatbestandsmerkmale erfüllt sein, oder? Könnten Sie die noch mal kurz schildern?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, die Tatbestandsmerkmale für eine ernsthafte Bedrohung des Marktvertrauens, muss ich ganz offen gestehen, kann ich Ihnen nicht vortragen. Für mich ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das eine Frage der Analyse, die von den Fachbereichen vorgenommen wird, was dort passieren kann. Also, es gibt Ansteckungseffekte im System; das heißt, wenn gegen einen Marktteilnehmer spekuliert würde und der beispielsweise Kreditbeziehungen mit einer ganzen Reihe von anderen Marktteilnehmern hätte, dann kann es dort Ansteckungseffekte geben. Das ist möglicherweise ein Punkt. Ich kann es Ihnen aber nicht weiter darlegen. Tut mir leid.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Also, die Bundesregierung hat in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage mal geschildert, dass dieses Telefonat stattgefunden habe, und dann wurde eben die Formulierung gewählt, dass laut Auskunft der BaFin die Bundesbank auf eine Stellungnahme verzichtet. Und jetzt will ich einfach noch mal daran anknüpfen, weil es gibt eben diese zwei unterschiedlichen Formulierungen. - Nein, Verzeihung, ich muss mich korrigieren: Laut der Bundesbank hat die BaFin darauf verzichtet, eine Stellungnahme der Bundesbank einzuholen; so rum. Das ist die Position der Bundesbank: Die BaFin hat verzichtet, eine Stellungnahme einzuholen. - Und die Finanzaufsicht wiederum sagt, die Bundesbank habe von einer Stellungnahme abgesehen. Es muss doch jetzt mal dieser Widerspruch hier geklärt werden. Wer hat jetzt was gemacht? Also, können Sie das hier einfach noch mal erhellen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich muss ganz offen gestehen: Ich kann das nicht erhellen, weil ich Ihnen nur das sagen kann, was ich auch hinterher der Frau Buch gesagt habe: dass es keine gesetzliche Verpflichtung gibt, dass wir nicht für das Marktvertrauen zuständig sind, sondern wir für die Finanzstabilität zuständig sind - das ist unsere Kompetenz - und im Übrigen sich auch die Frage stellt, dass wir den Sachverhalt nicht vollständig kennen, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wer könnte denn in der Bundesbank beantworten, ob die Bundesbank wegen fehlender Zuständigkeit von einer Stellungnahme abgesehen hat oder ob die BaFin darauf verzichtet hat, eine Stellungnahme der Bundesbank einzuholen? An wen kann ich mich

wenden, um diese doch relativ überschaubare Frage zu klären?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich weiß nicht, ob man aus einem solchen Gespräch, wenn sich Frau Buch und Frau Roegele unterhalten, das so genau - - Weiß ich nicht, wer da was gesagt hat, ob jemand der Erste war, der gesagt hat: „Ich verzichte jetzt“, oder der andere: „Es ist jetzt nicht mehr erforderlich.“ Ich weiß es nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber es ist doch ein Behördenhandeln. Also, das muss doch irgendwie dokumentiert sein. Es kann doch nicht - - Da unterhalten sich zwei am Telefon, und hinterher wird das Gegenstand von parlamentarischen Anfragen in einem Verfassungsorgan. Das muss man doch irgendwie beantworten können. Weil sonst habe ich ja auch keinen Maßstab, zu beurteilen, ob die Information der Bundesregierung korrekt ist, und das ist ja hier auch Teil des Untersuchungsauftrages.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja, ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und niemand in der Bundesbank kann sie beantworten? Oder Frau Buch kann sie beantworten?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Möglicherweise.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Kollege Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Moin, Herr Guericke! - Ich glaube, die Widersprüche sind ja schon gut herausgearbeitet worden; aber wir haben sie noch nicht aufgeklärt. Und weil wir einen Aufklärungsauftrag haben, möchte ich da auch noch mal ein bisschen nachfragen.

Ich möchte noch mal einen Schritt zurückgehen, über die Benennungsherstellung, die ja auch schon Thema gewesen ist. Ich habe da einen ju-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ristischen Spagatversuch bei Ihnen auch rausgehört. Interpretiere ich das richtig, dass, bevor die Frage des Leerverkaufsverbotes konkret auf dem Tisch lag, Sie da als Bundesbank auch eine andere Rechtsauffassung hatten als das BMF und die BaFin?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** In der Historie hatten wir gesagt, dass das europäische Recht, nämlich die Leerverkaufsverordnung, es zulässt, eine Benehmensherstellung vorzunehmen, weil der Artikel 33 der Leerverkaufsverordnung sagt: -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Richtig.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** - Die national zuständige Behörde kann das in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden machen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und in diesem Vorgang hat man Sie eines Besseren/eines anderen belehrt?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Es gab unterschiedliche Auffassungen dazu, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war meine Frage: Unterschiedliche Rechtsauffassungen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Ein klares Ja hätte mir gereicht an der Stelle, weil ich habe wenig Zeit. Deswegen drücke ich ein bisschen auf die Tube. Ich mache aber weiter. - Ich muss auch noch mal nachfragen, wo der Kollege De Masi eben nachgefragt hat. Ich bin nicht so gut in Fußballvergleichen, aber Leichtathletik: Ich denke bei der Stellungnahme an so ein Staffelholz. Und ich frage mich jetzt: Haben die einen das Staffelholz in der Hand behalten, oder haben die anderen es sozusagen fallen gelassen oder nicht angenommen? - Um das aufzuklären, verweise ich auf MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 58, wo es heißt - da geht es um den Ablaufplan der BaFin -, Zitat:

Der Bundesbank ist die Möglichkeit zur Stellungnahme vor dem Ergreifen von Maßnahmen nach Art. 20 EU-LVVO

- Leerverkaufsverordnung -

zu geben.

„Ist zu geben“. Der Ball oder das Staffelholz liegt sozusagen bei Ihnen, und Sie müssen entscheiden: Mache ich das, oder mache ich das nicht? - Und ich frage Sie: Welche Entscheidung haben Sie denn getroffen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Die erste Sache ist: Ich kenne diesen BaFin-Leitfaden nicht. Wenn Sie mir den so vorlesen, dann weicht er im Wortlaut zu unserem ab. Bei uns steht nämlich „soll“ und nicht „ist zu gewähren“, wenn ich das jetzt richtig gehört habe.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Und ich bin der Auffassung, dass wir den Staffelstab nicht weggeworfen haben oder nicht daneben gegriffen haben, weil wir ganz klar unsere Meinung geäußert haben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Also: unterschiedliche Rechtsauffassungen und dann diese Widersprüchlichkeit bei der Frage. Ich glaube, da kommen wir möglicherweise nicht sonderlich weiter.

Aber mit Blick auf die Uhr will ich ein bisschen weitergehen. Sie haben ja schon gesagt, Sie als Abteilung „Recht“ - Abteilung?

(Zuruf: Zentralbereich!)

- Zentralbereich; entschuldigen Sie -, als Zentralbereich „Recht“ hatten sozusagen die formelle Rolle und haben, sagen wir mal, die Einschätzung der Notwendigkeit des Leerverkaufsverbotes nicht geteilt. Ich finde, Sie haben da übrigens ja als Institution, als Behörde nicht nur mit sehr viel Expertise, sondern unheimlich schnell auch reagiert: Zentralbereich „Zahlungsverkehr“,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

13.48 Uhr: „*kein kritischer Teilnehmer*“; Zentralbereich „Finanzstabilität“, 16.00 Uhr: „**keine auffälligen Ansteckungseffekte**“; Zentralbereich „Märkte“, 19.45 Uhr: keine Anzeichen für ausgehende Ansteckung. - Dann hat der Zentralbereich F, das ist Finanzstabilität, um 20.30 Uhr noch mal nachgeliefert: keine „exzessiven Preisbewegungen oder Spillover-Effekte“, „Ausführungen der BaFin ... werden ... bezweifelt“ usw. usf. Also eine ganz klare Meinung in Ihrem ganzen Haus.

Deswegen will ich jetzt noch mal zu der Frage kommen: „Marktvertrauen, Finanzstabilität“, weil, ich glaube, da sind wir sehr unsauber, auch juristisch unsauber. Kennen Sie die Definition von Marktvertrauen? Sie sagten vorhin auch im Kontext: „Da geht es ja auch um Anlegerschutz. Das ist BaFin-Business, nicht unseres“; gerne auch im Kontext von Verbraucherschutz. Was ist der technische Terminus, der sich dahinter verbirgt, hinter „Marktvertrauen“?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich kann Ihnen jetzt keine - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, wo kann ich das nachlesen, um genau zu sehen: Was verbirgt sich dahinter? - Da muss ich ja prüfen: Ist das erfüllt oder nicht?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja, Sie werden aber keine eindeutigen Hinweise finden.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Es ist eine Fangfrage. Es gibt das nicht.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das sind Beurteilungsspielräume. Es sind Beurteilungsspielräume, die die Behörden haben, weil - - Die Behörden haben Beurteilungsspielräume, müssen Prognoseentscheidungen treffen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich sage Ihnen was: Also, es gibt diesen Artikel 24 der Verordnung - da wird drauf referenziert -, und da gibt es keine Differenzierung zwischen Marktvertrauen und Finanzstabilität, weil es die eben auch nicht gibt. Und wenn man reinschaut in die ESMA-Opinion, Ziffer 27, wird

ganz klar mit Blick auf das verhängte Leerverkaufsverbot durch die BaFin auf den Artikel 24c verwiesen, wo es eindeutig um Ansteckungseffekte geht. Das ist der Grund. „Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen“ war offenbar das, was die BaFin Frau Buch am Telefon usw. erzählt hat. Aber das, was schriftlich niedergeschrieben wurde, Artikel 24c Ansteckungseffekte, ist das, was Ihre Abteilung, nämlich Zentralbereich F, ganz klar negiert hat. Und das ist doch ein Widerspruch.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich habe den Artikel 24c nicht vor mir liegen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir zeigen Ihnen den. Können Sie die Zeit kurz anhalten?

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt)

Es handelt sich dabei übrigens um eine abschließende Liste. Also, die ist jetzt nicht sozusagen mit Kreativität und Interpretationsspielraum vorzuführen, wie Sie es ja gerade gesagt haben, sondern es ist eine abschließende Liste. Sie können ihn auch gerne vorlesen, den Artikel 24c.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich würde mir gerne mal die - -

(Der Zeuge liest halblaut aus dem gezeigten Dokument vor)

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist a), wir wollen aber c).

(Der Zeuge liest weiter halblaut aus dem gezeigten Dokument vor)

Wenn ich Ihre Kollegen aus dem Zentralbereich jetzt hier sitzen hätte und gefragt hätte: „Ist das Ihre Expertise, ist das was, was Sie aufgeschrieben hätten?“, würden die mir ganz klar sagen: „Ja, genau unser Business“? Und das ist das, was die BaFin - weil Sie ja auch vorhin die ESMA erwartet haben, wo das koordiniert wird - dort als





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Grund angegeben hat - - auf den Artikel, auf den sie sich berufen.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja, ich bin jetzt etwas - - Ich bin immer etwas zurückhaltend, -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Merke ich.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** - wenn ich die Norm jetzt nicht vollständig kenne. Was heißt „nicht vollständig“? Müsste man noch mal im Zusammenhang angucken, bevor ich da jetzt eine abschließende Rechtsmeinung dazu abgebe.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich bitte Sie nicht um eine abschließende; ich brauche keine formelle Stellungnahme. Ich brauche eine Zwischenbegutachtung, jetzt in dem Moment. Da würde mich Ihre Meinung interessieren.

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): Wir haben  
eine Stunde Zeit! - Dr. Jens  
Zimmermann (SPD): Kin-  
ders!)

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Können Sie mir dann bitte noch mal ganz genau die Frage stellen?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also: Ich frage Sie, ob die Tatbestandsvoraussetzung, die die BaFin für das Leerverkaufsverbot angegeben hat, nämlich Artikel 24c, aus Ihrer Sicht erfüllt ist - mit Blick auf die Expertise der Kollegen in Ihrem Haus?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, es muss ja geprüft werden, ob erheblicher Verkaufsdruck oder ungewöhnliche Volatilität usw. usf. eine erhebliche Abwärtsspirale in Gang setzen. Das wäre ja zu prüfen gewesen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Also, ich zitiere zum Beispiel aus Ihrem Zentralbereich „Märkte“ - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja? - Ja, das brauche ich jetzt gerade noch einen Moment. - Danke. - Zentralbereich „Märkte“, 19.45 Uhr:

Auch europäische und deutsche Finanztitel die von gedämpfteren Konjunkturerwartungen und flachen Zinsstrukturkurven beeinträchtigt werden, konnten zuletzt wieder mit der breiten Marktentwicklung Schritt halten. Bei den großen deutschen Banken dürften Fusionsgerüchte und eine vom Markt positiv aufgenommene Jahresberichterstattung (Commerzbank) hierzu beigetragen haben. Für eine von Wirecard ausgehende Ansteckung der sonstigen deutschen, börsennotierten Finanzindustrie gibt es auf Basis der Preisentwicklungen an den Märkten derzeit keine Anzeichen.

Zitat Ende.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja, dann wird das wahrscheinlich der Herr Wieland gewesen sein, der das aufgeschrieben hat.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Das war aber nicht meine Frage, sondern die Frage war, ob die Tatbestandsvoraussetzung erfüllt ist. Und ich brauche keine abschließende Meinung, sondern eine zwischenzeitliche würde mir reichen.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das hört sich so an, als wenn das erfüllt wäre. Aber ich sage ausdrücklich, dass ich Ihnen das jetzt nicht abschließend beantworten kann.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es hört sich so an, als sei es erfüllt?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ihr Kollege hat aber genau das Gegenteil behauptet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Nein, also, ich meine doch das, was der Kollege geschrieben hat. Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber dann ist das Tatbestandsmerkmal, Artikel 24c, nicht erfüllt.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich bin jetzt - - muss jetzt ganz offen sagen: Die Diskussion ist - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege Bayaz, ich war jetzt großzügig.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich müsste das in Ruhe lesen, was der Kollege geschrieben hat. Ich müsste die Vorschriften in Ruhe lesen. Das ist etwas - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, gut. Da gebe ich Ihnen einen Punkt; das sollten Sie auch vorliegen haben. Ich habe jetzt die Zeit deutlich überzogen. Das machen wir dann noch mal in der zweiten Runde mit der MAT. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann schaue ich jetzt. Ich verzichte, weil ich habe tatsächlich keine Fragen mehr zu dem Sachverhalt. - Kollege Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Guericke, mich beschäftigt nur ein Punkt, und zwar haben Sie uns ja vorhin geschildert, wie das an diesem Freitag gelaufen war. Also, am Montag wurde das ja dann scharf gestellt, das Leerverkaufsverbot, und am Freitag, haben wir ja jetzt diskutiert, da ging es um diese Allgemeinverfügung; Sie gaben da diese Stellungnahme ab. Und dann hatte ich gefragt: „Gab es denn eine Stellungnahme der Bundesbank gegenüber der BaFin?“, und da haben Sie gesagt: „Es gab da dann dieses Gespräch zwischen Frau Roegele und Frau Buch“, und das war ja an diesem Freitag. So. Und jetzt gab es nach diesem Telefonat - und ich hatte Sie so verstanden - - Oder ich frage erst noch mal: Habe ich das richtig verstanden, dass das quasi dann die Stellungnahme der Bundesbank gegenüber der BaFin war, dieses Telefonat und was dann da besprochen wurde?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Es hat eine Äußerung auf Fachebene gegeben, und dann hat es ein Gespräch auf Leitungsebene gegeben. Und dieses Gespräch auf Leitungsebene stellt sich für mich so dar, dass es eben danach keine offizielle Stellungnahme der Bank mehr gegeben hat.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. Also war es quasi damit dann auch erledigt, das Thema, für Sie als Bundesbank?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich gehe davon aus, dass für uns als Bundesbank das Thema erledigt war. Es gab keine Vorstandssitzung mehr an dem Wochenende. Die ist, wenn ich mich recht entsinne, abgesagt worden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und das irritiert mich eben, weil es sich aus der Chronologie der Bundesbank heraus ergibt, dass das Vorstandsssekretariat der Bundesbank um 22.22 Uhr - kann man sich auch gut merken - genau an diesem Freitag, also nach dem Telefonat, alle Vorstandsmitglieder per E-Mail informiert hat, und zwar wie folgt - ich zitiere jetzt -:

„...wie uns die BaFin soeben informiert, ist eine Stellungnahme der Bundesbank zu den geplanten Maßnahmen erst am Montag erforderlich.“

Ein schriftliches Verfahren am Wochenende ist daher nicht mehr erforderlich.“

Zitat Ende. - Also, das widerspricht sich ja jetzt mit dem, was Sie gesagt haben, oder? - Sie können noch mal drüber nachdenken. Ich sage solange mal die Nummer hier für das Protokoll: MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 73 war das. - Jetzt können Sie gerne was sagen dazu.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich muss Ihnen sagen: Ich bin jetzt auch etwas perplex über die Nachricht, dass das am Montag - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich kann es gerne noch mal - - den Kernpunkt sagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Sie haben es ja vorgelesen. Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, da steht - freitagabends nach dem Telefonat geschrieben; Vorstandssekretariat an alle Vorstandsmitglieder -, dass eine Stellungnahme der Bundesbank erst am Montag erforderlich ist. Können Sie sich nicht erklären?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Sie stimmen mir zu, dass das nicht so ganz übereinstimmt dann oder passt?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Wissen Sie denn - - Ich weiß nicht, wann das Gespräch zwischen Frau Buch und Frau Roegele gewesen ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das war abends zwischen neun und zehn, und um 22.22 Uhr - - Das passt ja auch, weil es wird ja in dieser Mail Bezug genommen auf: „wie uns die BaFin soeben informiert“. Also, ist schon in sich konsequent, dass es erst das Telefonat gegeben hat, und dann gibt es eine Mail an die Vorstandsmitglieder der Bundesbank. Ist ja auch ein wichtiges Thema; deshalb schreibt man um 22.22 Uhr auch noch eine Mail. Würde man ja vielleicht auch nicht für jeden Bereich machen. - Okay. Aber dann sind Sie da genauso stutzig, wie ich es bin. Das reicht mir auch als Antwort. - Dann sind wir als Union fertig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD. - Bitte schön, Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ganz kurz nur: Ich will vielleicht auch noch kurz sagen, dass ich es schwierig finde, wenn der Zeuge sagen kann, er hat zu etwas keine rechtliche Einschätzung, dass man dann mit der Brechstange versucht, ihn zu einer rechtlichen Wertung zu bringen.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Chefjurist!)

Aber das ist noch mal ein anderes Thema.

Aber gerade in diesem Kontext: Haben Sie - - Ist Ihnen bewusst, dass, als diese Entscheidung dann an die ESMA ging - - Da gab es ja so Stellungnahmen. Wissen Sie, dass es da sehr viele positive, unterstützende Rückmeldungen auch gab?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich kann Ihnen nicht sagen, wie die einzelnen - - ob das einstimmig war oder wie viele das gewesen sind. Ich habe nur noch wahrgenommen, dass es eine Zustimmung seitens der ESMA gegeben hat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist ja interessant, weil ganz offenbar - - Es wurde ja eben so dargestellt, als sei das komplett alles falsch ausgelegt worden, und dann stimmt die ESMA so was zu. Aber okay, vielleicht habe ich das auch nur falsch verstanden. - Würden Sie denn insgesamt noch abschließend nach Ihrer Einschätzung, nach Ihrer Wahrnehmung sagen, dass das Verfahren auch in Zusammenarbeit mit der BaFin im Großen und Ganzen, natürlich mit dem Zeitdruck, geordnet abgelaufen ist?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, wir haben uns als Bundesbank auf diesen Fall vorbereitet, und wir haben das abgearbeitet, und das hat auch insoweit funktioniert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das nehme ich jetzt mal als ein Ja dann wahr. - Gut, danke; keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wenn man den 15.02.2019 sich noch mal anschaut, und im Tagesverlauf ist ja auch sehr gut dokumentiert, wie das in der Bundesbank abgelaufen ist, dann fällt mir eines auf - oder es entsteht nach der Aktenlage ein Eindruck -, nämlich dass die Unterscheidung zwischen dem Thema „Finanzstabilität“ und „Marktvertrauen“ als Entscheidungskriterium dafür, ob die Bundesbank sich äußern soll oder nicht, erst am Abend, und zwar nach dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Telefonat, erstmals überhaupt in die Akte eingegangen ist. Und ich will Sie das mal fragen: Hat irgendwann vor 21 Uhr, also vor dem Telefonat auf Chefinnenebene, für die Frage, ob sich die Bundesbank überhaupt äußern möchte, die Unterscheidung zwischen Marktvertrauen oder Finanzstabilität irgendeine Rolle gespielt nach Ihrer Erinnerung?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die Aktenlage deutet darauf hin, dass das ziemlich spät gefunden wurde, diese Unterscheidung, um es mal so zu sagen. - Bedeutung „staatsanwaltschaftliche Ermittlungen“: Wenn ich das recht sehe - korrigieren Sie mich -, dann hat die BaFin der Bundesbank ausschließlich gesagt, dass es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gebe. Ist das korrekt, oder hat sie mehr Details genannt?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das ist das, was bei mir angekommen ist: staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, zu denen man keine näheren Einzelheiten sagen könne.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wurde denn spezifiziert, gegen wen sich die richteten? Gegen Personen oder Gruppen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, ich hätte jetzt vermutet, dass das - - Also, nein, ich habe keine Vermutung. Ich weiß nicht, gegen wen, gegen irgendwas, was da im Hintergrund sich abspielt. Keine Ahnung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm. - Und die Tatsache, dass die BaFin die Worte „Staatsanwaltschaft“ und „Ermittlungen“ verwendet hat, hat die Bewertung, ob eine Stellungnahme geboten ist oder sinnvoll ist, beeinflusst? Hat eine Rolle gespielt dafür?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich denke, aus meiner Sicht hat das eine Rolle gespielt. Ich sage ausdrücklich: „Aus meiner Sicht hat das eine Rolle gespielt“, weil ich zu einem Sachverhalt nur dann Stellung nehmen möchte, wenn ich den Sachverhalt auch vollständig kenne. Und ich

habe ein Problem, mich zu Sachverhalten zu äußern, deren Einzelheiten ich nicht kenne.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist verständlich. Sie würden entsetzt vom Stuhl fallen, wenn Sie sehen würden, welches Fax die Staatsanwaltschaft um 8.30 Uhr an dem Morgen des 15.02. nach Bonn oder nach Frankfurt gefaxt hat, was da drin stand und wie sich das darstellte.

Letzte Frage: Ist Ihnen bekannt geworden im Kontext der Diskussionen um ein Leerverkaufsverbot, ob die BaFin Stellen im Bundesfinanzministerium einbezogen hat in die Überlegungen um diese Allgemeinverfügung?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das weiß ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Dr. Toncar. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Sie sind ja der Chefjurist der Bundesbank, wenn ich das jetzt mal so salopp formulieren darf. Ist Ihnen denn im Rahmen Ihrer beruflichen Expertise jemals so ein Single-Issuer-Leerverkaufsverbot untergekommen, also dass Sie das von irgendeinem anderen europäischen Mitgliedstaat mitbekommen haben, dass ein Leerverkaufsverbot, das sich eben auf einen konkreten Emittenten bezieht, erlassen wurde?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Wenn Sie mich fragen: „auf einen konkreten Emittenten“, dann kann ich Ihnen die Frage nicht beantworten, weil ich weiß, dass es im Zusammenhang - - also dass es verschiedentlich auch schon mal Leerverkaufsverbote gegeben hat in Europa. Aber ich kann Ihnen dazu keine Einzelheiten sagen. Ich weiß es nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Es gab Leerverkaufsverbote in Europa, aber nicht zwingend für ein einzelnes Unter- - Okay, gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich habe gesagt: In meiner Erinnerung gab es schon mal Leerverkaufsverbote; aber ich weiß nicht, worauf sie sich bezogen haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Ja, in meiner Erinnerung gab es sie auch, aber in anderen Zusammenhängen. - Ich möchte Sie noch mal fragen - - auf den Sachverhalt, den Kollege Hauer geschildert hat. Also, rein denklogisch: Diese E-Mail kann ja nicht bestritten werden, die ist ja dokumentiert, oder dieses Schreiben an die Vorstandsmitglieder. Das heißt ja: Das Ergebnis des Telefonats kann nicht gewesen sein, dass auf eine Stellungnahme verzichtet wird, sondern wenn, dann kann sich nur später, also zum Beispiel am Montag, darauf verständigt worden sein. Dann ist aber die Angabe, dass sich im Telefonat darauf verständigt wurde, falsch. Oder sehen Sie eine andere denklogische Möglichkeit?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich kann Ihnen etwas zu meiner Wahrnehmung und zu meiner Erinnerung sagen. Und zu meiner Erinnerung kann ich sagen, dass ich mit Frau Buch telefoniert habe, nachdem sie mit Frau Roegele gesprochen hat. Und dabei - ich hatte es ja schon mal erwähnt - habe ich gesagt, es gibt keine Verpflichtung der BaFin, eine Stellungnahme einzuholen, dass ich ein Problem habe mit dem nicht vollständigen Sachverhalt und dass die Kollegen eben auch sagen: Marktvertrauen ist nicht unsere Expertise, wir sind für die Finanzstabilität zuständig.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wenn jetzt am Montag normalerweise dann so eine Stellungnahme eingeholt worden wäre - oder dann eben nicht -, dann wäre das irgendwie noch mal veraktet worden. Gibt es Protokolle zum Beispiel, also dass es irgendwie einen Austausch noch mal gab auf Vorstandsebene, und dann hat man sich festgelegt, nun doch keine Stellungnahme einzuholen?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Meines Wissens hat Frau Buch die Vorstandsmitglieder informiert über die Sache. Aber fragen Sie mich jetzt nicht genau den Wortlaut oder wann das jetzt gewesen ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber davon muss es doch ein Protokoll oder irgendeine Aufzeichnung geben.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, es hat meines Wissens dazu keine Vorstandssitzung gegeben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Weil wenn ich jetzt Vorstandsmitglied der Bundesbank wäre und ich erfahre: „Am Montag müssen wir zu irgendwas eine Stellungnahme abgeben“, und dann muss ich das doch nicht tun, dann wird mir das ja irgendwie kommuniziert, weil sonst frage ich ja nach: Was ist denn jetzt hier mit der Stellungnahme? - Oder bespricht man das so auf dem Flur bei der Bundesbank?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Sicherlich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann noch mal abschließend zurück zu der juristischen Frage. Ich habe vollstes Verständnis, dass Sie hier nicht - - Also, es geht nicht darum, mit der Brechstange juristische Bewertungen abzugeben. Aber Sie sind ja der Chefjurist der Bundesbank und bereiten sich ja sicherlich auf das Thema Leerverkaufsverbot und auch hier den Untersuchungsgegenstand vor. Und deswegen hätte man ja erwarten können, dass Sie sich mit dieser Norm hier befassen. Ich will es einfach noch mal darstellen: Hier steht, es geht darum, ob Finanzstabilität *oder* das Marktvertrauen betroffen sind. Und dann werden die einzelnen Buchstaben aufgezählt, die sich beide - - egal ob es jetzt für Marktvertrauen oder Finanzstabilität einschlägig ist; es ist für beides sozusagen einschlägig. Alles, was hier kommt, ist eine abschließende Aufzählung. Und es steht in c):

erheblichen Verkaufsdruck oder ungewöhnliche Volatilität, die bei Finanzinstrumenten,

- und jetzt kommt es -

die sich auf Banken oder andere Finanzinstitute, die als wichtig für das globale Finanzsystem angesehen werden, wie in der Union tätige Versicherungsgesellschaften  
...





## Nur zur dienstlichen Verwendung

- usw. usf. -

beziehen ...

Das heißt - ich bin kein Jurist, aber so viel habe ich dann doch verstanden -, es muss sich auf etwas beziehen, was wichtig für das globale Finanzsystem ist, und zwar auch, wenn es um Marktvertrauen geht. Das ist hier so geregelt in dem c). Und deswegen ist ja die Frage völlig unabhängig davon, ob wir über Finanzstabilität oder Marktvertrauen reden. War nach Ihrer Kenntnis die Wirecard AG oder irgendeine Tochtergesellschaft wichtig für das globale Finanzsystem? Eine andere Frage brauchen Sie - - Und dazu braucht man jetzt wirklich kein Jurist sein - - Also, wenn Sie das verneinen, ist das hier nicht einschlägig. Also, so ist zumindest meine Interpretation. Florian Toncar ist Jurist, der nickt.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Der sagt, dass es schon am  
Finanzinstitut fehlt! Das ist  
nicht definiert!)

- Genau. - Und das würde ich jetzt gern von Ihnen wissen, einfach nur diese Frage. Sie müssen nicht diesen Artikel bewerten, sondern: War nach Ihrer Kenntnis die Wirecard AG oder irgendeine der Tochtergesellschaften wichtig für das globale Finanzsystem?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Sie haben - - Eben hat jemand was vorgelesen vom Zentralbereich „Zahlungsverkehr“, vom Zentralbereich „Märkte“. Das sind die Kollegen, die das beurteilen müssen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie sind doch der Chefjurist der Bundesbank.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ja, aber ich beurteile doch nicht, ob jetzt die Analyse ergibt, dass es hier eine starke Auswirkung gibt oder dass es aufgrund -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** - von irgendwelchen Derivaten oder oder was weiß ich Ansteckungseffekte geben soll.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich glaube, wir kommen in der Frage nicht mehr weiter. Ich kann nur so viel sagen: Nach meiner Kenntnis ist es so: Wenn ein Finanzinstitut wichtig ist für das globale Finanzsystem, dann gäbe es wahrscheinlich zumindest, ich sage mal, entsprechende Aufsicht auch noch mal auf der Ebene der Europäischen Zentralbank. Mir ist jetzt nicht bekannt, dass irgendwelche Tochtergesellschaften oder so da beaufsichtigt werden. Deswegen: Wir belassen das jetzt hier. Ich glaube, der Punkt ist einfach deutlich geworden. Nach meiner Auffassung liegt hier weder unter Finanzstabilität noch Marktvertrauen eines der Tatbestandsmerkmale vor.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann möchte Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Der Kollege hat das, glaube ich, gerade gut herausgearbeitet. Deswegen ist es ja so wichtig, Also, wir reden ja auch deswegen über dieses Leerverkaufsverbot. Das war ja eine Entscheidung mit so einer Tragweite. Und ich glaube, wir müssen das ja auch unter dem Licht der Fakten von heute einfach neu bewerten. Deswegen bohren wir da ja auch so nach. Und ich kann auch nur zu dem Ergebnis kommen mit, ich glaube, ein bisschen juristischem Sachverstand und ein bisschen ökonomischem Sachverstand, dass das eben auf einer rechtswidrigen Grundlage geschehen ist. Und unsere Interpretation aufgrund der widersprüchlichen Aussagen ist eben, dass deswegen auch - ich sage das jetzt mal flapsig und untechnisch und unjuristisch - die Stellungnahme, wie auch immer, abbestellt worden ist, weil sie eben zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Ich möchte Sie noch mal fragen: Jetzt haben Sie ja auch von der E-Mail, die der Herr Hauer, glaube ich, vorgelesen hat, von 22.22 Uhr zum ersten Mal gehört. Das war am Freitag. Da war viel los. Das hat das halbe Haus beschäftigt oder viele Zentralbereiche. Dann hat man am Montag aus der Presse davon erfahren, als die BaFin das quasi verkündet hat, und das Thema ist dann bei



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen nie wieder rekapituliert worden. Das ist ja schon irgendwie seltsam.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, mir ist für den Zentralbereich „Recht“ nicht bekannt, dass das noch mal bei uns rekapituliert worden ist, weil am Montag, war es, glaube ich, kam dann die Mitteilung -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** - von Frau Roegele, dass sie gesagt hat, ESMA habe zugestimmt. Und damit wurde dann auch das Leerverkaufsverbot, die Allgemeinverfügung, erlassen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wussten Sie oder wissen Sie, ob die Stellungnahme der Bundesbank, die dann nicht stattgefunden hat oder abbestellt wurde - - dass zumindest das, was da der BaFin ja auch bekannt war, Gegenstand des Gesprächs mit der ESMA gewesen ist, also dass sie das dort auch angeführt haben?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, was die BaFin gegenüber der ESMA ins Feld geführt hat.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War nicht der Fall. Es war nicht der Fall, sondern sie haben die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen erwähnt und die Grundlage Artikel 24c. Und ich glaube nicht, dass es mit der Brechstange von mir eben war. Manchmal machen wir deswegen ein bisschen Druck, weil wir nicht so viel Zeit wie die anderen Kollegen haben. Deswegen sind die dann immer ein bisschen entspannter, und wir geben ein bisschen mehr Gas.

Aber wo Sie Recht hatten, ist natürlich, dass Sie, wenn Ihnen das nicht vollständig vorliegt, da keine Ad-hoc-Beurteilung geben können. Deswegen würde ich einfach Ihnen jetzt mal die Gelegenheit geben, sich das noch mal anzuschauen, würde auch bitten, dann gleich, wenn ich fertig bin, die Zeit zu stoppen. Und zwar drei Dinge: einmal die Leerverkaufsverordnung, wo der Arti-

kel 24 noch mal erläutert ist; die ESMA-Begründung, wo genau darauf referenziert wird, und, wenn Sie wollen - und so viel Sachverstand würde ich Ihnen auch als Jurist jetzt zutrauen -, dass Sie sich noch mal die Bewertung Ihrer Zentralbereiche „Märkte“ und „Finanzstabilität“ anschauen, was die nämlich aufgeschrieben haben genau an dem Tag und dann zu einer Beurteilung kommen, das zusammenführen, um noch mal die Frage zu beantworten, ob das Tatbestandsmerkmal erfüllt war. - Genau, dann würde ich gerne mal die Zeit stoppen.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, ich muss ganz offen sagen: Das ist jetzt ein bisschen viel, die ESMA-Entscheidung. Ich kenne nicht, was BaFin an ESMA geschrieben hat. Ich kenne nicht die ESMA-Entscheidung hier jetzt. Ich weiß nicht, was Sie da vorhaben innerhalb von fünf Minuten. Das muss ich ganz offen gestehen: Das möchte ich nicht machen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es handelt sich um eine Ziffer. Das traue ich Ihnen zu. Ich weiß, es ist spät. Wir sitzen auch schon lange hier. Lassen Sie es uns versuchen, ja?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Bitte? Also, ich weiß nicht, ob das - muss ich ganz offen sagen - hier meine - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir beraten uns.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich bin eher Ihrer Meinung, aber wir beraten uns hier noch mal. - Ist die Zeit gestoppt?

Also, wir sind beide übereinstimmend der Meinung, dass wir völlig Ihrer Meinung da entsprechen; denn es ist jetzt nicht Ihre Aufgabe, zumal Sie zum wiederholten Mal uns gesagt haben, dass Ihnen weder die Zeit noch der Sachverhalt entsprechend bekannt ist, die Zeit zu knapp ist, es zu beurteilen. Und es ist nun definitiv nicht Ihre Aufgabe als Zeuge, zumal der Versuch jetzt zum dritten Mal vorgenommen wird, Sie zu einer Beurteilung quasi im Stile eines Sachverständigen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder sogar hier eines - quasi - Richters zu bewegen. Also, insoweit billige ich Ihnen zu, wenn Sie sagen, Sie möchten das nicht beantworten. Und dann bitte ich den Kollegen Bayaz, eine andere Frage zu stellen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, ich sehe das anders, Herr Vorsitzender. Bei allem Respekt: Ich frage hier einen Justiziar der Bundesbank, ob er ein Tatbestandsmerkmal bei einem Prozess, in den er involviert gewesen ist, als erfüllt ansieht oder nicht. Das ist eine Ziffer, die ich ihm zeigen würde, und da kann er - - Und ich akzeptiere es, wenn er sagt: Ich kann das nicht beurteilen. - Aber die Chance, sich das anzuschauen, finde ich, kann man ihm geben, und das kann man ihm zumuten. Sehe ich jetzt gar nicht das Problem.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber er hat es jetzt zum zweiten oder dritten Mal gesagt, -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das hat er doch gar nicht gesehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - und es ist und bleibt für mich eine Einschätzung, Herr Kollege.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das hat er noch gar nicht gesehen. Gut, aber das war ja Ihre Einschätzung, also Sie - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, wir haben uns hier - - Also, nochmals: Ich bin immer jemand, der sich rückkoppelt und sicherlich nicht dazu neigt, nie in seinem ganzen Leben, weil ich auf andere Kollegen und deren Meinung sehr viel Wert lege - - Das habe ich auch in meiner Unternehmenseigenschaft getan. Und insoweit - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie möchten sich das nicht anschauen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. Das nehme ich mir schon raus, bevor mir irgendwas subjektiv hier unterstellt werden soll. Wir haben das hier eben nochmals abgewogen. Wir haben das sehr objektiv beraten, und ohne dass wir uns vorher ausgetauscht haben, haben wir quasi in

Fischer-Chor-Manier uns hier fast exakt die gleiche Beurteilung dieses Sachverhaltes und Ihrer Frage und Ihrer wiederholten Frage - - Und nochmals - ich betone: das gilt für alle; ich wiederhole das auch gerne noch mal -: Es ist nicht die Aufgabe von Zeugen, hier eine Beurteilung in Form - dafür haben wir Sachverständigengespräche vorzunehmen - - schon gar nicht, wenn der Zeuge - - und ich habe vorher auch sehr deutlich mit dem Zaunpfahl gewunken; ich war jetzt sehr großzügig - - das nochmals unternommen wird. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, da dann eine andere Frage zu stellen, wie der Kollege was wahrgenommen hat, wie er es gesehen hat, wie er es gefühlt, geschmeckt, wie auch immer, hat.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe nur die Frage. Das ist für mich die relevante Frage. Und dann versuche ich, sie auf einem anderen Weg zu stellen. - War Ihnen dieses Tatbestandsmerkmal Artikel 24c vorher geläufig?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich kann Ihnen nicht sagen, ob mir der Tatbestand des Artikel 24c im Februar 2019 geläufig gewesen ist. Ich kann mich da jetzt wirklich beim besten Willen nicht dran erinnern.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und für Sie war das so, dass nach Ihrem Verständnis, wenn ich das richtig verstanden habe - - Es gab die Tatbestandsmerkmale Finanzstabilität, und es gab das Marktvertrauen. Und das Letztere war das Merkmal, auf das die BaFin abgesetzt hat, wo Sie sich aber sozusagen nicht zuständig gefühlt haben und deswegen dort auch keine Stellungnahme abgegeben haben. Habe ich das richtig zusammengefasst?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Die BaFin hat die Allgemeinverfügung, die sie der Bundesbank übermittelt hat an dem Abend des 15. Februar und zu der sie um eine Indikation gebeten hat, auf das Marktvertrauen gestützt. Das ist richtig. Das hat die BaFin an uns herangetragen. Und meine Kollegen haben sich das, wie wir es gerade besprochen haben, in Windeseile, wenn ich das so salopp sagen darf, durchgesehen und haben das danach eben gesagt: Da fehlt Sachverhalt. Das müssen die zuständigen Fachbereiche noch mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sehen. - Das war unser Ergebnis, was wir auch zurückgegeben haben.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, die haben da, glaube ich, nicht nur schnell, sondern auch mit sehr viel Expertise drauf reagiert. Genau das ist ja der Punkt. Und wenn ich das so festhalten darf jetzt - ich bin kein Jurist, aber mit ein bisschen ökonomischem Sachverstand -: Das, was Ihnen die Zentralbereiche „Märkte“ und „Finanzstabilität“ aufgeschrieben haben - - sagen ganz klar, dass Artikel 24c nicht erfüllt gewesen ist. Können wir aber gerne Kollegen noch mal fragen, wenn Sie sich dieses Urteil nicht zutrauen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Kollege Bayaz. - Dann schaue ich jetzt rüber zu den Kollegen der CDU/GSU. - Nein. Ich schaue zu den Kollegen der SPD. - Nein. Ich schaue mich an. - Nein. Ich schaue den Kollegen Toncar an. Bitte schön.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich sehe die Enttäuschung in Ihrem Gesicht, aber - - oder die Vorfreunde. Jedenfalls: Ich habe noch eine Frage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich hatte jetzt fast ein Pokerface auf, aber okay.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Sie haben ja eingangs auch angesprochen die Historie rund um das Thema Benehmsherstellung. Und in der Tat ist in den Akten, die uns die Bundesbank zur Verfügung gestellt hat, auch dieser Vorgang noch mal drin, in MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 55. Das ist ein Schreiben, das am 23. Juli 2013 an Sie gegangen ist und an Frau Dr. Steven aus dem Bundesfinanzministerium, von Herrn Franke, bezieht sich auf Ihr Schreiben vom 12. März 2013. Das ist exakt das, wo Sie offenbar ja mit dem BMF seinerzeit Kontakt hatten rund um das Thema Benehmsherstellung.

Wir haben jetzt leider nicht Ihr Originalschreiben da, aber aus dem Text, sagen wir mal - - Ich zitiere nur mal aus der zweiten Seite:

Das an das BMF gerichtete Schreiben führt zu keiner anderen Beurteilung der Rechtslage.

Also, damit ist Ihr Schreiben gemeint. Bedeutet: Sie haben ja vom Bundesfinanzministerium sozusagen eine Absage bekommen im Hinblick auf Ihren Wunsch, was das Benehmen angeht.

Also, ich will Sie einfach noch mal fragen: Ist das korrekt, dass im Jahr 2013 Sie mit dem BMF korrespondiert hatten und - das muss ich jetzt fragen, weil Ihr Brief nicht in der Akte ist - dass Sie damals das BMF gebeten hatten, dafür zu sorgen, dass das mit dem Benehmen auch weiterhin so praktiziert wird, wie es traditionell der Fall war, und die Bundesbank da eben entsprechend einzubeziehen ist?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es für diese Fälle der Leerverkaufsverbote eine Benehmsherstellung mit der Bundesbank gibt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Genau, genau. So interpretiere ich das auch, ja. Alles klar. - Gut, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann Fabio de Masi für die Fraktion Die Linke.

(Abg. Fabio de Masi (DIE LINKE) schüttelt den Kopf)

- Dann Dr. Bayaz, bitte schön.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Guericke, wissen Sie eigentlich, warum die Bundesbank im Rahmen der Anleihekaufprogramme keine Wirecard-Anleihen gekauft hat?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Das Euro-System hat die Anleihen der Wirecard AG - und dazu gibt es auch noch einen Beweisbeschluss, Bundesbank-5 -, das Euro-System hat - - oder ich nenne es jetzt mal umgekehrt, weil ich Rücksicht darauf nehmen muss. Es gibt diesen Beweisbeschluss Bundesbank-5. Da werden Sie ja auch noch Unterlagen bekommen. Die werden von der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

EZB freigegeben. Das ist Teil der Geldpolitik. Die Anleihen der Wirecard AG stehen nicht auf der sogenannten EADB. Das ist eine Liste, die im Internet veröffentlicht ist, mit den Eligible Assets Data Base. Da sind alle Anleihen gelistet, die im Euro-System als notenbankfähig klassifiziert werden. Und das bedeutet, Notenbankfähigkeit: Solche Vermögenswerte können entweder als Sicherheiten gegeben werden im Rahmen von geldpolitischen Kreditoperationen, oder aber sie können gegebenenfalls angekauft werden, und dass die Anleihe der Wirecard nicht dazugehört, also nicht notenbankfähig ist.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und warum nicht? Wissen Sie das?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Die Frage der Notenbankfähigkeit ist eine Frage, die im Euro-System entschieden wird. Und die Frage der Notenbankfähigkeit und die Voraussetzungen für die Notenbankfähigkeit sind in der sogenannten General Documentation - die ist auch öffentlich niedergelegt. Das ist ein Regelwerk, das der EZB-Rat beschließt und erlässt im Rahmen seiner Rechtsetzungsbefugnisse. Und dort sind die Voraussetzungen festgelegt, welche Vermögenswerte - es gibt ja ganz unterschiedliche Vermögenswerte: Anleihen, es gibt ABS, es gibt Kreditforderungen, es gibt Schuldverschreibungen etc. pp. - - was genau unter Voraussetzungen notenbankfähig ist oder was nicht. Dazu gehören also beispielsweise die Bonität, die Coupon-Struktur, die Laufzeiten. Das ist dort alles niedergelegt.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber was das Kriterium jetzt war bei Wirecard, was den Ausschlag gegeben hat, sozusagen nicht notenbankfähig, ankauffähig gewesen zu sein - -

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich muss noch mal auf den Beweisbeschluss hinweisen. Der Punkt ist, dass mit Blick auf die Anleihen immer die Frage der Nachrangigkeit eine Rolle spielt. Das heißt, das Euro-System nimmt grundsätzlich keine Anleihen als Sicherheiten herein oder kauft sie auch nicht an, die möglicherweise nachrangig sind. Nachrangigkeit bedeutet, dass der Gläubiger, hier das Euro-System, gegenüber anderen Gläubigern dieses Emittenten möglicherweise

erst nachrangig bedient würde im Falle einer Insolvenz.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Die in dem Fall eingetreten ist. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Dann schaue ich noch einmal rum: Hier hat sich nichts geändert. - Bei mir - -

(Abg. Dr. Florian Toncar  
(FDP) meldet sich zu Wort)

- Dr. Toncar, bitte schön.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Danke schön. - Weil Sie natürlich immer wieder und wir immer wieder uns um das Thema Finanzstabilität drehen, würde ich gerne Ihnen noch mal vorlesen, was die BaFin an die ESMA geschrieben hat, um sozusagen die ESMA-Opinion einzuholen. Das Ganze ist enthalten auf MAT A BMF-4.04, Blatt 46. Das ist in englischer Sprache. Da werden die Short-Attacks beschrieben, historisch. Das lese ich jetzt nicht alles vor.

These "short-attacks" have been followed and exacerbated by negative reporting in the media.

Such events result in an uncertainty of the investors, because a reliable price determination seems no longer be guaranteed.

Und jetzt kommt der Satz, wo ich Sie bitten würde - ich sage es gleich auch noch mal vielleicht in meiner deutschen Übersetzung -, den zu bewerten. Die BaFin schreibt an die ESMA:

In the current situation there is the risk that this uncertainty regarding a fair price determination could extend to other issuers, including to DAX-issuers or financial institutions.

In der gegenwärtigen Lage gibt es das Risiko, dass diese Unsicherheit im Hinblick auf die Preisfestlegung auf dem Markt andere





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Emittenten anstecken könnte, einschließlich DAX-Emittenten oder Finanzinstitute, Banken etc.

Also, Ansteckungsgefahren auf DAX-Unternehmen und Financial Institutions wurden der ESMA gegenüber vorgetragen. Und ich frage Sie jetzt, ob das sozusagen eine Einschätzung ist, die dem entspricht, was die Bundesbank im Hinblick auf Finanzstabilität an die BaFin kommuniziert hat.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Ich kann die Äußerung, die Mitteilung der BaFin an die ESMA, nicht kommentieren, weil ich nicht weiß, auf welcher Grundlage die BaFin zu diesem Ergebnis gekommen ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat die Bundesbank jemals Ansteckungseffekte auf DAX-Emittenten oder Finanzinstitute bejaht?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Da würde ich gerne auf die Fachkollegen verweisen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wer denn? Wer muss dafür kommen? - Okay. Wissen Sie es nicht, also wissen Sie es - - Könnten Sie - - Wollen Sie es nicht beantworten, oder wissen Sie es schlichtweg nicht, ob die Bundesbank Ansteckungseffekte auf andere DAX-Titel angenommen hat?

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Also, wissen Sie: Es gibt doch - - Ich mache das jetzt sehr ungerne, aber Sie haben doch einen Kollegen von mir als Zeugen geladen, der dazu einen Vermerk geschrieben hat. Und da geht es um Korrelationen und alles Mögliche. Bevor ich jetzt diese Sache kommentiere - - Ich würde das ungerne machen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich verstehe das sogar. Aber gut, wir müssen es jetzt so hinnehmen. Es ist so, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann schaue ich noch mal zum Kollegen De Masi. - Zum Kollegen Bayaz.

(Zuruf des Abg. Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Die war jetzt anders gestellt, definitiv. - So, dann gucke ich hier noch mal rüber. - Gut, dann stelle ich fest, dass kein Kollege, keine Fraktion nunmehr noch Fragen hat. Dann frage ich aber dennoch: Besteht Bedarf, in eingestufte Sitzung entsprechend noch Fragen zu stellen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

An dieser Stelle darf ich mich recht herzlich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen jetzt sozusagen eine gute Nacht. Ich denke, Sie werden in Berlin bleiben. Bleiben Sie in dieser schwierigen Zeit gesund, und nochmals danke, dass Sie so lange hier ausgeharrt haben. Vielen Dank.

**Zeuge Dr. Andreas Guericke:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. - Damit stelle ich fest: Die Sitzung ist geschlossen. Wir setzen morgen um 9 Uhr fort. - Vielen Dank.

(Schluss: 0.30 Uhr)

## Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Rainer Wexeler

**UFER·KNAUER**

PARTNERSCHAFT VON RECHTSANWÄLTEN mbB

UFER·KNAUER Maximilianstraße 35 · 80539 München

Deutscher Bundestag  
 Sekretariat PA 30  
 Untersuchungsausschuss  
 ORRN Dr. Dominique Schimmel  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

Vorab per Telefax: XXXXXXXXXX

18. März 2021  
 Unser Zeichen: 149/20

**Rainer Wexler - Geschäftszeichen: PA30 – 5452-1**

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens und in Vollmacht unseres Mandanten, Herrn Rainer Wexler, geben wir für diesen folgende Erklärung ab:

„Zum stenografischen Protokoll meiner Befragung im 3. Untersuchungsausschuss am 25. Februar 2021, welches meinem Zeugenbeistand im Original am 12. März übersandt wurde, erkläre ich folgende Berichtigungen und Ergänzungen:

- Seite 24 (PDF 17), linke Spalte Mitte, auf die Frage, ob ich das (gemeint ist EMIF) tatsächlich noch nie gehört habe: Ich stelle klar, dass ich mich jedenfalls zum Zeitpunkt der Befragung an die Bedeutung und den Kontext des Stichworts „EMIF“ nicht erinnern konnte.

**MÜNCHEN**

**DR. FLORIAN UFER**  
 Fachanwalt für Strafrecht  
 Zertifizierter Berater für Steuerstrafrecht (DAA)

**PROF. DR. CHRISTOPH KNAUER**  
 Honorarprofessor für Wirtschaftsstrafrecht und  
 strafrechtliche Revision an der LMU München

**DR. BIRK BUHLMANN**  
 Fachanwalt für Strafrecht

**MANUEL WEBER**  
 Fachanwalt für Strafrecht

**TOBIAS PRETSCH**

**DR. JENDRIK ADAM**

**MOHITZ REGER**  
 LL.M. (King's College London)

**ANJA SCHMORL**

**OF COUNSEL**  
**STEFFEN UFER**

**OF COUNSEL**  
**PROF. DR. STEPHAN LORENZ\***  
 Universitätsprofessor f. Bürgerliches Recht, Intern.  
 Privatrecht u. Rechtsvergleichung a. d. LMU München  
 (\*nicht als Rechtsanwalt tätig)

Maximilianstraße 35 · 80539 München  
 (Eingang B, Karl-Schmugl-Ring)  
 Telefon 089 5587199-0 · Fax 089 5587199-77  
 info@ufer-knauer.de · www.ufer-knauer.de

**BERLIN**

**SÖREN SCHOMBURG**

**FENJA ZEPTER**

**ALEXANDER ERBGUTH**

**OF COUNSEL**  
**PROF. DR. h.c. (DURHAM, UK)**  
**WOLFGANG SCHOMBURG**  
 Richter a.D. (BGH sowie UN Tribunale  
 für das frühere Jugoslawien und Ruanda)

Kurfürstendamm 194 · 10707 Berlin  
 Telefon 030 94852070-0 · Fax 030 94852070-7  
 berlin@ufer-knauer.de

**FRANKFURT**

**DR. BJÖRN BOERGER**

**DR. SIGRID MEHRING-ZIER**  
 LL.M. (University of Amsterdam)

**JANNA SCHULZE**

Neue Mainzer Str. 28 · 60311 Frankfurt am Main  
 Telefon 069 34877738-0 · Fax 030 94852070-9  
 frankfurt@ufer-knauer.de

Ufer Knauer Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB  
 USt-IdNr: DE246130657

- Seite 34 (PDF 27), linke Spalte oben, „Uns hat die Wirecard AG widersprochen“: Richtig muß es heißen „Und die Wirecard AG hat widersprochen“. Meine Aussage wurde hier falsch protokolliert.
- Seite 46 (PDF 39), rechte Spalte Mitte, „...Aber im Großen und Ganzen waren es die Fragen, die Sie mir hier auch gestellt haben“: Es wird klargestellt, dass die behandelten Themen der zwei Zeugenvernehmungen breiter und nicht deckungsgleich mit den Themen der Befragung im Untersuchungsausschuss bis zu dieser Aussage waren. Überwiegend wurden ebenfalls einzelne Transaktionen der Wirecard Bank AG behandelt. Der genaue Umfang der Fragen ist mir jedoch nicht mehr Erinnerungswürdig.
- Seite 50 (PDF 43), linke Spalte unten und rechte Spalte oben, „Und ich denke, dass eben da einige Controllingmaßnahmen gefehlt haben“ bis „...sondern auch Risiken“: Ich stelle klar, dass sich diese Aussagen nicht auf die Wirecard Bank AG, sondern auf die Wirecard AG beziehen.
- Seite 55 (PDF 48), linke Spalte oben, „(akustisch unverständlich)“: Ich erklärte hier „[Das ist für mich, ja, einfach] Besserwisserlei im Nachhinein“
- Seite 62 (PDF 55), rechte Spalte oben, auf die Frage, ob ich ausschließen könne, dass die Wirecard Bank AG an der Bilanzmanipulation der Wirecard AG beteiligt war: Ich präzisiere meine Antwort dahingehend, dass mir keine Erkenntnisse vorliegen oder Erinnerungswürdig sind, die mich auf eine derartige Beteiligung von Angehörigen der Wirecard Bank AG hätten schließen lassen. Zu einer so kategorischen Aussage, wie sie die Frage verlangt, sehe ich mich wegen meines subjektiven Wissenshorizontes nicht in der Lage.
- Seite 65 (PDF 59), linke Spalte unten, „Genau, würde ich so sehen“: Es wird klargestellt, dass sich diese Aussage von mir auf die Aussage von RA Reger bezieht, dass die Frage

wegen des bestehenden Auskunftsverweigerungsrechts nicht beantwortet werden müsse, und nicht auf die vorangegangene Aussage des Ausschussmitglieds De Masi.

- Seite 67 (PDF 60), auf die Frage, ob es „Mitglieder des Vorstands von Wirecard [gab], die selber bei der Bank auch solche Konten geführt haben“: Ich stelle klar, dass ich zum Zeitpunkt der Befragung keine eigene Erinnerung mehr an Konten von Vorstandsmitgliedern der Wirecard AG oder ihren Tochterunternehmen bei der Wirecard Bank AG hatte. An der auf die Frage protokollierten Antwort halte ich nicht fest.“

Mit freundlichen Grüßen



Moritz Reger  
Rechtsanwalt



## Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Mario Vinke

DEUTSCHER BUNDESTAG  
3. Untersuchungsausschuss  
- Sekretariat -

22. März 2021



**Buchheim + Partner** Kurfürstendamm 62 D-10707 Berlin

Deutscher Bundestag  
3. Untersuchungsausschuss  
- Sekretariat -  
Dr. Frank Raue  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

**Vorab per beA**

**Buchheim + Partner**  
Rechtsanwälte

**Götz Buchheim**  
Rechtsanwalt

**Dr. Andreas Pittino**  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Bau-  
und Architektenrecht

**Dr. Valentin Boll**  
Rechtsanwalt + Notar

**Dr. Andreas Müller**  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Strafrecht

**Stephan Schneider, LL.M.**  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Strafrecht

Rechtsanwalt Stephan Schneider AZ: 60/21 SN01 (bitte stets angeben)	Sekretariat [REDACTED] D40/3120	Durchwahl [REDACTED]	Berlin, 19. März 2021
--	---------------------------------------	-------------------------	--------------------------

**Zeugenvernehmung Herr Mario Vinke**

Sehr geehrter Herr Regierungsdirektor Dr. Raue,

anbei überreiche ich die klarstellenden Korrekturen der Zeugenvernehmung von Herrn Vinke am 25. Februar 2021 auf Basis des am 9. März 2021 übersandten Vorläufigen Stenografischen Protokolls 19/25.

Mit freundlichem Gruß

Kurfürstendamm 62  
10707 Berlin

T (+49 - 30) 3180 50 - 0  
F (+49 - 30) 3180 50 - 79  
mail@buchheim-partner.de  
www.buchheim-partner.de



Buchheim + Partner  
Rechtsanwälte  
Sitz Berlin  
AG Charlottenburg PR 419 B

Anlage

Klarstellende Korrekturen, Zeugenvernehmung Mario Vinke, 25. Februar 2021, 3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Wirecard)

Klarstellende Korrekturen

Zeugenvernehmung Mario Vinke,

25. Februar 2021

3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

„Wirecard“

Legende: Korrekturen sind wie folgt vorgenommen:

- Ergänzungen: **fett unterstrichen**,
- Streichungen: durchgestrichen.

---

Fundstelle: Seite 76 linke Spalte

„(...)“

Ich bin seit Mai 2015 der Wirecard **Bank** AG. (...)“

---

Fundstelle: Seite 76 rechte Spalte

„Ich habe die Interne Revision bei der Wirecard **Bank** AG in München geleitet (...)“

---

• Anlage

Klarstellende Korrekturen, Zeugenvernehmung Mario Vinke, 25. Februar 2021, 3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Wirecard)

**Fundstelle: Seite 79 rechte Spalte**

*„Zeuge Mario Vinke: Wenn ich mich recht erinnere, ist ~~der Vorstand~~ ein Mitglied des Vorstandes, Herr Brand und/oder Herr Daniel Häuser, auf mich zugekommen (...)“*

---

**Fundstelle: Seite 80 linke Spalte**

„...“

*und wie wir sowas zukünftig verhindern können. Könnten Sie dazu was sagen?*

***Zeuge Mario Vinke: Dazu habe ich im Moment keine Erinnerungen. Meine Feststellungen im Prüfungsbericht sind Ergebnisse der Prüfung der Internen Revision der Wirecard Bank AG, die vom Vorstand veranlasst wurden; ich denke aufgrund des KPMG-Berichts.***

***Wie sich künftig eventuelle Verfehlungen verhindern oder ausschließen lassen, kann ich nicht beurteilen.“***

---

• Anlage

Klarstellende Korrekturen, Zeugenvernehmung Mario Vinke, 25. Februar 2021, 3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Wirecard)

**Fundstelle: Seite 83 rechte Spalte**

„**Zeuge Mario Vinke:** (...) Meine letzte Befassung mit dem Thema war dann eben im dritten Quartal 2020 mit der von eben angeführten Sonderrevisionsprüfung: Wie wirkt sich der KPMG-Bericht auf das sogenannte strategische **Kreditportfolio** auf die Wirecard Bank aus?

(...)

„**Zeuge Mario Vinke:** Wie die Bundesbank ihre Prüfungsschwerpunkte und ihre Prüfungskriterien setzt, dazu habe ich keine Kenntnis. **Ich habe keine Erinnerung an eigene Recherchen im Zusammenhang mit Prüfungen der BaFin/Bundesbank. Sie müssen bedenken, dass die Interne Revision immer nur mit Auftrag des Vorstandes bzw. Aufsichtsrates tätig wird. Die Interne Revision kann und darf nach meinem Verständnis nicht ohne Auftrag von Organen (z.B. Vorstand, Geschäftsführung, Aufsichtsrat) tätig werden.**

**Ich erinnere auch keine Beantwortung von Fragen der BaFin/Bundesbank durch mich. Im November 2020 habe ich allerdings per E-Mail (r5@bafin.de) ein Schreiben des Vorstandes der Wirecard Bank AG an die BaFin/Bundesbank weitergeleitet, sozusagen als Bote.“**

---

**Fundstelle: Seite 88 linke Spalte**

„**Zeuge Marion Vinke:** Wenn ich mich recht erinnere, ist das Thema zum Thema gemacht worden in dem Revisionsbericht vom 28.09., wo ich auf den Aspekt der Bürgschaft eingegangen bin. **Dieser Bericht ist dem Vorstand zur Kenntnis gebracht worden. Ob der Vorstand diesen dann an die Bankenaufsicht weitergeleitet hat, entzieht sich meiner Kenntnis.“**



Anlage

Klarstellende Korrekturen, Zeugenvernehmung Mario Vinke, 25. Februar 2021, 3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Wirecard)

**Fundstelle: Seite 91 linke Spalte**

„(...) gab es da Kontakt, den Sie hatten, mit der BaFin in Bezug auf strategisches Kreditgeschäft?“

**Zeuge Mario Vinke:** Nein, zu keinem Zeitpunkt.

**Im Nachgang zu meiner Vernehmung am 25. Februar 2021 im Untersuchungsausschuss habe ich mir meine Unterlagen noch einmal angesehen und dabei festgestellt, dass ich am 8. September 2020 die BaFin (per E-Mail an r5@bafin.de) über den Prüfungssachstand zum strategischen Kreditportfolio informiert habe. Die Prüfungen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis dieser Prüfungen ist dann der Bericht der Internen Revision vom 28. September 2020.**

**Im November 2020 habe ich dann per E-Mail (r5@bafin.de) ein Schreiben des Vorstandes der Wirecard Bank AG an die BaFin/Bundesbank weitergeleitet.**

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat die BaFin mal Nachfragen gestellt zu dem Thema?

**Zeuge Mario Vinke:** Bei mir nicht, **sondern falls Nachfragen gestellt wurden, dann eher beim Vorstand.**

---

**Fundstelle: Seite 96 linke Spalte**

**„Zeuge Mario Vinke:** Ich ~~kenne~~ **nutze und nutzte** diese App nicht.“

---

Anlage

Klarstellende Korrekturen, Zeugenvernehmung Mario Vinke, 25. Februar 2021, 3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Wirecard)

**Fundstelle: Seite 96 rechte Spalte**

„**Zeuge Mario Vinke:** Nochmal zurück: ich meine, mich zu erinnern, dass mich Herr Burkhard Ley auf das zum Thema Paradise Papers kontaktiert hat.“

---

**Fundstelle: Seite 98 rechte Spalte / Seite 99 linke Spalte**

„**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie haben diesem Termin beigewohnt mit der BaFin?

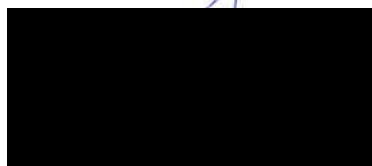
**Zeuge Mario Vinke:** Nein. Es gab ein Treffen in den Räumen der Bundesbank in München, an dem ich teilgenommen habe. Ob dort Vertreter der BaFin dabei waren, weiß ich nicht mehr. In den Räumen der BaFin in Bonn oder Frankfurt am Main war ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wann war Ihr letzter persönlicher Kontakt mit der BaFin?“

„**Zeuge Mario Vinke:** Der letzte persönliche Kontakt mit der Bundesbank in den Räumen der Bundesbank in München, dass muss, wenn ich mich richtig erinnere, 2018 gewesen sein, Anfang 2019. Das wäre nach meiner Erinnerung auch der letzte Kontakt mit Vertretern der BaFin, wenn – was ich nicht weiß – Mitarbeiter der BaFin bei diesem Termin dabei gewesen sein sollten. Das wäre nach meiner Erinnerung auch der letzte persönliche Kontakt. Und dann gab es natürlich noch die bereits vorhin angesprochene E-Mail vom November 2020.“

---

München, den 19. März 2021



(Mario Vinke)

## Anlage 3

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der  
Zeugin Franziska Folter

### 3.UA Postfachaccount PA30

---

**Von:** [REDACTED]  
**Gesendet:** Freitag, 19. März 2021 14:32  
**An:** 3.UA Postfachaccount PA30  
**Cc:** Raue Frank PA30  
**Betreff:** Antwort: Ihre Zeugenvernehmung am 25. Februar 2021

**Kennzeichnung:** Zur Nachverfolgung  
**Kennzeichnungsstatus:** Gekennzeichnet

Sehr geehrte Frau Dr. Schimmel,

vielen Dank für die Übersendung des vorläufigen Protokolls zu meiner Zeugenvernehmung am 25. Februar 2021.

Nach Durchsicht des vorläufigen Protokolls habe ich die zwei nachfolgend dargestellten kleinen Anmerkungen.

1.) S. 118, linke Spalte, letzter Absatz:

"Zeugin Franziska Folter: Wir hatten das Problem, dass im Gesetz steht, dass eine Finanzholding dann als Finanzholding einzustufen ist, wenn ihre Tochterunternehmen hauptsächlich oder überwiegend Institute, ich meine, Finanzinstitute, sind.[...]"

An dieser Stelle habe ich in meiner Vernehmung den Gesetzesinhalt nicht korrekt wiedergegeben. Hierzu möchte ich klarstellen, dass es im Gesetz heißt, dass die Einstufung als Finanzholdinggesellschaft unter anderem voraussetzt, dass die "[...] Tochterunternehmen ausschließlich oder hauptsächlich Institute oder Finanzinstitute sind, [...]". Mit meiner Klarstellung möchte die richtige Formulierung aus dem Gesetzestext wiedergeben.

2.) S. 122, linke Spalte, letzter Absatz:

"Zeugin Franziska Folter: Fachgebietsleiter."

Hierzu möchte ich klarstellen, dass die richtige Bezeichnung Sachgebietsleiter ist. Mit meiner Klarstellung möchte ich die korrekte Funktion von Herrn Schmid wiedergeben.

Freundliche Grüße aus Stuttgart und ein schönes Wochenende Franziska Folter

---

Franziska Folter  
Deutsche Bundesbank  
Hauptverwaltung in Baden-Württemberg  
Laufende Aufsicht 1

Königstraße 14  
70173 Stuttgart

Tel.: [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED] <mailto:%20[REDACTED]>  
www.bundesbank.de

--

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail oder von Teilen dieser Mail ist nicht gestattet.

Wir haben alle verkehrsüblichen Maßnahmen unternommen, um das Risiko der Verbreitung virenbefallener Software oder E-Mails zu minimieren, dennoch raten wir Ihnen, Ihre eigenen Virenkontrollen auf alle Anhänge an dieser Nachricht durchzuführen. Wir schließen außer für den Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit die Haftung für jeglichen Verlust oder Schäden durch virenbefallene Software oder E-Mails aus.

Jede von der Bank versendete E-Mail ist sorgfältig erstellt worden, dennoch schließen wir die rechtliche Verbindlichkeit aus; sie kann nicht zu einer irgendwie gearteten Verpflichtung zu Lasten der Bank ausgelegt werden.

---

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorised copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail or of parts hereof is strictly forbidden.

We have taken precautions to minimize the risk of transmitting software viruses but nevertheless advise you to carry out your own virus checks on any attachment of this message. We accept no liability for loss or damage caused by software viruses except in case of gross negligence or willful behaviour.

Any e-mail messages from the Bank are sent in good faith, but shall not be binding or construed as constituting any kind of obligation on the part of the Bank."3.UA Postfachaccount PA30" ---09.03.2021 16:19:08---Sehr geehrte Frau Folter, beigefügt übersende ich Ihnen das vorläufige Protokoll nebst Anschreiben I

Von: "3.UA Postfachaccount PA30" <3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>  
An: "[REDACTED]" <[REDACTED]>  
Kopie: "3.UA Postfachaccount PA30" <3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>, "Raue Frank PA30" [REDACTED]  
Datum: 09.03.2021 16:19  
Betreff: [EXTERN] Ihre Zeugenvernehmung am 25. Februar 2021



Sehr geehrte Frau Folter,

beigefügt übersende ich Ihnen das vorläufige Protokoll nebst Anschreiben Ihrer Zeugenvernehmung am 25. Februar 2021.  
Die Originale gehen Ihnen per Post zu.

Bitte bestätigen Sie kurz den Erhalt der Unterlagen, gerne auch per E-Mail.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

--

Dr. Dominique Schimmel  
Sekretariat PA 30  
3. Untersuchungsausschuss (Wirecard)

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
10117 Berlin  
Telefon: +49 30 227-32062 (Vz)  
Telefon: [REDACTED]  
Telefax: +49 30 227-36333

3.untersuchungsausschuss@bundestag.de

[REDACTED]  
www.bundestag.de

Datenschutzhinweise: [www.bundestag.de/datenschutz](http://www.bundestag.de/datenschutz)  
[Anhang "Anschreiben\_Korr-Folter.pdf" gelöscht von Franziska Folter/698/BBK/DE] [Anhang  
"Protokollausschnitt\_Folter.pdf" gelöscht von Franziska Folter/698/BBK/DE]

## Anlage 4

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Joachim du Buisson

Seite 149 linke Spalte (6. Zeile der Aussage) muss es statt „April 2019“ „April 2018“ heißen.

Seite 159 rechte Spalte (7. Zeile der Aussage) ist ein (?) notiert, das kann m.E. wegfallen

Seite 168 linke Spalte (19. Zeile von unten) muss es statt „noch nicht mal auf der Konzernebene“, „nicht auf der Konzernebene“ heißen

Seite 169 linke Spalte (1. Zeile der 1. Aussage) muss es statt „§ 25 Abs. 2 KWG“ „§ 25c Abs. 2 KWG“ heißen. Das Wort „leider“ würde ich in Anführungszeichen setzen, da die von mir intendierte Ironie durch meine Körpersprache ersichtlich gewesen sein dürfte, die nun im Wortprotokoll verloren ginge.

Seite 179 linke Spalte (letzte Zeile der Aussage) muss es statt Eskalationsrate Eskalationsleiter heißen

Seite 186 linke Spalte (2. Aussage) gehört das Wort „nur“ inhaltlich vor „bestimmte“

Seite 186 rechte Spalte. Durch das sic mag gern ein Versprecher meinerseits hervorgehoben werden, es ändert nichts an dem Umstand, dass - wie 2 Aussagen vorher richtig dargestellt - „Art. 89 der CRR“ gemeint ist. Im Rahmen meiner Berufsausübung bin ich nach § 43 VwVfG zu einer Berichtigung offener Unrichtigkeiten befugt. Das sollte der Dt. BT ebenfalls sein.